REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 487 · 17.9.2004

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 43 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Moderne und Barbarei
2. AUFGEBLÄTTERT
3. Europa in schlechter Verfassung
4. Und tschüss!
5. Zwischen Knast, Dschungel und Schäferhund
6. Trotz Medien und Menschenfreunden
7. Gute und böse Nazis
8. Koordinieren und informieren
9. Neonazis aus nah und fern
10. Gemein und gar nicht nützlich
11. (Haar-)Risse im Putz
12. Tod eines Sklavenhändlers
13. Mit allen Mitteln gegen Abschiebung
14. Mauern Berlin - Schengen, 1989 - 2004
15. Schwarze Katzen in der Hängematte
16. Klassen-Gewitter
17. "Mit Bestürzung und erheblicher Empörung"
18. Für eine Hand voll Erdbeeren
19. Ohren-Propaganda
20. Frankreich zwischen "Kopftuchkrieg" und Geiselaffäre
21. Lügen und Willkür in Russland
22. Berufsverbot gegen aktiven Antifaschisten
23. Ober! Da ist ein Terrorist in meiner Suppe!
24. "Ein permanentes Attentat auf die Menschenrechte"
25. Besetzen, blockieren, sabotieren
26. Widerstand organisieren
27. Viele Aktionen - viele aks!
28. Schräge Musik zu einer schrägen Geschichte
29. Entschieden wird vor Ort
30. Ist der Zenit der Proteste in Ostdeutschland überschritten?
31. Die Dynamik erhalten
32. "Anything but Bush"
33. Analyse und Theorie
34. KALENDER
35. Marx' Gespenster in der Debatte um die "Autonomie der Migration"
36. Stelldichein der linken Bewegung
37. EDITORIAL
38. Alter Wein in alten Schläuchen
39. "Die Armen essen ihre Häuser"
40. Dazwischen gehen!
41. Der Gipfel der Bescheidenheit
42. Die Opposition im virtuellen Niemandsland
43. das thema: Montagsdemonstrationen

1. Moderne und Barbarei

Themen der Genozidforschung

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:01

Das Programm ist mehr als ehrgeizig: Genozidforschung will nicht nur historische Fälle von Völkermord analysieren, sondern auch Kategorien entwickeln, die Prognosen über künftige Entwicklungen erlauben. Wenn auch ihr (meist nicht explizit geäußertes) Ziel, damit zur Verhinderung von Völkermorden beizutragen, in unerreichbarer Ferne zu liegen scheint - die Legitimität, ja Notwendigkeit dieser Forschung sollte nicht in Zweifel gezogen werden.

Von links werden vor allem zwei Einwände gegen die Genozidforschung erhoben: Sie relativiere die Singularität der Shoah und liefere Argumente für humanitär begründete Militärinterventionen. Beide Einwände sind nicht völlig von der Hand zu weisen - zum einen kommt Genozidforschung, wie jede Wissenschaft, nicht ohne Vergleiche aus; zum anderen muss sie im Konkurrenzkampf um akademische Ressourcen ihre politische "Nützlichkeit" unter Beweis stellen. Dennoch wäre es fatal, die Sache damit für erledigt zu erklären. Denn Genozide sind ein Menschheitsthema, sowohl was die historische Forschung angeht, als auch bezüglich Prävention und Gegenmitteln.

Dass in der politischen Debatte oft allzu leichtfertig mit dem Begriff Genozid oder Völkermord umgegangen wird, ist bekannt - dem Gegner das Schlimmste zu unterstellen, dient als Rechtfertigung für drastische Maßnahmen der eigenen Seite: Es geht ja darum, "Völkermord" zu verhindern oder zu beenden, also Menschen zu retten. Aber auch in der Wissenschaft ist Genozid nicht eindeutig definiert. Geprägt wurde der englische Begriff genocide am Ende des Zweiten Weltkriegs durch Raphael Lemkin, einen in Polen geborenen und 1939 in die USA geflohenen jüdischen Rechtsanwalt. In seinem Buch "Axis Rule in Occupied Europe" (Washington D.C., 1944) schreibt Lemkin, dieses "neue Wort ... bezeichnet eine alte Praxis in ihrer modernen Entwicklung": Genozid bedeute "nicht notwendigerweise die sofortige Zerstörung einer Nation ...", sondern bezeichne einen "koordinierten Plan verschiedener Handlungen", die auf die Vernichtung einer nationalen Gruppe als solcher abziele. Zu diesem Plan gehörten "Desintegration der politischen und sozialen Institutionen, Kultur, Sprache, nationaler Gefühle, Religion und der wirtschaftlichen Existenz nationaler Gruppen; Zerstörung der persönlichen Sicherheit, Freiheit, Gesundheit, Würde und des Lebens der Individuen, die solchen Gruppen angehören."

Probleme der Definition: Was ist Genozid?

In der Resolution 260A der UN-Vollversammlung vom 9.12.1948 wird Genozid so definiert: "In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

(a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;

(b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;

(c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;

(d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

(e) Gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe." (Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, Artikel II).

In Artikel III werden folgende zu bestrafende Handlungen aufgelistet: "Völkermord; Verschwörung zur Begehung von Völkermord; unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord; Versuch, Völkermord zu begehen; Teilnahme am Völkermord." (1) Mehr als 130 Staaten haben bis heute die Konvention ratifiziert.

Sowohl Lemkins Definition als auch die der UN-Konvention wirft Fragen auf. So wird man die "Desintegration nationaler Gefühle", Maßnahmen zur "Geburtenverhinderung" (etwa durch Verteilung von Kondomen?) oder "Verursachung von schwerem seelischen Schaden" für sich genommen nicht als Völkermord bezeichnen

können. Die UN-Konvention legt aber ausdrücklich fest, dass schon eine der genannten Handlungen Völkermord bedeuten, wenn sie in der Absicht begangen werden, "eine nationale etc. Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören"; Lemkin spricht statt von Absicht von einem "koordinierten Plan", was auf das gleiche hinausläuft. In der Praxis ist ein planvolles, zielgerichtetes Vorgehen der Völkermörder aber nur schwer nachweisbar. Am ehesten gelingt das in der historischen Rückschau, viel weniger aber während eines sich vollziehenden oder unmittelbar drohenden Genozids. Noch schwieriger erscheint es, den (vergeblichen) "Versuch" eines Genozids zu beweisen.

Denn die Grenzen von Massenmorden (Massakern) und "ethnischen Säuberungen" (Umsiedlungen, Vertreibungen) zum Völkermord sind fließend. Nicht immer führen Vertreibungen zum Völkermord oder werden in völkermörderischer Absicht begangen. Die Vertreibung der Deutschen aus Ostpreußen und Schlesien 1944/45 oder der PalästinenserInnen 1948 sind ebenso wenig Völkermord oder versuchter Völkermord wie die Zwangsumsiedlung der Wolgadeutschen in der Sowjetunion. Anders verhält es sich mit den Vertreibungen, denen zwischen 1904 und 1907 in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika vor allem Frauen und Kinder der Herero zum Opfer fielen. Der dafür verantwortliche deutsche Generalleutnant Lothar von Trotha hatte sich offen dazu bekannt, "die Nation der Herero als solche zu vernichten"; die systematische Vertreibung in die Wüste geschah ebenso wie die Massaker mittels Maschinengewehren, in völkermörderischer Absicht.

Raphael Lemkin und die UN-Konvention

Dass historische Genozide politisch umstritten bleiben, hängt zum einen mit möglichen Entschädigungsforderungen von Nachkommen der Opfer zusammen. So erklärt sich etwa der Eiertanz der rotgrünen Bundesregierung und des Bundestages bezüglich des Völkermordes an den Herero und Nama. Bei aller zur Schau gestellten "Betroffenheit" über die Verbrechen der eigenen Vorfahren bleiben deutsche PolitikerInnen peinlich darum bemüht, nur ja nichts "Entschädigungsrelevantes" (Frankfurter Rundschau, 14.8.2004) von sich zu geben.

Auch die Leugnung des Genozids an den Armeniern (1915) durch die Türkei soll Entschädigungsansprüche abwehren, sie dient zum anderen aber auch "höheren" Zielen: Der Genozid soll aus dem kollektiven Gedächtnis der modernen Türkei verbannt werden; ihn anzuerkennen hieße aus Sicht der heute staatstragenden Kräfte, die Grundlagen des Staates in Frage zu stellen.

Wenn schon (mutmaßliche) historische Genozide politisch umstritten bleiben, dann gilt das umso mehr für aktuelle Fälle von Massenmord und Vertreibung. Dass 1994 in Ruanda ein Genozid von Hutu-Milizen an der Minderheit der Tutsi stattgefunden hat, ist zwar allgemein anerkannt; unterschiedlich bewertet wird die Rolle französischer und belgischer Truppen und der UNO. Andere Fälle sind weniger eindeutig, etwa die Ermordung von 7.000 bosnischen Muslimen nahe Srebrenica im Juli 1995. Nach einem Urteil des UN-Tribunals in Den Haag stellt das Massaker "eindeutig Völkermord" dar. Der als damaliger Oberbefehlshaber des bosnisch-serbischen Militärs Hauptverantwortliche, General Ratko Mladic, und seine Anhänger, die ihn bis heute vor der Strafverfolgung schützen, sehen das offensichtlich anders. Im Kosovo schließlich gehört der wechselseitige Vorwurf des Völkermordes seit vielen Jahren zum Standard. Nationalistische SerbInnen wähnten sich schon in den 1980er Jahren als Opfer eines albanischen "Genozids" - wegen der in der albanischen Bevölkerungsgruppe um ein Mehrfaches höheren Geburtenrate! 1999 war es u.a. Kriegsminister Scharping, der den Angriffskrieg gegen Jugoslawien mit einem angeblich drohenden "Völkermord" an den Kosovo-AlbanerInnen zu rechtfertigen suchte.

Vorsicht ist also geboten, wenn Staatsmänner mit ihrer alarmistischen Rhetorik offensichtlich machtpolitische Ziele verfolgen. Aber auch nicht-staatliche Akteure neigen mitunter zum inflationären Gebrauch des Wortes Völkermord, wenn etwa Rauschgifthandel, Geburtenkontrolle oder die "Integration von Afro-Amerikanern und Nicht-Afroamerikanern" als genozidale Erscheinungen bezeichnet werden. Dass solche maßlosen Übertreibungen auch in der professionellen Genozidforschung zu finden sind, wie Trutz von Trotha schreibt (2), sollte allerdings nicht dazu verleiten, das Thema rechts liegen zu lassen. Auch die in jeder Wissenschaft unverzichtbare Methode des Vergleichens muss nicht zwangsläufig zur Relativierung führen, wie Imanuel Geiss schreibt: "Vergleichen heißt nicht gleichsetzen, gar moralisierend-apologetisch aufrechnen (‚die anderen auch` oder ‚zuerst`), sondern muss im Strukturvergleich Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausarbeiten." (3)

Inflationärer Gebrauch einer Kampfparole

Das gilt auch für den Vergleich der Shoah mit anderen Genoziden, wie Yehuda Bauer, einer der weltweit führenden Shoah-Forscher, überzeugend darlegt. Als entscheidenden Unterschied zwischen der Shoah und allen anderen Völkermorden hält er fest: "Im Fall der Nazis führte der ‚Erlösungsantisemitismus` zu einer präzedenzlosen Form des Völkermords. Die motivierende Ideologie war völlig unpragmatisch und irrational. Dem Völkermord an den Armeniern, der möglicherweise die nächstliegende Parallele zur Shoah darstellt, lagen politische und chauvinistische Motive zu Grunde, das heißt, er hatte eine sachliche Basis." Um "pragmatisch motivierten Völkermord" handele es sich auch in allen anderen Fällen, in denen Hunderttausende umgebracht wurden, so die von europäischen Einwandern ermordeten UreinwohnerInnen Nord-, Mittel- und Südamerikas oder, am Ende des 20. Jahrhunderts, die Opfer der Roten Khmer in Kambodscha und der Hutu in Ruanda. Statt die Singularität der Shoah als Dogma zu verkünden, beweist Bauer also gerade durch Vergleich, dass es sich um einen historisch einzigartigen, mit keinem anderen Ereignis gleichzusetzenden Genozid handelt. (4)

Gegenstand der (vergleichenden) Genozidforschung ist also zum einen die Bewertung historischer und aktueller Fälle. Darüber hinaus widmet sie sich aber auch der Frage nach den Voraussetzungen, unter denen unabhängig von den speziellen Bedingungen des Einzelfalls Völkermord möglich oder wahrscheinlich wird. Mihran Dabag, Direktor des Instituts für Diaspora- und Genozidforschung an der Ruhr-Universität Bochum, schreibt: "Über die historische Einzellfallstudie hinaus haben Genozidstudien Kategorien zu entwickeln, die der Inanspruchnahme in der Analyse gegenwärtiger Gewaltsituationen wie auch der Analyse zukünftig zu erwartender Entwicklungen standhält." (5) Drei neuere Beiträge zu einer Theorie des Völkermordes sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden: Shmuel N. Eisenstadts Aufsatz "Zivilisatorische Rahmungen von Barbarei und Genozid" (6); Micha Brumliks Überlegungen "Zu einer Theorie des Völkermords" (7) und der "historische Überblick" von Imanuel Geiss über ",Ethnische Säuberungen`, Massaker und Genozid" (8).

Eisenstadt, emeritierter Professor für Soziologie an der Hebrew University Jerusalem, untersucht zunächst die "destruktiven Potenziale in der Konstitution von Kollektiven". Zwar trägt "die Konstruktion kollektiver Identitäten und Grenzen in sich ... konstruktive wie destruktive Verwirklichungen"; ihr destruktives Potenzial zeigt sich in der Moderne in den Diskursen über Nationalismus und Ethnizität. Hier wird die "kulturpolitische Homogenität der mittels territorialer Grenzen bestimmten Bevölkerung" zum Ideal. Hergestellt und bekräftigt wird diese Homogenität durch "Sozialisationsagenten" wie Schule, Medien oder Militär. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Vermittlung kollektiver Erinnerungen. Wichtigster Akteur, der die destruktiven Kräfte kollektiver Identitäten hervortreten ließ, ist der moderne Nationalstaat: "Im Rahmen der Gründung moderner Gemeinschaften und politischer Reiche und vor dem Hintergrund der durchaus pluralistischen und vielfältigen, aber absolutierenden, totalitären Visionen, bildeten sich destruktive Potenziale aus, die dem kulturellen Programm der Moderne inhärent sind."

Vergleichbarkeit und Singularität der Shoah

Allerdings traten sie unterschiedlich krass hervor. In England, den Niederlanden, der Schweiz und Skandinavien habe sich trotz "kollektiver Identitätssetzung" eine "relativ große Spanne für pluralistische Vereinbarungen eröffnet". Auch in Frankreich mit seiner andauernden Konfrontation zwischen Jakobinern und Konservativen entstanden Bedingungen, "die eine Minimierung der Tendenzen zu Barbarei und Exklusion ermöglichten", schreibt Eisenstadt. Anders in Mitteleuropa, vor allem in Deutschland, und in Teilen Südeuropas. Die dort zu beobachtende "Tendenz zu Krisen und Zusammenbrüchen konstitutioneller Vereinbarungen" wurde auf spezifische Weise beantwortet: durch autoritäre Regierungsformen und rassistische Terminologie. Nach einer kurzen Annäherung an totalitarismustheoretische Thesen über die "Strukturähnlichkeiten von Kommunismus und Nationalsozialismus" hält Eisenstadt schließlich fest, dass allein der Nationalsozialismus die destruktivsten Potenziale des "modernen Programms" entfesselte: "Die extreme faschistische beziehungsweise nationalsozialistische Herrschaftsform hat die Wiederherstellung der Grenzen der modernen Gemeinschaften zum Ziel, sie negiert die universalistischen Elemente des kulturellen Programms der Moderne, formuliert Ideologien und praktiziert eine radikale Exklusion; sie praktiziert eine totale Gewalt, die sämtliche Möglichkeiten einer Infragestellung aus dem eigenen Innen zu verhindern sucht und eine totale Dämonisierung der Auszuschließenden verfolgt."

Weniger abstrakt als Eisenstadt nähert sich Micha Brumlik, der Direktor des Fritz-Bauer-Instituts, einer Theorie des Völkermords. Eine solche sei "sowohl in geschichts- als auch in rechtspolitischer Hinsicht unerlässlich". Besondere Aufmerksamkeit schenkt Brumlik dem Zusammenwirken von Krieg, Rassismus und Nationalismus. In Anlehnung an den britischen Politologen Martin Shaw verweist er auf die enge Verwandtschaft von Krieg und Genozid, beides Formen von "mass slaughter" (Shaw), und folgert: "Es ist dann der systematisch degenerierte Krieg, der in den Genozid mündet." Shaws These, "dass die Idee eines Genozids einer totalitären Regierung an Gruppen in ihrem Staat unter Bedingungen äußeren Friedens tatsächlich kaum vorkommt - vom Beispiel des Stalinismus einmal abgesehen", habe, wenn sie denn zutreffe, erhebliche Konsequenzen für den Diskurs um humanitär begründete Militärinterventionen: "Das vermeintlich letzte Mittel gegen genozidale Regime, der Krieg, die bewaffnete Intervention, wäre in Wahrheit in aller Regel erst der Auslöser von Genoziden."

Vertreibung, Massaker, Völkermord

Von zentraler Bedeutung sind dabei moderne Ideologien, vor allem Rassismus und Nationalismus. Schon das Konzept der Nation "begründet ein neues Muster von Inklusion und Exklusion", das, verschmolzen mit der "Rasseidee", zum Genozid führen kann. Die jungtürkischen Urheber des Armeniermordes hatten nicht nur vermeintliche "Sicherheitsinteressen" im Auge, sie operierten "auch aus einer sozialdarwinistisch inspirierten ... Ideologie von der Höherwertigkeit der türkischen Rasse heraus." Als für die drohenden Genozide des 21. Jahrhunderts exemplarisch sieht Brumlik den Krieg der Roten Khmer gegen die eigene Bevölkerung, weil hier sozialutopische, nationalistische und rassistische Motive zusammen geflossen seien. Während über diese schreckliche Perspektive noch zu diskutieren wäre, ist dem Autor in seinem Gesamturteil über die Genozidforschung zuzustimmen: "Die Arbeiten zur vergleichenden Genozidforschung widerlegen den Verdacht, durch derlei Forschung würden die von hunderttausenden von Deutschen begangenen Verbrechen und die deutsche Verantwortung für den Holocaust gemindert oder gar relativiert."

Genauso sieht es auch der Historiker Imanuel Geiss, dessen Klarstellung "Vergleichen heißt nicht gleichsetzen" oben im Zusammenhang zitiert wurde. Geiss` Thema ist die "tödliche Trinität" von "ethnischen Säuberungen", Massaker und Genozid. Das Unwort "ethnische Säuberungen" ist ein ebenso "zynischer Euphemismus" wie "Umsiedlung", "Zurückführung", "Transfer" oder "Evakuierung", mit denen die Brutalität der Vertreibung verschleiert werden soll - selbst Hitler bezeichnete Massendeportationen als "Evakuierungen". Formal gewaltfreie Umsiedlungen sind die Ausnahme; oft, aber nicht immer werden sie von Massakern begleitet. Diese wiederum, "oft die nächste Eskalationsstufe und Begleitumstand ‚ethnischer Säuberungen`", sind vielfach "Vorstufe zum Genozid". Zu unterscheiden ist zwischen "Exzessen im Blutrausch" und "Terror-Massakern"; letztere dienen der Niederwerfung von Aufständen und der Abschreckung vom Widerstand.

Eine präzise Grenzlinie zwischen Massaker und Genozid lasse sich nur schwer ziehen, schreibt Geiss. Frühe Beispiele von Völkermord sieht er schon im Altertum. Einige davon sind zwar nicht historisch belegt, durch ihre Erwähnung im Alten Testament aber mit "religiöser Weihe" versehen. Aber nach diesen "wenigen (realen oder fiktiven) Präzedenzfällen drängt sich Genozid als politische Konzeption wie historische Realität erst als eines der Monster der Neuzeit auf ..."

In seinem theoretischen Erklärungsversuch grenzt Geiss sich zunächst von "jüngsten Nationalismus-Theorien" ab. An Beispielen erklärt er die erheblichen Unterschiede zwischen den Nationalstaaten, was deren Anfälligkeit für völkermörderische Tendenzen angeht. So kannten ältere dynastische Großreiche oder Imperien noch keine systematischen "ethnischen Säuberungen" und Völkermorde; sie hatten, so Geiss, "meist eine zu große Ausdehnung, um ... auch nur auf die Idee ‚ethnischer Säuberungen` zu kommen." Die "strukturelle Toleranz" dynastischer Großreiche fehlt dagegen in den kleineren, neuen Nationalstaaten, weil hier "herrschaftsverdünnte Rückzugsgebiete mit Autonomie für ethnische oder religiöse Minderheiten" selten sind.

Tödlicher Homogenitätswahn des Nationalstaats

Der moderne Nationalismus will ein Höchstmaß an Homogenität. Eine geradezu "tödliche Mischung" entstehe, wenn sich dieser Vereinheitlichungswahn mit neo-imperialen Ambitionen moderner Nationalstaaten verbindet, die sich als Nachfolger untergegangener "Reiche" verstehen, z.B. in Deutschland nach der Reichsgründung von 1871 oder in der Türkei am Beginn des 20. Jahrhunderts. Aktuelle Beispiele für den Staatsterror

"postimperialer Nachfolgestaaten" gegen Minderheiten sieht Geiss in der Unterdrückung der Kurden durch die Türkei oder der Tschetschenen durch Russland. Nicht ganz überzeugend erscheint der von ihm unterstellte Automatismus: "Staatsterror von oben provoziert früher oder später mit tödlicher Sicherheit Widerstandsterror von unten, beide schaukeln sich gegenseitig hoch. Die Gewaltspirale eskaliert zu wechselseitigen Massakern, im Extrem zum Völkermord." Am Schluss seines Aufsatzes steht ein Appell, der so allgemein wie richtig ist: "Die einzig lebenserhaltende und buchstäblich lebensnotwendige Alternative bietet die Anerkennung gleichberechtigter Heterogenität, da sie nun einmal die Regel in der Welt ist."

Aus gutem Grund verzichtet Geiss an dieser Stelle darauf, der Genozidforschung einen besonderen Stellenwert einzuräumen. In Sachen Prävention sollte man sich in der Tat nicht allzu große Hoffnungen machen. "Das großmäulige Versprechen, ‚Frühwarnsysteme` für Genozid einzurichten, gehört ... zu den aberwitzigen Phantastereien der gegenwärtigen Genozidforschung", schreibt Trutz von Trotha. Aber selbst wenn das gelänge, wäre die Umsetzung der von den "Frühwarnsystemen" gelieferten Hinweise in konkrete Politik ein weiterer, riesengroßer Schritt. Dennoch bleibt es richtig, wie Micha Brumlik schreibt, "eine Umkehrung des Diskurses (über die Bestrafung von Völkermord; Anm. ak) zu fordern und an die Entwicklung einer Systematik der Genozidverhütung zu denken." Auch wenn der Weg dahin noch so weit ist.

Js.

Anmerkungen:

1) alle Zitate nach www.hist.net/ag-genozid/definitions.htm

2) Trutz von Trotha: Genozidaler Pazifizierungskrieg; Zeitschrift für Genozidforschung, Heft 2/2003

3) Imanuel Geiss: "Ethnische Säuberungen", Massaker und Genozid. Ein historischer Überblick; Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts, Heft 1/2004

4) Yehuda Bauer: Die dunkle Seite der Geschichte. Die Shoah aus historischer Sicht. Interpretationen und Re-Interpretationen, Frankfurt am Main 2001; vgl. Rezension in ak 458. Zum Völkermord an den Armeniern vgl. ak 461

5) Zeitschrift für Genozidforschung, Heft 1/1999

6) Shmuel N. Eisenstadt: Zivilisatorische Rahmungen von Barbarei und Genozid; Zeitschrift für Genozidforschung, Heft 2/2003

7) Micha Brumlik: Zu einer Theorie des Völkermords; Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2004

8) siehe Anm. 3

2. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:02

Verstaubtes neu aufgelegt

Von der "Wiederauferstehung einer Legende" schwärmt der Area-Verlag - unzweifelhaft bietet "Die Große MÄRZ-Kassette" viel bedrucktes Papier zu einem geringen Preis: 22 Titel in 13 Bänden für nur 49,95 Euro. Es handelt sich ausnahmslos um Reprints von Büchern, die dereinst in dem 1969 gegründeten März-Verlag erschienen sind. Unter der Regie seines Gründers Jörg Schröder war der März-Verlag mit seinen gelben Bänden einer der wichtigsten Verlage, die im Gefolge von 1968 die Revolution publizistisch begleiten und fördern wollten. Revolution bedeutete für Schröder und Genossen nicht zuletzt "sexuelle Revolution": Ihr Konzept bestand darin, "mit Pornos Literatur zu finanzieren", wie die taz salopp formulierte. 35 Jahre danach soll das Erfolgsmodell offensichtlich wiederholt werden - ein zweifelhaftes Unterfangen. So ist etwa der 630 Seiten starke "Erotik-Reader" ein unlesbares Machwerk voll unfreiwilliger Komik. Günter Amendts Klassiker "Sexfront" bleibt immerhin als Zeitdokument interessant - ein Buch, das in den Siebzigern den Heranwachsenden erotische wie politische Orientierung vermittelte: "Im Bett: zart - gegen Bullen: hart". Ausgerechnet diese Message, im Original mit großen Lettern und geballter Faust auf die drittletzte Seite platziert, ist in dem angeblichen Nachdruck einem schändlichen Akt der Zensur zum Opfer gefallen. So viel zum Thema "Zeitgeist der frühen siebziger Jahre". Kopfschütteln verursacht auch Joe Brainards Comic-Sammlung "1984" - Robert Crumbs großformatige "Headcomix" passten offenbar nicht in die Kassette. Lesbar bleiben Fee Zschockes Männergeschichten "Er oder ich" oder Leonhard Cohens Gedichte "Blumen für Hitler". Manches, was seinerzeit als "Roman" tituliert wurde, ist Geschmacksache. Große Literatur sucht man darunter vergeblich. Von bleibendem Wert sind vor allem Upton Sinclairs klassische "proletarische" Romane wie "Der Dschungel", der den Klassenkampf in den Schlachthöfen von Chicago darstellt. Aber soll man wegen der wenigen Highlights gleich die ganze Kassette kaufen? Vielleicht, um den Herausgebern die Finanzierung sinnvollerer Projekte zu ermöglichen als dieses angeblich von VeteranInnen wie Nachgeborenen "heiß ersehnte Revival".

Die Große MÄRZ-Kassette, Area Verlag, Erftstadt, 2004, 13 Bände, ca. 6.000 Seiten, 49,95 EUR

Undemokratische EU-Verfassung

Mit feierlichem Pathos beteuern Spitzenpolitiker unterschiedlicher Couleur, die künftige EU-Verfassung sei ein Garant für ein soziales, demokratisches und friedliebendes Europa. Alles Augenwischerei, sagt Andreas Wehr, Autor des Buches "Europa ohne Demokratie". Er nahm für die Fraktion der Vereinigten Linken im Europaparlament an allen beratenden Sitzungen des Verfassungskonvents teil. Seine nun vorliegende Bilanz ist akribisch recherchiert, erhellend seine Kritik am Verfassungsentwurf, vor allem der institutionellen Architektur der Verfassung. So hat das Europaparlament nicht das Recht, den EU-Kommissionspräsidenten zu wählen, der erheblich mehr Macht erhalten wird, sondern kann nur den vom Rat vorgeschlagenen Präsidenten bestätigen oder ablehnen. Das schon seit Jahren bestehende enge Bündnis zwischen Wirtschaft und Exekutive als Basis der Entscheidungsfindung in der EU wird damit über denkbare politische Veränderungen im Parlament gestellt. Damit vertieft die Verfassung eine im Grundsatz undemokratische Struktur der Entscheidungsfindung, die der Wirtschaftslobby schon in den alten EU-Verträgen einen extrem hohen Einfluss gesichert hat. Neu ist demgegenüber der Wille zur militärischen Aufrüstung der EU: "Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu erhöhen", heißt es in der Verfassung. Eine dort verankerte Europäische Rüstungsagentur soll die Aufrüstung der Mitgliedsstaaten kontrollieren und befördern. Wehr schreibt: "Wird auf der einen Seite die Kommission nicht müde, zur Einhaltung des Stabilitätspaktes den Euroländern die Verminderung ihrer Staatsausgaben für soziale Leistungen zu empfehlen, so sollen nun mit einem vergleichbaren Mechanismus diese Ausgaben möglichst hoch gehalten werden, allerdings mit dem kleinen Unterschied, dass diese Gelder der europäischen Rüstungsindustrie zugute kommen." Das Vorwort zum Buch hat der Europa-Abgeordnete Hans Modrow (PDS) geschrieben. Er bedauert die Haltung des Bundesvorstandes seiner Partei, der vor mehr als einem Jahr den Verfassungsentwurf als Schritt nach vorn wertete. Sylvia Yvonne Kaufmann, ebenfalls für die PDS im EU-Parlament, warnt ihre Parteifreunde auch nach der Annahme der Verfassung durch die EU-Regierungschefs vor einem unmissverständlichen "Nein" zu

diesem Machwerk - eine Position, die nach der Lektüre von "Europa ohne Demokratie" nur schwer nachvollziehbar ist.

Andreas Wehr: Europa ohne Demokratie, PapyRossa-Verlag 2004, 154 Seiten, 12,90 EUR

Ein sardischer Rebell

"Ich suche mir die Geschichten, ich erfinde sie nicht", sagte der sardische Schriftsteller Sergio Atzeni über seinen Roman Bakunins Sohn. Die dort erzählten Begebenheiten seien "in einem gewissen Sinne wirklich geschehen, wenn es auch nicht möglich ist, die einzelnen Personen im Roman wiederzuerkennen. Niemand kann zum Beispiel sagen, diese Person ist der und der, das ist mein Onkel, aber meine Geschichten sind in dem Sinne wahr, dass sie zwar nicht so geschehen sind, wie ich sie erzählt habe, doch sie hätten sich ereignen können, denn die Personen gibt es und die Realität gibt es und sie wird ganz und gar erzählt." Der Roman schildert die Spurensuche eines Journalisten: Wer war Tullio Saba, der mit Spitznamen "Bakunins Sohn" genannt wurde? Sohn eines freiheitlich denkenden sardischen Schuhmachers, der für seine gute Arbeit und wasserfesten Schuhe von den in den Kohlegruben Arbeitenden geschätzt wird. Mutiger, mitunter leichtsinniger Antifaschist, der dem Faschismus mit Entschlossenheit, Einfallsreichtum und einer Prise Humor entgegentritt. Arbeiter und Gewerkschaftsführer, der sich als Kommunist entschieden für die Rechte der arbeitenden Klasse einsetzt. Moralischer Überlebenskünstler mit poetischer Ader, leichtsinnig und tiefgründig, einer, der den Frauen gefällt. Ist dieser Tullio Saba verantwortlich für die Ermordung des Bergwerksdirektors, hat er geschossen? Atzeni erzählt mehr als die fiktive Geschichte eines Tullio Sabas, er schildert die Lebensrealität in einer Region Sardiniens kurz vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Südwesten der Insel mit seinen Kohlegruben war Ende der 1920er Jahre ein wichtiges ökonomisches Zentrum. Mit dem Erstarken des Faschismus änderte sich das alltägliche Leben, die Arbeitsbedingungen verschärften sich. Atzeni erzählt liebevoll, mit einem humorvollem Augenzwinkern, zudem spannend. Aus Gerüchten vom Hörensagen, vermittelt über Dritte oder Vierte, manchmal auch aus eigenem Erleben entwickelt sich ein widerspruchsvolles Bild Tullio Sabas - und Sardiniens.

Sergio Atzeni: Bakunins Sohn, Edition Nautilus, Hamburg 2004, 93 Seiten, 12,90 EUR

Berichtigung zu "Kriegsdienstverweigern in Israel" (ak 486)

In unserer letzten Ausgabe haben wir die Broschüre Israel/Palästina: Widerstand gegen Terror, Krieg und Besatzung vorgestellt. Dabei wurde die Internet-Adresse von Connection e.V. falsch wiedergegeben. Die richtige Adresse lautet: http://www.Connection-eV.de

3. Europa in schlechter Verfassung

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:03

Es ist vollbracht. Die EU hat eine Verfassung. Zwar sind einige Instrumente, die den europäischen Institutionen ein stärkeres Gewicht geben sollten, wieder geschwächt. So haben die Regierungschefs der EU Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat erschwert, und der Euro-Stabilitätspakt ist dank deutscher Intervention aufgeweicht. Dennoch sehen sich PolitikerInnen jeglicher Couleur zu Lobreden veranlasst. So viel parteiübergreifendes Lob sollte zu denken geben.

Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer sprechen von einem historischen Ereignis, für Peter Hintze, den europapolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, ist mit der Verfassung sogar eine "Vision" Wirklichkeit geworden. Tony Blair sieht die nationalen Interessen Großbritanniens gesichert, weil die Verfassung nach wie vor ein Vetorecht in der Steuer- und Sozialpolitik vorsieht. Und der französische Präsident Jacques Chirac meint trotz aller Kritik an der Haltung der Briten, dank der Verfassung werde Europa effizienter und besser auf die Bedürfnisse seiner Bürger eingehen können.

Dabei ist das Werk, genau genommen, noch nicht vollendet. In den Mitgliedsstaaten der EU muss die nun von den Regierungschefs angenommene EU-Verfassung noch ratifiziert werden. In Deutschland wird das relativ einfach sein. Bundestag und Bundesrat müssen zustimmen. Da die EU-Verfassung ein Produkt sowohl sozialdemokratischer als auch konservativer Politik ist, wird sie dort vermutlich abgenickt werden.

Schwieriger wird es in den Mitgliedsstaaten sein, in denen Referenden durchgeführt werden sollen. Dort wollen die BürgerInnen womöglich sogar wissen, was tatsächlich in der Verfassung steht. Zum Beispiel in Spanien, Dänemark, Irland, Großbritannien, Polen, Tschechien, Portugal, den Niederlanden und Luxemburg. In den meisten dieser Länder, egal ob mit sozialdemokratischer oder konservativer Mehrheit regiert, haben die Regierungsparteien bei den Wahlen zum Europaparlament eine herbe Niederlage einstecken müssen - für eine Politik, die auch der EU-Verfassung zu Grunde liegt. Ebenso wie die Politik der Agenda 2010 in Deutschland, aber auch die Arbeitsmarktpolitik in Großbritannien und die Privatisierungspläne der französischen Regierung entspricht die EU-Verfassung dem neoliberalen Politikmodell: freie Fahrt dem "Wettbewerb" und Ausverkauf öffentlicher Einrichtungen, Steuer- und Sozialdumping in den einzelnen Mitgliedsländern. Dieser Kurs soll laut Verfassung von einer repressiven, europäischen Innenpolitik und einer aggressiven europäischen Außenpolitik abgesichert werden.

Repressiv nach innen, aggressiv nach außen

Repressiv nach innen, weil die Verfassung z.B. für innenpolitische Angelegenheiten einen koordinierenden Ausschuss mit weit reichenden Kompetenzen vorsieht: Er kontrolliert Zollbehörden, Zivilschutz, die europäische Polizeibehörde Europol sowie die justizielle Zusammenarbeit in der EU. Dieser Ausschuss, ein europäisches Innenministerium in spe, wird vom Rat der Innenminister eingerichtet, das Europäische Parlament wird dazu nur angehört. Von einer tatsächlichen parlamentarischen oder juristischen Kontrolle ist keine Rede - der Ministerrat kann die gesetzlichen Grundlagen für ein Gremium schaffen, dessen Arbeit er anschließend allein kontrolliert.

Aggressiv nach außen wird die Politik, weil die Verfassung neben der Einrichtung einer Rüstungsagentur die Verpflichtung zur Aufrüstung der EU festschreibt und die Grundlage für weit reichende Auslandseinsätze europäischer Militärkontingente schafft.

In einigen Ländern, in denen es ein Referendum geben wird, zum Beispiel in Dänemark, wollen zivilgesellschaftliche Organisationen und linke Parteien gegen diese Kernelemente der EU-Verfassung mobil machen. In Portugal zirkuliert ein alternativer Verfassungsentwurf, der sich an sozialen und ökologischen Werten orientiert und auf das Prinzip internationaler Solidarität setzt. Ob es damit gelingt, eine Diskussion über die politischen Inhalte der EU-Verfassung in Gang zu setzen, ist offen. Die Befürworter der aktuellen EU-Verfassung werden sicherlich versuchen, einer Diskussion um die Inhalte der Verfassung auszuweichen und Kritik als rückwärtsgerichtete, nationalistische Mäkelei zu denunzieren. Real vorhandene Strömungen der europäischen Kleinstaaterei wie in Großbritannien oder rassistisch-nationalistische Parteien wie der Vlaams Block in Belgien werden ihnen dazu auch reichlich Anlass bieten. Mit einer Debatte, die sich auf dieses Gegensatzpaar beschränken würde, käme sicher keine andere und bessere EU-Verfassung zu Stande. In

einer Diskussion um die Verfassung, die nicht nur an nationalstaatlichen Interessen und deren technokratischer Umsetzung, sondern an den politischen Inhalten ausgerichtet ist, liegt derzeit die einzige Chance, den Marsch in ein neoliberales, unsozial verfasstes Europa mit Weltmachtambitionen aufzuhalten. Die kommenden Referenden in mindestens neun Mitgliedsstaaten lassen hoffen.

Was passiert, wenn die Verfassung in Volksabstimmungen abgelehnt wird, ist allerdings nirgendwo geregelt. Vielleicht wird, wie in Irland 2001 der Nizza-Vertrag, so lange abgestimmt, bis das Ergebnis den Regierenden gefällt. Oder es beginnt eine Debatte um einen neuen Anlauf, eine verfassungsgebende Versammlung z.B., die denen einen Sitz und eine Stimme geben wird, die ein soziales und demokratisches Europa wollen. Aber das wird eine Frage der politischen Kräfteverhältnisse sein.

Gerhard Klas,

Rheinisches JournalistInnenbüro

4. Und tschüss!

WertkritikerInnen verabschieden sich von Arbeit und Geld - eine Buchbesprechung

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:04

"Wir behaupten nicht wie die Nostalgiker des Wohlfahrtsstaates, dass Geld genug da sei. Das ist uns aber schlicht egal!" Mit diesem Zitat lässt sich die Grundaussage eines neu erschienenen Sammelbandes aus dem Umfeld der "wertkritischen" Zeitschriften Krisis und Streifzüge zusammenfassen. Nach dem "Manifest gegen die Arbeit" sowie "Feierabend" will nun auch "Dead Men Working" einer arbeitskritisch unterlegten Reformulierung von Gesellschaftskritik zum Durchbruch verhelfen.

Die AutorInnen greifen eine "Arbeitsgesellschaft" an, die willkürlich einige Tätigkeiten als "Arbeit", andere dagegen als "Hobby" oder "Privatsache" deklariert. Arbeit wird in Waren oder Dienstleistungen und dann in Geld verwandelt, also "verwertet". Der Rest der menschlichen Existenz ist reines Abfallprodukt. Im Gegensatz zu vielen aktuellen KritikerInnen, die etwa den familiären Bereich in die Arbeitssphäre überführen wollen, beharren die AutorInnen von "Dead Men Walking" darauf, dass Arbeit generell verwerflich ist.

Für Ernst Lohoff etwa ist die sozialstaatliche Regulierung der Arbeit genauso gescheitert wie alle Modelle einer "Zukunft der Arbeit". Die mikroelektronische Revolution laufe auf eine radikale "Entkoppelung der Reichtumsproduktion von der Anwendung lebendiger Arbeit" hinaus; es komme zu einem "globalen Dumping-Wettbewerb der Lohnabhängigen".

Arbeit macht krank, dumm und hässlich

Seine Thesen von der Endzeit-Krise der Arbeit untermauert Lohoff dadurch, dass er der kapitalistischen Gesellschaft einen "irrationalen und destruktiven Grundcharakter" unterstellt. Sie erkenne nur das als gesellschaftlich gültig an, was sich kaufen und verkaufen lasse. Alles andere sei "wertlos und im Prinzip zur Vernichtung freigegeben". Lohoff verweist damit auf den fundamentalen Unterschied zwischen stofflichem und abstrakt-monetärem Reichtum. Gerade die Gleichsetzung dieser zwei Arten des Reichtums sei für eine Gesellschaftskritik verhängnisvoll, schließlich verwandele sich in einer Verwertungskrise der "fiktive Reichtum" des Geldes in seine Ursubstanz zurück: in "heiße Luft".

Immer wieder sind in dem Buch zwischen die 16 längeren Essays kurze Skizzen eingestreut, die eine Brücke zum Alltag schlagen. So berichtet Maria Wölflingseder vom "Power Napping", einem 20 minütigen Mittagsschlaf, den die Firma Siesta Consulting in Wien bei Unternehmen einführen und überwachen will - für Wölflingseder ein typisches Beispiel für die "Seuche Entmündigung": Niemand dürfe mehr eigenständig lachen, flirten, berühren oder lieben. Dazu gebe es Lach- und Flirtseminare. Noch surrealer ist der Beitrag über Selbstmord in Japan in Zeiten der Wirtschaftskrise. Seit er seinen Job verloren habe, möchte er nicht mehr leben, berichtet ein Mann der Telefonseelsorge. Und weiter: "Meine Frau akzeptiert das und sagt, ich könne zu Hause im Bett eine Überdosis Schlaftabletten nehmen." Wölflingseder beschreibt auch die verrückte Welt der "Serviceangebote" der Arbeitsämter: "Arbeitslose AkademikerInnen werden Jobcoaches, die (wiederum) Arbeitslose als Jobcoaches 'werben' (...) Die Grenzen zwischen Gewinnspiel, Job, Weiterbildung und Sekte verschwimmen immer mehr."

Aber auch gesellschaftliche Kernbereiche werden darauf untersucht, wie sie in die Verwertungslogik überführt werden. Erich Ribolits beschreibt, wie der Bildungsbereich zu einem Sektor reduziert wird, der ausschließlich auf "berufliche Bildung" setzt. Lernen soll keinen "Akt der Befreiung in Gang setzen, sondern einen der Unterwerfung". Ziel sei lediglich die "Qualifizierung", "das Brauchbarmachen des Menschen für die Erfordernisse seiner profitablen Verwertung". Und Lothar Galow-Bergemann verweist in seinem Beitrag über die Durchkapitalisierung der Krankenhäuser, dass bei Durchblutungstörungen der Arme und Beine eine Amputation den Kliniken noch am meisten Gewinn bringt.

Die AutorInnen von "Dead Men Working" kritisieren zurecht die Ausrichtung der Warengesellschaft auf monetären Reichtum. Jeden Tag kann man nachvollziehen, wie die "stofflichen" Bedürfnisse der Menschen hinter die so genannten Sachzwänge der Akkumulation von abstrakten "Werten" in Banken, Sparkassen und Aktiendepots zurücktreten müssen. Die AutorInnen kritisieren auch den fragwürdigen Arbeitsbegriff, auf den sich nicht zuletzt auch die ArbeiterInnebewegung immer wieder bezogen hat. Die Kritik der "Arbeit" als

historisch konstruiert und zutiefst ideologisch ist für eine radikale Gesellschaftskritik unerlässlich. Arbeit ist für die meisten Menschen ein nervtötendes, krankmachendes, Zeit raubendes Unterfangen. Und gerade die unter "Arbeit" subsumierten Tätigkeiten sind für die menschliche Reproduktion oft komplett unnötig, sogar widersinnig.

Sag zum Abschied leise Servus

Dabei kommt die Kritik allerdings etwas einhämmernd daher. Exzessiv zitiert man sich gegenseitig, verwendet die gleichen Zitate, Theoriebestandteile werden fast exzerptartig von einem Artikel in den anderen übernommen. Zudem kommen die Beiträge vielfach apodiktisch und extrem geschichtslos daher: "Es gilt, von einem Widerstand, der sich auf die aussichtslose Verteidigung des Status quo reduziert, zu einer emanzipativen Konfliktbestimmung gegenüber dem Selbstverbrennungskapitalismus zu kommen." So weit, so abstrakt.

Am problematischsten ist aber die durchgehende Sehnsucht nach der Apokalpyse. Viele der AutorInnen leben mit der Vorstellung eines "Offenbarungsereignisses", an dem der Kapitalismus endgültig seine hässliche Fratze zeigt. Widerstand ist da nur noch als totale Hau-Ruck-Gesamtaktion denkbar, als "kollektive Notwehr"; alles andere - etwa die politische Arbeit im Kleinen - erscheint als sinnlos. Für die Diskussion jenseits der gegenwärtigen Sachzwänge wäre es von Vorteil, die Arbeits- und WertkritikerInnen würden sich produktiv auch auf andere Ansätze einlassen. Umgekehrt kommt heute keine politische Bewegung an der Utopie einer Negation von Arbeit und Verwertung vorbei. Schon aus diesem Grund lohnt sich die Lektüre von "Dead Men Working".

Carl Mosel

Ernst Lohoff u.a. (Hrsg.): Dead Men Working. Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs. Münster (Unrast-Verlag), 2004. 302 Seiten, 18 Euro.

5. Zwischen Knast, Dschungel und Schäferhund

17 Tage lang protestierte die Anti-Lager-Tour gegen Orte der Ausgrenzung

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:05

Quer durch Norddeutschland reisten mehrere hundert TeilnehmerInnen der Anti-Lager-Tour, um gegen Dschungelheime, Abschiebeknäste und Ausreisezentren auf die Barrikaden zu gehen. Insgesamt beteiligten sich zwar weniger Menschen als erwartet, die Anzahl der Flüchtlinge an den Aktionen war jedoch bemerkenswert hoch. Vor Ort, vor allem in Bramsche, stieß die Aktion zudem auf ein großes Medieninteresse. Außerdem wurde an vielen Stationen die Isolation der Flüchtlinge durchbrochen und eine Mobilisierung in Gang gesetzt.

Die AktivistInnen in den blauen Overalls wirbeln mit silbernen Püscheln, trommeln auf Plastikfässern und klopfen auf Metalleimerchen. "Abschiebelager! Jedes Lager ist eines zu viel", rufen sie. Der Ort der Demonstration ist außergewöhnlich: Mitten im Wald, vorbei an dicken Moospolstern, Buchen und Birken, schiebt sich der Protestzug zur Asylunterkunft Zapel in Mecklenburg-Vorpommern. Kurz vor den ehemaligen Baracken der Nationalen Volksarmee werden die rund 200 DemonstrantInnen von mehreren Polizeiketten gestoppt. Es gibt ein Gerangel, Schäferhunde bellen, eine Sondereinheit mit aufgezogenen Sturmhauben rückt zur Verstärkung an.

Das Ordnungsamt Parchim hat ein generelles Besuchsverbot für die Zeit des Camps der Anti-Lager-Tour in Crivitz erteilt. Auch das Arte-Fernsehteam muss draußen bleiben. Die Kundgebung findet vor dem Tor statt: "Wir leben hier in Containern, als seien wir Waren, die darauf warten, verschifft zu werden", so ein Aktivist aus Nigeria. Und ein junger Mann, der mit seiner Familie seit einigen Monaten in der Unterkunft lebt, sagt, er fände keinen Namen für die Behausung, denn alle Bezeichnungen seien noch zu gut dafür. Seine Stimme überschlägt sich: "Die Leute hier fühlen sich verlassen, es gibt keinerlei Beratung, dafür ständig Repression der Heimleitung und Druck von den Behörden".

Dschungelheime - so nennen viele Flüchtlinge die Orte, an denen sie zwangsweise untergebracht wurden. Das Heim Zapel, das mitten im Wald liegt, sieben Kilometer von der nächsten Ortschaft entfernt, ist nur eines von vielen. Videoüberwachung, Eingangskontrollen, Wachdienst mit Schäferhund, Essenspakete und eine eingeschränkte Gesundheitsversorgung zählen zu den üblichen Repressionen.

Vom 20. August bis zum 5. September hat die Anti-Lager-Tour gegen das System der Ausgrenzung, von dem allein in Deutschland rund 600.000 Flüchtlinge betroffen sind, protestiert (siehe auch ak 485 und ak 483). Mit Demonstrationen, Musik und kleinen Theaterstücken, etwa zum Thema rassistische Ausweiskontrollen, erregten die AktivistInnen Aufmerksamkeit und durchbrachen an allen Stationen, obwohl die Behörden an jedem Aktionsort ein Besuchsverbot verhängt hatten, die Isolation der Flüchtlinge. Am sogenannten Ausreisezentrum Bramsche-Hesepe fehlten über Nacht 15 Meter Zaun, in der Zentralen Aufnahmestelle bei Halberstadt kletterten die AktivistInnen über das Tor, und beim Abschiebeknast Hannover-Langenhagen gelang es ihnen, mit den Gefangenen, die aus den Gitterfenstern riefen, eine Viertelstunde zu kommunizieren.

Die Realität der Lager wurde, zumindest auf lokaler Ebene, ins öffentliche Bewusstsein gerückt und skandalisiert. An den einzelnen Stationen, etwa dem Abschiebelager Bramsche-Hesepe in Niedersachen, in dem rund 550 Menschen untergebracht sind und eine eigene Schule eingerichtet wurde, wurden die selbstorganisierten Proteste der Flüchtlinge unterstützt. Ziel der Tour war es nicht nur, gegen die einzelnen Unterkünfte zu protestieren, sondern das Lagersystem als eine extreme Form gesellschaftlicher Ausgrenzung von Menschen ohne deutschen Pass zu thematisieren. Lager wurden als Orte rassistischer Verfolgung durch den Staat markiert: Zum einen werden Flüchtlinge in ihrer freien Wahl des Wohnortes eingeschränkt und von der übrigen Bevölkerung isoliert, zum anderen produziert das Schikaneregime ständig neue Erfahrungen von Degradierung und Demütigung. Die Residenzpflicht ist eines der wichtigsten Instrumente, mit dem die Anwesenheit der Flüchtlinge in den Unterkünften durchgesetzt wird. "Wir wollen, dass alle Lager geschlossen werden und alle gleiche Rechte haben", so ein Aktivist der Brandenburger Flüchtlingsinitiative (BFI), die die Anti-Lager-Tour mit vorbereitet hat. Auch die Karawane , The Voice und Teile des kein-mensch-ist-illegal-Netzwerks sowie verschiedene antirassistische Gruppen waren an der Tour-Vorbereitung beteiligt.

Insgesamt blieb die Beteiligung hinter den Erwartungen zurück. Die gesamte Tour von 17 Tagen mit Camps an verschiedenen Orten machten rund 50 Leute mit, an den einzelnen Stationen, etwa Hannover-Langenhagen, Zapel, Schwerin, Berlin oder Eisenhüttenstadt kamen zwischen 200 und 400 dazu. "Qualität vor Quantität", so lautete das Resümee auf dem Abschlussplenum in Eisenhüttenstadt. Zwar seien insgesamt, auch im Vergleich zu den Grenzcamps der vorherigen Jahre, weniger Menschen gekommen. Allerdings sei die Beteiligung der Flüchtlinge an der Vorbereitung und Durchführung der Tour, zum Beispiel die Mitarbeit in der Pressegruppe oder die Moderation eines Plenums, bemerkenswert groß.

Dies sei auch das politisch Neue im Vergleich zu den Grenzcamps, sagt Gregor Samsa, der in der bundesweiten Vorbereitungsgruppe mitarbeitet, in der rund die Hälfte der AktivistInnen aus Flüchtlingsinitiativen kommen. Doch die Ausgangsbedingungen sind sehr unterschiedlich: Während zum Beispiel viele Flüchtlinge allenfalls einmal in der Woche Zugang zur elektronischen Kommunikation haben, können deutsche Aktivisten jede Stunde mailen. "Ein großes Problem für Flüchtlinge sind auch die Fahrtkosten und die Residenzpflicht. Viele haben immer noch Angst, an den Treffen teilzunehmen, weil sie mit rassistischen Kontrollen auf dem Weg rechen müssen", erzählt ein Aktivist der BFI. Während der Tour kam es zu mindestens 15 vorübergehenden Festnahmen und mehreren Kontrollen, bei denen die Polizei mindestens zehn Flüchtlinge wegen Verstoßes gegen die Residenzpflicht angezeigt hat. Das Verhältnis von AktivistInnen mit deutschem Pass und Flüchtlingen und war immer wieder Thema auf der Tour. Im Gegensatz zu den Grenzcamps, die eher einer Plattform für verschiedene linke Gruppen, von den GlobalisierungsgegnerInnen bis zu den AntifaschistInnen, glichen, konzentrierte sich die Beteiligung diesmal weitgehend auf antirassistische Initiativen.

Beim Abschlussplenum in Eisenhüttenstadt wurde deutlich, dass eine 17-tägige Tour die derzeitigen Organisationskapazitäten dieses Spektrums überschreitet. Während der Aktionen der letzten Tage in Berlin und Eisenhüttenstadt zeigte sich bereits Erschöpfung und Kraftlosigkeit. Deshalb wird es eine Wiederholung der Tour in dieser Form sehr wahrscheinlich nicht geben, sondern eher kleinere Aktionen. Man wolle an den Punkten anknüpfen, die während der Tour auf lokaler Ebene angestoßen wurden, etwa den Mobilisierungsprozess in Mecklenburg-Vorpommern, so Gregor Samsa. Außerdem stehe im nächsten Jahr das Zuwanderungsgesetz an, das neue Probleme bereit halte: So werden zum Beispiel viele Flüchtlinge, die sich teilweise seit Jahren in den Initiativen engagieren, ihren Duldungsstatus verlieren.

Anke Schwarzer

6. Trotz Medien und Menschenfreunden

Der zweite Prozess gegen Johannes Weinrich endete mit Freispruch

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:06

Die Spatzen hatten es seit Wochen von den Dächern gepfiffen, aber die Linke und die bürgerlichen Medien rieben sich verwundert die Augen: Freispruch für Johannes Weinrich im Prozess wegen insgesamt sechs Bombenanschlägen in den 1980er Jahren. Was war geschehen? Alle hatten doch schon so fest mit einem "lebenslänglich" gerechnet.

Dabei war die Berliner Strafkammer von Anfang an erkennbar nicht an diesem Prozess interessiert gewesen. 1999 genügten ihr die von der Staatsanwaltschaft vorgelegten Indizien noch nicht, um eine Anklage zuzulassen. Dann reichte der französische Inlandsgeheimdienst DST 2001 die angebliche Aussage des Ali al Issawi zu den Akten. (vgl. ak 481) Diese schien das fehlende "Bindeglied" zu sein, das die dürftigen Indizien überzeugend miteinander verband. Die Anklage wurde zur Hauptverhandlung zugelassen. Doch kam schon vor Beginn des Prozesses von der Strafkammer das Angebot zum "Deal". Weinrich solle sich zu einer der Taten bekennen, dann würde "der Rest zügig durchverhandelt werden". Darauf ließ Weinrich sich nicht ein. Er machte keine Aussagen und wollte einen Indizienprozess.

Der Prozess und das Urteil

"Mangel an Beweisen" lautet am Ende die Kurzformel in der Urteilsbegründung. Das Stasi-Aktenmaterial sei undurchsichtig in seinem Zustandekommen und enthalte keine gerichtsverwertbaren Fakten, so der Vorsitzende am 23. August. Zudem seien die nur in Kopie vorliegenden handschriftlichen Aufzeichnungen nach einem BKA-Gutachten lediglich "auf der untersten Stufe der Wahrscheinlichkeit" Weinrich zuzuordnen. Die teils widersprüchliche "Aussage" Issawis sei "zwischen Geheimdiensten entwickelt" worden und deshalb für die Kammer nicht verifizierbar und daher "ohne Beweiswert". Die viele Verhandlungstage füllende Frage, ob Issawi seinerzeit beim jordanischen Geheimdienst GID gefoltert wurde, war für die Kammer allerdings "unerheblich", da "keine Tatsachen in dieser Richtung vorgelegt wurden".

In der Anklage hatten auch noch die Aussagen einer zweiten Kronzeugin eine Rolle gespielt. Magdalena Kopp hatte vor der Staatsanwaltschaft umfänglich gegen ihren ehemaligen Gefährten Weinrich ausgesagt. Dafür durfte sie in Freiheit bleiben. Vor Gericht hatte sie dann allerdings die Aussage verweigert und da Staatsanwalt Mehlis bei der Vernehmung widerrechtlich die Verteidigung ausgeschlossen hatte, flog die Aussage der Kronzeugin auch aus dem Prozess. Auch dem in Paris inhaftierten Illich Ramirez Sanchez ("Carlos" bzw. "Schakal") wurde seine Zeugenaussage "für den lieben Genossen Johannes Weinrich" (so Sanchez wörtlich) in Berlin von der Justizverwaltung "im Einvernehmen mit der Bundesregierung" verwehrt. Angeblich aus Sicherheitsgründen. InsiderInnen vermuten, dass man Sanchez keine Bühne bieten wollte.

Im letzten Dezember fällte dann die Kammer den Beschluss, drei der sechs angeklagten Taten wegen "der Gefahr der Überlänge des Verfahrens" abzutrennen. Blieben die drei Anschläge in Frankreich übrig: Ein Autobomben-Anschlag 1982 in der Pariser Rue Marbeuf, ein Bombenanschlag auf dem Bahnhof von Marseille und ein Bombenanschlag auf einen Hochgeschwindigkeitszug zwischen Paris und Marseille im Jahre 1983. In Frankreich wurde bis heute keine Anklage erhoben. Ob dem "politische Vorgaben zu Grunde liegen", mochte die Kammer nicht abschließend beurteilen. Ausschließen wollten sie es aber auch nicht. Ein Fingerzeig auf Aktenteile, die bei zwei der drei Anschlägen auf die rechtsextreme, spanische Anti-ETA-Organisation GAL in Kooperation mit dem französischen Geheimdienst als heißeste Spur hinweisen. Die Pariser Division anti-terroriste und der DST hatten diese Ermittlungsrichtung vorgegeben.

Bis heute gibt es keine Beweise für die Täterschaft der Carlos-Gruppe bei den französischen Kriminalen, dafür aber jede Menge "Überzeugungen". Die französischen Ermittlungsergebnisse waren insgesamt mager und von Staatsanwalt Mehlis nur unvollständig vorgelegt worden. Von den ca. 10.000 Seiten französischer Ermittlungsakten bekam die Kammer mindestens 8.000 nie zu sehen. Eine nachträgliche Anforderung und Übersetzung hätte nach Überzeugung der Kammer wiederum zu einer Überlänge des Verfahrens geführt. Dafür bekam Staatsanwalt Mehlis in der mündlichen Urteilsbegründung ein paar schallende Ohrfeigen.

Der Prozess und die Nebenklage

Das Revisionsverfahren im Prozess gegen Mounir al Motassadeq gab dann den endgültigen Ausschlag. Dort hatte der BGH festgestellt, dass bei einer "verkürzten Beweislage" durch das Fehlen von Zeugen (dort: Ramzi Binalshib) und Sperrklauseln der Exekutive (dort: durch das Bundesinnenministerium) besonders strenge Maßstäbe an die Würdigung solcherart "Beweise" anzulegen sei. Ein deutlicher Hinweis der Judikative an die Politik: Wenn ihr uns gegenüber mauert, dann verurteilen wir nicht! Diese BGH-Entscheidung war eine Steilvorlage für die Richter im Weinrich-Prozess und wurde auch explizit im Urteil erwähnt.

Trotz des Freispruchs wird der heute 57-Jährige frühestens im Jahre 2020 entlassen. Da Weinrich bereits zu einem "lebenslänglich" (mit besonderer Schwere der Schuld) wegen des Anschlages 1983 auf das Maison de France in Berlin verurteilt ist, lief die Kammer also nie Gefahr, einen "gefährlichen Terroristen laufen zu lassen".

Da die Verteidigung engagiert gearbeitet, zuhauf Unzulänglichkeiten der Anklage akribisch aufgedeckt und in einer Vielzahl von Anträgen zu den Akten gegeben hatte, hätte sie im Falle einer Verurteilung viel Material für eine aussichtsreiche Revision gehabt. All das zusammengenommen spricht somit für einen revisionssicheren Freispruch. Die jetzt von der Staatsanwaltschaft und einigen Nebenklagevertretern eingelegte Revision dürfte also kaum Aussicht auf Erfolg haben. Ob es je zur Verhandlung über die abgetrennten Taten kommt, ist ungewiss.

Der Prozess und die Medien

Schon vor Prozessbeginn gab es GewinnerInnen dieses Verfahrens: Die Karawane der NebenklagevertreterInnen, meist "Opferanwälte" genannt. Bis auf eine Ausnahme hat keiner der Herren in den 84 Verhandlungstagen auch nur einen Finger "für die Opfer" krumm gemacht. Sie haben die unbedingt notwendige Zeit abgesessen. Die Nebenklagebank war meist schon vor der Mittagspause stark gelichtet, nur ein einziger dieser Anwälte hat alle Verhandlungstage von Anfang bis Ende mitgemacht. Aber sie haben gut verdient. 430.000 Euro alleine an diesem Prozess, wird vermutet. Dabei kannten einige der Geschädigten "ihre" Rechtsanwälte noch nicht einmal. Auch gab es im Verlauf des Verfahrens immer wieder deutliche Indizien für einen regen Handel mit Nebenklagemandaten. Die Kammer, von empörten SchöffInnen darauf hingewiesen, zuckte nur mit den Schultern: "Wir sehen das, aber wir können dagegen nichts unternehmen. Es ist legal".

Die gleichen "Opferanwälte" haben auch schon am Mykonos-Prozess und im La-Belle-Verfahren gut verdient. Bei Letzterem sind sie an der millionenschweren Einigung mit Libyen Mitte August prozentual beteiligt. Und wen wunderts: Auch im Motassadeq- und im Mzoudi-Verfahren sitzen einige diese GroßverdienerInnen der "Rechtspflege". Vor Fernsehkameras reden sie gerne von "der Genugtuung für die Opfer" - kostenlose Reklame für Anwälte, deren Homepage mit dem Kürzel ".com" endet.

In den Mainstream-Medien setzte anderthalb Wochen vor Prozessbeginn eine massive Vorverurteilung ein. Da war vom "hartherzigen" und "geltungsbedürftigen Vollstrecker" die Rede, der "eine blutige Spur durch ganz Europa" zog. "Die rechte Hand des Schakals", die "so viele Tote wie möglich wollte", so der Tenor. Zerfetzte Leiber und geplatzte Hauptschlagadern wurden Weinrich lange vor einem Urteilsspruch zugewiesen. Unschuldsvermutungen gelten nicht für "Terroristen". Demagogie pur, die sich sensationsgierig - und damit gut verkäuflich - zu überbieten versuchte. Besonders weit aus dem Fenster gelehnt haben sich da die Süddeutsche Zeitung (SZ) und der Spiegel. Annette Ramelsberger von der SZ bekam ihre Artikel direkt von der Nebenklage in den Block diktiert, Matthias Gebauer vom Spiegel ließ seiner demagogischen Fantasie freien Lauf. Zum Freispruch war von beiden dann nichts mehr zu lesen.

PressevertreterInnen waren lediglich zur Prozesseröffnung, beim Kurzauftritt der Magdalena Kopp, bei den Plädoyers der Staatsanwaltschaft und der Nebenklage sowie zur Urteilsverkündung anwesend. Außergerichtliche Statements des Staatsanwaltes wurden eifrig mitgeschrieben und reproduziert. Die Plädoyers der Verteidigung wurden gemieden (daher rührt wohl auch die "Überraschung" in den Meldungen über das Urteil). Sie wurden genauso gemieden wie die restlichen 79 Verhandlungstage. Über die zentralen Inhalte des Prozesses durchsuchte man die Blätter vergebens. "Carlos kommt nach Berlin" und "Carlos kommt doch nicht nach Berlin", das war von Interesse. Mehr nicht.

Der Prozess und die MenschenrechtlerInnen

Da aber offenbar einer vom anderen abschrieb, multiplizierten sich hanebüchene Fehldarstellungen nach dem Prinzip der "stillen Post". Die netzeitung schaffte es beispielsweise, in einer Zwanzig-Zeilen-Meldung elf inhaltliche Fehler unterzubringen. Symptomatisch war eine ZDF-Journalistin, die KollegInnen kurz vor der Urteilsverkündung auf dem Gerichtsflur im Brustton der Überzeugung erklärte, dass "Weinrich hier wegen zwei Anschlägen angeklagt ist. Die eine Sache in Paris und wegen einem Anschlag auf den TGV in Marseille". Die KollegInnen nickten zustimmend. Nur: Weinrich war nach der Abtrennung wie gesagt wegen dreier Anschläge angeklagt und in Marseille hatte es nie einen Anschlag auf einen TGV gegeben. Der fand in der Nähe der Ortschaft Tain l'Hermitage statt.

Auch amnesty international (ai) spielte hinter den Kulissen des Verfahrens eine etwas unrühmliche Rolle. Die Jahresberichte von ai über Jordanien wurden mehrfach von der Verteidigung erwähnt und waren auch Gegenstand von Beweisanträgen. ai berichtet dort von Folterpraktiken des jordanischen GID, speziell "in Fällen von Terrorismusverdacht". Als die Kammer entgegen einer mündlichen Absprache nach der Sommerpause 2003 die angebliche Aussage Issawis in das Verfahren einführte, bemühte sich die Verteidigung um eine Prozessbeobachtung durch die Menschenrechtsorganisation. Wochenlang wurden die Anwälte, die ai ein ausführliches Dossier zugesandt hatten, telefonisch hingehalten. Man müsse die Sache erst in London (zuständig für Belange in Deutschland) prüfen. Die Verteidigung ließ jedoch nicht locker und bekam nach Monaten und einer Vielzahl eindringlicher Anfragen zur Antwort, dass man sich bei amnesty international "nicht an die deutsche Justiz herantraue". Der Umstand, dass der Issawi nach seiner "Vernehmung" in Jordanien spurlos verschwunden ist, wurde von ai-MitarbeiterInnen damit kommentiert, dass "er ja vielleicht nicht gefunden werden wollte".

Der Prozess und die Linke

"Nicht-Verhalten", so lässt sich die Haltung der Linken zum Prozess auf den Punkt bringen. Die Organisation Internationaler Revolutionäre (OIR), besser als Carlos-Gruppe bekannt, gehört zu den Schmuddelkindern der linksradikalen bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Obwohl etliche Mitglieder und UnterstützerInnen der linksradikalen deutschen Szene entstammten, möchte die Szene die Carlos-Gruppe wegen "political incorrectness" gerne aus der Familienchronik streichen. Ein Unikum die Forderung, Weinrich müsse sich - vor einem bürgerlichen Gericht unter Anklage stehend - "erst erklären ", bevor ihm Solidarität zugestanden werden könne. Wann wurde dies jemals in vergleichbarer Situation von einem Mitglied der RZ, der Bewegung 2. Juni oder der RAF verlangt? Trotz teilweise erheblicher politischer Differenzen - und die sind bei der so genannten "Politik" der OIR allemal angesagt - kam dort immer die "Verteidigung gegen die Repression" an erster Stelle. Auch zur Flugzeugentführung in Entebbe hat die linksradikale Szene viele Jahre geschwiegen. Andrea Klump und der Anschlag auf einen Bus mit jüdischen Auswanderern in Budapest werden ein weiterer Gradmesser für die Bereitschaft der radikalen Linken sein, sich den Leichen im eigenen Keller zuzuwenden.

OZ

7. Gute und böse Nazis

Balsam für die Volksseele - Eichingers Film "Der Untergang"

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:07

Am 16. September kommt der Film "Der Untergang - Hitler und das Ende des 3. Reichs" in die Kinos. Der Spiegel widmete dem monströsen Werk schon am 23. August eine Titelgeschichte - nicht nur im Vertrauen auf die "morbide Faszination", die von dem Thema ausgehe. Auch geschichtspolitisch ist der Film bedeutsam - ein weiterer Beitrag zur Serie "Das deutsche Volk als Opfer eines verrückten Führers".

Bernd Eichinger, Produzent und Drehbuchautor, formuliert den Anspruch seines Projekts: "Wenn man den Lichtkegel auf den größtmöglichen physischen und psychischen Zusammenbruch einer ganzen Zivilisation richtet, nämlich unserer deutschen Nation, dann muss es auch möglich sein, dass wir diese Geschichte selbst erzählen können - und müssen." Material liefern die Interviews mit Traudl Junge, der ehemaligen Sekretärin Hitlers. Aus diesen Interviews war schon 2002 der sehenswerte Dokumentarfilm "Im toten Winkel - Hitlers Sekretärin" (Regie: André Heller, Othmar Schmiederer) entstanden. Eichinger beruft sich auf Joachim C. Fest, den konservativen Historiker und ehemaligen Herausgeber der FAZ, der 2002 ein gleichnamiges Buch vorgelegt hat. Wie auch in Christoph Schlingensiefs furiosem 60-Minüter "100 Jahre Adolf Hitler. Die letzte Stunde im Führerbunker" aus dem Jahre 1988/89 geht es um die Rekonstruktion der Verhältnisse um Hitler kurz vor dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft.

In zweieinhalb Stunden erzählt der Film aus der Perspektive der Sekretärin die Geschichte des immer wahnsinniger werdenden Hitler. Der geht gebückt, mit den Händen zitternd hinter seinem Rücken (Parkinson?), eingesperrt mit seinen letzten Getreuen in seiner letzten Zuflucht, dem Berliner Führerbunker. Der Film zeigt Einsamkeit und Realitätsverlust, Wehrmachtsoffiziere und -generäle, die nichts anderes im Sinn haben als den Krieg zu beenden, sich aber nicht gegen Hitler durchsetzen wollen. Er erzählt vor allem von den "guten" Nazis: Hofarchitekt Speer, der den Führerbefehl zur Vernichtung der zivilen Infrastruktur verweigert und damit dem deutschen Volk seine Existenzgrundlage erhalten will. Professor Schenk, der als Internist im Notlazarett aushilft, wo er kann, und durch dessen Augen wir das Leid der deutschen Zivilbevölkerung und Soldaten in mannigfacher Form erblicken. Den Höhepunkt der Niedertracht hingegen personifiziert im Film die Ehefrau und Mutter Goebbels, die ihre sechs Kinder zunächst betäubt und ihnen dann die Giftkapsel zwischen die Zähne drückt - Kind für Kind.

Deutsche Opfer in allen Variationen

Bei all dem Blut, Wahnsinn, Granatendonner verschweigt der Film jedoch vieles, was bei einer seriösen Beschäftigung mit "dem Untergang" nicht ausgeblendet werden kann: Was hat der gute Professor Schenk alles getan bzw. nicht getan, um es zum hochrangigen SS-Offizier zu bringen? Oder Göring: Im Film besteht dessen Verbrechen darin, dass er mit Kunstschätzen nach Süddeutschland verschwunden ist und sich nicht mehr um die Luftwaffe kümmert, um den Himmel über Berlin zu verteidigen. Himmler wird fast sogar positiv besetzt, da er hinter Hitlers Rücken Kapitulationsverhandlungen mit den Briten aufzunehmen versucht. Und Speer wird eben nicht gezeigt als der technokratische Rüstungsminister, der er auch war und als der er die Mittel organisierte, mit denen die Deutschen ganz Europa mit Krieg überzogen und von Juden "befreien" wollten. Die umfangreiche Nebenrolle Speer hätte Andeutungen in dieser Richtung allemal getragen.

Der blinde Fleck liegt in der Darstellung des Grauens der Kämpfe um Berlin: Die Eroberung der Stadt scheint auf sowjetischer Seite ein unblutiges Unternehmen gewesen zu sein. Im Film wird Deutschland (= Volk + Herrschaft) im Moment der Niederlage gezeigt. Es ist schwach, wird angegriffen, zerstört. Ausgeblendet wird, was Deutschland getan hat, als es noch die Macht hatte, seine Feinde zu vernichten. Ausgeblendet wird, wovon "der Untergang" die Konsequenz ist. Stattdessen sehen wir die totale Machtlosigkeit. Und das ist eine Vorentscheidung: Wer Machtlosigkeit zeigt, zeigt Opfer. Und wer Opfer zeigt, der will Mitleid, zumindest Mitgefühl. Mitgefühl für deutsche Täter. Schließlich zeigt der Film keinen einzigen leidenden sowjetischen Soldaten. Die Rote Armee ist nur präsent durch den Granatendonner und als Siegerin in der Schlussszene. Er zeigt nur deutsche Opfer, verstümmelt, erschossen, hungernd, kämpfend, verängstigt - Opfer in allen Varianten mit einer einzigen Gemeinsamkeit: Das Opfer muss deutsch sein, um im Film eine Rolle zu spielen.

Offensichtlich geht es weniger um die historische Wahrheit als darum, dass das deutsche Volk endlich auch als Opfer anerkannt wird. Wahrscheinlich legt Eichinger deshalb so viel Wert darauf, dass Deutsche die Hauptrollen spielen - abgesehen von dem Schweizer Bruno Ganz, der Hitler verkörpert. Noch einmal Eichinger: "Wir haben uns vorgenommen, diesen Film in deutscher Sprache zu drehen, mit deutschen Schauspielern und einem deutschem Regisseur." Einen deutschen Drehort für die Außenaufnahmen, die das umkämpfte und zerstörte Berlin zeigen sollen, fanden die Filmemacher allerdings nicht. Also wurde in St. Petersburg gedreht. Das zum Film gelieferte Pressematerial lobt die Drehbedingungen in der ehemaligen Sowjetunion und die Echtheit der Szenerie. Kein Wort jedoch über die physische und psychische Situation der Stadt, als sie noch Leningrad hieß und von der Wehrmacht über 900 Tage lang belagert und ausgehungert wurde und mehr als 800.000 EinwohnerInnen erfroren und verhungerten. Stattdessen der begeisterte Hinweis auf die Altbauten dort, die jenen Berlins ähneln, da "von deutschen Architekten erbaut".

Der Untergang Berlins und das Ende Karthagos

Als deutsche Produktion scheint der Film den Lichtkegel ausschließlich auf deutsches Leid und deutsche Opfer richten zu wollen. Aber Wichtiges verschweigen heißt lügen. Die verlogene Quintessenz von "Der Untergang" geht so: Hitler war irre oder krank oder beides, und die deutsche Nation war sein armes, tragisches Opfer. Der Untergang des deutschen Volkes wird zum eigentlichen Verbrechen, schuld sollen allein die Nazi-Führer sein, und hier vor allem Hitler und Goebbels. Der Film liegt ganz auf der national-konservativen geschichtspolitischen Linie, wie sie der Stichwortgeber des Films, der Historiker Fest, vorgibt, wenn er schreibt: "Die neuere Geschichte kennt nichts, was mit den Ereignissen des Frühjahres 1945 vergleichbar wäre. Was damals erlebt und erlitten wurde, waren nicht nur die unvermeidlichen Schrecken einer Niederlage. Der Untergang Berlins ist historisch nur mit dem Ende Karthagos zu vergleichen." Dass dieser "Untergang Berlins", gar der "Untergang des deutschen Volkes" für einige Jahrzehnte die Befreiung Europas vom deutschen Größenwahn bedeutete, hat in der Erzählung von den Deutschen als Opfer ihrer verrückten Führer keinen Platz mehr. Zweieinhalb Stunden lang wird dem Zuschauer die Erzählung vom deutschen Opferkollektiv eingetrichtert: Zweieinhalb Stunden Bombendröhnen, Blut und Elend außerhalb, Dekadenz und Wahnsinn innerhalb des Bunkers machen den Kinobesuch zur Qual. Verschärft wird das durch das Fehlen jeglichen Spannungsbogens - denn jeder weiß ja von Anfang an, wie die Geschichte ausgeht.

Zur eindimensionalen, flachen und verzerrenden Erzählweise passt eine Verfilmung mit allem filmtechnischen Aufwand für ein audio-visuelles Sinnenspektakel in Hollywood-Manier. Da hilft auch der Rückgriff auf die echte Traudl Junge nichts mehr: Hitlers Sekretärin leitet den Film mit ihrer persönlichen Rückschau ein und bilanziert ihn mit Überlegungen zu ihrer eigenen Rolle und Schuld. Dieser dokumentarische Rahmen soll dem fiktionalen Geschehen im Bunker wohl einen Anschein von Authentizität verleihen. Die reuige Selbstreflexion der achtzigjährigen Kronzeugin widerspricht dem Geraune vom deutschen Volk als Opfer. Am revisionistischen Tenor des Bunkerdramas ändert sie jedoch nichts.

Markus Euskirchen

Der Untergang - Hitler und das Ende des 3. Reichs (2004), Regie: O. Hirschbiegel, Produktion und Drehbuch: B. Eichinger, Buchvorlage: J. Fest, Budget: 13,5 Mio. Euro, Dauer: 150 Minuten

8. Koordinieren und informieren

Neue Formen der Kooperation von Polizei und Diensten

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:08

Seit Anfang der 1990er Jahre haben Geheimdienste, Polizei und Strafverfolgungsbehörden neuartige Kooperationsformen entwickelt. Das Ziel: Konkrete Zusammenarbeit und Abstimmung von Maßnahmen in bestimmten Bereichen von gemeinsamem Interesse. Aus der verfassungsrechtlich vorgegebenen Trennung von Polizei und Geheimdiensten wird so eine systematische Zusammenführung.

Am 1. April 1991 wird der Chef der Treuhandanstalt Detlev Karsten Rohwedder in seinem Haus in Düsseldorf erschossen. Es ist das letzte Attentat der RAF auf einen führenden Repräsentanten des Staates oder der Wirtschaft. Einen Monat danach, am 3. Mai, tritt in Bonn die Innenministerkonferenz zusammen und beschließt ein ganzes Paket von Maßnahmen: Verfassungsschutz und Polizei sollen ihren Informationsaustausch auf Bundes- und Landesebene "unter voller Ausnutzung des rechtlich Zulässigen" intensivieren. Die "Erkenntnisse sämtlicher Sicherheitsbehörden und des Justizbereichs" seien in Bundes- und Landeslagebildern zu verwerten. Die Überwachung der RAF-Gefangenen sei zu verschärfen und Erkenntnisse "zügig ... an alle zuständigen Sicherheitsbehörden" weiterzuleiten. Voll ausgeschöpft werden soll der rechtliche Rahmen auch beim Personenschutz - durch verdeckte Maßnahmen der Polizei und den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel des Verfassungsschutzes.

Unter Punkt 4 der Beschlussniederschrift heißt es dann lapidar: "Die Innenminister/-senatoren der Länder nehmen zur Kenntnis, dass beim Bundeskriminalamt (BKA) eine Koordinierungsgruppe eingerichtet wird, der als weitere ständige Mitglieder Vertreter der Länder, des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und des Generalbundesanwalts (GBA) angehören." Die beiden Sätze sind die Geburtsurkunde der "Koordinierungsgruppe Terrorismus" (KGT). Was die Gruppe genau tun soll und welche Rolle sie für die zuvor genannten Elemente des ministeriellen Maßnahmepakets hat, geht aus dem Protokoll nicht hervor.

Koordinierungsgruppe Terrorismus (KGT)

Einen Informationsaustausch in Sachen Terrorismus zwischen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden einerseits und Geheimdiensten andererseits hatte es bereits vorher gegeben. Vertreter des BKA, des GBA sowie von BfV und BND hatten sich seit 1982 vierteljährlich zusammengesetzt. Schon von der Anzahl der Sitzungen her repräsentierte die KGT dagegen eine erheblich intensivere Zusammenarbeit. Bis Ende 1991, also in etwas über einem Jahr, hatte sie 29-mal getagt. Nach der Anlaufphase traf man sich alle 14 Tage in großer Runde, d.h. mit Beteiligung der Kriminal- und Verfassungsschutzämter der Länder. Vertreter der beteiligten Bundesstellen - der Abteilungen für Terrorismusbekämpfung des BKA und des BfV sowie des Referats Fahndung des GBA - kamen dagegen wöchentlich zusammen.

Dass die KGT "einen über die bisher praktizierten Formen der Zusammenarbeit hinausgehenden Ansatz" darstellte, war auch dem Bundesinnenministerium (BMI) bewusst. In einem als "Verschlusssache" klassifizierten Bericht vom 18. Juni 1991 hielt es fest, dass die Kooperation "zwischen Polizei, Verfassungsschutz und Justiz ... verdichtet" würde. Dies könne "natürlich nur auf der Grundlage geltenden Rechts" geschehen. Da aber die KGT "auf der Grundlage gemeinsamer, einstimmiger Beschlussfassung" der IMK tätig würde, "wird ihren Vorschlägen ungeachtet der bestehenden gesetzlichen Zuständigkeitsregelungen eine gewisse Verbindlichkeit zukommen". (1) Damit war die Trennung von Polizei und Geheimdiensten bis auf eine dünne Membran reduziert, die nicht nur einen umfassenden Informationsaustausch, sondern darüber hinaus eine enge organisatorische Abstimmung zwischen beiden Seiten ermöglichte. Während das BMI in seinem internen Papier konsequenterweise die erwartete "gewisse Verbindlichkeit" herausstreicht, betont es in der Öffentlichkeit des Bundestages die getrennte Zuständigkeit der KGT-Mitglieder. In der reichlich zugeknöpften Antwort auf eine Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke heißt es, die Gruppe sei keine neue Behörde und habe auch keine "eigenständigen Befugnisse oder Weisungsrechte gegenüber anderen Stellen". Zwar hätten die Beteiligten "innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches" Zugang zu ihren je eigenen Informationssystemen, die KGT führe jedoch keine eigenen Dateien. (BT-Drs. 12/1033)

Nach dem zitierten Bericht vom Juni 1991 stand "im Vordergrund der Arbeitsplanung" die Arbeit an dem Fahndungskonzept "POS (= Personen- und Objektschutz) 106". Dieses sollte den Schutz bedrohter

Wirtschaftsführer vor Anschlägen der RAF auch durch das Ausleuchten ihres Umfeldes mit verdeckten polizeilichen resp. nachrichtendienstlichen Mitteln gewährleisten. Die erste Aufgabe der KGT bestand wohl darin, die Zahl der zu schützenden Personen zu reduzieren und damit die aufwendige verdeckte Fahndung überhaupt erst zu ermöglichen.

Wie eng die Kooperation gerade im Bereich der Fahndung war, zeigt die allerdings missratene Festnahmeaktion auf dem Bahnhof Bad Kleinen am 27. Juni 1993, die nur auf Grund der Tätigkeit des vom rheinland-pfälzischen Landesamt für Verfassungsschutz geführten V-Mannes Klaus Steinmetz möglich wurde. Die KGT hatte hierbei zunächst in der Planung eine bedeutende Rolle und gab Empfehlungen u.a. zum Schutz des V-Mannes ab. (2) Auch die öffentliche Demontage zweier Augenzeugen der Aktion, bei der das RAF-Mitglied Wolfgang Grams und der GSG-9-Beamte Michael Newrzella erschossen wurden, wird in Kommentaren und Berichten der KGT zugeschrieben. (vgl. ak 357)

Ob die KGT neben ihren operativen und informationellen Aufgaben auch eine Rolle als Beratungsgremium für die Ministerebene wahrnahm, ist umstritten. Anfang 1992 bezeichneten diverse Medien die Initiative des damaligen Bundesjustizministers Klaus Kinkel, die den zusammenarbeitungswilligen RAF-AussteigerInnen Strafnachlässe in Aussicht stellte, als originäres Produkt der Debatten in der KGT. (vgl. Bürgerrechte & Polizei/CILIP 42)

Koordination gegen Rechts

Das Rezept der KGT blieb aber nicht auf den Kampf gegen die RAF und ihr Umfeld beschränkt. Im Dezember 1992 konstituierte sich - zunächst als Untergruppe der KGT - die "Informationsgruppe zur Beobachtung und Bekämpfung rechtsextremistischer/-terroristischer, insbesondere fremdenfeindlicher Gewaltakte" (IGR), an der derselbe Kranz von Bundes- und Landesbehörden beteiligt ist. Die Geschäftsführung liegt dieses Mal aber nicht beim BKA, sondern beim BfV - aus "sachlichen Gründen", die die Bundesregierung auf eine Anfrage von Ulla Jelpke aber nicht näher erläutert. (BT-Drs. 13/854 und 13/5795)

Die Antworten, die Jelpke 1995 zur IGR erhielt, sind an vielen Punkten wortgleich mit denen zur KGT von 1992: Die IGR habe keine eigenen Befugnisse oder Weisungsrechte und führe auch keine eigenen Dateien. Auch die IGR soll "alle rechtlichen Möglichkeiten" ausschöpfen, die bei Polizei, Verfassungsschutz und Justiz vorhandenen Erkenntnisse zusammenführen und damit gegebenenfalls "koordinierte landes- und bundesweite Exekutivmaßnahmen" vorbereiten. Im Unterschied zur KGT darf sich die IGR Erfolge an die eigene Brust heften. Sie habe mitgewirkt bei der Durchführung von Vereinsverboten (Wiking Jugend 1994, FAP 1995), bei Razzien gegen "Bezieher und Verteiler rechtsextremistischen Schriftguts" und wirke auch bei der Verhinderung von Neonazi-Treffen mit.

Bis März 1995 hat die IGR insgesamt 29 Sitzungen absolviert. "In der Regel werden im Jahr jeweils vier IGR Bund/Ländersitzungen sowie entsprechende Vorbereitungssitzungen der IGR-Bund durchgeführt." Hinzu kamen Unterarbeitsgruppen zu "Nachfolgeaktivitäten" nach dem Verbot von Organisationen, zu den Erfassungskriterien rechter Straftaten sowie zum Internet. An Letzterer waren nur BKA, BfV und GBA beteiligt, sie sollte "durchführbare" Maßnahmen gegen die rechte Internet-Propaganda entwickeln. (BT-Drs. 13/6042)

Einige Länder haben mit eigenen Koordinierungsgruppen nachgezogen. So dehnte Baden-Württemberg den Arbeitsbereich seiner "Koordinierungsgruppe Terrorismus/Extremismus" auf "rechtsextremistische/ fremdenfeindliche Straftaten" aus. Im Oktober 1998 richtete Thüringen im Landeskriminalamt (LKA) eine "Zentralstelle zur Bekämpfung des Extremismus" ein, an der auch das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) beteiligt ist. (Süddeutsche Zeitung, 9.12.1993/taz, 7.7.1998)

Seine dritte Auflage erlebte das Koordinierungsgruppen-Konzept nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Bereits am 28. September trat eine "Koordinierungsgruppe Internationaler Terrorismus" (KGIntTE) zusammen, die in ihrer Breite erheblich über die beiden Vorläuferinnen hinausgeht: Vorsitz und Geschäftsführung liegen auch hier wieder beim BKA. Beteiligt sind erstens der Generalbundesanwalt, zweitens sämtliche Geheimdienste - vom BfV und den LfV über den Bundesnachrichtendienst (BND) bis zum Militärischen Abschirmdienst (MAD) und dem Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr -, drittens Vertreter der AG Kripo (Leiter des BKA und der Landeskriminalämter) und viertens Vertreter der Unterarbeitsgruppe "Führung, Einsatz, Kriminalitätsbekämpfung" des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz. Die Arbeitsgruppe dient vor allem der ständigen Fortschreibung von Lagebildern. Sie erstellte vor Beginn des

Irak-Krieges "alternative Lageszenarien". (BT-Plenarprotokoll 15/104) Sie erarbeitete auch die Kriterien der Rasterfahndung, die republikweit ab Ende September 2001 anlief, und befasste sich mit einem "Gefährderprogramm", das abgestufte Maßnahmen von der "Abklärung" über die (verdeckte) Observation bis hin zur (direkten) "Ansprache" vorsieht. (vgl. Kriminalistik 6/2002) Das Konzept, so der BKA-Oberstaatsschützer Manfred Klink, sei "unter Einbeziehung der Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden des Bundes arbeitsteilig von den Landeskriminalämtern und den Landesämtern für Verfassungsschutz" umgesetzt worden. (vgl. Die Kriminalpolizei 3/2002)

Vor und nach dem 11. September

Lange vor dem 11. September hatten sich BKA, BND und BfV auf das Konzept des beim BKA angesiedelten Informationboards geeinigt. In seinem Bericht vom 30. Juli 2001 stellt das BMI zwei Pilotprojekte vor (3): Jenes über das "Netzwerk arabischer Mudjahedin" war schon im April angelaufen und sollte "alle relevanten verfügbaren Informationen und Hintergrundinformationen" zu diesem Bereich in die entsprechende Arbeitsgruppe der drei beteiligten Behörden einbringen. An der zweiten Arbeitsgruppe - "Schleusungen über die Tschechische Republik" -, dessen Beginn für Mitte September geplant war, sollten sich zusätzlich die Grenzschutzdirektion, das Zollkriminalamt, das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, das Bundesverwaltungsamt, das das Ausländerzentralregister betreibt, sowie die Landeskriminalämter und LfV Bayerns und Sachsens beteiligen. Als Ziele nennt das BMI u.a. die "Identifizierung von Tätern und Hinterleuten, die Initiierung von Ermittlungsverfahren (und) die Einziehung von Gewinnen". Nach dem 11. September wurde der Arbeitsauftrag für die Gruppe ausgeweitet: Sie sollte nun vor allem nach 18-40-jährigen Asylsuchenden und Einwanderern arabischer Herkunft Ausschau halten. (vgl. Kriminalistik 6/2002) Die Gruppe bedient zudem eine "Auswertedatei", in der die Informationen der verschiedenen Stellen zusammengetragen werden. (4) Ein drittes Projekt startete bei der Finanzermittlungseinheit (FIU) des BKA und widmete sich der "Finanzierung des Terrorismus". (5) Ein Informationboard, so erklärt die FIU in ihrem Jahresbericht 2002, sei nicht auf Einzelfälle bezogen, sondern "auf Permanenz und Institutionalisierung angelegt".

Damit benennt sie eines der wesentlichen Kennzeichen der neuen Formen der Kooperation zwischen Polizei und Geheimdiensten. Spätestens seitdem die IMK auf ihrer Tagung am 7. und 8. Juli dieses Jahres die Einrichtung einer gemeinsam von Verfassungsschutz und Polizei betriebenen "Islamisten"-Fundstellendatei und eines gemeinsamen Lagezentrums beschlossen hat, kann von einem auf Einzelfall- oder anlassbezogenen Informationsaustausch nicht mehr die Rede sein. Dass von offizieller Seite immer noch betont wird, das Trennungsgebot werde nicht angetastet, ist vor diesem Hintergrund einfach grotesk.

Stephan Stolle/Albrecht Maurer

Anmerkungen:

1) BMI: Bericht über die Einrichtung einer Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung beim BKA, dokumentiert in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 42 (2/1992)

2) Bundesregierung: Zwischenbericht zu der Polizeiaktion am 27. Juni 1993 in Bad Kleinen

3) Bericht über die verstärkte Zusammenarbeit zwischen BKA, BND und BfV im Rahmen des Informationboards, BT-Innenausschuss, Ausschussdrucksache 14/532, 15.8.2001

4) Bundesbeauftragter für den Datenschutz: Tätigkeitsbericht 2001-2002

5) BKA, Financial Intelligence Unit: Jahresbericht 2002

Dieser Artikel erscheint mit ausführlicheren Anmerkungen ebenfalls in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei/CILIP Nr. 78 (2/2004) mit dem Schwerpunkt "Geheimdienste im Aufwind?".

9. Neonazis aus nah und fern

Zum Heß-Gedenken in Wunsiedel marschierten so viele Neonazis wie noch nie

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:09

Am 21. August pilgerten mehrere tausend Alt- und Neonazis ins oberfränkische Wunsiedel. Beim größten Aufmarsch zum Gedenken an den Kriegsverbrecher Rudolf Heß kamen auch Neonazis aus dem europäischen Ausland. AntifaschistInnen wurden mehrmals angegriffen. Die Bevölkerung scheint sich an die neue Qualität der massenhaften Glorifizierung des Nationalsozialismus gewöhnt zu haben.

Zwei unabhängig von einander zählende Antifaschisten berichteten jeweils von 4.600 Personen, die am Aufmarsch zu Ehren des Hitler Stellvertreters teilnahmen. Delegationen aus Schottland, Dänemark, Belgien, Russland, der Slowakei und der Schweiz waren ebenfalls an diesem Aufmarsch beteiligt. Neonazis aus Tschechien, Spanien, Italien, Österreich und den Niederlanden formierten eigene Blöcke auf der Demonstration. Als ausgesprochen reisefreudig traten hierbei die italienischen FaschistInnen in Erscheinung: Sowohl die Veneto Fronte Skinheads, die schon im letzten Jahr einen Reisebus füllten, als auch die Forza Nuova mobilisierten besonders viele der ausländischen Nazis nach Wunsiedel. Unbefriedigt zog wohl die tschechische Gruppe ab: Die Veranstalter hatten ihr verwehrt, eine "Grußbotschaft" vorzutragen. In einer Stellungnahme erklärte der Hamburger Nazianwalt Jürgen Rieger später, dass er auch in Zukunft keine Ansprache der tschechischen Delegation erlauben werde, so lange diese sich nicht "für eine Aufhebung der Benes-Dekrete einsetzen" und die Entschädigung der "sudetendeutschen Opfer durch Tschechien" fordern würde.

Neonazistisches Come-Together

Beim bisher größten Aufmarsch zum Gedenken an den Antisemiten Heß kam es laut Polizei, die mit 1.000 BeamtInnen im Einsatz war, zu keinen "größeren Auseinandersetzungen oder Schlägereien". Allerdings wurde ein Bus, der AntifaschistInnen aus Mannheim transportierte, von Nazis mit Steinen beworfen und beschädigt. Ein Rätsel ist es, warum die Polizei davon nichts wusste, immerhin befanden sich der Bus und seine AngreiferInnen zu diesem Zeitpunkt in einer polizeilichen Vorkontrolle. Einen Ansturm von etwa 200 Rechtsradikalen auf eine antifaschistische Kundgebung konnten die Beamten in letzter Sekunde stoppen. Insgesamt gab es laut Polizeiangaben 110 Festnahmen, 74 seien dem rechten Spektrum zuzuordnen. Ihnen wurde das Verwenden von NS-Symbolen, Vermummung oder der Besitz von Waffen vorgeworfen.

Rockbarden und Bratwurststand

Im Vorfeld des Aufmarsches hatten AntifaschistInnen bundesweit nach Wunsiedel mobilisiert. Ziel war es nicht, den Aufmarsch zum Heß-Gedenken zu verhindern, sondern eine antifaschistische Veranstaltung vor Ort abzuhalten. Zum einen sollte eine Basis für die Mobilisierung in den nächsten Jahren geschaffen werden. Zum anderen wollte man über die autonome antifaschistische Bewegung hinaus mobilisieren. So wurde in diesem Jahr keine Demonstration organisiert, sondern eine antifaschistische Kundgebung mit einer Podiumsdiskussion zum Thema: "Opfer werden zu Tätern - Täter werden zu Opfern". Zu dieser Kundgebung vom Bündnis "NS-Verherrlichung stoppen" fanden sich 400 Personen ein. Auf einer anderen Kundgebung unter dem Motto "Wunsiedel ist bunt, nicht braun", zu welcher der Bürgermeister von Wunsiedel, Karl-Willi Beck (CSU), aufgerufen hatte, versammelten sich mindestens genauso viele. Auch eine SchülerInneninitiative organisierte den Protest. Auf Stelltafeln, welche entlang der Aufmarschroute zu sehen waren, dokumentierte sie Verbrechen des Nationalsozialismus. Kurzeitig konnte der NS-Marsch sogar gestoppt werden: Die Blockade mit TeilnehmerInnen der bürgerlichen Kundgebung, unter ihnen auch der Wunsiedler Bürgermeister, wurde jedoch von der Polizei nach 15 Minuten beendet.

Wegen seines ungebrochenen Bekenntnisses zum Nationalsozialismus, seiner langen Haftzeit und der Behauptung, er sei vom britischen Geheimdienst ermordet worden, gilt Rudolf Heß in der Neonazi-Szene als Märtyrer. Während seiner Haft auf der Festung Landsberg trug er einen nicht unwesentlichen Teil zu Hitlers Buch "Mein Kampf" bei. Für RevanchistInnen ist er ein ewiges Beispiel für eine angeblich ungerechte Siegerjustiz. Von RevisionistInnen wird er wegen seiner frühen Inhaftierung (Mai 1941) aus dem Kontext des Holocaust gelöst.

Nachdem er sich am 17. August 1987 im Kriegsverbrechergefängnis Berlin-Spandau das Leben nahm, wurde er in Wunsiedel beerdigt. Die Befürchtungen, sein Grab könne zu einem Wallfahrtsort der Rechtsradikalen werden, bewahrheiteten sich schnell. Schon 1988 fand der erste Aufmarsch in Wunsiedel statt, 120 Personen, allesamt Kader neonazistischer Organisationen, nahmen teil. Der Aufmarsch war in erster Instanz verboten worden, doch der Hamburger Nazianwalt Jürgen Rieger erreichte vor Gericht eine Aufhebung des Verbots. Auch im Jahr darauf klagte Rieger den Aufmarsch durch und rund 250 organisierte Neonazis marschierten am Grab auf. 1990 gelang den Nazis der Durchbruch. Die Maueröffnung, der damit einher gehende nationalistische Taumel und die Neonazis aus der ehemaligen DDR verhalfen den Organisatoren der Heß-Märsche zu einem Riesenerfolg: 1.100 Rechtsradikale versammelten sich damals in Wunsiedel, ohne dass die 2.500 angereisten AntifaschistInnen das verhindern konnten.

Geschwächte AntifaschistInnen

Im folgenden Jahr wurde ein zweitägiges Demonstrationsverbot über die oberfränkische Kleinstadt verhängt. Jürgen Rieger meldete jedoch eine Demonstration in Bayreuth an, zu der 1.500 FaschistInnen und RevisionistInnen kamen. Ab 1994 wurden allerdings die alljährlichen Versuche, Heß-Märsche durchzuführen, zum Desaster für die NS-Szene - zum einen nahm die staatliche Repression zu, zum anderen intervenierten AntifaschistInnen.

Erst 2001 konnte wieder eine Nazidemonstration mit 900 TeilnehmerInnen in Wunsiedel durchgeführt werden. Sie wurde abermals von Jürgen Rieger angemeldet und juristisch verteidigt. Der Bayrische Verwaltungsgerichtshof hob ein Verbot auf, da "durch den Aufmarsch selbst keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten und mit antifaschistischen Gegenaktivitäten nicht zu rechnen sei." Im folgenden Jahr bekam der Aufmarsch einen "Event-Charakter", mit Rechtsrock-Barden, Bratwurststand und Gulaschkanone, zu dem 2.500 TeilnehmerInnen mobilisiert wurden. Erstmals seit Jahren waren auch wieder Delegationen aus dem Ausland vertreten. 2003 stieg die TeilnehmerInnenzahl auf 3.000 Nazis an und in diesem Jahr waren es nochmals 1.600 mehr.

Es ist kein Zufall, dass die Aufmärsche zum Gedenken an Rudolf Heß einen so hohen Stellenwert in der NS-Szene haben. Sie bieten den Alt- und Neonazis die Möglichkeit zur öffentlichen Huldigung eines führenden Protagonisten und damit auch zur ungestraften Glorifizierung des Nationalsozialismus. Außerdem haben sich die Gedenkmärsche in den letzten Jahren zu einem strömungsübergreifenden und internationalen Cometogether der Rechtsradikalen entwickelt, das für eine Vernetzung eine enorme Rolle spielen kann.

Die heutige Ausgangssituation für den Widerstand gegen die Naziaufmärsche in Wunsiedel ist nicht die Beste. Die antifaschistische Bewegung, so weit es sie noch gibt, ist enorm geschwächt. Es existieren keine bundesweiten Strukturen mehr und die Mobilisierungsfähigkeit ist unvergleichlich schlecht. Die Mobilisierung der RevisionistInnen- und Naziszene dagegen hat eine Dynamik entwickelt, die jedes Jahr mehr FaschistInnen nach Wunsiedel lockt. Ein weiterer Aspekt ist die gesamtgesellschaftliche Situation in der BRD. Weil neofaschistische Aufmärsche inzwischen fast jedes Wochenende stattfinden, oft auch nur mit geringster Beteiligung, setzte in der Bevölkerung ein Gewöhnungseffekt ein. Außerdem steht die Regierung der Alt-68er nicht mehr unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit, die BRD als Staat zu präsentieren, der sich gegen den deutschen Faschismus engagiert. Er wird seit dem Regierungsantritt der rot-grünen Koalition als per se antifaschistisch gesehen. Das Moment der Empörung, welches für eine breite antifaschistische Mobilisierung unabdingbar ist, entfällt dadurch. Das Phänomen, dass Nazis mit staatlicher Genehmigung in Deutschland marschieren, wird heute als Beleg für Pluralismus in der Demokratie beschönigt. An diesem Punkt setzt die antifaschistische Gegenstrategie an. Es soll einer möglichst breiten Öffentlichkeit die neue Qualität der massenhaften Glorifizierung des Nationalsozialismus verdeutlicht werden. Erst wenn dieser breiten Öffentlichkeit die politische Dimension der Aufmärsche bewusst ist, gibt es eine Basis für erfolgreiche Konzepte gegen die Nazis, die in Wunsiedel Aufmärsche noch bis ins Jahr 2010 angemeldet haben. Im nächsten Jahr soll die Mobilisierung ausgebaut werden, ein internationaler Kongress ist geplant, außerdem soll es auch wieder eine Demonstration geben.

Björn Nilsson

10. Gemein und gar nicht nützlich

Mit den 1-Euro-Jobs droht eine massive Ausweitung von Pflichtarbeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:10

Geht es nach dem Willen der Bundesregierung, so sollen künftig Hunderttausende von Langzeitarbeitslosen gemeinnützige Arbeit leisten. Ca. 20% der Langzeitarbeitslosen will sie mit 1-Euro-Jobs wieder in reguläre Beschäftigung integrieren. Doch nicht nur das ist ein rhetorischer Schwindel.

Mit Hartz IV hat sich die Bundesregierung verpflichtet, jedem/r BezieherIn von Arbeitslosengeld II unter 25 Jahren ein Förderangebot zu unterbreiten. Und auch für Ältere soll es unterstützende Maßnahmen zur Arbeitsaufnahme geben. Allerdings sind alle Langzeitarbeitlosen, die ein Angebot erhalten, auch verpflichtet, dieses anzunehmen. Bei einer Weigerung wird den Jungen die "Grundsicherung" für drei Monate ganz gestrichen, den Älteren wird sie drei Monate lang um 30% gekürzt.

Der gesetzliche Förderkatalog nach § 16, SGB II reicht von Umschulungsmaßnahmen und ABM bis zur gemeinnützigen Arbeit, für die ein Mehraufwand von ein bis zwei Euro pro Stunde gezahlt wird. Doch in den Planungen der Bundesregierung kommen die traditionellen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen kaum noch vor. Es ist erklärter politischer Wille, statt dessen vorrangig die gemeinnützige Arbeit als "Förderangebot" zu etablieren. Damit wird das klassische Mittel zur "Überprüfung der Arbeitswilligkeit" aus dem ehemaligen BSHG zum zentralen "Integrationsinstrument" in der Arbeitsmarktpolitik.

Nun ist nicht gänzlich auszuschließen, dass jemand trotz gemeinnütziger Arbeit einen Anschlussjob findet. Auszuschließen ist jedoch, dass die Reintegration ins Erwerbsleben primär durch gemeinnützige Arbeit gefördert werden kann. Diese Tätigkeiten werden nämlich in Bereichen eingesetzt, in denen unmittelbare Übergänge in reguläre Beschäftigung nicht zu erwarten sind. Schließlich lechzen die Kommunen deswegen nach kostenloser Arbeit, weil die Kassen leer sind und sie deswegen ehemalige Regelaufgaben durch gemeinnützige Arbeit ersetzen wollen. Und wenn die Wohlfahrtsverbände und Träger der Freien Wohlfahrtspflege mit ihrer Offerte nach ziehen, tausende von "Arbeitsmöglichkeiten" zu schaffen, dann deswegen, weil sie den Verlust öffentlicher Finanzierung und den Mangel an Zivildienstleistenden kompensieren wollen. Wie die Kommunen denken auch sie dabei an soziale Betreuungsaufgaben und einfache Hilfstätigkeiten. Es ist also eine Illusion, darauf zu hoffen, dass 1-Euro-JobberInnen in diesen Bereichen auf reguläre Arbeitsplätze übernommen werden. Viel wahrscheinlicher ist es, dass sukzessive reguläre Beschäftigte durch dienstverpflichtete BilligjobberInnen ersetzt werden.

"Zusätzlich" sollen diese Arbeiten sein. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit definiert "Zusätzlichkeit", wenn die entsprechende Tätigkeit "ergänzend" zu dem ausgeübt wird, was Fachkräfte "üblicherweise" leisten. Was "üblicherweise" im sozialen Hilfesystem gearbeitet wird , hängt aber maßgeblich davon ab, was noch finanziert wird. Jeder soziale Kahlschlag schafft Raum für "ergänzende" Aufgaben, die Grenzen von "zusätzlicher" und regulärer Aufgabe verschwimmen.

Lohndumping mit "Zusätzlichkeit"

Wie bedrohlich dieses Szenario für reguläre Beschäftigungsverhältnisse tatsächlich wird, hängt u.a. davon ab, welche Reibungsverluste im Alltag mit den wechselnden dienstverpflichteten Kräften auftreten und welche Widerständigkeiten sich auf Seiten der Beschäftigten entwickeln.

Wenn man die angeblichen "Klebeeffekte" von 1-Euro-Jobs ernst nehmen würde, so müsste während oder nach Beendigung der Tätigkeit eine Vermittlung zu Privatfirmen gesucht werden. Doch der öffentliche und soziale Sektor zeichnet sich gerade dadurch aus, dass nur wenige Schnittstellen zur privaten Wirtschaft bestehen. Das war schon bei ABM stets als Integrationshemmnis kritisiert worden, und bei der gemeinnützigen Arbeit wird es noch schwerwiegender zu Buche schlagen. Wegen der fehlenden Arbeitskontakte mit Firmen im gewerblichen Bereich gibt es aus der Arbeitsgelegenheit heraus keine Übertrittsperspektive - selbst wenn tatsächlich eine Nachfrage nach Arbeitskräften bestehen würde.

So bliebe nur ein möglicherweise qualifizierender Aspekt der Arbeitsgelegenheiten. Doch Qualifizierung kostet Geld, das niemand ausgeben möchte. Learning bei doing wird daher die Maxime sein - vor allem im Bereich

zahlreicher Hilfstätigkeiten. Und wer bereits was gelernt hat, dessen Qualifikationen werden durch die gemeinnützige Arbeit eher abgewertet werden.

Die Fokussierung der vermeintlichen Integrationsförderung auf die gemeinnützige Arbeit ist also unter dem Strich nichts anderes als der Abschied der Politik von dem Ziel, Langzeitarbeitslose durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wieder in bezahlte Existenz sichernde Arbeit zu bringen. Der 1-Euro-Sektor ist das Eingeständnis, dass es keine regulären Arbeitsplätze und daher keine berufliche Perspektive für Langzeitarbeitslose gibt. Die 1-Euro-Jobs sind für sie der Ersatz für reguläre Beschäftigung.

Doch welche Logiken stecken dahinter, wenn ein faktisch untaugliches "Förderinstrument" gepusht wird, das mehr eine Bedrohung als Hilfe ist? Der erste Grund ist banal: Der Bundeshaushalt zur Umsetzung von Hartz IV ist finanziell unterausgestattet. Dies werde dazu führen, dass "Mehrausgaben für Arbeitslosengeld II nur durch Einsparungen bei den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit gedeckt werden können." (1) Das knappe Restgeld für Eingliederungsmaßnahmen wird gestreckt und die einzelne Maßnahme verbilligt. Und das billigste "Förderangebot" ist die gemeinnützige Arbeit, die flugs zum neuen arbeitsmarktpolitischen Heilsbringer avanciert.

Zweitens geht es der Politik um die Durchsetzung des "workfare"-Ansatzes in der Sozialpolitik. (2) Wer das Existenzminimum als Transferzahlung braucht, der soll und muss eine Gegenleistung erbringen. "Die Solidargemeinschaft kann für ihre Leistung auch etwas verlangen", bekräftigt der Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf (PDS) diese Sichtweise. (Berliner Zeitung 7.8.04). Wer ein Beschäftigungsangebot ablehne, dem könne auch die Leistung gekürzt werden, verlautet es aus dem Munde des ehemaligen Linken. Für diese Argumentation bedarf es ausreichender unentgeltlicher Arbeitsgelegenheiten, damit die Transferleistung auch als Äquivalent für geleistete Arbeit gewährt werden kann.

Ganz Schlaue vergleichen bereits die erzwungenen Billigjobs mit den Stundenlöhnen im regulären Bereich. Unter der Hand wird mit solchen Rechnungen die These bekräftigt, es handle sich bei der staatlichen Gewährung des politisch definierten Existenzminimums um einen Lohn - den man sich folglich erst verdienen müsse. Doch wer den vertragsfreien 1-Euro-Job mit sozialversicherungspflichtigen Billiglohn-Tätigkeiten vergleicht, der sollte dies auch richtig tun und dabei einen Blick auf die Grundrechte werfen. Artikel 12 des Grundgesetzes gewährt das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes und verbietet jeden Arbeitszwang.

Zwangsvermittlung ins Nichts

Das deutsche Sozialsystem sah für erwerbsfähige Arbeitslose niemals ein Recht auf Transferleistungen vor, wenn es eine (zumutbare) Arbeit gab. Gab es diese nicht, wurden als Ersatz für reguläre Beschäftigung Transferleistungen gezahlt. Für Langzeitarbeitslose gilt dies nicht mehr. Ab Februar 2006 wird die Versicherungsleistung Arbeitslosengeld auf ein Jahr bzw. 1,5 Jahre verkürzt. Der Staat definiert willkürlich, ab wann jemand steuerfinanzierte Transferleistungen erhält und damit zu einer neuen Gegenleistung verpflichtet ist - unabhängig davon, wie hoch die Eigenbeiträge in die Arbeitslosenversicherung waren. So wird es häufig der Fall sein, dass jemand nach einem Jahr Arbeitslosigkeit für seine Transferleistungen arbeiten muss, obwohl er individuell noch ein "Guthaben" in der Arbeitslosenversicherung hat. Er arbeitet folglich als Arbeitsloser ohne jede Gegenleistung und dies auf Anordnung. Eine solche Politik ist das beste Mittel, um den Solidargedanken gerade bei den Mittelschichten und den Gutverdienern zu beseitigen und der privaten "Vorsorge" auch in der Arbeitslosenversicherung den politischen Boden zu bereiten.

Schließlich kann der Bund über die gemeinnützige Arbeit mit minimalem Geldeinsatz einen großen Einspareffekt erzielen, indem Menschen schlicht aus der Leistung ausgesteuert werden. Die Modellprojekte mit Jobcentern (Mannheim, Köln) oder die laufenden 1-Euro-Programme (Hamburg) belegen, dass diese Ausgrenzung erfolgreich ist. Mit der "Erprobung der Arbeitsbereitschaft" wird die ordnungspolitische und repressive Funktion der gemeinnützigen Arbeit umgesetzt. Was das ehemalige BSHG für erwerbsfähige SozialhilfeempfängerInnen vorsah, wird nun auch auf ehemalige Arbeitslosenhilfeempfänger ausgeweitet. Der Chef der kommunalen Beschäftigungsgesellschaft in Hamburg erläutert die Perfidie auf einem bundesweiten Planungsdialog der Agentur für Arbeit am 2.7.04 in Berlin: Es "... entsteht damit ein Verfahren, dass es den Trägern der Transferleistung ermöglicht, mit angemessenem Aufwand auch die Arbeitsbereitschaft zu überprüfen. Diese Überprüfung ist rechtmäßig und legitim, weil hinter der Zuweisung ein tatsächlicher Arbeitsplatz mit entsprechenden Hilfsangeboten steht."

Die vertragsfreie und nicht sozialversicherungspflichtige gemeinnützige Arbeit wird zum "tatsächlichen Arbeitsplatz" umdefiniert, reguläre Beschäftigung muss nicht angeboten werden. Hat jemand nach Monaten den Test bestanden, kann er/sie - immer noch arbeitslos - nach Hause gehen und wird durch einen neuen "Probanden" ersetzt. Das Ziel der Eingliederung in reguläre Beschäftigung hat sich verflüchtigt.

Hilmar Schneider vom Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit bringt den Charakter der Arbeitserprobung auf den Punkt: Die angebotenen Jobs sollten "so unattraktiv wie möglich" gestaltet werden, damit mit der gemeinnützigen Arbeit eine "Drohkulisse" aufgebaut werden könne (Tagesspiegel, 15.8.04). Es ist nur ein schwacher Trost, dass das Bedrohungspotenzial kleiner ausfallen wird, als von Clement verkündet, denn die Schaffung von 600.000 Arbeitsgelegenheiten ist utopisch. Großstädte wie Berlin und Hamburg haben signalisiert, dass bereits 50% der angedachten Plätze nur schwer realisierbar sind.

1-Euro-Jobs: workfare in Deutschland

Die Aussicht auf die nächsten Jahre ist bitter. Gemeinnützige Arbeit verrichten zu müssen, ohne die eigene Berufsperspektive verbessern zu können, ist entwürdigend. Die Bundesregierung schreibt damit Langzeitarbeitslose in mehrfacher Hinsicht ab. Sie fördert sie nicht, sondern lässt sie unentgeltlich staatliche Regelaufgaben erledigen. Sie reduziert das Einkommen von Langzeitarbeitslosen auf eine "Grundsicherung", die gesellschaftliche Teilhabe nicht ermöglicht. Der finanziellen Ausgrenzung fügt sie die Verpflichtung hinzu, einem vermeintlich öffentlichen Interesse jederzeit dienlich sein zu müssen. Wer gemeinnützige Arbeit nicht verrichten will, dem wird unterstellt, er suche keine reguläre Arbeit. Diesem konstruierten Zusammenhang folgt bei Verweigerung die Strafe durch Leistungsentzug.

Die gemeinnützige Arbeit klaut vielen Betroffenen einfach die Zeit, die sie brauchen, um sich selbst zu organisieren und das Lebensnotwendigste zu besorgen. Wer arm ist, hat keine Zeit für gemeinnützige Arbeit. Er muss Geld verdienen, wie auch immer. Die unzulängliche Grundsicherung mit ihrer Verpflichtung zur (gemeinnützigen) Arbeit ist kein Schutz vor dem stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse, sondern seine politische Verstärkung.

Gaby Gottwald, Wolfgang Völker

Anmerkungen:

1) Bremer Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 29.6.04

2) durchgängiges Prinzip angelsächsischer Sozialsysteme, wonach prinzipiell jeder Sozialtransfer, auch das Existenzminimum, an eine Arbeitsverpflichtung gekoppelt ist.

11. (Haar-)Risse im Putz

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:11

Realsatire

Der Bescheid erfolgte auf ordentlichem Papier der Bundesagentur für Arbeit. Auch der Kopf und die Formalien stimmten: Versicherungsnummer, Kundennummer, Organisationszeichen usw. Die Empfängerin wurde aufgefordert, rechtzeitig und vollständig alle Formulare des neuen Antrags auf Alg II auszufüllen - ein Brief, wie ihn in den letzten Wochen viele bekommen haben.

Ungewöhnlich geht es dann aber weiter. Frau B. wird nämlich zu einem Gespräch über ihre Vermögenswerte geladen. "So wollen wir auch eine Registrierung Ihres Golddeputats in Ihren Zähnen vornehmen - selbstverständlich unter ärztlicher Hilfestellung. Weiter wollen wir Ihnen empfehlen, einen Organspendeausweis zu beantragen und ihn für den Fall Ihres Ablebens dem Arbeitsamt zu überschreiben. Über die Möglichkeit einer Spende von Eizellen/Spermazellen zur Forschung in der Reproduktionsmedizin und Gentechnologie wird zur Zeit noch auf politischer Ebene diskutiert. Über das Ergebnis werden wir Sie rechtzeitig informieren. Bedenken Sie, dass Organ- wie auch Eizellen/Spermazellen-Spenden nicht nur die Staatskasse entlasten, sondern auch dem Wohl der Gesamtgesellschaft dienen. Dies ist eine Einladung nach §309 Drittes Sozialgesetzbuch (SGB III). Beachten Sie bitte unbedingt auch die Rechtsfolgebelehrung und die weiteren Hinweise auf der Rückseite."

Die ak-Redaktion hat lange überlegt, ob das Schreiben ein Fake war oder nicht.

Mitbestimmung à la Kasernenhof

Gerne wird vom Ende tayloristischer Betriebsdiktaturen geredet, von kooperativen Führungsstilen, gerade in den hippen IT-Buden, und dann so was: Stefan Knoll ist Oberstleutnant der Reserve und Vorstandsvorsitzender der SNT Deutschland AG, einem Call Center mit Sitz in Frankfurt. 3.000 Leute sind bei SNT beschäftigt, und seit einigen Wochen dürfen sie 43 Stunden pro Woche arbeiten - ohne irgendeinen Cent zusätzlichen Lohn. Eine Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden war dem Unternehmensboss zu wenig, und "seine" AgentInnen fügten sich. In den Extrastunden müssen sie sich jetzt unbezahlt und auf eigene Kosten weiterbilden.

Doch damit nicht genug. Als expandierende AG wird bei SNT ein neuer und erweiterter Aufsichtsrat gewählt. Statt drei müssen es jetzt zwölf Mitglieder sein, davon sechs ArbeitnehmervertreterInnen und davon wiederum zwei GewerkschafterInnen - so will es das Mitbestimmungsgesetz. Nicht aber der Herr Oberstleutnant: Höchstens drei Prozent der Beschäftigten bei SNT seien gewerkschaftlich organisiert, die seien dann bei zwei GewerkschaftsvertrerInnen deutlich überrepräsentiert. Knoll hat deshalb angekündigt, alle sechs ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat aus den Reihen der Belegschaft zu besetzen.

In den Augen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zeugt diese Zusammensetzung "nach Gusto" von einer "eigenwilligen Rechtsauffassung", und auch die Justiziare der Arbeitgeberverbände geben Oberstleutnant Knoll keine Chance: Die Rechtslage sei eindeutig. Doch Knoll gibt sich stur. "Wir wollen die Arbeitnehmermehrheit vor einer gewerkschaftlichen Minderheit schützen", verlautbart er und kündigt gleichzeitig an, im Falle einer Niederlage vor den Arbeitsgerichten bis zum Bundesverfassungsgericht zu ziehen.

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

gut gespreizt

Ein beliebtes Thema bei unternehmerischen VerbandssprecherInnen, ArbeitsmarktexpertInnen und anderen Miethirnen des Kapitals ist der Begriff der "Lohnspreizung". In Deutschland seien demnach nicht nur die Löhne und Gehälter im Durchschnitt zu hoch für lukrative Neueinstellungen, nein, das Arbeitsplatzwunder scheitere vor allem auch daran, dass es zu wenig Differenzierung zwischen den Löhnen gebe. Diesen Leuten kann geholfen werden, zumindest bei korrekter Interpretation der jüngsten Lohnstatistik des statistischen Bundesamtes in Wiesbaden. Die besagt erst mal, dass sich die Löhne und Gehälter vollzeitbeschäftigter

ArbeitnehmerInnen im letzten Jahr um zwei Prozent auf durchschnittlich 39.000 Euro im Jahr erhöht haben. Wenn man die gestiegenen Verbraucherpreise dagegen rechnet, schmilzt dieses Plus zwar merklich zusammen, aber immerhin.

Richtig interessant wird es aber, wenn man die Ebene der Durchschnitte verlässt und ins Detail geht. Dann zeigen sich doch erhebliche Spaltungen innerhalb des Lohngefüges - Spreizungen halt. Während die Durchschnittsverdienste im Westen auf 40.098 Euro stiegen, waren es im Osten nur 28.580 Euro, knapp 70 Prozent des Westniveaus. Dumm gelaufen ist die Lohnentwicklung nach wie vor auch für Frauen. Im Westen verdienen sie 9.000 Euro im Jahr weniger als Männer, im Osten 3.000 Euro.

Aufschlussreich ist auch der Blick auf die unteren Bereiche der Lohn- und Gehaltspyramide. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) weist auf eine 20-40-40 Drittelung hin: 20 Prozent der Beschäftigten beziehen ein Einkommen, das weit über dem Durchschnitt liegt, 40 Prozent kreisen um den statistischen Mittelwert, und wiederum 40 Prozent verdienen nur drei Viertel des Durchschnitts. Das sind in erster Linie diejenigen, die im wachsenden außertariflichen wie tariflichen Niedriglohnbereich arbeiten. Ein Friseurmeister etwa verdient in Sachsen pro Stunde 5,59 Euro, ein Hilfsarbeiter in der Landwirtschaft in Rheinland Nassau 4,68 Euro. Das ist im Jahr die traurige Summe von gerade 8.000 Euro.

Nach Bundesbankangaben ist die Nettolohn- und Gehaltssumme im letzten Jahr unter dem Strich um mehr als fünf Milliarden Euro gesunken. Dieses wenige Geld wird dabei zu ca. 30 Prozent für Miete ausgegeben. 15 Prozent der privaten Einkommen gehen für Ernährung drauf und noch mal so viel für Auto und Freizeit.

taz

ABM spezial

Sie wollen die Welt kennen lernen und etwas Aufregendes erleben? Dann werden Sie doch einfach arbeitslos und gehen Sie zur Bundesagentur für Arbeit. Die vermittelt Sie dann in jede Menge spannende, innovative, nachhaltige und zukunftsorientierte Tätigkeitsfelder, zum Beispiel als Sicherheitsassistent in den Irak.

In dem Magazin "Markt und Chance" der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) werden per Anzeige "Sicherheitsdienstleistungsfachkräfte" für den Flughafen Mossul im Nordirak gesucht. Einsatzgebiete sind Patrouillendienst, Personenkontrolle und Objektbewachung. Zum Anforderungsprofil gehören Englischkenntnisse, aber auch Kenntnisse in "Waffenkunde" sind erwünscht. Älter als 45 Jahre sollten die Rambos in spe aber nicht sein. Die Bezahlung sei "überdurchschnittlich", heißt es in der Anzeige. Außerdem winke kostenloses Logis und eine Lebensversicherung.

Seit 50 Jahren vermittelt die ZAV Jobs ins Ausland, die jüngste Announce sei aber eine Ausnahme. Allerdings sei künftig durchaus mit mehr Angeboten in dieser Region zu rechnen, ließ die ZAV verlautbaren. Krieg war schon immer eine intelligente Form der Arbeitsplatzbeschaffung.

Süddeutsche Zeitung

Zanon bedroht

Die Kachelfabrik Zanon in Neuquén/Patagonien ist ein Symbol für den autonomen ArbeiterInnenwiderstand in Argentinien. Seit Oktober 2001 ist die Fabrik besetzt, seit März 2002 werden unter ArbeiterInnenkontrolle 300.000 qm Fliesen monatlich produziert. Die Produktion hat sich damit verdreißigfacht, und statt 250 arbeiten jetzt 400 Leute bei Zanon. Fünf Räumungsversuche sind inzwischen abgewehrt worden, der letzte im April 2003. Von den 180 Betrieben, die im Zuge der Wirtschaftskrise in Argentinien besetzt worden waren, ist Zanon als letzter ohne (vorübergehende) Legalisierung übrig geblieben. Ziel der BesetzerInnen ist nach wie vor die Verstaatlichung des Unternehmens. Als Übergangslösung haben sie die Kooperative FaSinPat gegründet. "Fabrik ohne Chefs". Bis heute ist diese Kooperative nicht anerkannt - im Gegenteil: Seit Anfang August bereiten Politik und Justiz einen neuen Angriff auf die Zanon-ArbeiterInnen vor.

Geht es nach dem neuesten Plan der Provinzregierung, dann soll Zanon freiwillig geräumt werden. An die Stelle tritt ein privater Bauunternehmer, der 250 Zanon-ArbeiterInnen übernehmen soll. Auch der Oberste Gerichtshof ist in Sachen Zanon aktiv geworden und hat Justiz und Exekutive in Neuquén angewiesen, einen seit langem bestehenden Räumungstitel endlich umzusetzen. Bisher war das stets am Widerstand der BesetzerInnen und ihres sozialen Umfeldes gescheitert. Ebenfalls auf Initiative der Justiz hat es inzwischen

auch ein Treffen der Gläubiger gegeben, das so interpretiert wird, dass der bisherige Fabrikbesitzer Luis Zanon möglicherweise demnächst Konkurs anmelden und die Gläubiger ihren Anteil an den Schulden verlangen könnten.

Seitdem haben die Zanon-ArbeiterInnen die Bewachung ihrer Fabrik verstärkt. Am 19. August waren in Neuquén 5.000 Menschen gegen die drohende Räumung auf die Straße gegangen, und einen Tag später haben sich 400 Delegierte aus unterschiedlichen Betrieben und Bewegungen in der Hauptstadt Buenos Aires getroffen, um das weitere Vorgehen abzustimmen. Hintergrund war dabei auch das verschärfte Vorgehen der Repressionsorgane gegen die BesetzerInnen. So waren am 12. Augusts 100 ArbeiterInnen der besetzten Fabrik Gatic (Adidas-Subcontractor) im Süden der Provinz Buenos Aires mit Tränengas, Knüppeln und Gummigeschossen geräumt worden.

Die Zanon-BesetzerInnen fordern vor allem eine gesetzliche Lösung für die selbstverwalteten Betriebe, eine Lösung, die in der endgültigen Verstaatlichung liegen würde.

wildcat

12. Tod eines Sklavenhändlers

Die Maatwerk-Pleite und der Skandal der staatlich organisierten Leiharbeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:12

Seit dem April 2003 sind sie offizielles Arbeitsmarktinstrument: Personal-Service-Agenturen (PSA), staatliche oder in staatlichen Auftrag handelnde Leiharbeitsfirmen, in die Langzeiterwerbslose hineingezwungen werden können. Inzwischen hat Maatwerk, die bundesweit größte dieser Firmen, Konkurs angemeldet. In einer aktuellen LabourNet-Studie wird diese Pleite nachgezeichnet. Herausgekommen ist auch die Demaskierung der PSAen selbst.

Maatwerk ist ein niederländisches Arbeitsvermittlungsunterneh-men, das in den frühen 1990er Jahren nach Deutschland expandierte. Begonnen hat die Firma 1996 in Hamburg mit kommunalen Projekten zur Eingliederung von Sozialhilfeempfängern. 1998 war sie damit bereits mit 14 Filialen in ganz Deutschland präsent. Seit 2003 agierte Maatwerk auch als Zeitarbeitsfirma, und mit 201 von 985 Filialen an 66 Standorten war das Unternehmen zugleich größter Betreiber der Personal-Service-Agenturen. Mitte Februar diesen Jahres hat Maatwerk Insolvenz angemeldet, und die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat dem Unternehmen die Vermittlungserlaubnis entzogen. Maatwerk war keinesfalls die einzige und letzte Pleite einer PSA, und die Kritik am Gebaren dieses Unternehmens trifft genau so auch auf andere PSAen zu.

Das Arbeitsamt zwingt Arbeitslose unter Androhung von Sanktionen, einen Arbeitsvertrag mit einer PSA abzuschließen - meist für neun Monate. Dieser Arbeitsvertrag berechtigt die PSA als Arbeitgeberin, die ArbeitnehmerInnen an Firmen auszuleihen - zu Stundenlöhnen zwischen 5,60 Euro für gewerbliche Hilfskräfte und bis zu 12 Euro für qualifizierte Arbeitskräfte (je nach Zeitarbeitstarif). Die Ablehnung einer zumutbaren Beschäftigung ohne wichtigen Grund führt zu einer Sperrzeit des Arbeitslosengeldes/der Arbeitslosenhilfe. Bei erstmaliger Ablehnung beträgt die Sperrzeit drei Wochen. Sperrzeiten addieren sich und führen bei einer "Gesamtsperrzeit" von 21 Wochen zum vollständigen Verlust des Leistungsanspruchs.

Die Bewerbungen fanden in der Regel als Gruppengespräch statt, dem meist Einzelgespräche zur Vertragsunterzeichnung folgten. Fast alle LabourNet-InformantInnen berichten, dass es schwer war, auf ihre Fragen zu den Vertragsbedingungen konkrete Antworten zu bekommen. Häufig genannte Probleme schon mit dem Arbeitsvertrag betrafen die fehlende Berücksichtigung der Qualifikation, rückdatierte Verträge, geschummelter Urlaub und Unklarheiten in Bezug auf Fahrtkosten und Pendelbereich.

Schmutzige Tricks einer Vorzeige-PSA

Personal-Service-Agenturen sollten zehntausende Erwerbslose vermitteln. Für Maatwerk ist eine Verleihquote von fünf Prozent aktenkundig. Diese ohnehin schon niedrige Zahl resultiert zudem in vielen Fällen aus der Eigeninitiative der LeiharbeiterInnen. Oft wurden die vom Arbeitsamt bezahlten LeiharbeitnehmerInnen als billige Kräfte benutzt, um Personalengpässe bei Maatwerk selbst aufzufangen. Wenn vermittelt wurde, dann fachlich wie finanziell unter "Wert", denn Maatwerk nahm keine Rücksichten auf Qualifikation und Einstufung. Hier wurden bereits die Regelungen zum Arbeitslosengeld II vorweggenommen, nach denen ab 2005 jede Arbeit zumutbar wird.

"Die verleihfreien Zeiten sind von der PSA für arbeitsmarktliche Integrationsbemühungen und in diesem Zusammenhang sinnvolle Kurzzeitqualifizierungen zu nutzen" (BA). Die Realität sah anders aus: Schulungen fanden so gut wie nie statt, allenfalls ein Bewerbungstraining. "Qualifizierung" bestand oft nur darin, dass die Jobakquise auf die Betroffenen abdelegiert wurde. Und egal, ob sie tatsächlich vermittelt wurden oder daheim auf einen Anruf warten mussten: Alle Zwangsbeschäftigten von Maatwerk konnten sich glücklich schätzen, wenn sie pünktlich bezahlt wurden. Zwar zahlten die Arbeitsämter bundesweit monatlich fast zehn Millionen Euro an Maatwerk, doch mit der Auszahlung an die Beschäftigten haperte es. Bevorzugt haben diejenigen Geld bekommen, die sich zu wehren wussten und das Geld einklagten. Viele Maatwerk-BetreuerInnen waren fast ausschließlich damit beschäftigt, Blitzanweisungen auszustellen, um Klagen abzuwenden.

Schneller war Maatwerk mit den Kündigungen. Gekündigt wurde zum einen, wer zu selbstbewusst nachfragte oder auf ihre/seine Rechte pochte. Zum anderen soll es eine interne Anweisung gegeben haben, zum 4. oder 7. Monat zu kündigen. Das sind die Zeitpunkte, zu denen der Zuschuss des Arbeitsamtes gestaffelt abnimmt.

Vieles deutet zudem darauf hin, dass Maatwerk in den Kündigungsgründen von eigenem Versagen ablenken wollte. Auf jeden Fall bekamen die Erwerbslosen oft Probleme mit dem Arbeitsamt (Vorwurf des Selbstverschuldens der Kündigung).

Maatwerk stand bereits vor der Vergabe der PSA-Lizenzen in der Kritik, und die Pleite als PSA ist keinesfalls ein Ausrutscher eines ansonsten vorbildlichen Unternehmens. Nicht alle Kommunen, die diese Firma teilweise seit Jahren mit der "Integration und Mobilisierung" von SozialhilfeempfängerInnen beauftragt hatten, waren zufrieden. Juristische Auseinandersetzungen gab es nach Angaben eines Insiders zumindest in Rostock, Göttingen, Berlin Reinickendorf und Hannover. In Rostock laufen derzeit zwei Klagen.

Die Maatwerk-Pleite kam zudem keinesfalls unerwartet, auch wenn sich BA und Politiker überrascht zeigen. Maatwerk zahlte im Durchschnitt ca. 1.600 Euro an die vom Arbeitsamt zugewiesene Person und erhielt hierfür ca. 1.400 Euro vom Arbeitsamt. Die BA wusste um die geringen Vermittlungsquoten und um den monatlichen Aufpreis von durchschnittlich ca. 200 Euro, die Maatwerk an jeden Unvermittelten zahlen musste - von eigenen Beschäftigten und den Infrastrukturkosten abgesehen. Spätestens seit Herbst 2003 wusste die BA aus unzähligen Arbeitsamtsbezirken auch von den Zahlungsproblemen dieser Firma, und spätestens seit Januar 2004 wusste sie auch, wie Maatwerk das Problem der monatlichen Mehrkosten für unvermittelte LeiharbeitnehmerInnen "gelöst" hatte, nämlich durch so genannte Antidatierung: Durch die - mittlerweile geänderte - Vertragslage mit der BA war es möglich, Einstellungen immer innerhalb der letzten Woche des Vormonats und Entlassungen immer am Anfang des Monats vorzunehmen. Die PSAen hatten so die Möglichkeit, z.B. für 33 Kalendertage der Beschäftigung, also keine vier Arbeitswochen, vollkommen legal vom Arbeitsamt drei Monatspauschalen zu erhalten.

Die Bundesagentur für Arbeit trägt demnach selbst die Schuld am "Missbrauch" des PSA-Vertrags und daran, dass eine kleine und durchaus berüchtigte GmbH über Nacht zu einem der größten Unternehmen auf dem Leiharbeitsmarkt geworden ist. All die genannten Fakten werden jedoch immer noch ignoriert. Ein ehemaliger Maatwerk-Mitarbeiter in Hannover erklärt sich das folgendermaßen: "Welcher Lokalpolitiker hätte es gewagt, ein Projekt, das er anfänglich mit Vehemenz unterstützt hat, nun - nach erwiesener Erfolglosigkeit - zu zerreißen? Nur so ist auch zu erklären, dass Maatwerk den Zuschlag für 201 PSAen bekam. Jetzt die Kostenseite zu zitieren ist absoluter Polit-Schwachsinn. Maatwerk kam in seinen Integrationsprojekten zu keiner Zeit mit den veranschlagten Kosten aus. Wer das geglaubt hat, muss dem Wahnsinn verfallen sein."

Die Kritik an der unprofessionellen Vergabepraxis ist berechtigt, auch wenn es nun plötzlich alle gewusst haben wollen. Doch mangelnde oder unqualifizierte Vermittlungsbemühungen und ausbleibende Qualifizierung in vermittlungsfreien Zeiten werden auch von anderen PSA-Betreibern berichtet. Hinzu kommt, dass viele PSA-Betreiber Gebrauch von den schlechteren "christlichen" Tarifbedingungen für LeiharbeiterInnen machen (1). Wegen Erfolglosigkeit sind im letzten Jahr bereits 30-40 PSAen von der BA gekündigt worden. Anfang diesen Jahres kam eine nicht namentlich genannte PSA in Bitburg hinzu. Daher wird es der BA kaum gelingen, allein Maatwerk den Schwarzen Peter zuzuschieben und die Struktur der PSA an sich rein zu waschen.

Auf der Strecke bleiben die ehemaligen LeiharbeitnehmerInnen von Maatwerk. Viele von ihnen hatten als ehemalige Langzeitarbeitslose bereits im letzten Herbst massive Probleme gehabt, ihre Mieten zu bezahlen. Das Maatwerk-Insolvenzverfahren wurde aber erst Anfang April eröffnet und das Insolvenzgeld wird erst seit Anfang Juli nach und nach ausgezahlt. Es deckt zudem längst nicht alle ausstehenden Löhne. Fragen an den Insolvenzverwalter, wie es um die Haftung der Maatwerk-Holding steht, blieben bis heute genauso unbeantwortet wie die an die BA, wie sie die Menschen, die sie zwangsweise in die Maatwerk-PSA geschickt hat, entschädigen will.

Der erfolgslose, aber erzwungene "Ausflug" zur PSA hat auch nach der Kündigung noch weitere fatale Folgen. Sie alle gipfeln in der Aussage: "Wäre ich lieber arbeitslos geblieben". Drohende Sperrfristen, verwaltungstechnische und finanzielle Probleme, Verlust des Vermittlungsgutscheins, Verlust an Lohn und Lohnersatzleistungen (nach drei Monaten in einer PSA wird das Arbeitslosengeld auf der Grundlage des PSA-Lohnes neu berechnet) (2) sowie irreparabler Schaden im Lebenslauf.

Instrumente der Statistikbereinigung

Dieser menschenverachtende Umgang mit den "Klienten" offenbart die wahre Funktion der PSAen als Instrumente der Statistikbereinigung. Auf Kosten wird da nicht geschaut! Die PSAen haben aber noch weitere

unbezahlbare Funktionen: Disziplinierung durch staatlichen Arbeitszwang, Förderung des Niedriglohnsektors und Selektion der Arbeitswilligen. Hier spielen PSAen auch ohne Vermittlungs"erfolge" eine wichtige Rolle. So erklärt sich auch, warum Maatwerk, obwohl bekanntermaßen kein Vorbildunternehmen, ein Drittel aller PSAen betreiben durfte. Denn die Firma hatte bereits im Frühjahr 1997 anlässlich des ersten Projekts in Hamburg ihre Philosophie folgendermaßen erläutert: "Vor allem in sozial benachteiligten Vierteln und Straßen mit hoher Arbeitslosigkeit herrscht nicht selten die Vorstellung vor, dass Arbeit ‚nur etwas für Dumme' ist. Die erfolgreiche Vermittlung von Leuten aus solchen Vierteln oder Straßen - und der sichtbare stabilisierende Effekt einer regelmäßigen Arbeit - kann hier eine wichtige Vorbildfunktion erfüllen". Im Jahr 2004 ist dem Bund diese Funktion der Personal-Service-Agenturen 600 Mio. Euro im Bundeshaushalt wert.

Es kann daher nicht um eine neue Vertragsgestaltung der PSAen oder um ihre Kontrolle gehen, sondern darum, PSAen als "moderne Sklavenmärkte" und "Waffe gegen alle Arbeitskräfte" zu bekämpfen! Ob PSAen oder "einfache" Sklavenhändler - sie gehören bekämpft, denn der Begriff der "Schmuddelecke", aus der die Gewerkschaften die Leiharbeit rausholen wollten, war die Untertreibung des Jahres 2003! Auf die Hilfe der Gewerkschaftsführungen kann man sich dabei nicht verlassen. Für sie ist das PSA-Konzept mit der Maatwerk-Pleite keinesfalls gescheitert, und schließlich betreiben die Gewerkschaften selbst die eine oder andere PSA.

Mag Wompel

Mag Wompel ist verantwortliche Redakteurin bei LabourNet Germany. Die komplette Maatwerk-Studie steht im LabourNet Germany unter http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/psa/maat/. Der ungekürzte Originaltext dieser Zusammenfassung ist erschienen in express, Zeitschrift für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 3/04

Anmerkungen:

1) Neben dem DGB hat haben auch christliche Gewerkschaften die Leiharbeit tarifiert, teilweise zu noch schlechteren Bedingungen als die DGB-Gewerkschaften (vgl. ak 471)

2) Wobei die Ämter hier gegen eindeutiges Recht verstoßen (§ 133, Abs. 1 SGB III). Alle, die in den letzten drei Jahren vor Entstehen des neuen Alg-Anspruches zumindest einen Tag Alg oder Alhi nach einem höheren Verdienst bezogen haben, haben auch bei dem neuen Alg-Anspruch die Amtsknete in entsprechender Höhe zu bekommen.

13. Mit allen Mitteln gegen Abschiebung

Eine Flugzeugentführung aus Angst vor Repression in Eritrea

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:13

Der von libyschen Behörden organisierte Abschiebeflug vom 27. August diesen Jahres verlief nicht nach Plan. Vorgesehen war, nigerianische und eritreische Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer abzuschieben. Doch letztere widersetzten sich, indem sie das Flugzeug kurzerhand entführten. Die Aktion erklärt sich aus der verschärften Repression in Eritrea, die neben religiösen Gruppen vor allem Flüchtlinge zu spüren bekommen.

Rund 180 Personen befanden sich an Bord des libyschen Fliegers. Beim ersten Stopp in Lagos wurden 100 NigerianerInnen abgeladen. Die verbleibenden Personen sollten in die eritreische Hauptstadt Asmara weitergeflogen werden. Doch kurz nachdem das Flugzeug seine Route wieder aufgenommen hatte, gelang es den Flüchtlingen unter noch ungeklärten Umständen, den Flieger zu kapern. Sie befahlen der Mannschaft einen neuen Zielflughafen: die sudanesische Hauptstadt Khartoum.

Last exit Sudan

Dort allerdings wurden sie schon von den Sicherheitsbehörden erwartet. Die Flüchtlinge nahmen die Besatzung als Geiseln und forderten das ihnen in Libyen nicht zugestandene Asyl. Da die dreistündigen Gespräche mit Vertretern des UNHCR, der sudanesischen Polizei und in der Hauptstadt ansässigen eritreischen Oppositionellen erfolglos blieben, gaben sie schließlich auf.

Dieser spektakuläre Fall macht deutlich, wie verzweifelt die Situation der EntführerInnen gewesen sein muss. Eritreischen Kriegsflüchtlingen, desertierten SoldatInnen, geflohenen StudentInnen und SchülerInnen droht allesamt bei missglückter Flucht Haft und auch Folter in den über das ganze Land verteilten Hochsicherheitsgefängnissen. Beispielhaft hierfür ist der Fall von 220 EritreerInnen, die im September und Oktober 2002 von Malta aus abgeschoben worden waren. Die Mehrheit von ihnen ist nach wie vor inhaftiert, Geflohene berichten von schwerer Folter.

Die Route für eritreische Flüchtlinge führt oftmals durch den Sudan nach Libyen. Von dort geht es dann per Schiff weiter nach Europa. Der unsichere Friedensvertrag vom Dezember 2000 ist kein Garant gegen ein neuerliches Aufflammen des Krieges zwischen Eritrea und Äthiopien, und auch die innenpolitische Situation verschärft sich zusehends. Deshalb erscheint vielen die Flucht als beste Alternative. Vor allem junge EritreerInnen fliehen außer Landes um den brutalen Zwangsrekrutierungen zum Militär zu entkommen.

Die seit der 1991 erkämpften Unabhängigkeit von Äthiopien allein regierende Peoples Front for Democracy and Justice (PFDJ) setzt schon seit längerem auf Repression, um ihre Herrschaft abzusichern. Politische DissidentInnen wurden im September 2001 bei einer großen Verhaftungswelle ausgeschaltet, private Medien im Land verboten (vgl. ak 476). Seitdem sind vermehrt auch religiöse Gruppierungen ins Visier der Regierung geraten. Laut amnesty international werden Angehörige so genannter Minderheitenkirchen, die nach ersten Repressalien 2002 inzwischen gänzlich verboten sind, festgenommen und gefoltert. Den Zeugen Jehovas waren auf Grund ihrer religiös definierten Weigerung, Militärdienst zu leisten, schon 1994 die politischen und Bürgerrechte aberkannt worden. Bei den muslimischen EritreerInnen, die im westlichen, an den Sudan grenzenden Teil des Landes wohnen, reicht allein die offene Ausübung ihrer Religion als Grund zur Verhaftung. Wiederholt wurden sie verdächtigt, mit der bewaffneten Opposition zusammenzuarbeiten.

Religion als Grund für Verhaftung

Offensichtliche Gründe für die Verfolgung gibt es keine. Allein die Tatsache, dass die Religionsgruppen die einzigen verbliebenen unabhängigen Massenorganisationen im Land sind, macht sie als potenzielle KritikerInnen der PFDJ verdächtig. Erster Vorbote dieser Entwicklung war das Verbot der von der katholischen Kirche herausgegebene Zeitschrift Birhan im Jahre 1997. Birhan war die einzige religiöse und zugleich halbwegs kritische Publikation im Land. Inzwischen wurde die Repression auf alle vier großen Glaubensgemeinschaften Eritreas, die Orthodoxen und Muslime, deren Vertreter ohnehin von der Regierung installiert wurden, ebenso wie die etwas weniger bedeutsamen Katholiken und Lutheraner, ausgeweitet. Die willkürlich vorgenommenen Inhaftierungen sind in ihrer Dauer oftmals unbegrenzt, zu einer offiziellen Anklage

kam es bisher in keinem einzigen Fall. Trotz der vielen Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Militär fand nicht ein religiöser Vertreter den Mut, öffentlich gegen die Maßnahmen zu protestieren.

Vor dem Hintergrund der verschärften Repression erklärt sich auch die Aktion der Flugzeugentführer. Doch die 80 Flüchtlinge können kaum auf einen glücklichen Ausgang ihrer Geschichte hoffen. 15 der an Bord Anwesenden wurden von einem sudanesischem Gericht in einem Schnellverfahren zu fünf Jahren Haft verurteilt. Ihnen wurde die Verletzung diverser Sicherheitsgesetzte, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Terrorismus zur Last gelegt. Unklar ist, was mit den anderen Flüchtlingen, unter ihnen sechs Kinder und 22 Frauen, geschieht. Es ist anzunehmen, dass sie schnellstmöglich nach Eritrea abgeschoben werden. Da die Beziehungen zwischen dem Sudan und Eritrea ohnehin unterkühlt sind - beide werfen einander vor, Rebellen militärisch zu unterstützen - wird ersterer eine weitere Verschlechterung nicht riskieren. Entsprechend bemühten sich sudanesische Sprecher auch, darauf hinzuweisen, dass der Landung des entführten Fliegers überhaupt nur aus humanitären Gründen zugestimmt worden sei.

Für die eritreische Regierung kommt der Fall denkbar ungelegen. Pünktlich zu den im ganzen Land abgehaltenen Feierlichkeiten des 1. Septembers, dem historischen Beginn des 30-jährigen Befreiungskampfes gegen die äthiopischen Besatzer, findet sie sich wieder einmal in der internationalen Kritik.

Jonas Berhe

14. Mauern Berlin - Schengen, 1989 - 2004

Der Mauerbau des Instituts für Nomadologie in Berlin

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:14

Vor knapp 15 Jahren fiel die Berliner Mauer. Ende August stand sie wieder - für zwei Tage auf dem Berliner Alexanderplatz. Die Berliner Initiative "Institut für Nomadologie" protestierte mit dieser Aktion gegen die Asyl- und "Ausländerpolitik" der Europäischen Union.

Zwölf Meter lang, gut drei Meter hoch und der Berliner Mauer zum Verwechseln ähnlich war das Beton-Imitat, das das Institut für Nomadologie (InNo), unterstützt von MitarbeiterInnen der Berliner Geschichtswerkstatt, am 30. August auf dem Alex gebaut hat. "Niemand hat die Absicht, eine Festung Europa zu errichten", war dort in großen Lettern zu lesen, eine Anspielung auf Ulbrichts Aussage vom Sommer 1961, dass niemand beabsichtige, eine Mauer zu errichten. Bekanntlich sperrte die Regierung der DDR wenig später die Grenzen zu West-Berlin ab.

Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 symbolisierte weltweit das Ende des Kalten Krieges und der Teilung Europas; besonders die Deutschen begrüßten euphorisch die neue Bewegungsfreiheit. Gleichzeitig wurden aber seit 1989 rund um das im Vertrag von Schengen definierte Europa neue Mauern gebaut, ob an der Straße von Gibraltar oder an der polnisch-ukrainischen Grenze. Jedes Jahr sterben Hunderte von Flüchtlingen beim Versuch, die befestigten Außengrenzen der EU zu überwinden.

Darüber informierten Tafeln an der Mauer des Instituts für Nomadologie. Der imposante Nachbau provozierte und zog zahlreiche PassantInnen an, die sich hier über den Ausbau des europäischen Grenzregimes, seine konkrete Ausgestaltung an exemplarischen Orten und über die Opfer der inhumanen Abschottungspolitik der Festung Europa informierten. Performative Grenzkontrollen mit Visa-Vergabe erlaubten Interessierten, die Mauer zu durchschreiten und einen Projektionsraum mit Fotos und Filmen zum Thema Grenze zu betreten. Eine Videosequenz thematisierte die Bilder, die die Festung Europa in unseren Köpfen hervorruft: Was bedeutet Europa für die Menschen diesseits und jenseits der Schengen-Mauer?

"Der Bau dieser Schengen-Mauer wurde hier in Berlin beschlossen", hieß es auf einer Tafel. "Es ist vor allem die Bundesregierung, die auf die Abschottung der vermeintlich bedrohten Festung Europa drängt. Daher sind wir für ihre Opfer mitverantwortlich." Man wolle aber keineswegs die historisch unterschiedlichen Grenzregime der DDR und der EU gleichsetzen: "Unter anderem ließ die Berliner Mauer die DDR-BürgerInnen nicht heraus, während die Schengener Mauer MigrantInnen nicht hereinlässt. Beide Mauern soll(t)en vor allem Arbeitsmärkte regulieren und damit Systeme stabilisieren. Grenzmauern sind aber auch geistige Barrieren und ideologische Sichtblenden und dienen zugleich als Projektionsflächen der Fremd- und Selbstwahrnehmung."

Grenzkontrollen am Alexanderplatz

Die EU-Grenzsicherung beginnt weit jenseits der Grenzen der Union. In Sri Lanka etwa, war an der Mauer zu lesen, finanziert Brüssel seit Jahren den dortigen Grenzschutz, dessen Aufgabe es hauptsächlich ist, Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Norden an der Flucht außer Landes zu hindern. Jetzt schlägt der deutsche Innenminister mit Verweis auf die "täglichen Flüchtlingsdramen auf dem Mittelmeer" vor, dass MigrantInnen aus Afrika in Lager in nordafrikanischen Ländern gebracht werden und von dort aus ihr Asylverfahren nach Europa betreiben sollen. Schily denkt dabei an Staaten wie das vom Diktator Ghaddafi beherrschte Libyen oder das von den Folgen des Bürgerkriegs gezeichnete Algerien.

Allerdings ist die illegale Einreise von MigrantInnen in die EU nicht in jedem Fall unerwünscht. Das war in einem Text und in einem Film des InNo über die Situation in Andalusien zu erfahren. Nach dem Beitritt Spaniens zur EU 1985 boomte dort die Wirtschaft, vor allem die industrialisierte Landwirtschaft. Um den Lohnkostenvorteil der Region zu erhalten, wurden Arbeitskräfte aus Marokko angeworben. Die begannen Mitte der neunziger Jahre, sich gewerkschaftlich zu organisieren und höhere Löhne zu fordern - und erhielten prompt keine Visa mehr. Legitimiert wurde dieses Vorgehen mit dem Abkommen von Schengen.

Natürlich brauchte die andalusische Landwirtschaft weiterhin billige Arbeitskräfte. Während die offizielle Einreise für MarokkanerInnen nahezu unmöglich wurde, stieg die Zahl der illegalen Grenzübertritte an der nur wenige Kilometer breiten Straße von Gibraltar an. Als illegalisierte Arbeitskräfte können die MigrantInnen keine

Ansprüche auf höhere Löhne, soziale Absicherung oder gesundheitliche Mindeststandards stellen. Das gilt auch für jene Kontingente von SaisonarbeiterInnen, die zu den Erntezeiten über befristete Arbeitsvisa aus Marokko nach Andalusien gelangen. Hier dient die strikte Abschottung der EU-Außengrenzen weniger der Verhinderung von Arbeitsmigration, als vielmehr der Rekrutierung von billiger und rechtloser Arbeitskraft.

Die EU-Grenzsicherungen betreffen aber nicht nur die Außengrenzen der Union. Auch für Flüchtlinge, die es tatsächlich nach Europa geschafft haben, ist die Grenzsituation noch lange nicht vorbei. Zur Zeit erhalten in Deutschland nur 1,7% der Flüchtlinge Asyl, Tendenz weiterhin sinkend. Während des Asylverfahrens macht die "Residenzpflicht" selbst für seit langem hier lebende Flüchtlinge jede Landkreisgrenze zu einer nur illegal zu überwindenden Mauer. Wem kein Aufenthaltsrecht zugesprochen wird, hat binnen kurzer Frist die EU zu verlassen, andernfalls drohen Abschiebehaft und dann die Abschiebung. Viele Flüchtlinge werden in Lagern, sogenannten Ausreisezentren, konzentriert und psychologisch bearbeitet, damit sie "freiwillig" das Land verlassen.

Die Mauer muss weg!

Auch die Anti-Lager-Action-Tour hat auf ihrer mehrwöchigen Reise durch Deutschland auf diese und andere diskriminierende Behandlungen von Flüchtlingen aufmerksam gemacht und dagegen protestiert, am 1. September machte sie in Berlin auf dem Alexanderplatz Station. Hunderte von Flüchtlingen und UnterstützerInnen versammelten sich vor der Mauer des InNo, verlangten nach den "Pässen" mit Informationen zum EU-Grenzregime und drängten in das Zelt, um sich die Filme anzusehen. Dann begann die Kundgebung der Anti-Lager-Action-Tour, unmittelbar danach bauten die NomadologInnen ihre Mauer wieder ab. "Hoffentlich werden auch die Schengen-Mauern so schnell fallen wie die Mauer hier auf dem Alex", sagte ein Nomadologe auf der Kundgebung. "Es ist ein Menschenrecht, überall sein Glück zu suchen - nicht nur jenseits der Berliner Mauer."

Angela Martin

Webseiten: www.berliner-geschichtswerkstatt.de/mauern/, www.in-no.org; Kontakt: info@in-no.org

15. Schwarze Katzen in der Hängematte

Aneignungsbewegung in den 1980er Jahren - ein Rückblick aus aktuellem Anlass

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:15

Ein alter Begriff kommt wieder groß raus: Die "Umsonst-Kampagnen" in Berlin, Hamburg und anderswo haben der "Aneignung" zu neuer Popularität verholfen. Bei aller Ähnlichkeit weist diese neue Diskussion interessante Unterschiede zu älteren Debatten auf: Vor über 20 Jahren entstanden in Hamburg die Jobber- und Erwerbsloseninitiativen - nicht als Aneignungskampagne, sondern als Versuch einer organisierten Aneignungsbewegung. Der folgende Text kann und will keine Geschichte dieses Ansatzes schreiben. Er will lediglich einige Schlaglichter setzen, die für die heutigen Auseinandersetzungen von besonderer Bedeutung sein könnten.

April 1983. In Hamburg laufen die Vorbereitungen für den 1. Mai. Ein ungewöhnliches Flugblatt taucht auf: "Für garantiertes Mindesteinkommen für Erwerbslose! Netto-Mindestlohn für alle Arbeiter!" Weitere Forderungen sind: "Nulltarif für alle öffentlichen und kommunalen Einrichtungen" "Keine Zwangsarbeit und Kasernierung für Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber!" "Keine Ausweisung von ausländischen Sozialhilfeempfängern!"

Das Flugblatt markiert den ersten öffentlichen Auftritt des Erwerbslosenladens Balduinstraße in Hamburg St. Pauli und damit den Abschluss eines nahezu einjährigen Vorbereitungs- und Organisierungsprozesses. Anfang der 1980er Jahre ist die Hochzeit der Hausbesetzungen und der Beginn der Autonomie als politischer Bewegung in Deutschland. Und es ist die Zeit der Neuen Armut. 1984 erscheint die DGB-Studie, die das Thema "Armut in Deutschland" zu einem breiten gesellschaftlichen Skandal macht. Bereits zwei Jahre vorher - nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Häuserbewegung - waren im Oktober und November 1982 die Nummern 10 und 11 der Autonomie. Neue Folge erschienen, "Antiimperialismus in den 80er Jahren" und "Zwang zur Arbeit. Neue Armut".

Die sozialrevolutionäre Diskussion um die neue Massenarmut, um die weltweite Mobilisierung von Arbeitskraft und um die autonomen Bewegungen und Kämpfe der Unterklassen waren wichtige theoretische Orientierungspunkte bei der Herausbildung dessen, was später einmal "Jobberansatz" genannt werden sollte. Die Erinnerung an diesen Bezugsrahmen wie auch an die damalige gesellschaftliche Situation ist für das Verständnis der "Jobberpolitik" ebenso wichtig wie für den Vergleich mit den heutigen Diskussionen. Trotz Hartz IV, Prekarisierung und Verarmung sind die Koordinaten, insbesondere die der innerlinken Strategiedebatte, heute deutlich andere als vor 20 Jahren.

Vor allem spielten sich die damaligen Diskussionen nicht im luftleeren Raum ab. Die "Jobber-" oder auch "Schwarze-Katze-Gruppen" (SK-Gruppen) in Hamburg (1) waren sicher der radikalste Teil der damaligen Erwerbslosenbewegung, aber sie waren eben nur ein Teil. Eine der Bedingungen für ihren Erfolg und den Aufschwung - und eine entscheidende Differenz zu heute - bestand nicht zuletzt darin, dass es damals ein breites Netz unabhängiger und mehr oder weniger staatskritischer Erwerbslosengruppen gegeben hat. Die Koordination Hamburger Erwerbsloseninitiativen, die z.B. die Nulltarifwochen 1985 und 1987 organisiert hatte, bestand neben den JobberInnen auch aus kirchlichen, gewerkschaftlichen und der DKP nahe stehenden Gruppen. Die Zusammenarbeit in der Koordination war niemals einfach und spannungsfrei, aber sie hat über einen langen Zeitraum hinweg erstaunlich gut funktioniert. Und sie war von den SK-Gruppen auch explizit gewollt.

Einkommen für alle statt Arbeit für alle

Die Jobber- und Erwerbsloseninitiativen waren von ihrem Selbstverständnis einerseits eine klassische Selbst(hilfe-)organisation von SozialhilfeempfängerInnen, Erwerbslosen und prekär Beschäftigten: "Wir sind Arbeitslose, die sich zu einer Arbeitsloseninitiative zusammengeschlossen haben, weil wir keinen Bock mehr haben, mit dieser Scheißsituation - keine Kohle, keine Arbeit, keine Lehrstelle und oftmals keine Bude - alleine dazustehen", heißt es in dem allerersten Flugblatt vom März 1982. Andererseits ging es damaligen AktivistInnen aber auch um ein bewusstes linksradikales politisches Projekt: Gegen kapitalistische Lohnarbeit, gegen die gewerkschaftliche und traditionssozialistische Orientierung auf Arbeit, für eine alltägliche Aneignungspraxis - damit war in knapper Form die Stoßrichtung der sozialrevolutionären Jobberpraxis umrissen. (2)

Ziel war eine auf Dauer angelegte Verankerung im proletarischen Alltag. Hier, im strategischen Selbstverständnis, liegt einer der wesentlichen Unterschiede des "Jobberansatzes" zu den heutigen "Umsonst"-Kampagnen: Statt (punktueller) Intervention von außen, dauerhafte Intervention von innen. Statt Kampagne Organisierung. Mit den "Umsonst"-Initiativen teilten die JobberInnen ein gewisses "Primat der Praxis"; doch die konzeptionelle und strategische Ausrichtung dieser Praxis war eine deutlich andere.

Den SK-Gruppen ging es darum, die Bedingungen zum politischen Thema zu machen, unter denen das alltägliche Einkommen und Leben organisiert werden musste: Wohnen/Miete, Arbeit/Lohn, Erwerbslosigkeit/Sozialleistungen. Angesichts der thematischen Bandbreite der Jobber- und Erwerbsloseninitiativen ist aus heutiger Sicht der konsequente internationalistische bzw. antirassistische Bezug besonders bemerkenswert. Von Anfang an war der Kampf gegen die bundesdeutsche Asyl- und Abschiebepolitik und gegen sozialpolitische Ausgrenzungsstrategien gegen Flüchtlinge und MigrantInnen integraler Bestandteil der JobberInnen-Politik. (3)

In bewusstem Gegensatz zu den unterschiedlichen autonomen (Szene-)Organisierungsversuchen vertraten die JobberInnen in der Organisationsfrage einen dezidierten Massenansatz. Dies war nicht nur damals umstritten (4), sondern dürfte auch heute einer der zentralen Auseinandersetzungspunkte sein - nicht nur mit allen Spielarten autonomer Selbstgenügsamkeit, sondern auch mit weiten Teilen einer "interventionistischen Linken". Ganz im Sinne einer sozialen Selbstorganisierung haben sich die JobberInnen politisch stets als Teil des Proletariats bzw. der Unterklassen verstanden. Es ging also nicht um die berüchtigten autonomen "Bevölkerungsflugblätter", sondern um eine Verankerung in der alltäglichen Klassenrealität.

Natürlich hat das in den offenen Strukturen zu Konflikten und Auseinandersetzungen mit den allgegenwärtigen sexistischen, homophoben oder rassistischen Denk- und Verhaltensweisen geführt. Doch in aller Regel ist darauf nicht mit sofortigem Rausschmiss reagiert worden, sondern mit heftiger Konfrontation und Debatte. Mit "Massenopportunismus" und falschen Toleranzen hatte das ganz und gar nichts zu tun, wohl aber mit konsequenten Auseinandersetzungen innerhalb "der Klasse". Die JobberInnen haben sich bewusst und gezielt dem Spagat zwischen tatsächlicher Selbstorganisation und linksradikalem Anspruch ausgesetzt, dem Spagat zwischen "Sozialarbeit" und revolutionärer Politik. Nicht zuletzt darin lag eine ihrer großen Stärken, an die heute angeknüpft werden könnte.

Unmittelbarer Ausdruck dieser "Massenorientierung" war das Konzept der Läden: dezentrale offene Strukturen (heute würde man sagen "Soziale Zentren"), die sowohl als Treffpunkt und Diskussionsort der AktivistInnen dienten als auch als Orte der Begegnung und Beratung von "Betroffenen". Das klassische Muster der Läden bestand in regelmäßigen offenen Treffpunkten (i.d.R. Erwerbslosenfrühstücke und kollektive Beratungstermine, aber auch Motorradwerkstätten und Kinderbetreuung), Termine von offenen Arbeitsgruppen und Ladenplena o.Ä. Auf dem Höhepunkt der Bewegung 1986/87 existierten fünf Läden in St.Pauli, Altona, Bergedorf, Harburg und Barmbek. Dazu gab es ein Schulungszentrum mit Bibliothek, eine eigene Zeitung, einen Organisationsrundbrief, regelmäßige Koordinationstreffen und eine ganze Reihe thematischer Arbeitsgruppen (von der AG Ausländerpolitik bis zur AG Staatlicher Arbeitsmarkt).

Das, was die Jobber- und Erwerbsloseninitiativen in Hamburg und überregional bekannt gemacht hat, war die direkte Konfrontation mit den Sozial- und Arbeitsämtern und die Politik der kollektiven Aneignung. Das Recht auf eine menschenwürdige Existenz für alle stand hier und heute auf der Tagesordnung - und zwar nicht als Re-Regulierungsforderung an staatliche Instanzen, sondern als ein Anspruch, der unmittelbar praktisch zum Ausdruck gebracht werden sollte.

Neben größeren Nulltarif-Kampagnen (5) gab es immer wieder einzelne Aktionen: Flugblätter mit Tipps und Tricks für SchwarzfahrerInnen, kostenlose Kinobesuche, Begehungen bei Arbeits- und Sozialämtern oder - vereinzelt - auch bei Leiharbeitsfirmen, die durch schikanöse Arbeitsbedingungen und säumige Lohnzahlungen aufgefallen waren. Die Nulltarif-Aktionen bezogen sich keineswegs nur auf den Öffentlichen Personennahverkehr. "Vorwärts und nicht bezahlen" galt auch für die kostenlosen Besuche von Schwimmbädern, Kinos, Theatern, Pop-Konzerten oder Hagenbecks Tierpark.

Organisierung, Schulung, Widerstand

Das Aneignungskonzept der Jobberläden war immer offensiv und kollektiv angelegt (Natürlich ist nebenher quasi privat auch konventionell schwarzgefahren und eingeklaut worden, genauso wie Stromklau und

Versicherungsbetrug zum subversiven Alltag gehört haben). Die Aktionen wurden breit diskutiert, auch das Umgehen mit der Polizei. Die Aktionen zielten auf Öffentlichkeit und leichte Beteiligung. Im Zentrum stand der gesellschaftliche Skandal, dass Menschen mit wenig Geld von nahezu allen Bereichen des öffentlichen und kulturellen Lebens ausgeschlossen werden. Dabei wird leicht vergessen, dass es in den Debatten und Flugblättern noch um sehr viel mehr ging, nämlich z.B. darum, welche Kultur "wir" eigentlich wollen, welche Bedürfnisse subventioniert werden und welche nicht. Die JobberInnen wollten die gesamte Bäckerei und nicht nur ein Stück vom Kuchen. Sie wollten aber auch nach anderen Rezepten backen.

In diesen Kampagnen liegt sicherlich die größte Gemeinsamkeit mit den gegenwärtigen "Umsonst"-Aktionen. Allerdings gibt es auch hier zwei bedeutsame Unterschiede: Zum einen haben die JobberInnen vor jeder Kampagne massiv auf den Ämtern mobilisiert. Es ging nicht nur um ein von außen gesetztes Exempel, alle sollten mitmachen. Zum zweiten waren solche Aktionen immer nur ein Element der politischen Praxis. Der Kern bestand in den täglichen Auseinandersetzungen mit den Institutionen des Sozialstaats, den Ämtern und den öffentlichen Beschäftigungsmaßnahmen.

Das "vollständige Ausnutzen der sozialen Hängematte" setzte umfangreiches Wissen und Beratung voraus: Was kann beantragt werden? Welche Angaben sollte man gegenüber Ämtern besser nicht machen? Welche Tipps und Tricks gibt es? Wie soll man mit bestimmten Bescheiden umgehen? Wie lege ich Widerspruch oder Klage ein? Dies und mehr waren die Themen der Beratungsfrühstücke oder der unzähligen Flugblatter, die zwischen 1982 und 1992 verteilt wurden. Und immer wieder kam es zu direkten Aktionen vor und in den Ämtern selbst mit dem Aufbau von Infotischen und Zügen durch die Flure und Warteräume mit Megafon und Flugblättern.

Im Vergleich zu dieser Schwerpunktsetzung und auch in gewissem Gegensatz zur Bezeichnung "Jobberinitiativen" ist es den JobberInnen nie gelungen, eine wirkliche dauerhafte Praxis im Bereich der prekären Arbeit und Jobberei zu entwickeln. Das lag nicht an einer bewussten Ausblendung. Es hat immer wieder vereinzelte Interventionsversuche, Flugblätter und öffentliche Statements gegeben, die sich gegen den staatlich organisierten Arbeitszwang und Leiharbeitsfirmen richteten oder sich mit den Streiks für die 35-Stunden-Woche oder den Kämpfen der Rheinhausener Stahlarbeiter solidarisierten. Aber zu einer organisierten Alltagspraxis eines "Kampfs gegen die Arbeit" in der Arbeit ist es nicht gekommen, die "JobberInnengruppe" innerhalb des Gesamtzusammenhangs war im Vergleich eher kurzlebig. Heute, wo sich das Spektrum der Arbeit zwischen Pflichtarbeit, Minijobs, Leiharbeit und prekärer Selbstständigkeit gewaltig ausgeweitet hat, stellt sich dieses Problem in unveränderter Schärfe. Und nach wie vor steht eine wirkliche Antwort auf die Frage der Jobberorganisierung noch aus.

"Wir nehmen uns, was wir brauchen"

Im Laufe der Jahre sind hunderte von Menschen durch die Einrichtungen der Jobber- und Erwerbsloseninitiativen gegangen. "Hängen geblieben" sind die wenigsten. Die Zahl derjenigen, die sich im weitesten Sinne als organisierte JobberInnen verstanden haben, dürfte kaum über 100 Personen hinausgekommen sein. Viele sind immer dann gekommen, wenn sie konkreten Ärger gehabt haben oder wenn sie im Rahmen eines Frühstücks mal wieder unter Leute kommen wollten.

Der Ausstrahlungseffekt der Läden war jedoch enorm. Ein internes Papier der Hamburger Sozialbehörde beklagte schon 1985, dass SozialhilfeempfängerInnen in Hamburg außergewöhnlich gut informiert seien und dass dies ein wesentlicher Grund für steigende Sozialhilfezahlungen sei. Noch in den 1990er Jahren gab es Fälle, wo sich Leute den Button mit der Schwarzen Katze an die Jacke geheftet haben, wenn sie einen Ämtertermin wahrnehmen mussten und die Sachbearbeiterinnen einschüchtern wollten.

Mit dem Verschwinden der Erwerbslosenbewegung lösten sich Anfang der 1990er Jahre auch die Schwarze-Katze-Gruppen auf. Die Gründe dafür sind vielfältig, eine gemeinsame Aufarbeitung der Erfahrungen fehlt bis heute. Ein wichtiges Moment mag darin liegen, dass sich eine dauerhafte Organisierung als Erwerbslose als genauso schwierig erweist wie eine Organisierung als JobberIn. Dazu kommt, dass die Nischen der sozialen Hängematte zwischen Erwerbslosigkeit, Sozialhilfebezug, ABM und Jobberei spürbar enger geworden sind.

Wenn sich heute vor dem Hintergrund von drohender Verarmung, Arbeitsdienst und sozialen Rechten wieder an die Jobber- und Erwerbslosenläden erinnert wird, so ist das gut. Worum es allerdings nicht gehen kann, ist

eine schlichte Wiederholung. Für die Frage, wie heute Organisierung im Bereich prekärer Arbeit, Armut und Erwerbslosigkeit aussehen kann, liefert die Jobbererfahrung wichtige Hinweise, aber keine Plaupause.

Dirk Hauer

Anmerkungen:

1) Das Symbol der Jobber- und Erwerbslosenläden war die schwarze Katze auf rotem Grund, eine sehr bewusste Anspielung auf die operaistische Metapher von ArbeiterInnenautonomie und wilde Streiks ("wildcat strikes").

2) In einem Diskussionspapier für den 1. Bundeskongress der Erwerbsloseninitiativen im Dezember 1982 hieß es u.a.: "Wir wollen 1.500 DM für alle statt Arbeit für alle. (...) Vollständiges Ausnutzen der sozialen Hängematte (...) Den Reichtum dort holen, wo er angesammelt ist, statt sich ausbeuten zu lassen: Selbstbedienung in großen Läden, Banken, Nulltarif bei Verkehrsbetrieben (...)".

3) Als es beispielsweise 1982 zu Widerstandsaktionen von Flüchtlingen im Sammellager Kollow (Landkreis Lauenburg) kam, haben die JobberInnen am 24.12.1982 die Petri-Kirche in Hamburg besetzt.

4) So galten die JobberInnen manchen Autonomen und AntiimperialistInnen als "Reformisten"

5) Etwa die Beteiligung an der bundesweiten Erwerbslosenaktionswoche Anfang Mai 1983; weitere Nulltarif-Aktionstage und -wochen gab es im November 1984, im Oktober 1985, im September 1987 und 1988.

16. Klassen-Gewitter

Nachrichten für Drinnen und Draußen

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:16

Secret Service meets Indymedia

Der Parteitag der Republikanischen Partei in New York hatte zigtausende Menschen auf die Straßen von Manhattan getrieben, um gegen die Politik von Präsident George Bush zu demonstrieren. Das New Yorker Indymedia Center berichtete zeitnah und ausführlich über das Protestgeschehen, was Begehrlichkeiten bei Polizei und Justiz weckte. Weil ein anonymer Poster die Namen von über 2.000 Delegierten der Republikanischen Partei veröffentlicht hatte, wurde gegen den Provider Calyx ein Ermittlungsverfahren wegen WählerInneneinschüchterung eingeleitet. Der Provider, der die Seiten des New Yorker Indymedia Centers hostet, ignorierte allerdings eine Vorladung in diesem Zusammenhang. Daraufhin verlangte der Secret Service ohne gesetzliche Grundlage die Herausgabe der Logdateien. Bis jetzt hat weder Indymedia noch deren Provider die gewünschten Daten herausgegeben. Die American Civil Liberties Union (ACLU) kritisierte das Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden scharf, bezeichnete sie als "Einschüchterung" und "Signal, das den AktivistInnen deutlich machen soll, dass sie einen Preis zu zahlen hätten".

EU-Haftbefehl - nun auch in Deutschland

Das Oberlandesgericht Hamm hat erstmals einen Haftbefehl zur Auslieferung eines deutschen Staatsbürgers an einen ausländischen Staat angeordnet. Der Haftbefehl richtet sich gegen einen 22-Jährigen aus Höxter, der nun nach Spanien ausgeliefert wird. Ihm wird vorgeworfen, Anfang vergangenen Jahres in Valencia eine Kolumbianerin erwürgt zu haben. Die Auslieferung wurde erst durch das am 23. August in Kraft getretene Europäische Haftbefehlsgesetz (EuHbG) möglich. Bislang dürfte nämlich laut Grundgesetz kein/e Deutsche/r ins Ausland ausgeliefert werden. Der Europäische Haftbefehl war Bestandteil der so genannten Antiterrorismus-Roadmap der EU nach dem 11. September 2001. Mit ihm wird bei über 30 Delikten - unter anderem Umweltkriminalität, Cyberkriminalität, Fremdenfeindlichkeit und Kraftfahrzeugkriminalität - die vollständige richterliche Überprüfung der bisherigen Rechtshilfe- und Auslieferungsverfahren umgangen und eine einfache Überstellung möglich. Binnen einer Frist von 60 Tagen, die auf 90 Tage verlängert werden kann, muss eine Entscheidung über die Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls ergehen. Ein Auslieferungshindernis aus politischen Gründen besteht nicht mehr. Einwände seitens der Gesuchten oder des Vollstreckungsstaates spielen keine Rolle. Selbst wenn nach dem Recht des Vollstreckungsstaats gar keine Straftat vorliegt, muss der/die Gesuchte an den antragstellenden EU-Staat überstellt werden. Neben Beschneidung von Beschuldigten und Verteidigungsrechten ist auch damit zu rechnen, dass sich die Strafverfolgungsbehörden zukünftig einer ähnlichen Praxis bedienen wie bereits EUROPOL. Sie können nunmehr den Europäischen Haftbefehl dazu nutzen, die Überstellung von Personen in denjenigen Mitgliedsstaat zu organisieren, der ihnen für den jeweiligen Fall die günstigsten strafrechtlichen wie strafprozessualen Voraussetzungen bietet. Damit sind einer Nivellierung rechtsstaatlicher Standards innerhalb der EU auf niedrigstem Niveau Tür und Tor geöffnet.

Schily hat Lust auf Mehr

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) ist zwar erst jüngst mit seinen Plänen zum Umbau und Umzug des Bundeskriminalamtes (BKA) gescheitert, doch das Vorhaben eines umfassenden Umbaus der bundesdeutschen Repressionsorgane hat er längst noch nicht aufgegeben. Diesen Monat will Schily der Föderalismuskommission von Bundestag und Bundesrat ein Konzept zur "Verbesserung der deutschen Sicherheitsarchitektur" vorlegen. Das Konzept sieht zahlreiche Änderungen des Grundgesetzes vor. Vorgesehen ist etwa, bundesweite Rasterfahndungen unter Leitung des BKA einzuführen. Bislang dürfen nur die Bundesländer Rasterfahndungen vornehmen, die ihre Informationen an das BKA übermitteln. Auch sollen "Präventivkompetenzen" auf das BKA übertragen werden. Schily geht es dabei um erweiterte Vorfeldbefugnisse für das BKA, damit auch ohne konkreten Anfangsverdacht und wegen Gefahrenabwehr ermittelt werden kann. Um die Kooperation beim Verfassungsschutz zu optimieren, schlägt Schily ein "Weisungsrecht" des Bundesamts gegenüber den Landesbehörden für Verfassungsschutz vor. Ferner will er den Zivil- und Katastrophenschutz neu ordnen. Bei länderübergreifenden Katastrophenfällen verlangt er eine

Weisungs- und Lenkungsfunktion des Bundes, die er gegebenenfalls auch durch eine Grundgesetzänderung ermöglichen will.

Bleierne Rache

In den 1970er Jahren gehörte Cesare Battisti in Italien zu den "Bewaffneten Proletariern für den Kommunismus" (PAC). Mittlerweile avancierte er in Frankreich, wo er seit 1990 in Paris lebte, zu einem bekannten Krimi-Autor. Der 49-Jährige ist einer der rund 300 ProtagonistInnen der militanten Linken in Italien, denen seit 1981 im französischen Nachbarland faktischer Auslieferungsschutz gewährt wird. 1985 erhob der damalige Staatspräsident François Mitterand diesen Schutz für Militante der "bleiernen Jahre", die "mit der Gewalt gebrochen haben", zum "politischen Prinzip". Die im Mai 2002 im Zeichen von Law and Order angetretene neokonservative Regierung fühlt sich daran allerdings nicht mehr gebunden. Sie befürwortete ein entsprechendes Auslieferungbegehren Italiens. Ende Juni hatte trotz heftiger Proteste ein Pariser Berufungsgericht der Auslieferung Battistis zugestimmt. Battisti ist in Italien 1993 auf der Grundlage von Aussagen eines Kronzeugen wegen zweier Morde und Beihilfe in zwei weiteren Fällen in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Eine Entscheidung des Kassationsgerichtshofs, der als letzte Instanz die Auslieferung stoppen könnte, steht zwar noch aus - ein Stopp gilt allerdings als unwahrscheinlich. Battisti zog es unter diesen Umständen Mitte August vor abzutauchen.

17. "Mit Bestürzung und erheblicher Empörung"

Ein Offener Brief an Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:17

Von den geplanten bundesweiten 600.000 1-Euro-Jobs sollen allein 10.000 in Hamburg entstehen. Mit einem Offenen Brief vom 2.9.2004 an den DGB, ver.di und die Wohlfahrtsverbände hat die Sozialpolitische Opposition Hamburg in die Verhandlungen zwischen der BA, der Wirtschaftsbehörde und den Verbänden interveniert. Sie fordert diese auf, sich nicht zur Durchführung eines neuen Zwangsdienstes instrumentalisieren zu lassen.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Zuge von Hartz IV und dem neuen SGB II werden Erwerbslosen zum Teil erhebliche Einkommensverluste und Einschränkungen ihrer sozialen Grundrechte zugemutet. Gleichzeitig sollen ihnen aber umfassende Arbeitsangebote gemacht werden. Alle Beteiligten wissen, dass es sich bei diesen Angeboten nicht um reguläre, tarifierte und Existenz sichernde Arbeitsverhältnisse auf dem ersten Arbeitsmarkt handeln kann. Hartz IV wird keine vernünftigen Dauerarbeitsplätze für 5 bis 6 Millionen Erwerbslose produzieren. Wenn also im Zusammenhang mit Hartz IV und dem SGB II Arbeitsangebote geschaffen werden sollen, so kann es sich nur um öffentlich geförderte Beschäftigung handeln.

Mit Bestürzung, großer Sorge und nicht zu letzt erheblicher Empörung müssen wir allerdings beobachten, dass die bisherigen Förderinstrumente des SGB III, die mit befristeten, aber regulären sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen und anschließenden Ansprüchen auf Lohnersatzleistungen verbunden waren, offensichtlich politisch für Arbeitslosengeld-II-Berechtigte nicht gewollt sind. Das frühere Versprechen, durch die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe alle Erwerbslose in den Genuss der SGB III Förderinstrumente kommen zu lassen, entpuppt sich so als Farce. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmaßnahmen nach BSHG 19.1 und 2 oder ABM werden nicht mehr ermöglicht bzw. so zugeschnitten, dass eine öffentliche Beschäftigung, die Lohnersatzleistungen begründen und dauerhafte Perspektiven für die Integration in den Arbeitsmarkt eröffnen könnte, mit dem neuen SGB II grundsätzlich abgeschafft wird.

Das einzige Angebot, das Erwerbslosen durch das neue SGB II wirklich gemacht wird, sind Tätigkeiten im Bereich der gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeit mit Mehraufwandsentschädigung. Im Gespräch sind dabei ein bis zwei Euro pro Stunde. Wirtschaftsminister Clement spricht von 600.000 bis 700.000 Arbeitsgelegenheiten in diesem Bereich, für Hamburg geht die BWA und die BA offenbar von 10.000 solcher Tätigkeiten aus. Auch wenn die offizielle Sprachregelung gerne von "neuen Jobs" und "Arbeitsplätzen" spricht: Jeder und jede weiß, dass es sich bei diesen Tätigkeiten keineswegs um "ordentliche Arbeit" handelt, ja es sind noch nicht einmal "Jobs": Diese Tätigkeiten begründen kein Arbeitsverhältnis, sie finden ohne Arbeitsvertrag statt, sie sind nicht tarifiert, sie werden nicht entlohnt, die Beschäftigten besitzen nicht die normalen ArbeitnehmerInnenrechte. Nicht nur Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen, sondern auch GewerkschafterInnen wie der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Thüringen bezeichnen diese Form öffentlicher Beschäftigung denn auch als eine Art Arbeitsdienst.

Die 1-Euro-Tätigkeiten sollen gemeinnützig sein. Das rückt automatisch Öffentliche Einrichtungen sowie die Träger der frei-gemeinnützigen Wohlfahrtspflege in den Blickpunkt. Die Tätigkeiten sollen zudem zusätzlich sein, wobei "zusätzlich" im Allgemeinen als Tätigkeit definiert ist, die ansonsten "nicht oder nicht zum gegebenen Zeitpunkt" geleistet werden würde. Das BMWA nennt als Beispiel "wenn sie zusätzlich zu den Aufgaben erbracht werden, die die normalen Altenpflegekräfte und Erzieherinnen nicht leisten können" (PM vom 18.8.04). Der Kahlschlag in allen Bereichen des sozialen Hilfesystems und der sozialen Sicherung, die Ausdünnung von Leistungskatalogen bei sozialen Tätigkeiten und die damit verbundenen Entlassungen aus regulierten Arbeitsverhältnissen produzieren gewissermaßen täglich die "Zusätzlichkeit", mit der 1-Euro-Tätigkeiten in diesen Bereichen gefordert und begründet werden. In unseren Augen ist es der Gipfel des Zynismus, wenn der Geschäftsführer der Hamburger Arbeit in einem Beitrag anregt, alle Tätigkeiten als "zusätzlich" zu definieren, die ansonsten für drei Euro Stundenlohn und weniger im Ausland geleistet werden würden.

Die Perspektiven erscheinen uns bedrohlich: ErzieherInnen, die bei der Schließung ihrer Kitas arbeitslos werden, sollen nach einem Jahr Erwerbslosigkeit dieselbe Arbeit in einer anderen Einrichtung oder als Tagesmutter erledigen - erzwungenermaßen und für einen Euro die Stunde. Entlassene KrankenpflegerInnen arbeiten anschließend für einen Euro in irgendwelchen Pflegediensten, erwerbslose MaschinenschlosserInnen oder LandschaftsgärtnerInnen leiten für 1 Euro in Beschäftigungsprojekten Jugendliche an - die dort ihrerseits auf 1-Euro-Basis arbeiten. Die Spirale des Lohndumpings und der Entwertung von Qualifikationen scheint schier unendlich.

Wir wissen, dass die Träger und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege zur Zeit von Politik und Verwaltung besonders in die Pflicht genommen werden, in großem Umfang 1-Euro-Dienste anzubieten. Alles deutet darauf hin, dass sie an diesem Punkt zu einem entscheidenden Instrument bei der Umsetzung des SGB II gemacht werden sollen. Entsprechend hoch scheint der Druck zu sein, entsprechend hoch ist in unseren Augen aber auch die Verantwortung der freien Träger für die Zukunft der arbeitsmarktpolitischen Landschaft in diesem Land. Erlauben Sie uns deshalb folgende Fragen:

- Teilen Sie unsere Auffassung, dass es sich bei den gemeinnützigen Tätigkeiten für Alg II-EmpfängerInnen weder um reguläre Arbeitsverhältnisse noch um Tätigkeiten im Sinne eines ehrenamtlichen Engagements im Rahmen sozialer Bürgerarbeit handelt?

- Teilen Sie unsere Einschätzung, dass es bei der Ausweitung dieser Arbeitsgelegenheiten primär um die Prüfung der Arbeitsbereitschaft der Erwerbslosen geht?

- Planen Sie im Bereich Ihrer Organisation in Hamburg die Einführung der gemeinnützigen Arbeit für Alg II-BezieherInnen? Wenn ja, in welchem Umfang und in welchen Bereichen und Arbeitsfeldern?

- Teilen Sie unsere Besorgnis in Bezug auf die Verdrängungseffekte solcher Tätigkeiten?

Die bisherigen 1-Euro-Jobs für SozialhilfeempfängerInnen hatten eine Laufzeit von max. sechs Monaten und waren mit der Anschlussperspektive eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses verbunden. Nunmehr sind Zwangsdienste von sechs bis neun Monaten oder gar länger im Gespräch - ohne jede Anschlussperspektive. Der Umstand, dass im Einzelfall der einen oder anderen Langzeiterwerbslosen eine gemeinnützige Tätigkeit durchaus willkommen sein mag, kann in unseren Augen kein Argument dafür sein, unter Druck von außen und aus ökonomischen Einrichtungsinteressen heraus sich an der Einführung eines flächendeckenden Lohndumpings und Zwangsdienstes zu beteiligen.

In den nächsten Wochen und Monaten wird das Verhalten der frei-gemeinnützigen Träger genau wie dasjenige der Gewerkschaften von der Öffentlichkeit und den Betroffenen mit Sicherheit stark beachtet werden. Wir möchten Sie bitten, zu bedenken, dass Sie mit der Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten weder einen Beitrag zur Bekämpfung von Armut noch von Erwerbslosigkeit leisten. Vielmehr würden Sie sich an einer Politik beteiligen, die Arbeitslosigkeit weiter individualisiert und Arbeitslose bedrängt und entrechtet.

Auch wenn Sie unsere Beurteilungen nicht teilen sollten, erwarten wir gespannt Ihre Antwort auf dieses Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen

Sozialpolitische Opposition Hamburg

18. Für eine Hand voll Erdbeeren

Saisonarbeit im österreichischen Marchfeld

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:18

Das Marchfeld liegt östlich von Wien an der slovakischen Grenze. Das Gebiet umfasst ca. 1000 Quadratkilometer und wird intensiv landwirtschaftlich genutzt. Für den Anbau von Spargel, Erdbeeren und anderem Feldgemüse, aber auch für die Arbeit in Lagerhäusern werden Saisonarbeitskräfte aus osteuropäischen Ländern eingesetzt. Sie tragen die Hauptlast des verschärften Wettbewerbs um eine möglichst billige Herstellung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Die gesamte heimische Gemüseproduktion würde ohne Erntehelfer nicht existieren!" Der das sagt, muss es wissen, denn er ist Spargelbauer aus der Region. Doch die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Die Praxis der Saisonarbeit auf den intensiven Betrieben erinnert in vielen Fällen an die Arbeitsbedingungen auf südamerikanischen Bananen- oder Ananasplantagen. Die Unterbringung der ArbeitsmigrantInnen auf den Höfen erfolgt in der Regel auf Dachstühlen, in Lagerhallen oder in Containern, die für bis zu sechs Menschen konzipiert sind. Für ein Kilo gepflückter Erdbeeren werden ca. 22 Cent gezahlt. In Spitzenzeiten kann man Angaben eines Arbeiters zufolge 200 bis 250 kg Erdbeeren am Tag pflücken. Diese Periode ist aber nur kurz, und gegen Ende der Saison reduziert sich die Menge auf 20 bis 50 kg pro Tag - bei gleich bleibendem Akkordlohn.

Der enorme Leistungsdruck führt nach Berichten von MigrantInnen zu Fällen, bei denen ArbeiterInnen auf den riesigen Feldern vor Erschöpfung zusammenbrechen. MigrantInnen, die in den Fabrikhallen der intensiven Betriebe Spargel, Karotten etc. am Fließband sortieren, waschen und verpacken, klagen über chronische körperliche Beschwerden. Auf den intensiven Spargel- und Erdbeerbetrieben, auf denen bis zu 300 Saisonniers und ErntehelferInnen arbeiten, werden bei den Erntearbeiten "Feldaufseher" eingesetzt, die die Effektivität der ArbeiterInnen kontrollieren.

Die Arbeit ist in der geforderten Intensität kaum über einen längeren Zeitraum zu leisten. In mindestens einem Fall ist bekannt, dass die ArbeiterInnen nach maximal sechs Wochen ausgewechselt werden, um die Effizienz aufrechtzuerhalten. Eine solche Praxis wird begünstigt durch den Erntehelferstatus, der für diese ArbeiterInnen 2001 eingeführt wurde. Er ermöglicht die Einstellung von ArbeitsmigrantInnen bei reduzierten Lohnnebenkosten für bis zu sechs Wochen.

Ohnehin kommen Saisonniers und ErntehelferInnen dem österreichischen Sozialsystem äußerst günstig: Sowohl Agrarunternehmen als auch der Arbeitsmarktservice (entspricht der bundesdeutschen Arbeitsagentur) der Region bestätigt, dass die ArbeiterInnen in den seltensten Fällen Arztbesuche in Österreich in Anspruch nehmen. Kranken- oder Urlaubsgeld wird in der Praxis nicht ausbezahlt. Gewerkschaftliche Organisation kommt praktisch nicht vor.

Im Marchfeld arbeiten die großen Gemüsebetriebe bei der Rekrutierung von billigen Arbeitskräften vermehrt mit sogenannten Vermittlungsagenturen für SaisonarbeiterInnen zusammen. Die Vermittlungsfirmen sind in einer rechtlichen Grauzone aktiv, wie ein Vertreter der Bauernkammer zugibt: Die Unternehmen verlangen von den ArbeiterInnen hohe Summen für ihre Vermittlung. Agrarunternehmen der Region wollen in Zukunft vermehrt auf diese Angebote zurückgreifen.

Spaltung verschiebt sich nach Osten

Derzeit kommt die Mehrzahl der SaisonarbeiterInnen aus der Slowakei, Tschechien und Slowenien. Doch es ist anzunehmen, dass Menschen aus ferneren osteuropäischen Ländern (Ukraine, Belarus etc.) bald den Hauptanteil der im Marchfeld Beschäftigten stellen werden, denn sie sind bereit, für noch niedrigere Löhne und zu noch schlechteren Bedingungen zu arbeiten. Schon jetzt gibt es Betriebe, in denen die Feldarbeit von ukrainischen Saisonniers geleistet wird und "die Tschechen" als Traktorfahrer eingesetzt werden, da sie die miesen Bedingungen auf dem Feld nicht akzeptieren.

Die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen für SaisonarbeiterInnen in den Marchfeldbetrieben sind auch eine Konsequenz der Liberalisierung des Landwirtschaftssektors. Die hat den Kostendruck auf die Unternehmen erhöht, den letztere durch Senkung der Arbeitskosten auszugleichen suchen. Auch deshalb

werden arbeits- und sozialrechtliche Bestimmungen häufig ignoriert, die gesetzlichen Arbeitszeiten weit überschritten.

Ein Teil der KonsumentInnen ist heute darauf sensibilisiert, Lebensmittel zu kaufen, die ökologisch produziert wurden. Die sozialen Aspekte der Herstellung bleiben dabei aber in der Regel unberücksichtigt. Den Blick dafür zu schärfen, dass in der Landwirtschaft neben Umwelt- auch Sozialstandards zur Geltung kommen, ist auch für umweltbewusste GemüseliebhaberInnen nicht zu viel verlangt.

Dieter Behr, Wien

Die Recherche ist Ergebnis einer Studie, die der Autor in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kooperative Longo Mai durchführte. Als Quellen dienten Interviews mit ArbeitsmigrantInnen und AgrarunternehmerInnen, mit VertreterInnen der Bauernkammer, der Landarbeiterkammer, des Arbeitsmarktservice, des Arbeitgeberverbands sowie antirassistischer Initiativen.

Das Europäische BürgerInnenforum und die Kooperative Longo Mai haben kürzlich eine Broschüre mit dem Titel "Bittere Ernte - Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas" veröffentlicht. Sie informiert über die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Saisonkräften und ErntehelferInnen in verschiedenen europäischen Ländern. Weitere Artikel setzen sich mit den Auswirkungen der EU-Agrar- und Migrationspolitik auf die Situation der LandarbeiterInnen auseinander. "Bittere Ernte - Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas", 128 Seiten, 12 Euro, Solidaritätspreis: 30 Euro. Bestellungen über Hof Ulenkrug, 17159 Stubbendorf; Email: germany@civic-forum org

19. Ohren-Propaganda

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:19

Kulturelles Feuerwerk

Culcha Candela heißt eine Formation aus Berlin, die sich zwischen HipHop-Grooves, Latino-Rhythmen und Reggae-Vibes bewegt. Die Besetzung der "feurigen Kultur" ist (fast) weltumspannend: Korea, Uganda, Kolumbien, Polen und Deutschland. Bereits seit zwei Jahren sind Culcha Candela in Berlin am Start. Sie organisieren dort monatliche Clubkonzerte im Kurvenstar, bei denen sie nicht nur sich selbst promoten, sondern auch vielen NachwuchsmusikerInnen ein Forum für erste Auftritte bieten. Mit "Union Verdadera" erscheint nun im September ihre erste CD. Die dazugehörige Single und das entsprechende Video heißen "In da City". Die aus sieben Männern bestehende Band überrascht mit Überzeugungen, die man in der ansonst reichlich sexistischen (HipHop-)Szene nicht unbedingt oft hört: "Von uns bekommt man keine Battlerap- oder ‚Ficken-Bumsen-Blasen`-Texte zu hören oder Lieder, die andeuten, das ganze Leben sei eine Champagnerflasche mit 500 PS und Harem-Anbindung, die darauf wartet, geöffnet zu werden." Musikalisch wird vielfach der Vergleich mit den ebenfalls aus Berlin stammenden Seeed angestellt. Nimmt man Songs wie "Augen auf", dann ist das nicht falsch. Aber insgesamt ist bei Culcha Candela der Latino-Anteil (z.B. bei "Solarenergie", "Columbia" etc.) weit ausgeprägter. Während die Single als eine Art Sunshine-Sommer-Reggae daher kommt, sind die Songs auf dem Album um einiges stärker. Anhören lässt sich das Ganze nicht nur auf der neuen CD, sondern im Herbst auch auf der anstehenden Tour von Gentleman, denn da sind Culcha Candela im Vorprogramm. (DSe)

Culcha Candela, Union Verdadera, www.culchacandela.de

Ambitionierte Sam Ragga Band

Musikalisch nicht so ganz weit von Culcha Candela entfernt liefert die Sam Ragga Band ihr nunmehr zweites Album ab. Nachdem sie einst mit Jan Delay das Album "Searching the Soul Rebel" aufgenommen hatten und im letzten Jahr die erste eigene CD unter dem Titel "Loktown Hi-Life" veröffentlichten, kommt nun "The Sound of Sam Ragga". Dass die Band durchaus Ambitionen hat, sich im Musikbusiness einen Namen zu machen, zeigt nicht nur die Single "Schade", die gemeinsam mit Nena aufgenommen wurde. Ähnlich wie der Reggae/Singer/Songwriter Patrice (der mit dem Song "I like how she ..." auf dem neuen Album vertreten ist) will auch die Multi-Kulti-Truppe aus Hamburg Richtung Frankreich und England ihre Fühler ausstrecken. Passend dazu gibt es dann auch erstmals französische Töne von der Band zu hören. Und mit dem inzwischen fest engagierten Sänger Seanie T., der in England aufgewachsen ist und bis vor kurzem noch in London lebte, hat die Sam Ragga Band eine Person in den eigenen Reihen, die sicher wichtige Hilfe für die ersten Schritte auf der Insel geben kann. Musikalisch hat sich der Sound der Sam Ragga Band ein wenig verschoben. Weniger HipHop und mehr Dancehall werden auf dem Teppich des Root-Reggaes gelegt. Auch gesanglich hat sich einiges getan: Seanie T. und Jessica McIntyre waren bereits mit einigen Songs auf dem letzten Album zu hören und sind nun noch stärker präsent. Erstmals auf dem neuen Album zu hören ist die afrodeutsche Esther Cowens, die bereits seit einiger Zeit gemeinsam mit der Sam Ragga Band auf Tour unterwegs war und nun zum festen Bandmitglied erhoben wurde. (DSe)

Sam Ragga Band, The Sound of Sam Ragga, www.samragga.de

Revolutionary boygroup

Wer es etwas rockiger braucht, einen Hauch von Punk angenehm findet und trotzdem auf Gefühl nicht verzichten will, könnte sich mal mit Endearment befassen. Die zitieren Karl Marx' berühmte 11. These über Feuerbach, wenn sie in "Algebra" gegen die Philosophie eines totalen Rationalismus rocken, gegen neue Allmachtsfantasien wettern und kritisieren, dass die Welt zum Objekt wird und die "Master" ihre eigene Subjektivität zur göttlichen erheben. Nicht die unterschiedlichen philosophischen Interpretationen der Welt seien bedeutsam, sondern diese Welt zu verändern. Klar! Dann trauern sie auch noch um Immanuel Kant, weil sie in einer Welt voller EgoistInnen leben und jede/r nur noch gnadenlos seinen Vorteil sucht. "Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte", setzen sie dem dessen kategorischen Imperativ entgegen. Kurz und gut: Textlich ist das nicht eben einfach

gestrickt, aber irgendwie doch interessant und zumindest eigenwillig. Für die Ohren ist das Album durchaus angenehm. (DSe)

Endearment, We are the factory, www.endearment.de

20. Frankreich zwischen "Kopftuchkrieg" und Geiselaffäre

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:20

"Der Kopftuchkrieg blieb aus": So lautet der Tenor der französischen Medienberichterstattung nach dem Ende der zweimonatigen Schulferien. Es handelte sich um den ersten Schuljahresbeginn, bei dem die im März 2004 beschlossene Regelung zum Kopftuchverbot für muslimische Schülerinnen galt. (vgl. ak 481) Mit entsprechender Spannung war daher der Wiederaufnahme des Unterrichts entgegen gesehen worden.

Unter zwölf Millionen Schülerinnen und Schülern waren letztendlich etwa 250 Mädchen, die mit bedecktem Kopfhaar am Schultor erschienen. Eine deutliche Mehrheit unter ihnen akzeptierte dann aber, ihre Kopfbedeckung im Klassenraum abzulegen. So die 19-jährige Immigrantentochter Leila in Villeneuve-d'Ascq bei Lille, die ihr Tuch mit dem Kommentar "Ich habe keine Wahl, ich kann es mir nicht leisten, meine Schulausbildung abzubrechen" am Schultor ablegte. Auf die Schule dieser Stadt im ehemaligen Industrierevier an der belgischen Grenze waren zahlreiche Kameras gerichtet, nachdem dort im vorigen Jahr 52 Kopftuchträgerinnen registriert worden waren.

Lediglich im Elsass sahen die Verhältnisse örtlich anders aus; insgesamt wurden in der Region an die 100 "widerspenstige" Kopftuchträgerinnen registriert. Allein in Strasbourg waren es am ersten Schultag 57, die von den übrigen SchülerInnen getrennt wurden. Die dortige Situation hängt aber eng mit einigen Besonderheiten der Region zusammen. So besteht im Elsass keine Trennung zwischen dem Staat und den christlichen Kirchen wie im übrigen Frankreich, da dort nach der Wiederangliederung an die République française 1918/19 das Konkordat aus der Zeit unter deutscher Herrschaft beibehalten wurde. Insofern kann die, ursprünglich aus dem republikanisch-universalistischen Staatsverständnis resultierende, französische laïcité hier nicht als Begründung für Ansprüche gegenüber den muslimischen Jugendlichen herhalten.

Hinzu kommt, dass die EinwanderInnen im Elsass vorwiegend türkischer und marokkanischer Herkunft sind und oft besonders traditionell orientierten, vom Land kommenden Bevölkerungsgruppen angehören. Dort ist die Bindung an die Religion noch besonders hoch. Das ist bei den AlgerierInnen, die im übrigen Frankreich die größte Einwanderergruppe bilden, so nicht der Fall; bei ihnen hatte die vorübergehende "islamistische Welle" in den frühen 1990er Jahren vor allem politische und soziale Beweggründe. Und schließlich ist zu berücksichtigen, dass das Elsass von allen französischen Regionen neben der Côte d'Azur jene mit dem größten rechtsextremen Wähleranteil ist. Deswegen sehen sich viele EinwanderInnen hier in einer gesellschaftlichen Defensivposition und ziehen sich auf ihre "Identität" zurück.

Zunächst schien die allgemeine Spannung kurz vor Schuljahresbeginn extrem verschärft zu werden, als am 20. August im Irak die beiden französischen Journalisten Christian Chesnot und Georges Malbrunot entführt wurden. Die Geiselaffäre wurde dadurch politisch aufgeladen, dass die Entführergruppe ein Ultimatum an Frankreich richtete mit der Forderung, das Kopftuchverbot für Schülerinnen wieder abzuschaffen.

Nicht zum ersten Mal gerät Frankreich in das Visier arabischer und/oder islamistischer Geiselnehmer und bewaffneter Kampfgruppen. So explodierten 1985 und 1986 in Paris eine Reihe von Bomben in Kaufhäusern oder auf öffentlichen Plätzen, während sich im damaligen Bürgerkriegsland Libanon mehrere französische Geiseln teilweise drei Jahre lang in Gewalt von Gruppen befanden, die der schiitischen Hizbollah nahe standen. Damals handelte es sich freilich um einen noch überwiegend parastaatlichen Terrorismus, im konkreten Falle im Interesse des Iran.

Die Anschläge und das Festhalten der Geiseln zielten auf Frankreich, weil Paris damals recht einseitig das irakische Regime unter Saddam Hussein aufrüstete, während andere westliche Großmächte wie die USA und die Bundesrepublik sowohl den Irak als auch den Iran mit Waffen belieferten. Die Anschläge in Frankreich selbst wurden von palästinensischen und libanesischen Splittergruppen mit Verbindung zum Iran durchgeführt. Paris gab am Ende den Forderungen nach: Vier Tage bevor der damalige Premierminister Jacques Chirac sich im Mai 1988 zum Präsidenten wählen lassen wollte er unterlag dann dem Amtsinhaber François Mitterrand , kamen die Geiseln im Libanon frei. Paris hatte Millionensummen bezahlt und zugesichert, dem Waffenfluss an den Irak ein Ende zu setzen; der achtjährige Krieg zwischen Iran und Irak stand damals freilich ohnehin kurz vor dem Ende. Ferner wurden die Köpfe der iranischen "Volksmojaheddin" aus Frankreich ausgewiesen und

mussten sich ein neues Exil in Bagdad suchen. Arabische Untergrundgruppen haben diese Episode bis heute nicht vergessen.

Einhellige Verurteilung der Geiselnahme

Im Zeitraum von Juli 1995 bis Dezember 1996 explodierten erneut Bomben in Pariser Vorortzügen und Métrostationen, ein weiterer Sprengsatz wurde in einem Hochgeschwindigkeitszug (TGV) zwischen Paris und Lyon entschärft. Hinter der Attentatswelle, die insgesamt zwei Dutzend Todesopfer und rund 300 Verletzte forderte, standen die "Bewaffneten islamischen Gruppen" (GIA) aus Algerien. Die GIA machten Frankreich als ehemalige Kolonialmacht für zahlreiche Probleme Algeriens verantwortlich. Das ist noch nachvollziehbar, reichlich "irre" waren jedoch ihre Forderungen: Verlangt wurde unter anderem nicht weniger, als dass Staatspräsident Jacques Chirac zum Islam konvertieren solle. Entsprechend nahm auch niemand den Inhalt der Forderungen ernst, und die gewählte Aktionsform konnte nur zu allgemeiner Verurteilung führen.

In die Aktionen der GIA waren jedoch auch Kleinstgruppen verwickelt, die innerhalb Frankreichs in den Banlieues, den Trabantenstädten, der großstädtischen Zentren Paris und Lyon entstanden waren. Sie waren vor dem Hintergrund der Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen als eine Art "Rächer" angetreten und dienten den GIA-Kadern als Handlanger. Ihr mutmaßlicher Anführer, der 25-jährige Khaled Kelkal, wurde Ende September 1995 in der Nähe von Lyon durch die Polizei angeschossen und, als er schon ausgestreckt am Boden lag, kaltblütig ermordet. Erst seine Hinrichtung machte ihn in manchen Kreisen nachträglich zum "Helden". Kurz darauf tauchte ein langes Interview auf, in dem Kelkal drei Jahre zuvor dem deutschen Soziologen Dietmar Loch seinen Werdegang vom talentierten Schüler über den ausgegrenzten "Araber" zum Kleinkriminellen und Gefängnisinsassen geschildert hatte. Nun begann sich die bürgerliche Öffentlichkeit einige kritische Fragen darüber zu stellen, inwiefern die Marginalisierung migrantischer Bevölkerungsteile dazu beitrage, Nachwuchs für den Terror heranzuziehen. Die führende französische Tageszeitung, Le Monde, publizierte das Kelkal-Interview nachträglich unter dem Titel "Ein Opfer des täglichen Rassismus".

In den Jahren von 1986 bis 88 überwog noch eine von der Rechten offen angeheizte "Kopf ab!"- und "Araber Raus"-Stimmung, wobei der Front National und der damalige nationalkonservative Innenminister Charles Pasqua miteinander wetteiferten. Ein Jahrzehnt später dominierte dagegen eine Kombination aus scharfer Ablehnung des GIA-Terrors mit der selbstkritischen Nachfrage nach einigen "hausgemachten" Ursachen des Terrors in der französischen Gesellschaft.

Heute dagegen überwiegt die Einbindung der arabischen EinwanderInnen, auch ihrer religiösen Elemente. Vom ersten Tag an beteiligte sich diese Immigrationsbevölkerung in beträchtlichem Maße an den Pariser Kundgebungen für die Freilassung der beiden französischen Geiseln. Viele ImmigrantInnen distanzierten sich ganz spontan von den Entführern und ihren Forderungen, um nicht mit ihnen identifiziert zu werden. Andere wurden von religiösen muslimischen Vereinigungen wie der UOIF (Union des organisations islamiques de France) mobilisiert. Die UOIF ist eine konservativ-reaktionäre Organisation, die in den letzten zwei Jahren durch einen Teil der regierenden französischen Rechten zum Ansprechpartner innerhalb der Einwandererbevölkerung aufgebaut wurde.

Als Chirac zum Islam konvertieren sollte ...

Der Bedeutungszuwachs der UOIF äußert sich darin, dass ihr durch die Regierung ein Platz als zweitstärkste Organisation in dem 2003 neu eingerichteten Repräsentativrat der französischen Muslime (CFCM) gesichert wurde. Die einzelnen Organisationen wurden nämlich abhängig von der Größe ihres Gebetsraums, und damit ihrer Finanzkraft, berücksichtigt und nicht nach ihrem realen Einfluss in der muslimischen Wohnbevölkerung. Dadurch bekamen konservativ-reaktionäre Kräfte eine besondere Bedeutung, auch wenn den Vorsitz im Rat der aus Algerien stammende Dalil Boubakeur, ein erwiesener Gegner der Islamisten, inne hat. Laut einer Erhebung von Le Monde aus dem Herbst 2003 bezeichnen sich nur 36 Prozent der etwa vier Millionen Muslime in Frankreich als "praktizierend", knapp die Hälfte dagegen als "gläubig, aber nicht praktizierend"; über 20 Prozent sehen den Islam lediglich als Religion ihrer Eltern an.

In der aktuellen Krise hat der bisher umstrittene CFCM seine definitive Anerkennung erfahren. Über Gebete für die Freilassung von Geiseln, die unter Vorsitz Boubakeurs in der Pariser Moschee stattfanden, wurde in allen Medien ebenso breit berichtet wie über die Delegation des Repräsentativrats, die im Irak mit den

unterschiedlichen politischen und religiösen Strömungen in Kontakt treten und für die Freilassung der beiden französischen Geiseln plädieren sollte.

Ein Angebot an die muslimische Community

In gewisser Weise hält die französische Medienöffentlichkeit momentan ein doppeltes Identifikationsangebot bereit: Die Union sacrée, die französische Entsprechung zum deutschen Wort vom "Burgfrieden" und den nationalen Schulterschluss, von denen Premier Jean-Pierre Raffarin und andere Minister sprachen, für die "geburtsmäßigen" Französinnen und Franzosen und die Religion für die eingewanderte muslimische Community. Erleichtert wird dies einerseits durch die derzeitige Schwäche der extremen Rechten unter Jean-Marie Le Pen, der nach 30 Jahren an der Spitze des neofaschistischen Front National aus Altersgründen jetzt seinen schwierigen Abgang aufs Altenteil einleiten muss. Aber auch das außenpolitische Interesse Frankreichs, das gern als ernst genommene Großmacht und "verständnisvollerer Partner als die USA" im Nahen Osten ernst genommen werden möchte, spielt beim derzeitigen Vorgehen eine Rolle.

Dabei hat Frankreich derzeit sicherlich für seine außenpolitischen Ambitionen Pluspunkte sammeln können, da zahlreiche nahöstliche Kräfte von der palästinensischen Hamas bis zur iranischen Regierung sich bei ihrer Unterstützung für die Freilassung von Chesnot und Malbrunot auch explizit positiv auf Frankreichs Rolle als "Gegengewicht zu den USA in der Region" bezogen haben. Dabei hatte Frankreich, was den Umgang mit nahöstlichen Islamistengruppen angeht, zwischen dem Zuckerbrot und der Peitsche zu wählen. Denn französische Nachrichtendienste haben seit den Entführungsfällen der 1980er Jahre zahlreiche Kenntnisse über die Islamisten gesammelt. Derzeit rühmen sich die Nachrichtendienste sogar in der Öffentlichkeit damit, über bessere Kenntnisse zu verfügen als die US-Dienste; letztere hätten in den 1980er Jahren noch auf eine Beobachtung dieser Gruppen verzichtet, weil "der Kommunismus die wirkliche Bedrohung" sei. Derzeit scheint das Zuckerbrot aber strategisch bessere Ergebnisse zu versprechen.

Während der Mainstream der französischen Politik auf eine Einbindung der im Lande lebenden Muslime in den Konsens gegen die Geiselnehmer setzte, wurde rechtsaußen das Bedrohungsszenario von der weltweiten islamischen Gefahr und ihrer "fünften Kolonne" gemalt. Linke und KriegsgegnerInnen verurteilten die Entführer und ihre ideologischen Ziele, so etwa die linke Anti-Kriegs-Gruppe Solidarité Irak oder die trotzkistisch-undogmatische Wochenzeitung Rouge (2.9.), die die Vorstellungen der Islamischen Armee ein "totalitäres Gesellschaftsprojekt" nennt, "wo es keinerlei Pressefreiheit gäbe, wo die Scharia an die Stelle jedweder demokratisch beschlossener Regeln treten würde, wo die Frauen sich einem Statut dauerhafter Minderwertigkeit unterworfen sähen."

In unverhohlener Schadenfreude übt sich dagegen der Chef des Marionettenregimes im Irak, Iyad Allawi. In einem Interview in Le Monde (31.8.) sagte Allawi, Frankreich werde, "trotz all seines Lärmens gegen den Krieg im Irak, bald die Terroristen bekämpfen müssen"; denn die Regierungen, die ein militärisches Engagement im Irak verweigerten, seien die nächsten Ziele der Terroristen: "Attentate werden in Paris, in Nizza, in Cannes und anderswo stattfinden. Die Zeit ist gekommen, genau so gegen den Terrorismus zu agieren, wie Europa einst gegen Hitler agierte."

Bernhard Schmid, Paris

21. Lügen und Willkür in Russland

Putin sieht Russland im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:21

Sowohl über die beiden fast zeitgleich erfolgten Flugzeugabstürze Ende August, die Explosion an der Moskauer Metrostation Rizhskaja und das Geiseldrama in der nordossetischen Kleinstadt Beslan Anfang September wurde die russische Öffentlichkeit gezielt falsch informiert. Allerdings wich die Desinformationspolitik in einem Punkt vom bislang angewandten Schema ab. Nun spricht man vom "internationalen Terrorismus", wo sonst sofort von einer "tschetschenischen Spur" die Rede war. Letztere Version passt nicht mehr in das Bild einer "Normalisierung in Tschetschenien", das Moskau mit so viel Mühe inszeniert.

Verschwörungstheorien standen in Russland schon immer hoch im Kurs. Sie sind Teil eines Herrschaftsmodells, das darauf angelegt ist, die Wissenden mächtig und die Unwissenden ohnmächtig zu machen. Ohnmacht wiederum birgt ein Potenzial in sich, das sowohl Lethargie erzeugen als auch unkontrollierbare Gewalt freisetzen kann. Der Kreml beharrt in alter Manier auf seiner Ansicht, dass es der einzige gangbare Weg sei, die Gewalt kontrollierbar zu machen. Allerdings scheiterte diese Strategie bislang immer - vorausgesetzt, das Ziel bestand wirklich darin, Gewalt einzudämmen.

Die gezielte Desinformationspolitik der Regierung und der sogenannten Sicherheitsapparate während der beiden fast zeitgleich erfolgten Flugzeugabstürze Ende August, die Explosion an der Moskauer Metrostation Rizhskaja und das Geiseldrama in der nordossetischen Kleinstadt Beslan Anfang September wich in einem Punkt vom bislang angewandten Schema ab. Wo üblicherweise als erstes von einer "tschetschenischen Spur" die Rede war, passt in Zeiten der "Normalisierung" der gesellschaftlichen Verhältnisse in Tschetschenien diese Version nicht mehr ins mit so viel Mühe inszenierte Bild einer durch Moskau befriedeten Region. Zwei Tage lang sollte die Bevölkerung im Glauben gelassen werden, die beiden Passagiermaschinen mit insgesamt 90 InsassInnen seien infolge technischer Mängel verunglückt. Doch es ließ sich nicht lange verheimlichen, dass in beiden Fällen tschetschenische Selbstmordattentäterinnen Bomben an Bord gezündet hatten.

Auch die Geiselnahme in Beslan gibt Anlass für unzählige Spekulationen in Bezug auf das blutige Ende und die Zielsetzung der Aktion, denn die Berichterstattung darüber ist in Russland dürftig und in sich extrem widersprüchlich. Wichtige Informationen werden gezielt unterschlagen und dringen oft nur durch Zufall an die Öffentlichkeit. War zu Beginn noch die Rede von einem Forderungskatalog der Terroristen, hieß es später, es habe gar keine Forderungen gegeben. Doch der ehemalige Präsident von Inguschetien, Ruslan Auschew, der als einer der wenigen Bereitschaft zu Verhandlungen demonstrierte und als Vermittler auftrat, bestätigte in einem Interview mit der Novaja Gazeta, dass tatsächlich Forderungen nach dem Abzug der russischen Truppen aus Tschetschenien und nach einer Kontrolle der GUS-Staaten über die Situation in der Kaukasusrepublik gestellt wurden. Überdies fielen die Namen konkreter Verhandlungspartner, darunter auch der des tschetschenischen Separatistenführers Aslan Maschadow.

Mobilisierung der Nation

Als aber der russische Präsident Wladimir Putin nach Beendigung des blutigen Geiseldramas in Beslan mit einer Fernsehansprache an die Öffentlichkeit trat, verlieh dieser den Ereignissen eine ganz andere Dimension. Zur Umschreibung dessen, wen er für verantwortlich für den Tod von mindestens 335 Menschen, darunter hauptsächlich Kinder, macht, fand er folgende Worte: "Wir haben es mit der direkten Intervention des internationalen Terrors in Russland zu tun. Darüber hinaus fand sich unser Land, welches einst über das mächtigste System zum Schutz seiner Außengrenzen verfügte, von einer Stunde auf die andere schutzlos wieder, sowohl von Westen wie auch von Osten." Weiter war zu hören: "Manche wollen sich von uns ein fettes Stück abreißen, andere helfen ihnen dabei. Sie helfen, weil sie davon ausgehen, dass Russland als eine der größten Atommächte für sie immer noch eine Bedrohung darstellt." Deshalb müsse man diese Bedrohung beseitigen. Eine genaue Definition dessen, wer konkret für die Anschläge verantwortlich ist, wird nicht verraten. Gefahr lauere überall und gehe von den Feinden Russlands in aller Welt aus. Das sei das eigentlich Monströse an den Anschlägen, lautet die Botschaft.

Dem müsse die "Mobilisierung der Nation vor der allgemeinen Gefahr" entgegengesetzt werden. Keineswegs mehr nur aus der nationalpatriotischen Ecke ist die Aussage zu vernehmen, Russland befinde sich ab sofort im Kriegszustand. Jedoch ist damit nicht der Krieg gemeint, den Moskau seit 10 Jahren im Kaukasus führt, sondern der Krieg, den der internationale Terrorismus auch gegen Russland führe. "Wir werden siegen" lautet ein Motto der von Staats wegen verordneten Kundgebung gegen den neuen Terror am 7. September in Moskau. Und: "Siegen gegen den unsichtbaren Feind". Wem diese abstrakten Schuldzuweisungen zu wenig Substanz aufweisen, erhält als Antwort, das Netzwerk der al Qaida habe zugeschlagen.

Selbstverständlich drängt sich die Frage auf, wie es zu der Serie von Anschlägen in den vergangenen Wochen in Russland kommen konnte, die mit der Geiselnahme von Kindern eine neue grausame Qualität erreicht hat. Der Zeitpunkt war sicherlich nicht zufällig gewählt, denn für den 29. August waren vorgezogene Präsidentschaftswahlen in Tschetschenien angesetzt. Der zuvor von Moskau eingesetzte Amtsinhaber Achmat Kadyrow war am 9. Mai dieses Jahres bei einem Bombenattentat ums Leben gekommen. Um den Anschein von Legitimität zu wahren, inszenierte der Kreml nach dem bereits erprobten Schema eine Wahl, dessen Sieger bereits vorher feststand: Alu Alchanow, der ehemalige Innenministers von Tschetschenien. Der Kreml hatte im Vorfeld alle notwendigen Ressourcen mobilisiert, um am Ende ein sehenswertes Ergebnis mit einer über achtzigprozentigen Wahlbeteiligung vorweisen zu können.

Willkürliche Verhaftungen und Folter

Die Republik Tschetschenien befindet sich nach wie vor im Kriegszustand. Eine Woche vor den Wahlen fielen separatistische Einheiten in einer Größenordnung von etwa 250 bis 400 Mann in Grozny ein. Sie führten eine Operation nach dem im Juni diesen Jahres in der Nachbarrepublik Inguschetien erprobten Szenario durch: Ohne auf große Gegenwehr zu treffen, griffen sie Wahllokale an und erschossen Angehörige der Sicherheitsapparate. Über 70 Menschen fanden dabei den Tod, darunter mindestens 20 Zivilisten. Den so genannten Bojewiki gelang ein geordneter Rückzug, erst danach nahmen die Anti-Terrormaßnahmen ihren Lauf. Diese sehen willkürliche Verhaftungen, Plünderungen und Folter ebenso vor wie außergerichtliche Hinrichtungen. An diesem "Rachefeldzug" beteiligen sich sowohl russische als auch Einheiten der von Moskau legalisierten tschetschenischen Führung. Nachwuchs und Kanonenfutter für grausame Terroranschläge zu finden, dürfte unter diesen Bedingungen nicht schwer sein.

In Tschetschenien hat sich längst ein System der völligen Rechtlosigkeit etabliert, welches sich ungehemmt weiterentwickeln darf. Die russischen Truppen trugen und tragen weiterhin einen wesentlichen Teil dazu bei. Die Nichtahndung von Straftaten wie Mord, Vergewaltigung, Plünderungen und Korruption, über die der zuständigen Militärstaatsanwaltschaft viele Beweismaterialien vorliegen, muss fast schon als Zuspruch gewertet werden. Beispielhaft dafür ist der Fall Ulman. Im Januar 2002 hat eine russische Spezialeinheit ohne Vorwarnung das Feuer auf ein Auto eröffnet, in dem sechs Zivilisten saßen. Der Wagen hielt an, aber einer der Insassen war bereits tot. Kapitän Ulman erkundigte sich bei seinen Vorgesetzten, was in dem Fall zu tun sei, wo es sich doch offensichtlich nicht um bewaffnete Separatisten handelte. Er erhielt eine wenig missverständliche Antwort: Die vier Uniformierten erschossen die restlichen Insassen. In einem Prozess erhielten alle Täter einen Freispruch. Das Urteil wurde zwar unlängst aufgehoben, Ursache dafür waren jedoch lediglich Formfehler bei der Zusammensetzung der Geschworenen.

Aber nicht allein die Armee und die zahlreichen Sondereinsatztruppen tragen die Verantwortung für den Dauerkriegszustand in der Republik. Der Kreml hat eine Reihe strategischer Fehler begangen, die zu einer Stärkung radikal-islamistischer Strukturen rund um den Warlord Schamil Bassajew geführt haben. Er gilt als einer der Verantwortlichen für die Geiselnahme in Beslan, da mehrere Terroristen identifiziert wurden, die aus Bassajews Leibgarde stammten. Nachdem er 1998 aus der Regierung Maschadow ausgeschieden war, hatte er bewaffnete Einheiten in Dagestan aufgebaut. Im Gegensatz zu Tschetschenien ist dort der Wahabismus Bassajewscher Ausprägung unter vielen Jugendlichen angesagt. Nach heftigen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Truppen des Innenministeriums und radikalen Islamisten initiierte der damalige Innenminister Sergej Stepaschin im September 1998 einen zeitweiligen Waffenstillstand. Im benachbarten Tschetschenien wurde dieses Signal sehr wohl verstanden. Da die radikal-islamistische Fraktion eine gewisse Unterstützung aus Moskau genoss, wurde es zumindest schwierig, gegen deren Umtriebe auf tschetschenischem Gebiet vorzugehen. Gleichzeitig blühte auch dort Menschenhandel und Korruption. Es fiel Putin nicht schwer, dort einen Krieg anzuzetteln, welcher ihm einen ungeahnten politischen Aufstieg und

Höhenflug ermöglichte. Aber einmal losgetreten, war dieser Krieg, der offiziell nie einer war, nicht mehr einzudämmen.

Alte Konfikte können wieder entflammen

Die Befriedungsstrategie des Kreml für Tschetschenien und letztlich den gesamten Kaukasus steht in einer Apparatschiktradition, die die Verwaltung eines komplizierten Gefüges von verschiedenen Ethnien, Traditionen und Animositäten wie eine Behörde zu regeln sucht. Typisch dafür ist, dass gemäßigte Autoritäten in den kleinen Kaukasusrepubliken gerne entfernt und durch Marionetten ersetzt werden. Jene sollen steuerbar sein, weshalb für diese Posten nur Personen in Frage kommen, die über keine eigene stabile Massenbasis verfügen. Der Kaukasus ist jedoch eine Zeitbombe. Jegliche Einmischung von außen, zumal ohne Berücksichtigung der spezifischen Gegebenheiten vor Ort, kann als Auslöser für die Fortsetzung uralter eigener Konflikte dienen.

Das Debakel in Beslan birgt die Gefahr in sich, dass der Konflikt zwischen Osseten und den benachbarten Inguschen wieder aufflammen könnte. Es heißt, fast jede Familie in Nordossetien habe einen Angehörigen verloren. Dem Terrorkommando sollen nach offiziellen Angaben eine Reihe von Inguschen angehört haben. Die Menschen in Ossetien sind aufgebracht über die Vorkommnisse und verlangen Rechenschaft aus Moskau und den politischen Eliten vor Ort. Sie stellen Fragen, erhalten aber keine Antworten. Putin, so Stimmen aus der Bevölkerung, hätte sich nur in den Krankenhäusern der Stadt sehen lassen, in dem die unter Schock stehenden und mit schwersten Verletzungen kämpfenden Opfer ihm nicht hätten ins Gesicht spucken können. Eine Amtskrise löst dies nicht aus, an unangenehme Begleitumstände ist man gewöhnt. In Moskau herrscht Normalzustand. Putin behält weiterhin freie Hand in Tschetschenien und die kritische Öffentlichkeit ist längst zum Schweigen gebracht.

Ute Weinmann

22. Berufsverbot gegen aktiven Antifaschisten

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:22

Die verschmitzt lächelnde Maus mit der Parole "Sei keine Duckmaus - aktiv gegen Berufsverbote" zierte in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Westdeutschland viele Autos. In den letzten Jahren hat man sie vergessen. Doch die kämpferische Maus könnte bald eine Renaissance erfahren.

Seit Ende August ist es amtlich: Der 33-jährige Michael Csaszkóczy darf auf Grund seiner Gesinnung in Baden-Württemberg nicht Realschullehrer werden. Schon seit Monaten hat sich diese Entscheidung abgezeichnet. Mitte Dezember 2003 wurde Csaszkóczy brieflich mitgeteilt, dass wegen Zweifeln an seiner Verfassungstreue eine Einstellung als Lehrer noch nicht möglich sei. Seitdem fragten auch liberale Medien, ob etwa in Baden-Württemberg die Berufsverbotspraxis wieder Einzug hält. Selbst Willy Brandt, der Vater dieser beschönigend "Radikalenerlass" genannten Praxis, hatte diese später als Fehler bezeichnet.

Rund 3,5 Millionen BewerberInnen für den öffentlichen Dienst wurden auf ihre Verfassungstreue durchleuchtet, 11.000 Berufsverbotsverfahren gestartet und rund 1.500 BewerberInnen abgelehnt oder aus dem Staatsdienst entfernt. Besonders betroffen waren Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), aber auch linke JungsozialistInnen, parteilose GewerkschafterInnen und PazifistInnen gerieten vor allem in Bayern und Baden-Württemberg ins Visier der Behörden und mussten oft jahrelang für ihre Einstellung in den Staatsdienst kämpfen. Es betraf LehrerInnen, JuristInnenen, Postbeamte und EisenbahnerInnen, KinderpflegerInnen und Krankenhauspersonal. Proteste gegen diese Praxis der Gesinnungsprüfung gab es im In- und Ausland. Le Berufsverbot, dieser Begriff wurde damals ins Französische übernommen - wie Blitzkrieg und Kindergarten.

Der Kampf gegen Berufsverbote war in den 1970er und frühen 1980er Jahren ein wichtiger Bestandteil demokratischer Politik. Daran beteiligten sich Linke, Liberale und GewerkschafterInnen. Auch im westlichen Ausland gab es Solidaritätskomitees. Den dort Aktiven leuchtete nicht ein, warum in Westdeutschland ein Kommunist kein Briefträger oder Eisenbahnschaffner sein durfte, während Anfang der 1980er Jahre in Frankreich sogar der Verkehrsminister Mitglied der Kommunistischen Partei war.

Der Kampf der CDU gegen den "Extremismus"

Höhepunkt der in- und ausländischen Proteste gegen die Berufsverbotspraxis war das sogenannte Russell-Tribunal, das unter den Wutgeheul der konservativen Medien und der regierenden sozialliberalen Koalition die Bedrohung der Demokratie in Westdeutschland untersuchte. In der Abschlusserklärung wurden auch die Berufsverbote verurteilt. Dass sie in den 1980er Jahren nicht mehr flächendeckend praktiziert wurden, ist sicherlich auch diesen Protesten zu verdanken. Allerdings hat der Radikalenerlass auch seine Zwecke erfüllt, indem er dazu beitrug, die rebellischen Teile der Generation Ende der 1960er Jahre weitgehend zu domestizieren.

Jetzt hat die Kultusministerin des Landes Baden-Württemberg, Anette Schavan (CDU), persönlich entschieden, im Fall Csaszkóczy an diese Praxis wieder anzuknüpfen. Wer Mitglied einer extremistischen Vereinigung sei und diese aktiv unterstütze, könne nicht Lehrer an einer öffentlichen Schule werden, erklärte die als Vertraute der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel geltende Ministerin. Der Grund für Csaszkóczys erzwungene Arbeitslosigkeit ist seine Aktivität in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg (AIHD), die der bisher verhinderte Lehrer nie bestritten hat. Im Gegenteil, haben ihm doch seine politischen Aktivitäten in Heidelberg Anerkennung bis weit ins liberale Lager gebracht. Das blieb selbst dem Verfassungsschutz nicht verborgen, der Csaszkóczy mehr als zehn Jahre observierte. "So war beispielsweise auf der Homepage des Verfassungsschutzes vermerkt, dass ich in der Heidelberger Volkshochschule referiert oder für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Stadtführungen durchgeführt habe", erklärte Csaszkóczy. Bei der Observation wurden seine politischen Aktivitäten akribisch ausspioniert. Beteiligung an Demonstrationen gegen deutsche Kriegseinsätze und neonazistische Aufmärsche wurden ebenso aufgelistet wie seine Mitarbeit an einer historischen Dokumentation über eine Widerstandsgruppe im Dritten Reich.

Mittlerweile hat sich der Widerstand gegen das Berufsverbot von Csaszkóczy ausgeweitet. SchülerInnen protestierten vor dem Büro der Kultusministerin Schavan, Unterschriften gegen seine Nichteinstellung wurden gesammelt, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gewährt ihm neben der politischen Unterstützung auch Rechtsschutz. Auch das Komitee für Grundrechte und Demokratie sowie die Vereinigung

der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) solidarisieren sich mit ihm. Für den 23. Oktober rufen sie und zahlreiche weitere Initiativen und Einzelpersonen zu einer Demonstration nach Heidelberg auf. Auf den Plakaten prangt wieder das kämpferische Nagetier, das keine Duckmaus sein will.

Berufsverbote bald wieder Normalität?

Für seine weitere berufliche Perspektive hat Csaszkóczy nur bescheidene Hoffnungen. "Ich bin mir nach wie vor sicher, den richtigen Beruf gewählt zu haben: Ich arbeite gern mit Jugendlichen und unterrichte gerne. Im Moment bleibt mir nur zu hoffen, dass sich vielleicht auch außerhalb des schulischen Bereichs eine berufliche Perspektive eröffnet, wo nach meinen pädagogischen und fachlichen Fähigkeiten und nicht nach meiner staatsfrommen Gesinnung gefragt wird." Csaszkóczy sieht dabei durchaus die gesellschaftliche Bedeutung seines Falls: "Ob Berufsverbote in Zukunft wieder zur Normalität werden, wird sicherlich sehr stark davon abhängen, ob es uns gelingt, eine breite Öffentlichkeit gegen die Wiederbelebung dieser antidemokratischen Waffe aus Zeiten des Kalten Krieges zu mobilisieren."

Peter Nowak

Weitere Infos: www.gegen-berufsverbote.de

23. Ober! Da ist ein Terrorist in meiner Suppe!

Die Mail Art des Jean Toche

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:23

In Zeiten von Krieg und Krisen einen kühlen Kopf zu bewahren und sich vom nationalchauvinistischen Blöken nicht verrückt machen zu lassen, ist schon eine ganz gute Leistung. Eine kritische Haltung zu den hegemonialen Positionen in aller Öffentlichkeit einzunehmen, kann dagegen schon mutig sein - trotz des Freedom of Speech Act in der US-amerikanischen Verfassung oder der vom Grundgesetz garantierten Meinungsfreiheit. Jean Toche, 1932 in Brügge, Belgien, geboren und seit 1965 mit Unterbrechungen in den USA lebend, ist daran gewöhnt, mit seinen kritischen und drastisch mit Ironie und Sarkasmus vertretenen Positionen auf wenig Gegenliebe zu stoßen.

Von Beginn an hat Toche seine Ablehnung der Kriege sowohl in Jugoslawien, Afghanistan als auch im Irak deutlich kundgetan. Seine Öffentlichkeit ist jedoch beschränkt, zumal er seine Position mit künstlerischen Mitteln auf eigene Kosten von der südlich vor Manhattan gelegenen kleinen Insel Staten Island per U.S. Mail in die Welt hinausschickt. Seit ungefähr 1966 sendet Toche an eine Liste von insgesamt ca. 50 Personen seine Kunst nach Deutschland, Belgien, Frankreich, Niederlande, England, Italien und Japan. Er empfiehlt den Empfängern auf der Rückseite seiner signierten und nummerierten Werke ausdrücklich, sie weiter zu verwenden, zu kopieren, zu versenden oder ins Internet zu stellen.

"Mail Art" unterscheidet sich elementar von der musealen Kunst, denn sie verlässt den geschützten Raum mit kunstbeflissenem Publikum. Multiplikation und weltweite, häufig zufällige Verbreitung sind bestimmende Momente dieser Kunstform. Es ist also kein Wunder, dass Mail Art immer auch für Kunst und Politik genutzt wurde. Zu erinnern wäre etwa an den chilenischen Künstler Eugenio Dittborn, dessen Art Mail Paintings mit der Post als größtem und global agierendem Transportunternehmen die ganze Welt durchreisten und immer auch als Anklage gegen Verbrechen der chilenischen Junta zu lesen waren.

Bei Jean Toche ist der Angriff gegen die Politik der Bush-Regierung nicht subtil sondern frontal, hart, aggressiv und steht eher in der Tradition von Agitprop-Kunst. Das Material für seine "Attacken" erhält Toche aus der Presse. Er zitiert Zeitungsmeldungen, manchmal ganz kleine, die im Überangebot täglicher Nachrichten untergehen, und stellt sie in den Fokus seiner Kunst, wo sie zu Auswüchsen einer durch und durch reaktionären Politik erscheinen. So konfrontierte er den Brief eines Lesers vom 9. Juli 2003 an den Staten Island Advance, in dem die soziale Härte in den USA mit dem Darwin'schen Prinzip des "Survival of the Fittest" verteidigt wird, mit einer Notiz aus dem Staten Island Empire vom 27. Juli 2003 über einen 21-jährigen mit Auszeichnungen aus dem Irak zurückgekehrten US Marine. Dessen Nachbarn hatten sich über beißenden Geruch beschwert, der aus seiner Wohnung kam. Bei dem folgenden Verhör wurde dem US Marine Kannibalismus ersten Grades zur Last gelegt.

In den meisten Fällen kombiniert Toche die ausgewählten Zitate, kommentiert oder auch unkommentiert, mit einem Selbstporträt. Diese zugespitzte Individualisierung erhält durch das eigene Bild Toches den Charakter einer persönlichen Anklage. Sie überwindet die Schranke zwischen privater und politischer Sphäre und unterstreicht die Überzeugung von einer persönlichen Verantwortung für die Kritik an unmenschlichen Verhältnissen in der Welt.

Bereits 1968 arbeitete Toche unter dieser Prämisse als Mitglied der Destruction Art Group. In einem dem Freund und großen belgischen Konzeptkünstler Marcel Broodthaers gewidmeten Text bezichtigte Toche sich und den ganzen Kunstbetrieb der Prostitution, da sie Kunst als Ware zur Dekoration verkümmern und zum Spielball einer Gesellschaftsschicht werden lasse, die aus der Ausbeutung und Unterdrückung anderer Menschen, Klassen und Völker ihren Profit zieht. Toche bezog sich mit seinem Protest ausdrücklich auf Kämpfe in Watts, Los Angeles, und an der Columbia Universität, New York, in den 60er Jahren und forderte eine Ausweitung dieser Kämpfe auf die Museen. Mit der Guerilla Art Action Group (GAAG), die er zusammen mit Jon Hendricks und Poppy Johnson 1969 gründete, weitete er den Kampf in der Tat aus und führte unter Beteiligung anderer Künstlerinnen und Künstler aus New York Protestaktionen gegen den Vietnamkrieg durch.

"Kunstkuratoren vors Volksgericht!"

Als Tony Shafrazi, ein junger Künstler aus dem Iran, 1974 Picassos Guernica im Museum of Modern Art mit dem Slogan "Kill All Lies" übersprühte, um gegen das Massaker von My Lai zu protestieren (die Farbe konnte auf Grund der guten Firnis problemlos beseitigt werden), rief Toche in einem Flugblatt dazu auf, Direktoren und Kuratoren von Museen als Geiseln zu nehmen und ihnen vor einem Volksgericht den Prozess wegen ihrer Kulturverbrechen zu machen. Jean Toche wurde auf Grund dieser "Drohung" verhaftet und sollte psychiatrisiert und des Landes verwiesen werden. Nach einer Protestaktion von Künstlern, die sich von dem Akt des Vandalismus deutlich distanzierten und auch die "totalitäre Logik" von Jean Toche ablehnten, wurde er jedoch wieder freigelassen und der Fall niedergeschlagen. Als Ironie der Geschichte erwies sich, dass nur wenige Jahre später Tony Shafrazi als Artdealer reüssierte und heute in seiner Galerie in Chelsea u.a. mit originalen Picassos handelt.

Jean Toche ist seiner Forderung nach einer Politisierung der Kunst und seiner Haltung gegen Imperialismus, Unterdrückung und Heuchelei bis heute treu geblieben. Immer noch stößt seine Kunst auf den Unwillen der Behörden. In letzter Zeit häufen sich Fälle, in denen seine Briefe als unzustellbar zurück kommen - auch wenn sie nachweislich jahrelang mit derselben Adresse zugestellt wurden. Laut einem Toche zugegangenen Dokument, einer Ersatz-Zollinhaltserklärung mit Stempel vom 8. August 2003, sei die Annahme verweigert worden, ohne dass dies mit einer Unterschrift dokumentiert worden wäre. Die Adressatin, langjährige Sammlerin von Toches Briefen, wundert sich.

Matthias Reichelt

Toches Kommentare zu den Vorgängen um den 11. September 2001 wurden von der Edition Hundertmark 2002 veröffentlicht. Toche gab seinem Buch den Titel: "Waiter! There is a terrorist in my soup!" Einige Beispiele seiner Mail Art sind in Farbe auf der Website von Armin Hundertmark: http://www.hundertmark-gallery.com und im Oktober/November bei der Ausstellung Legal/Illegal in der NGBK, Berlin zu sehen.

24. "Ein permanentes Attentat auf die Menschenrechte"

Die Brüder Cerezo: ein Fallbeispiel der Repression gegen soziale Bewegungen in Mexiko

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:24

Mit Regierungsantritt von Vicente Fox im Dezember 2000 hat in Mexiko die Demokratie Einzug gehalten, Menschenrechte im Allgemeinen und Rechte der Indígenas im Besonderen werden seitdem geachtet wie nie und auch politische Gefangene gibt es keine.

Auf solcherlei Selbstdarstellung legt der im Sommer 2000 gewählte Präsident von der konservativen Partei der Nationalen Aktion (PAN) viel Wert. Mit der Abwahl der bis dato amtsältesten Regierungspartei der Welt, der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), konnte sich Fox von Beginn an als Hoffnungsträger in Sachen Demokratisierung inszenieren.

Francisco Cerezo, Mitglied des nach seinen drei Brüdern benannten Comité Cerezo, hat allerdings wenig Grund dazu, Fox' Selbstdarstellung ernst zu nehmen. Sicherlich habe es nach 71 Jahren PRI-Herrschaft einen Wechsel gegeben, sagt er, aber man dürfe eben nicht vergessen, dass es eine Veränderung nach rechts war. Franciscos drei jüngere Brüder waren "die ersten politischen Gefangenen der Regierung Fox", sagt Cerezo. Die damals 19-, 22- und 24-jährigen Studenten Alejandro, Héctor und Antonio Cerezo wurden am 13. August 2001 mit vorgehaltenen Maschinenpistolen aus dem Bett geholt. Fünf Tage zuvor waren an einigen Filialen der Bank Banamex in Mexiko-Stadt kleine Sprengkörper explodiert, zu deren Zündung sich die Revolutionären Streitkräfte des Volkes (FARP) bekannten, eine von ungefähr 25 aktiven, linken oder in linker Tradition stehenden Guerilla-Gruppen in Mexiko. Zwar konnte den Brüdern Cerezo bis heute die FARP-Mitgliedschaft nicht nachgewiesen werden. Dennoch befinden sie sich seit drei Jahren im Hochsicherheitsgefängnis "La Palma" in Almoyola, zwei Stunden von Mexiko-Stadt entfernt, und beteuern ihre Unschuld - wenn man ihnen dazu Gelegenheit gibt.

Die Cerezo-Brüder und der mit ihnen zusammen verhaftete Pablo Alvarado sitzen nach dem "Gesetz gegen organisierte Kriminalität" im Knast. Das heißt: Obwohl sie erfolgreich gegen den Vorwurf der Sachbeschädigung und des Terrorismus in Berufung gegangen waren, ist ihre Freilassung nicht in Sicht; ihre Haftstrafen wurden lediglich reduziert - von dreizehneinhalb auf siebeneinhalb (Cerezo-Brüder) und fünf (Alvarado) Jahre. Besagtes Gesetz wurde vor allem zur Bekämpfung von Drogenhandel, Entführungen und eben Terrorismus entwickelt - nur, entführt haben die vier definitiv niemanden und auch von ihnen über verkaufte Drogen ist nichts bekannt. "Ein permanentes Attentat auf die Menschenrechte" werden die Haftbedingungen in einem Aufruf zur sofortigen Freilassung der Brüder genannt, der von vielen Gruppen aus den sozialen Bewegungen wie auch von namhaften mexikanischen Intellektuellen wie der Schauspielerin Ofelia Medina oder dem Journalisten Carlos Fazio unterschrieben wurde.

Subversive Gene sind strafbar

Verdächtig sind die drei Brüder dem mexikanischen Geheimdienst (CISEN) zufolge schon allein deshalb, weil die Eltern Cerezo hohe Funktionäre im Revolutionären Volksheer (EPR) gewesen waren. "Offenbar vermuten sie hier ein subversives Gen", so Francisco Cerezo. Ganz davon abgesehen, dass FARP und EPR nicht viel mehr gemeinsam haben, als auf der Seite der "bösen Guerillas" zu stehen, die der regierungsoffizielle Diskurs von den "guten" Zapatistas unterscheidet - was jedoch keineswegs heißt, dass das zapatistische Befreiungsheer (EZLN) und seine UnterstützerInnen von der PAN-Regierung hofiert würden, im Gegenteil.

Die drei Brüder waren bis zu ihrer Verhaftung in sozialen Bewegungen aktiv, die sich als Teil der im Zapatismus so gern angerufenen "Zivilgesellschaft" verstehen. Nach wie vor erscheint die von ihnen herausgegebene Zeitschrift Revuelta. Héctor Cerezo war Mitglied der Initiative Café Cushan, die Kaffee aus indigenen Gemeinden verarbeitet und ohne Zwischenhandel auf den Markt bringt. Café Cushan arbeitet auch mit Smaliyel zusammen, jener Kaffeekooperative, die es vor einigen Monaten zu trauriger Bekanntheit gebracht hat, als der studentische Aktivist Pável Gónzalez gefoltert und ermordet am Straßenrand von México D.F. aufgefunden wurde.

"Erinnert ihr euch an die Regel Nummer eins?", schreibt Emilia Contreras Rodriguez, die Mutter der Cerezos an ihre vier Söhne: "Ent-fernt-euch-nicht-von-der-Grup-pe!" Heute habe sich die Regel geändert, heißt es in ihrem Text zum ersten Jahrestag der Verhaftung weiter. Sie laute nun: "Hört nicht auf, ihr selbst zu sein!" Francisco Cerezo, der älteste ihrer Söhne, hat selbst schon einmal an Auswanderung gedacht: nach dem bis heute unaufgeklärt gebliebenen Mord an der Menschenrechtsanwältin Digna Ochoa im Oktober 2001. Die bekannte Anwältin hatte auch seine Brüder vertreten. Vielleicht die alte und die neue erste Regel seiner Mutter beherzigend, arbeitet Francisco jedoch weiter für die Befreiung seiner Brüder im Comité Cerezo in der Hauptstadt, zusammen mit noch drei weiteren UnterstützerInnengruppen in Puebla, Guadalajara und Montreal/Kanada.

"Im Knast vergiss dich (nicht)"

Nach Morddrohungen, die nicht nur seine Eltern und er, sondern nach der Ermordung von Pavel Gonzalez auch viele andere Menschenrechts- und BasisaktivistInnen erhalten haben, wird Francisco Cerezo von den Peace Brigades International (PBI) begleitet und - sofern möglich - beschützt. Dass die Gefahr dabei auch von Stellen ausgeht, die nicht selten mit der Regierung in Verbindung stehen, ist offensichtlich. Im Gespräch ist immer wieder die ultrarechte Verbindung El Yunque, die an den Universitäten ebenso ihre Mitglieder hat wie in den PAN-geführten Regierungen der Bundesstaaten.

Während sich nach Regierungsangaben keine politischen Gefangenen in mexikanischen Gefängnissen befinden, listet die Mexikanische Liga zur Verteidigung der Menschenrechte (LIMEDDH) knapp vierhundert Menschen auf, die auf Grund ihrer - linken - Überzeugung unter zumeist fadenscheinigen Anschuldigungen im Knast sitzen. "Wenn du in Mexiko unter Guerilla-Verdacht verhaftet wirst", meint Cerezo, "vergiss dich!" Und zwar nicht nur wegen der enormen staatlichen Repression, sondern auch wegen der Gleichgültigkeit in den sozialen Bewegungen selbst. Gehören die Brüder Cerezo sicherlich noch zu den relativ gut betreuten Gefangenen in Mexiko, ist doch ein gewisser Erfolg der regierungseigenen Spaltungsmethoden in "diskutable" und zu bekämpfende Gruppen auch innerhalb der Bewegungen offensichtlich. Viele halten außerdem das Gefängnis wohl immer noch für eine selbstverständlich mögliche Folge des politischen Kampfes. Und daran hat der Regierungswechsel sicherlich nichts geändert. Im Gegenteil.

Jens Kastner

Weitere Informationen auf www.nodo50.org/comitecerezo

25. Besetzen, blockieren, sabotieren

Pflichtarbeit und Bundesagenturen sind Ziele der Herbstaktionen 2004

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:25

Am 14. August trafen sich in Wuppertal Anti-Hartz-AktivistInnen aus dem vorwiegend linksradikalen Spektrum. Mit direkten Aktionen gegen die Bundesagentur für Arbeit wie auch gegen die Einführung von 1-Euro-Jobs soll mehr Dampf in die Sozialproteste gebracht werden.

In über zweihundert bundesdeutschen Städten gehen Tausende von Menschen montags auf die Straßen. Diese überraschende und bemerkenswerte Dynamik könnte dennoch in den kälteren Monaten einfrieren, wenn es nicht gelingt, den viel zitierten "heißen Herbst" tatsächlich einzuläuten und die Proteste qualitativ zu erweitern. Es ist dringend notwendig, über die richtige und wichtige Großdemonstration am 2. Oktober in Berlin hinauszugehen. Ansonsten könnte diese medial zum reinen "Zählappell" verkommen. Die 2. bundesweite Aktionskonferenz in Frankfurt am 18. und 19. September soll helfen, regionale Überlegungen und Aktionsideen zusammenzuführen und auf breitere Füße zu stellen. Die Wut ist da - jetzt muss der soziale Frieden real aufgekündigt werden.

Ein Schwerpunkt der Herbstmobilisierung gegen Hartz IV soll darauf gelegt werden, die so genannten 1-Euro-Jobs zurückzuweisen. Die Empörung ist groß, dass sich ausgerechnet die Sozialverbände Caritas, Arbeiterwohlfahrt, Paritätischer Wohlfahrtsverband, das Deutsche Rote Kreuz und die Diakonie als willige UnterstützerInnen und NutznießerInnen dieser Zwangsarbeit entpuppen. Bis vor kurzem war man sich in deren Reihen noch einig, zumindest den Zwang zu jeder Arbeit bei jedem Lohn eindeutig abzulehnen. Nunmehr nutzen die Sozialverbände den im Alg II festgeschriebenen Arbeitszwang ab Januar 2005, um Arbeitskräfte für einen Euro Stundenlohn zu beschäftigen. Sie biedern sich an, den von der Bundesagentur für Arbeit angestrebten Niedrigstlohnsektor mit 600.000 solcher "Zuverdienstgelegenheiten" zu organisieren. Das erscheint durchaus lukrativ, denn immerhin bezuschusst die Bundesregierung diese Zwangsjobs mit einem Großteil der bereit gestellten 6,3 Mrd. Euro. Schon melden sich auch private Unternehmen und wollen Langzeitarbeitslosen ebenfalls diese "Riesenchance" (Bundessozialministerin Ulla Schmidt) anbieten.

In einigen Bundesländern läuten die Wohlfahrtsverbände den Start in solche Arbeitsverhältnisse schon im Oktober 2004 ein, wobei sie schlauerweise die "Freiwilligkeit" in dieser Einführungsphase betonen. Lehnt eine Alhi-Bezieherin eine solche Gelegenheit ab, so wird jetzt "nur" ihre generelle Arbeitswilligkeit überprüft. Unabhängig davon, ob die ab Januar zur Verfügung stehenden Sanktionierungsmechanismen des Alg II zur vollen Anwendung kommen, stellt die dann anstehende Absenkung der Bezüge den eigentlichen Zwang dar: Das Alg II reicht für niemanden aus und mit Minijobs (bis zu 400 Euro) kann man zukünftig nur noch 15% (also maximal 60 Euro) anrechnungsfrei hinzuverdienen. So wird es eine beträchtliche, nicht ganz so freiwillige Nachfrage nach 1-Euro-Jobs geben.

Wohlfahrtsverbände unter Druck

Neben dem Zwangscharakter wird an dieser Form des aggressiven Lohndumpings vor allem kritisiert, dass die Qualifizierungsmaßnahmen unzureichend sind oder gänzlich fehlen und dass reguläre Arbeit verdrängt wird. Die bittere Prognose lautet: Einmal ZwangsjobberIn - immer ZwangsjobberIn.

Die Protestbewegung fordert die Wohlfahrtsverbände auf, der Bundesregierung eine klare Absage zu erteilen. Einige Gruppierungen versuchen, durch Flugblätter und Anschreiben an MitarbeiterInnen, eine kritische interne Debatte zu forcieren. Andere rufen zu direkten Aktionen gegen die oben genannten Verbände auf. Bislang gibt es lediglich eine klare Distanzierung: Die Deutsche Hospiz Stiftung lehnt den Einsatz Langzeitarbeitsloser im sozialen Bereich strikt ab. In Altenheimen und Krankenhäusern sei qualifiziertes Personal nötig.

Sozialforen und Erwerbsloseninitiativen versuchen allerorts, die Einführung des Alg II zum 1. Januar zu verhindern. Mit dem weit verbreiteten Aufruf, die Rücksendung der 16-seitigen Antragsbögen bis in den Dezember hinein zu verschleppen, bereiten sie der zentralen Erfassung in Nürnberg gehörige Schwierigkeiten. Tatsächlich wehren sich viele der jetzigen Alhi-EmpfängerInnen nicht "nur" gegen derartige Sozialschnüffelei, sondern verstehen sich aktiv als Sand im anfälligen Verwaltungsgetriebe der Bundesagentur. Die Empfehlung lautet: den persönlichen Beratungstermin zum Alg II wahrnehmen, den Antrag aber zwecks gewissenhafter

Überprüfung aller Angaben noch nicht abgeben. Die Bundesagentur beklagt bereits jetzt öffentlich den "äußerst zögerlichen" Rücklauf der Anträge und sieht den Alg II-Start zum Neujahr gefährdet.

Der Bundesagentur kommt die Schlüsselrolle bei der Umsetzung der brutalen Verarmungsstrategie von Hartz IV im Speziellen und der Arbeitsmarktreform im Allgemeinen zu. Eine Initiative namens "Agenturschluss", getragen von Gruppen aus bisher etwa zwanzig Städten, greift u.a. die "Verfolgungsbetreuung" der Agenturen sowie ihr Agieren als "Arbeitspolizei" an.

Zur Unterstützung der bundesweiten Großdemonstration gegen die Bundesagentur am 6. November in Nürnberg ruft "Agenturschluss" zu einer Arbeitsagentur-Aktionswoche vom 2.-5. November auf. Die "Agenturschluss"-AktivistInnen bereiten sich auch auf den Fall vor, dass das Projekt Hartz IV ab Neujahr anläuft. Kurz und knapp lautet die Ansage: Wenn am 1. Januar 2005 Hartz IV in Kraft tritt, dann gilt der Aufruf, die Arbeitsagenturen bundesweit zu schließen. "Am ersten Werktag des neuen Jahres, am Montag dem 3. Januar 2005, werden wir den Start von ‚Hartz IV` stoppen. Wir werden in Form von Besetzungen, Blockaden oder Versammlungen in den Ablauf der Erwerbslosenbürokratie eingreifen." Dazu sollen die Montagsdemonstrationen des 3. Januar 2005 auf den Vormittag und in die Arbeitsagenturen verlegt werden: "Ob wir mit den jetzt stattfindenden Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen die notwendige gesellschaftliche Kraft entfalten, um die Regierung zu zwingen, die ‚Hartz-Gesetze` zurückzunehmen, wissen wir nicht. Unsere Wut und unsere Fantasie sind aber noch lange nicht aufgebraucht."

Lutz Wehring, Sozialforum Wuppertal

26. Widerstand organisieren

Autonome Gruppen intervenieren in die Hartz-Proteste

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:26

Die organisierte autonomie (oa) aus Nürnberg mobilisiert für einen bundesweiten antikapitalistischen Block auf der Großdemonstration am 6. November in Nürnberg. Sie plädiert gleichzeitig für linksradikale Organisierungsanstrengungen, um die Sozialproteste zuzuspitzen.

Ein heißer Herbst gegen Hartz IV und Agenda 2010 ist angekündigt. Das Nürnberger Sozialforum, in dem wir selbst aktiv mitarbeiten, will diesen Prozess mit der Großdemonstration am 6. November 2004 zur Bundesagentur für Arbeit nach Kräften unterstützen und weiter vorantreiben. Die Demonstration soll zentraler und gemeinsamer Ausdruck aller Basisinitiativen sein, die jenseits von "Nachbesserungspolitik" konsequent die "Rücknahme der Agenda 2010 und den Stopp des Sozial-, Bildungs- und Lohnabbaus" fordern und sich darüber hinaus für eine Welt einsetzen, "in der Ausbeutung und Unterdrückung der Vergangenheit angehören", wie es im Aufruf heißt.

Die zahlreichen Rückmeldungen aus dem gesamten Bundesgebiet lassen darauf schließen, dass die Demonstration in Nürnberg einer der Höhepunkte im Herbst-Widerstand gegen die Sozialkahlschlagspolitik werden könnte. Mit der Bundesagentur für Arbeit soll dabei auch die Institution ins Fadenkreuz der Kritik gerückt werden, die zentral für die repressive Umsetzung der umfassendsten Angriffe auf Erwerbslose verantwortlich ist. Die Hartz-Vorgaben - Armut gekoppelt mit dem Zwang zur Billiglohnarbeit, die das allgemeine Lohnniveau weiter nach unten drücken sollen - werden hier umgesetzt. Im Übrigen finden sich an der Spitze der Bundesagentur auch Führungskräfte des Gewerkschaftsapparates, die sich zusammen mit Kapital- und StaatsvertreterInnen die Leitungsgremien der Bundesagentur "drittelparitätisch" und "sozialpartnerschaftlich" teilen.

Heißer Herbst und antikapitalistischer Block

Es geht uns nicht nur darum, die derzeitigen Angriffe der Machteliten aus Wirtschaft und Politik abzuwehren und die über Jahrzehnte erkämpften sozialen Rechte für uns Lohnabhängige zu verteidigen. Als radikale oder, genauer gesagt, revolutionäre Linke wollen wir zugleich aufzeigen, dass Ausbeutung und Unterdrückung nur in der Überwindung des Kapitalismus ihr Ende finden werden. Während die grausame Wirklichkeit des kapitalistischen Wirtschaftsmodells seit jeher für den Großteil der Menschen auf der Erde Erwerbslosigkeit, Elend und Armut bedeutete, kehrt diese Realität nun auch mehr und mehr in die Industriestaaten zurück. In der Ideologie des "Neoliberalismus" zeigt der Kapitalismus nichts anderes als sein unverhülltes Gesicht und seine ureigensten Merkmale: die Unterwerfung aller menschlichen Bedürfnisse unter die Doktrin des freien Marktes und der Profitmaximierung im zwangsläufig immer schärfer werdenden weltweiten Konkurrenzkampf um Märkte und Einflusssphären. Dabei spielt der Staat eine zentrale Rolle, nämlich optimale Bedingungen für die Kapitalverwertung zu schaffen und sicherzustellen. Wir erleben das derzeit sowohl nach innen wie nach außen.

Ein Wirtschaftssystem, das permanent Ungerechtigkeit und soziale Ungleichheit produziert und in dem sich die wenigen, die die Produktionsmittel und das Kapital besitzen, auf Kosten derer bereichern, die nicht viel mehr haben als ihre Arbeitskraft, gehört abgeschafft. Das wollen wir mit dem antikapitalistischen Block vermitteln. Er soll ein starker und gemeinsamer Ausdruck sein und all jene ansprechen, die sich nicht mit einer wie auch immer ausgestalteten Sozialverträglichkeit zufrieden geben, sondern die grundsätzlichen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft beseitigen wollen. Es ist ein Aufruf, statt Sozialpartnerschaft und Verzicht den Klassenstandpunkt auf die Tagesordnung zu setzen und einen Widerstand zu entwickeln, den Staat und Kapital wirklich zu spüren bekommen. Nur über eine offensive Herangehensweise werden die Kämpfe erfolgreich sein und das Motto des antikapitalistischen Blocks - das "Ende der Bescheidenheit" - signalisiert das. Schließlich geht es um das, was uns wirklich zusteht: den gesellschaftlich produzierten Reichtum für alle, die Produktionsmittel in die Hände aller und das überall, die Abschaffung der Lohnarbeit und die Überwindung der Klassengesellschaft. Ja, wir wollen alles: Alles für Alle!

Organisierung von Gegenmacht

So krass es klingen mag: Die sich verschärfenden gesellschaftlichen Verhältnisse bieten auch eine Chance, insbesondere für die radikale Linke. Denn mehr und mehr Menschen werden in Zukunft den Sozialkahlschlag zu spüren bekommen und sich weder in der bürgerlichen Parteienlandschaft noch durch den staatstragenden Gewerkschaftsapparat vertreten fühlen. Die eigenen Interessen können sie bzw. wir als Lohnabhängige nur selbst vertreten, nicht allein, sondern gemeinsam. Dies gilt es zu vermitteln und die radikale Linke muss sich als Teil dieses Prozesses verstehen. Bereits vor Jahren wurde in Nürnberg damit begonnen, über den lokalen und gesamtgesellschaftlich ausgerichteten Organisationsansatz organisierte autonomie die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die radikale Linke eine wahrnehmbare Kraft werden kann. Nun ist es möglich, in verschiedenen Bereichen aktiv zu sein, sei es in der klassischen Bewegungs-/Kampagnenpolitik, im Sozialforum, in der Medienarbeit oder im Aufbau oder der Mitarbeit in autonomen Betriebs-, Erwerbslosen-, Jugend-, Uni- oder Stadtteilinitiativen. Um eine wirkliche Gegenmacht zur herrschenden Ordnung aufzubauen, wird die radikale Linke nicht daran vorbeigehen können, die Organisierungsfrage zu stellen - nicht nur lokal, sondern landesweit und international.

Für den 6. November heißt es aber zunächst: Raus auf die Straße und rein in den antikapitalistischen Block: 12 Uhr Lorenzkirche, Nürnberg, Großdemonstration zur Bundesagentur für Arbeit

organisierte autonomie (oa)

www.redside.tk, oa-nuernberg@web.de

27. Viele Aktionen - viele aks!

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:27

Der radikale Abbau von sozialen Leistungen hat zu einem deutlichen Anstieg vielfältiger Aktionen und Demonstrationen geführt. Mit Berichten und Kommentaren zu den Montagsdemonstrationen, zu betrieblichen und sozialen Kämpfen, zu widerständigem Handeln und neuen Organisierungsversuchen leistet ak wichtige Orientierungshilfe; Banalisierungen und Verkürzungen, wie sie auf manchem Flugblatt zu lesen sind, versuchen wir dabei zu vermeiden.

Viele unserer LeserInnen sind an den konkreten Auseinandersetzungen in unterschiedlicher Art und Weise beteiligt. Aber viele der Demonstrierenden kennen ak nicht - was liegt also näher, als sie damit bekannt zu machen? Zur inhaltlichen Intervention bei den Demonstrationen haben wir einen Flyer im pdf-Format auf unsere Homepage (www.akweb.de) gestellt. Über die Verteilung dieses Flyers freuen wir uns; natürlich sind wir auch an Rückmeldungen interessiert.

Außerdem bieten wir ältere kostenlose Ausgaben von ak zur Verteilung an. Als weitere Werbung können wir auch noch unseren ak-Werbeflyer anbieten; ein Muster ist auf der Homepage abgebildet.

Über den Verkauf von aktuellen Ausgaben von ak (und Fantômas) würden wir uns natürlich ebenfalls freuen. Ein finanzielles Risiko gibt es dabei nicht, denn nicht verkaufte Exemplare müssen auch nicht bezahlt werden. Statt dessen gibt es 30% Wiederverkaufsrabatt.

Setzt euch mit uns in Verbindung (redaktion@akweb.de oder 040-40170174). Wir freuen uns über jede Bestellung und Verteilung.

Gegen die staatlich verordnete Armut empfehlen wir Widerstand. Und zwar von links!

ak-Redaktion

28. Schräge Musik zu einer schrägen Geschichte

Die Geschichte von John Banse erscheint nun auf einer Hör-CD

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:28

Obwohl John Banse nie bei Ton Steine Scherben mitgespielt hat, gehört er fast seit den Anfängen zur viel zitierten Scherben-Familie. Seine Geschichte in der ersten Hälfte der 1970er Jahre kann man sich jetzt auf Hörbuch-CD erzählen lassen.

1970 haut John Banse - nach einem Konzert von Ton Steine Scherben, bei dem er Rio Reiser kennen lernte - aus dem Erziehungsheim, in dem er gerade untergebracht war und in dem er immer wieder auch handgreiflichen Ärger mit den Erziehern hat, ab. Er will nach Berlin, auf der Suche nach den Scherben und weg vom Leben in den Heimen. Er ist 15, als er bei Helmstedt auf die Ladefläche eine LKWs klettert, der mit Rosinen beladen ist. Mitten auf der Transitstrecke wird er von Volkspolizisten entdeckt.

So beginnt die Geschichte von John Banse, die vor kurzem als Doppel-CD-Hörbuch erschienen ist und die über sein Leben in den Jahren zwischen 1970 und 1975 erzählt. Die Geschichte eines entflohenen Heimkindes, eines Trebers, der in der Polit- und Anarcho-Szene in Berlin aufschlägt. Trine Heue von Radio Corax, einem freien Sender aus Halle, ist es zu verdanken, dass diese CD möglich wurde. Sie hat sich die Texte von John Banse geschnappt und für eine Sendung bei Radio Corax im Studio gelesen und aufgenommen. Und dann ist da noch Dirk Schlömer, der letzte Gitarrist von Ton Steine Scherben, der mit John Banse gemeinsam eine stattliche Anzahl von Songs einspielte, die nun ebenfalls auf der CD zu hören sind - immer abwechselnd mit einer Hörbuchpassage. Die Musik, bei der es sich um zahlreiche Titel von Rio Reiser und den Scherben handelt, ist allerdings gewöhnungsbedürftig, wurde sie doch durchgängig neu vertont. Hinzukommt die schon sehr eigenwillige Art von Banse zu singen.

Der Hörbuch-Teil aber ist ein echter Leckerbissen und ein Zeitdokument, dass sich das Hören lohnt. Nachdem Banse von der DDR nach Westberlin abgeschoben wird, ist er auf der Straße unterwegs, zwischen Grunewaldsee und den Yorckbrücken. Dort tritt er auch R.P.S. Lanrue und Schlotterer von Ton Steine Scherben wieder. Die beiden haben gerade Streit wegen einer Frau, wegen "Schischi", damals Ehefrau des heutigen Innenministers Otto Schily. John Banse hängt sich an die beiden ran und ist seitdem regelmäßiger Gast in der Scherben-Kommune am Tempelhofer Ufer. Rio Reiser wird spätestens jetzt zu seinem großen Idol, zu einer Art Ersatzvater.

Das politische und soziale Klima im Westberlin dieser Tage beschreibt aber auch die Episode, wie 1970 das Rolling-Stones-Konzert in der Berliner Deutschlandhalle gestürmt wird. Über die eingeschlagenen Fenster im ersten Stock dringen Hunderte von Leuten ohne Karte in die Halle ein. Nach erfolgreichem Kampf haut sich Banse die Birne mit Drogen voll, gerät hinter die Absperrungen und steht plötzlich vor Keith Richard, Mick Jagger und Bill Wyman. Als Richard ihn anspricht, versteht Banse statt "follow me" "fuck me" und geht selig mit ...

John hält sich in dieser Zeit mit Laden- und Taschendiebstählen über Wasser, geht bei den Scherben am Tempelhofer-Ufer ein und aus. Auf allen Demos ist er dabei, fährt mit zu der Anti-Olympia-Demo nach München, die in einer riesigen Keilerei zwischen Bullen und DemonstrantInnen endet. Nach der Ermordung von Georg von Rauch ist er dabei, als am Kreuzberger Mariannenplatz das bis dahin leer stehende ehemalige Bethanien-Schwesternheim besetzt wird. Im Georg-von-Rauch-Haus, regelmäßig von Hunderschaften Polizei umstellt und durchsucht, zwischen TreberInnen, LehrlingInnen, PolitaktivistInnen, Anarch@s und anderen RevolutionärInnen wird Banse zum Stadtindianer und bekommt - zu ersten Mal in seinem Leben - ein eigenes Zimmer.

Im aufgeheizten politischen Klima Westberlins Anfang der 1970er Jahre gerät er ins Fadenkreuz der Bullen. Er kennt die Leute, die sich zur Roten Armee Fraktion und zur Bewegung 2. Juni zusammentun und Anschläge verüben, bei denen es auch zu Verletzten und Toten kommt. Und da er selbst im Rauch-Haus immer mal wieder Sprengstoffe ausprobiert, die er im Tausch gegen Drogen von US-amerikanischen SoldatInnen besorgt, wird er schließlich wegen des Verdachts der Beihilfe zum Mord festgenommen und monatelang durch die Mühlen der Staatsschutzorgane gedreht. Auf einem Feuerlöscher, den später Leute vom 2. Juni für einen Anschlag benutzten, werden seine Fingerabdrücke gefunden. Während er wegen dieser Geschichte

freigelassen werden muss, geht Banse 1975 für einige Jahre wegen Waffen- und Drogenhandel in den Knast. Doch seine Knastzeit ist schon nicht mehr Bestandteil der Hörspiel-CD.

Die CD endet mit dem Bruch zwischen der Scherben-Kommune am Tempelhofer Ufer und den Rauch-Haus-Leuten. Banse erzählt von dem Riesen-Streit, den die Scherben mit den Polit-AktivistInnen des Rauch-Hauses haben, der zu einem Bruch führt und mit zum letzten Auslöser dafür wird, dass die Scherben ihre Zelt in Berlin abbrechen, um in das nordfriesische Fresenhagen kurz vor der dänischen Grenze zu ziehen.

Natürlich erzählt John Banse seine Geschichte in der ersten Hälfte der 1970er Jahre in Berlin gnadenlos subjektiv und mit einer gehörigen Portion Eitelkeit. Die Vergötterung, die er seinem Ziehvater Rio Reiser angedeihen lässt, ist nicht immer nur rührend, sondern lässt einen auch manches Mal ratlos und kopfschüttelnd zurück. Doch Banse ist ein durch und durch schräger Typ. Nur 155 cm groß, mit langen, glatten Haaren, einem Gesicht, das jede Menge Leben zeigt, schlägt sich Banse seit Jahren durchs Leben: Lebt in Christiania, lernt dort das Bäcker-Handwerk, zieht als Straßenmusiker durch die Lande, sitzt dann wieder für einige Zeit in Norwegen im Knast und ist dann irgendwann mit anderen Leuten als Modedesigner am Start.

DSe

www.rock-links.de

John Banse (mit Brigade Bunt u.a.): EisZeitreise übers Meer. Gelesen von Trine Heue; www.uebersmeer.de. Infos zum Tod von Georg von Rauch: www.contramotion.com/about/gvr/zugeorgvonrauch.html

29. Entschieden wird vor Ort

Überlegungen zu den Montagsdemonstrationen und dem Sozialprotest

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:29

Die Verantwortlichen nicht aus der Verantwortung lassen - das ist eine der zentralen Anforderungen an eine bundesweite Bewegung, wie sie im folgenden Beitrag aus dem Spektrum der Erwerbsloseninitiativen formuliert wird. Aus der Skepsis gegenüber symbolischen Großdemonstrationen wird damit der Schwerpunkt auf eine dezentrale Mobilisierung vor Ort gelegt.

Am letzten Augustwochenende trafen sich in Berlin und Leipzig VertreterInnen der Montagdemos aus Ost und West, die um sowohl über Koordinierung der Proteste wie auch über zentrale Demonstrationen zu sprechen. Inzwischen sind Großdemos am 2. und 3. Oktober in Berlin sowie am 6. November in Nürnberg im Gespräch.

Gleichzeitig werden die Proteste in den Medien seit Ende August klein geredet - nachdem die Berichterstattung zum Arbeitslosengeld II im Juli unglaublich sachlich ausgefallen war. Parallel dazu werden jetzt die Segnungen von Hartz IV und 1-Euro-Jobs besonders für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfebeziehende gepriesen. Gezielt platzierte Polizeimeldungen über eine drohende Radikalisierung der Proteste dienen durchaus der Vorbereitung auf eine spätere Kriminalisierung. Von einem Tag auf den anderen läuft die Medienmaschine wieder in der gewohnten Spur, und zwar in einer Gleichförmigkeit, die deutlich macht, wie weit die BRD von den behaupteten bürgerlichen Freiheiten entfernt ist.

Doch ein Argument, das im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Protesten auch öffentlich immer wieder genannt wird, sollte beachtet werden. Danach seien die Proteste nicht Ausdruck einer breiten gesellschaftlichen Bewegung, sondern eher Aufbegehren einzelner Teilgruppen ohne breite Ausstrahlung. Dafür spricht die (noch) verhältnismäßig geringe personelle Beteiligung zumindest im Westen.

Um so mehr Anlass zur Sorge gibt die Konzentration der Debatte auf zentrale Demonstrationen. Denn nichts könnte für eine Bewegung, die noch in den Anfängen steckt, verheerender sein als aufgesetzte und kraftraubende zentrale Großdemos ohne politische Erfolge. Das gilt erst recht dann, wenn eine konkrete Perspektive dazu fehlt, wie in den Prozess der Umsetzung von Hartz IV und Agenda 2010 eingegriffen werden könnte. Und warum sollte die Regierung Schröder/Fischer, die in Sachen Hartz IV inzwischen von der Union und auch wieder von vielen Medien voll unterstützt wird, von ihrer Linie abweichen, nur weil einige 100.000 Leute einen halben Tag nach Berlin kommen? Bereits die Demonstrationen der 500.000 vom 3. April diesen Jahres in Berlin, Köln und Stuttgart zeigten diese Gefahr: Sie blieben für viele ohne zählbares Ergebnis und führten eher zu Resignation.

Gleiches oder noch Schlimmeres droht in diesem Herbst bei Überbewertung zentraler Demonstrationen. Machen wir uns nichts vor: Die jahrelange Propaganda gegen Sozialleistungen und Reststandards von ArbeitnehmerInnenexistenzen hat ihre Spuren hinterlassen. Überall treffen wir auf die gleichen, gebetsmühlenartig eingehämmerten Slogans: steigende Massenarbeitslosigkeit, an der auch die Arbeitsämter nichts ändern könnten; der Sozialstaat sei unbezahlbar, die Wirtschaft überreglementiert. Die Arbeitskräfte seien unflexibel, und bei den gewerkschaftlichen InteressenvertreterInnen handele es sich um Betonköpfe. Die Verwaltungen seien uneffektiv, alle müssten verzichten, und überall lauerten SozialschmarotzerInnen und Leistungsmissbrauch.

Wer traut sich da heute noch, Ansprüche an Lebensqualität, gar an gesellschaftliche Teilhabe zu stellen? Und die "Reformen" der 1990er Jahre haben einen Teil der Gesellschaft eher ungeschoren gelassen. Warum sollte irgendjemand aus diesen gesellschaftlichen Kernbereichen heute wirklich Übles hinter der Agendapropaganda entdecken und massenhaft aufbegehren?

Der Protest ist noch keine Massenbewegung

Als die Arbeitsagenturen die Antragsunterlagen zum Arbeitslosengeld II (Alg II) an Millionen Menschen verschickten, haben sie offenbar viele zusammen auf die Straße gebracht, die bislang daheim geblieben waren. Angesichts der umfassenden Fragen zu Einkommens-, Vermögens-, Wohn-, Familien- und Verwandtschaftsverhältnissen dämmert es offenbar einigen mehr, wie weit sich der Staat aus der Verantwortung für die Existenzsicherung von Erwerbslosen zurückziehen will. Hinzu kommt, dass es

offensichtlich immer aussichtsloser ist, die eigene wirtschaftliche Existenz über den Markt zu sichern. Indem sie die öffentlichen Beschäftigungsprogramme zurückfahren, tun die Arbeitsämter das ihrige dazu.

Gründe für blankes Entsetzen liefern die Agenda-"Reformen" wahrlich genug. Aber erwächst daraus quasi automatisch, gegen allen Druck von oben, eine gesellschaftliche Bewegung? Gar eine mit Durchhaltevermögen gegen die Politik der Aufkündigung aller gesellschaftlichen Solidarität? Ich fürchte nicht.

Sicherlich: Die Regierung ist zu verunsichern. Das konnte an den Zugeständnissen der letzten Wochen abgelesen werden (Auszahlung des Alg II im Januar 2005; 4.100 EUR Vermögensfreibetrag auch für Kinder; jetzt soll auch eine Beschwerdestelle zu Hartz IV kommen). Die Arroganz von Politik und Verwaltungen weiter zu erschüttern, wird in den kommenden Wochen Aufgabe der Proteste sein. Politik und Verwaltung müssen weiter mindestens dazu gezwungen werden, die immer wieder als "alternativlos" verkauften politischen Entscheidungen gegenüber den Betroffenen zu rechtfertigen und neu durchzusetzen. Je mehr es gelingt, den scheinbar unbeirrbar fortschreitenden Gang der Agenda 2010 ins Straucheln zu bringen, deren RepräsentantInnen zu blamieren und die Durchsetzung zunächst punktuell zu blockieren, desto eher werden Menschen Mut und Gelegenheit finden, sich wieder politisch einzumischen. Dabei wird es nicht entscheidend sein, die Zahl der Demonstrantinnen von Montag zu Montag zu erhöhen. Viel eher kommt es darauf an, die politische Kritik und Protestbereitschaft in der Bevölkerung zu verbreiten.

Gerade jetzt bieten sich für Protest, politisches Eingreifen und praktische Gegenwehr viele Gelegenheiten. Denn Hartz IV, korrekt die "Grundsicherung für Arbeitssuchende" des Sozialgesetzbuches II, ist nicht nur ein Gesetz zur Verarmung und Entrechtung Erwerbsloser und zur Senkung der Einkommen aller abhängig Beschäftigten überhaupt. Es verlagert zugleich die gesellschaftliche Verantwortung für die Lebensverhältnisse Erwerbsloser von der Bundesebene auf die unterste politische Ebene, die Kommunen. Diese tragen entweder allein oder zusammen mit dem Arbeitsamt die Verantwortung und haben durchaus viele Entscheidungsspielräume.

Denn vor Ort ist zu klären, welche Wohnung und welcher Hausrat "angemessen" ist. Hier wird entschieden, wer alsbald umziehen und wer sein Wohneigentum verkaufen soll. Vor Ort wird auch festgelegt, wer sein Fahrzeug als "angemessen" behalten darf oder es verkaufen muss, wenn er/sie nicht auf das mickrige Alg II verzichten will.

Auch die Frage der 1-Euro-Jobs wird vor Ort entschieden: Ob, wo und ggf. wie werden "Arbeitsgelegenheiten" geschaffen? Per Verwaltungsakt (also Arbeitsdienst ohne Arbeitsvertrag und ohne grundlegende ArbeitnehmerInnenrechte) oder per Arbeitsvertrag? Auf kommunaler Ebene wird geregelt, ob Beschäftigte via 1-Euro-Jobs noch mehr unter Druck gesetzt werden und ob weitere Erwerbsarbeit zum Arbeitsdienst wird. Hier wird entschieden, ob tariflich geregelte und existenzsichernde Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.

Auch über soziale Infrastruktur sowie über Beratungs- und Unterstützungsangebote wird hier entschieden. Die Hartz-Propaganda hatte da viel versprochen. Im SGB II ist festgeschrieben, dass der Leistungsträger von der Schaffung eigener Angebote im Bereich von Beratung und Unterstützung absehen soll, "so weit geeignete Einrichtungen und Dienste Dritter vorhanden sind, ausgebaut oder in Kürze geschaffen werden können." Hier gilt es durchzusetzen, dass tatsächlich sinnvolle Angebote verwirklicht werden und Erwerbslose nicht in entmündigende Maßnahmen gepresst werden.

Der Gegner sitzt im Rathaus nebenan

Und was ist mit der Kontrolle und Durchleuchtung unserer Lebensverhältnisse? Auch diese Entscheidungen fallen vor Ort und werden ggf. per AmtsschnüfflerInnen durchgesetzt. Wir sollten dem unsere Vorstellungen entgegensetzen, z.B. dass

- zumindest jede Wohnung, in der wir jetzt wohnen, als "angemessen" anerkannt wird,

- wir Fahrzeug und Hausrat nicht abgeben müssen,

- keine neue Armenpolizei unsere persönlichen Lebensverhältnisse kontrollieren darf, sondern alle Wohn- und Lebensverhältnisse liberal im Sinne der AntragstellerInnen interpretiert werden. Wir sollten dabei darauf achten, dass sich Bedienstete der Ämter entscheiden können, sich mit Forderungen Erwerbsloser zu solidarisieren.

Die Auseinandersetzungen um diese Fragen sollten vor Ort so geführt werden, dass die örtlich Verantwortlichen mit Forderungen und Protest direkt konfrontiert werden. Denn mit der (zumindest anteiligen) kommunalen Trägerschaft des Alg II tragen die örtlichen EntscheidungsträgerInnen die direkte politische Verantwortung (Stadt- oder Kreisrat, örtliche Parteien und ihre Basisgliederungen). Wir sollten die örtlichen Exponenten der Agenda-Politik zwingen, den Tausenden, die ab Januar 2005 mit einem Schlag von dem Verarmungsprojekt unmittelbar betroffenen sind, direkt ins Gesicht sagen zu müssen, dass sie ihre Wohnung verlassen, die Alterssicherung aufkündigen, beim Partner oder der Partnerin um Almosen betteln müssen.

In dieser Auseinandersetzung sollte genug Gelegenheiten zu Gegenwehr und Organisierung bestehen. Auf Dauer recht wirkungsvoll wäre sicher auch, die VertreterInnen der Verarmungspolitik bei jedem ihrer öffentlichen Auftritte mit unseren Forderungen zu konfrontieren und ihnen damit das wirklich interessierende Thema aufzuzwingen. Dieser Streit kann Platz schaffen für die gesellschaftliche Debatte um die Frage, wie wir eigentlich leben wollen. Aus dieser Debatte heraus können wir um Alternativen kämpfen und genau dort Menschen mobilisieren, wo sie über die Gestaltung der konkreten Lebensverhältnisse entscheiden können.

Im Gegensatz dazu sind aufgesetzte Massendemonstrationen das denkbar schlechteste Mittel, die Entwicklung der gesellschaftlichen Spaltung in Reich und Arm zu stoppen. Der autoritäre Staat ist genau deswegen auf dem Vormarsch, um diese Spaltung zu stabilisieren. Wenn es wirklich darum gehen soll, die Agenda zu kippen oder Hartz IV zu stoppen, so sollten sich auch K- und ähnliche Gruppen bemühen, konstruktive Beiträge für ein direktes politisches Eingreifen und für eine Verbreiterung der Proteste zu leisten. Bislang scheint eher das Gegenteil der Fall zu sein. Seit sich im letzten Jahr Gruppen wie die MLPD an die Proteste gegen die Arbeitsmarktpolitik drangehängt haben, blockieren sie die Debatten mit Geschäftsordnungsdebatten, VertreterInnenwahlen, massenhaftem Erscheinen auf Koordinierungstreffen und versuchen, die Proteste zu majorisieren.

Es geht um die Entwicklung einer breiten Protestbewegung, die nicht nur im "unteren Drittel" verankert ist. Wir sollten die Montagsdemos nutzen, konkrete Forderungen an die örtlichen Verantwortlichen aufzustellen und die örtliche Politik mit gezielten Aktionen in Legitimationsnot zu bringen.

Vor dem Hintergrund, dass viele mit zentralen Demonstrationen liebäugeln, plädiere ich dafür, die Proteste vom Kopf auf die Füße zu stellen. Das heißt: über direktes Eingreifen vor Ort zu mobilisieren und so wirklich kraftvolle Massendemonstrationen vorzubereiten. Um die richtige Forderung "Agenda kippen" durchzusetzen, braucht es eine breite Gegenmobilisierung. Die Chance dazu bieten Montagsdemos und weitere Aktionen, die die konkret vor Ort Verantwortlichen nicht aus der Verantwortung lassen. Und im Übrigen: Kein Fußbreit den Faschisten!

gg, Erwerbslosenzeitung quer

30. Ist der Zenit der Proteste in Ostdeutschland überschritten?

Eine Bestandsaufnahme der Montagsdemonstrationen

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:30

Die Montagdemonstrationen in Ostdeutschland sind von ihrem vage formulierten Ziel, Hartz IV zu kippen, weit entfernt. Was sie allerdings erreicht haben, ist eine mediale Aufmerksamkeit für sozialen Protest von enormen Ausmaß. Nun melden sich ProtestinterpretInnen, DemagogInnen und TrittbrettfahrerInnen zu Wort. Deren Erfolg speist sich wesentlich aus dem beschränkten politischen Horizont der Proteste, die so wenig genuin rechts wie genuin links sind.

Anlass der Proteste in Ostdeutschland ist nicht alleine Hartz IV. Die Dynamik der letzten Wochen lässt sich nur vor dem Hintergrund der sozialen, kulturellen und mentalen Entwertung der Biografie und Lebenswelt vieler Ostdeutscher seit 1989 erklären. Dies betraf keineswegs nur die Schicht der DDR-FunktionsträgerInnen, sondern alle Bereiche der ostdeutschen Gesellschaft. Als Gegenbewegung konstituierte sich in den 1990er Jahren ein ostdeutscher Identitätsdiskurs, der momentan in den Protesten gegen Hartz IV eine Aktualisierung erfährt. Rekurriert wird dabei nicht mehr auf die Zeit bis 1989, sondern auf die Entwicklung seitdem.

In diesem Identitätsdiskurs lassen sich nur schwer Elemente eines emanzipatorischen Aufbruchs finden, denn die in fast ausnahmslos allen ostdeutschen Milieus geteilte Homogenitäts- und Anpassungserwartung gegenüber normabweichendem Verhalten und/oder mentalen und lebenskulturellen Einstellungen hat einen repressiven und autoritären Charakter. Und so artikuliert sich auf den Demonstrationen zwar Wut und Angst, doch den meisten Beifall finden nicht etwa politische Analysen, sondern Statements, die einfache Schwarz-weiß-Dichotomien und zum Teil Sozialneid bedienen. Festzustellen ist jedenfalls, dass seit Beginn der Montagsdemonstrationen in Ostdeutschland ein qualitativer Sprung in Form von Selbstorganisierungs- und Politisierungsprozessen vor Ort ausgeblieben ist.

Prozesse der Politisierung blieben aus

In den westdeutschen Politik- und Medieneliten herrscht die Meinung vor, dass die Proteste - zumindest indirekt - von der PDS gesteuert seien. Allerdings spielt die PDS bei der Protestmobilisierung keine entscheidende Rolle. Darüber können auch die jüngsten Auftritte von Gregor Gysi in Dessau und Magdeburg nicht hinwegtäuschen. Ihre von WestpolitikerInnen argwöhnisch registrierte Verankerung in der ostdeutschen Bevölkerung fußte lange Zeit auf dem Engagement ehemaliger DDR-FunktionsträgerInnen in PDS-nahen Beratungseinrichtungen, Mietervereinigungen und sozialen Initiativen. Aus der Tatsache, dass die PDS bis Mitte der 1990er Jahre diese vom Westen ausrangierte Anti-Elite politisch repräsentierte, wurde allerdings der falsche Schluss gezogen, dabei handele es sich um eine PDS-Vorfeldstruktur. Doch dieses organisatorische Netzwerk und die in der Vergangenheit tatsächlich partielle kulturelle Hegemoniefähigkeit der PDS in bestimmten ostdeutschen Milieus besteht heute so nicht mehr. Zu ihren Anfängen war die PDS der Sozialraum im Osten, wo Macht und Interpretationshoheit nicht auf fast ausschließlich Westdeutsche übertragen wurde - einer der ausschlaggebenden Faktoren für den Aufstieg der PDS zur ostdeutschen Volkspartei. Inzwischen jedoch partizipieren die PDS und ihre nachgewachsenen FunktionärInnen am politischen System. Sie stellt ungezählte BürgermeisterInnen, Kreistagsverordnete und nicht zuletzt MinisterInnen, die vor Ort die intendierte Sachzwanglogik der Bundespolitik in Abstufungen zur Anwendung bringen.

Ebenso wenig wie die PDS dominieren die Gewerkschaften die Proteste. Am Beginn der Protestwelle gehörten die Gewerkschaften nicht zu den Initiatoren. Und auch jetzt noch agieren sie höchst widersprüchlich. Während die DGB-Führung sich ablehnend zu den Montagsdemonstrationen äußert und die lokale Beteiligung neonazistischer Gruppen zum Anlass nimmt, vor "politischen Rattenfängern" zu warnen, sprechen sich die ostdeutschen Gliederungen des DGB und der Einzelgewerkschaften für eine offensive Beteiligung an den Protesten aus. Obwohl die Gewerkschaften auch in den neuen Ländern von der SPD dominiert werden, ist die Angst vor Kontrollverlust gegenüber den Protesten stärker als die Disziplin gegenüber den Vorständen.

Kirchen, PDS und Gewerkschaften überschätzt

Angelo Lucifero, ver.di-Fachbereichsleiter Handel in Thüringen, fordert inzwischen eine kritische Auseinandersetzung mit den DemonstrantInnen, da "ein großer Teil der Bürger nicht nach Alternativen (sucht), die sich am Menschen orientieren, sondern nach dem Sündenbock und mit Neid auf den Schwächeren und Stärkeren (blickt)." Er macht in der Protestbewegung standortnationalistische und rassistische Einflüsse aus, die jedoch nicht nur von neonazistischen Gruppen in die Proteste getragen würden. "Die wachsende soziale Frustration und die Suche nach Sündenböcken für die eigene Lage ist ein idealer Nährboden für Rechtsextremisten", warnt er. (Jungle World, 25.8.04) Und die wittern ihre Chance.

In vielen Orten Ostdeutschlands versuchen neonazistische Gruppen und die NPD sich als "Sprachrohr des Volkes" in Szene zu setzen. Eine unrühmliche Rolle spielt dabei oft die Polizei, die in vielen Orten den Neonazis die Beteiligung an den Demonstrationen erst ermöglicht. So rufen eine Vielzahl von Kameradschaften unter Bezugnahme auf die bisher erfolgreich verlaufende Teilnahme Magdeburger Neonazis an den dortigen Demos dazu auf, sich aktiv zu beteiligen und eine führende Rolle anzustreben. Die sich im Landtagswahlkampf befindliche sächsische NPD setzt vollkommen auf die Hartz-IV-Karte. Die Umfragen scheinen ihr Recht zu geben. (vgl. ak 486) Erfolg haben die Neonazis vor allem dort, wo die ProtestorganisatorInnen politisch entweder völlig unerfahren sind und/oder den Neonazis gegenüber vollkommen indifferent auftreten. So konnte beispielsweise in Weißenfels (Sachsen-Anhalt) unmittelbar nach dem regionalen ver.di-Vertreter der NPD-Landesvorsitzende Andreas Karl, der sich als Dachdeckermeister vorgestellt hatte, sprechen. Die Gelegenheit nutze er, um unverhohlen gegen Regierung und MigrantInnen zu hetzen. In Weimar oder Dresden ist es hingegen gelungen, durch offensives Vorgehen der VeranstalterInnen die Nazis von den Demonstrationen auszuschließen. Solche Erfolge hängen oft von couragierten Einzelpersonen ab. Eine undogmatische Linke, die die Proteste skeptisch unterstützt und politisch zuspitzt, ist auf Grund ihrer relativen organisatorischen und inhaltlichen Schwäche in den neuen Ländern nicht in Sicht.

Auch der Einfluss der evangelischen Kirche ist geringer, als es durch das medienwirksame Auftreten von Pfarrer Christian Führer erscheinen mag. Zwar ist das Engagement Führers, einer der Initiatoren der Montagsdemonstrationen 1989, für die Anti-Hartz-Proteste in Leipzig nicht ohne Belang, doch die Rolle der Kirche ist heute eine völlig andere als damals, nämlich eine staatstragende. Nach der Wende wurde die evangelische Kirche - obwohl ihr in Ostdeutschland nur knapp zehn Prozent der Bevölkerung angehören - mit den selben Privilegien wie ihr westdeutsches Pedant ausgestattet. Während der EKD-Ratsvorsitzende Bischof Wolfgang Huber (West) die Hartz IV auf allen Kanälen verteidigt, nahm der Magdeburger Bischof Axel Noack (Ost) die Montagsdemonstranten gegen die Kritik des rechten Flügels der ehemaligen BürgerrechtlerInnen in Schutz und verteidigte den Begriff "Soziale Gerechtigkeit". Auch bietet die Kirche in einigen Regionen mittlerweile so genannte Bürgerforen an, auf denen Betroffene zu Wort kommen sollen. Doch anders als 1989 sind diese Foren kein exklusiver Ort, an dem bisher unerhörtes ausgesprochen werden kann. Diese Form des Protests muss nach den Regeln des herrschenden Diskurs der real existierenden Bundesrepublik wirkungslos bleiben.

Neonazis wittern Chancen

Eine besondere Rolle spielen die ostdeutschen Medien. Anfang August betätigten sie sich noch massiv als MultiplikatorInnen der Montagsdemonstrationen. Spätestens seit den Eierwürfen auf Bundeskanzler Gerhard Schröder in Wittenberge hat sich der Wind allerdings gedreht. Lagen die vom MDR angegebenen Zahlen zu Beginn der Proteste nach Beobachtungen von OrganisatorInnen eher über der Zahl der tatsächlich Beteiligten, wird heute von einer zurückgehenden TeilnehmerInnenzahlen berichtet, deren Ausmaß die OrganisatorInnen jedoch bestreiten. Gleichzeitig versäumt das MDR-Fernsehen in seiner Berichterstattung keine Gelegenheit, die angeblichen Vorzüge von Hartz IV darzustellen und die Masse der DemonstrationsteilnehmerInnen als schlecht informierte BürgerInnen zu bezeichnen. In ein ähnliches Horn stößt auch die Chefredakteurin der in Halle erscheinenden Mitteldeutschen Zeitung, die ehemalige DDR-Korrespondentin der FAZ, Monika Zimmermann. Sie bangt mittlerweile um die politische Kultur, da mit der Bezugnahme auf die Montagsdemonstrationen der Wendezeit die Proteste für soziale Partikularinteressen "illegitim" mit dem Sturz einer Diktatur gleichgesetzt würden. Bei den jetzt in allen überregionalen Tages- und Wochenzeitungen zu lesenden Interpretationen der Proteste fällt jedoch die Abwesenheit ostdeutscher Stimmen umso stärker auf, da immer wieder als Deutung der Proteste eine angebliche ostdeutsche Seelenkrise geboten wird.

Mittlerweile sind die Montagsdemonstrationen auch zum Gegenstand der Sozialwissenschaften geworden. Dieter Rucht, Protestforscher am Berliner Wissenschaftszentrum, äußerte sich erstaunlich optimistisch über

das Mobilisierungspotenzial und den Verlauf der Demonstrationen in Ostdeutschland. Der Protest werde tendenziell zunehmen, so Rucht. Allerdings erscheint es fraglich, ob die Paradigmen der Bewegungsforschung, die auf die postmaterialistischen neuen sozialen Bewegungen in Westdeutschland der 1970er/1980er Jahre zurückgehen, auf die Proteste in Ostdeutschland übertragbar sind.

Skeptischer als Rucht beurteilt der konservative Politikwissenschaftler Everhard Holtmann die Proteste, die seiner Ansicht nach bereits ihren Mobilisierungszenit überschritten hätten. Die Implementierung von aus Westdeutschland übernommenen sozialen Konflikt-Konsensregularien sei in Ostdeutschland nur unzureichend erfolgt. Da deren kollektive Verankerung in der Bevölkerung fehle, würde der Eindruck erweckt, der Protest schlage ungefiltert auf die Systemfrage durch, so Holtmann.

Und tatsächlich legt die spezifische, aus der Wendezeit adaptierte Artikulationsform des Protests, die sich in klassischen Demonstrationszügen jenseits von Aktionen zivilen Ungehorsams erschöpft, den Schluss nahe, bei den Protesten handle es sich um den letzten Aufstand der sich betrogen fühlenden DDR-Generation. Diejenigen, die 1989/90 mit der schnellen Wiedervereinigung illusorische Hoffnungen auf Wohlstand verbanden, finden sich nun bei den Protesten wieder. Überproportional sind jedenfalls die heute 40- bis 50-Jährigen vertreten, die den höchsten Anteil der Wendeverlierer stellen.

Aussitzen oder ausweiten

Sollte es nicht gelingen, inhaltlich Einfluss zu nehmen, dürften unter diesen Umständen die Proteste in ihrer bisherigen Form keine weitergehenden Erfolge zeitigen. Schwer zu beurteilen ist allerdings, ob es Kräften wie attac oder den Sozialforen, die am ehesten noch in den Großstädten präsent sind, gelingt, den Protesten einen qualitativen inhaltlichen Sprung zu verschaffen. Zumindest werden die Bemühungen, die Proteste stärker zu koordinieren, vielerorts auf Grund fehlender Verankerung der Akteure nicht wahrgenommen oder mit Distanz betrachtet. Zwar ist es der Bundesregierung trotz verspätetem Werbefeldzug für Hartz IV und Kommunikationsoffensive bisher nicht gelungen, die Wogen der Empörung im Osten zu glätten; bleiben jedoch die Demonstrationen wie bisher wesentlich auf Ostdeutschland beschränkt, wird es ihr letztendlich ein Leichtes sein, diese als "Problem Ost" einfach auszusitzen.

Christian Grünert

31. Die Dynamik erhalten

Die Sozialproteste sind ausbaufähig

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:31

Bei allen kritischen Einwänden: Dass es die Montagsdemonstrationen gibt, ist gut und nicht schlecht. Es geht jetzt darum, die Proteste bei Wahrung der Vielfalt zu koordinieren und weitere Aktionsformen zu entwickeln. So argumentiert Werner Rätz vom attac-Koordinierungskreis.

Die seit nunmehr über einen Monat stattfindenden Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV sind nicht, wie es so manches Regierungs- und Oppositionsherz in Berlin wohl anfangs hoffte, nur eine Sommerepisode. Sie drücken auch nicht, wie es heute manche ihrer GegnerInnen herbeischreiben wollen, einfach einen Widerspruch zwischen Ost und West aus.

Die Montagsdemonstrationen sind Ausdruck davon, dass die neoliberale Vorherrschaft über das Denken in diesem Land ins Wanken gerät. Gut zwei Jahrzehnte lang hatte man uns erzählt, der Staat müsse sparen, um vorrangig Arbeitsplätze schaffen zu können, die öffentlichen Sozialsysteme müssten umgebaut werden, um sie überhaupt erhalten zu können, Daseinsvorsorge sei privat billiger und effektiver zu organisieren als in öffentlicher Verantwortung. Angesichts von mehr Arbeitslosigkeit und weniger sozialer Sicherheit glauben immer mehr Menschen einfach nicht mehr dergleiche Märchen.

Dass genug für alle da ist, und zwar weltweit, das wissen wir. Aber im Kapitalismus bedeutet das erst einmal nicht viel. Da gibt es Reichtum immer nur durch und wegen Armut. So bedarf es zwar insgesamt immer weniger Arbeit, um den wachsenden Reichtum herzustellen. Aber dieser Prozess geht doppelt zu Lasten derer, die diesen Reichtum tatsächlich produzieren. Einmal müssen einige immer mehr arbeiten, und andere werden gar nicht mehr gebraucht. Und dann kriegen die meisten nicht genug und viele gar nichts. Die Unsicherheit der Lebensverhältnisse, die Unsicherheit des Einkommens, die Unsicherheit, ob du überhaupt gebraucht wirst in der Gesellschaft - diese Prekarität also ist das Merkmal, das das Leben von immer mehr Leuten prägt. Und das ebenfalls weltweit. In der BRD bringt Hartz IV mit dem neuen Arbeitslosengeld II gerade einen riesigen Schub in diese Richtung. Es werden Menschen erfasst, die nie damit gerechnet hatten.

Das betrifft zuerst die schon Erwerbslosen. Sie verlieren gegenüber der bisherigen Arbeitslosenhilfe in vielen Fällen Teile ihres Einkommens. Sie verlieren ihre so genannten "Vermögen", bei denen es sich meist um die ersparten Ergebnisse längerer Erwerbsarbeit handelt, also letztlich um Arbeitslöhne aus der Vergangenheit. Und sie verlieren das Recht auf einen Lebensmittelpunkt: Sie müssen in ganz Deutschland jede Arbeit annehmen, egal wo, egal für wie lange, egal wie bezahlt.

Genau über diesen Mechanismus betrifft Hartz IV aber auch einen Großteil der noch (regulär) Beschäftigten. Wenn Arbeitslose für einen Euro die Stunde Zwangsarbeit leisten müssen, dann sinken die Löhne all derer, die bisher vergleichbare Arbeiten für vielleicht fünf Euro gemacht haben. Gleichzeitig ist die erzwungene Billigarbeit ein permanentes Drohpotenzial gegenüber regulierten Arbeitsverhältnissen: "Wenn ihr nicht bereits seit, länger zu arbeiten, schlechtere Bedingungen in Kauf zu nehmen und auf Lohnansprüche zu verzichten, so nehmen wir eben 1-Euro-JobberInnen."

Ganz handfeste Konsequenzen hat das allerdings für die (Arbeits-)MigrantInnen weltweit. Zum einen drängen diejenigen, die zu Hause keine oder keine auskömmliche Arbeit finden, auf die Arbeitsmärkte der Länder, in denen sie sich ein Einkommen erhoffen. Dort werden sie oft systematisch illegalisiert und geraten hier in der BRD in eine völlig rechtlose Situation. Sie sind damit diejenige Gruppe, die sich zu praktisch allen Bedingungen verkaufen muss; diejenigen, die im globalisierten Kapitalismus am leichtesten ausbeutbar erscheinen.

Und für diejenigen, die legal hier leben, wird mit dem Arbeitslosengeld II ein Instrument geschaffen, das ihnen das oben beschriebene Schicksal vor Augen stellt: Wer seinen Lebensunterhalt nicht selbstständig bestreiten kann, ist in seinem Aufenthaltsstatus gefährdet.

Weg mit Hartz IV! Existenzgeld für alle!

Der momentane Sozialprotest hat sicherlich viel mit Verunsicherung, Existenzangst und der Bedrohung der eigenen Lebensentwürfe zu tun. Er hat aber auch viel damit zu tun, dass die neoliberale Einheitspartei es mit Hartz IV übertrieben hat: Das ist eine aktive Einmischung des Staates zur Schaffung von Armut in der BRD unter Bedingungen der Globalisierung - und zur Schaffung von Reichtum: Die gleiche Summe, die die Bundesregierung mit Hartz IV sparen will (2,5 Mrd. Euro), erlässt sie den Einkommensmillionären ab kommendem Jahr an Steuern. Da spürt jede/r, dass es um etwas anderes geht, als offiziell behauptet wird. Das macht wütend und treibt auf die Straße.

Und dabei geht es zwar vorrangig, aber eben nicht nur um Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe. Es wird sichtbar, dass die Maßnahmen der Agenda 2010 dauernd und nicht nur gelegentlich und zufällig zu anderen Ergebnissen als den angekündigten führen. Und so stellen sich Fragen. Stimmt es eigentlich, dass es mehr Arbeitsplätze gibt, wenn die Wirtschaft genügend Gewinne macht? Stimmt es eigentlich, dass der Staat mehr leisten kann, wenn er weniger ausgibt? Stimmt es eigentlich, dass private Sozialdienste billiger oder besser wären als öffentliche?

Diese Zweifel sind der größte Erfolg der bisherigen Anti-Hartz-Mobilisierung, und da gilt es weiterzumachen. Die "Reform"richtung stimmt nicht. Die Rezepte funktionieren nicht. Die Agenda 2010 insgesamt, der neoliberale Umbau als ganzer verschärfen unsere Probleme und tragen keineswegs zur Lösung bei. Sie insgesamt in den Blick zu nehmen heißt dennoch, jetzt die Konzentration auf Hartz IV beizubehalten.

Eine solche notwendige Konzentration bedeutet nicht, darauf zu verzichten, gleichzeitig nach Alternativen und neuen Leitbildern zu suchen. Als attac z.B. den Arbeitsschwerpunkt "Es ist genug für alle da" eingerichtet hatte, geschah das aus der Überzeugung, dass jeder Mensch ein unteilbares und unbedingtes Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und am gesellschaftlichen Leben hat. "Das muss sich niemand verdienen, nicht durch Arbeit, nicht durch Wohlverhalten, durch nichts. Das ist ein Menschenrecht!!", hieß es in der Begründung des damaligen Beschlusses. Dabei muss deutlich herausgestellt werden, dass ein solcher menschenrechtlich begründeter Standpunkt auch global eingefordert werden muss. Der aktuelle Prozess der Vermarktung sämtlicher Lebensbereiche erfasst die ganze Welt.

Ihren konkreten Niederschlag und Ausdruck findet diese Haltung in der Forderung nach einem Mindesteinkommen. In einer Gesellschaft, die wie unsere die Beteiligung der Einzelnen weitgehend über Erwerbsarbeit herstellt, muss eine Erwerbstätigkeit auch die wirkliche Teilhabe am Reichtum und dem gesellschaftlichen Leben ermöglichen: Von Arbeit muss man leben können. Arbeitseinkommen sollten eine bestimmte Schwelle nicht unterschreiten dürfen. Wir fordern also einen gesetzlichen Mindestlohn.

Kooperation statt Dominanz

Nicht nur wegen der Massenarbeitslosigkeit, sondern auch aus den erwähnten grundsätzlichen Überlegungen heraus müssen aber auch die abgesichert sein, die keine Arbeitseinkommen haben. Wir fordern also ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle. Sicherlich sind dabei noch viele Fragen offen, und die Diskussion ist noch lange nicht abgeschlossen. Dennoch entstehen hier Eckpunkte, die man der scheinbaren "Alternativlosigkeit" von Hartz IV und Agenda 2010 sehr wohl entgegenhalten kann.

Schon das erste Aufflackern einer Protestbewegung hat die Bundesregierung veranlasst, einen offensichtlichen Rechtsbruch (die Verweigerung einer ganzen Monatsleistung) zurückzunehmen. Nun behauptet sie, sich nicht weiter bewegen zu wollen, verzichtet aber auf zwei der drei geplanten Verschlechterungen beim Zahnersatz. Die Bundesregierung wackelt, und wenn die Bewegung stark bleibt, kann Hartz IV fallen. Nebenbei: Fiele dabei die Regierung gleich mit, wäre das keine Katastrophe. Gegen eine Bewegung, die eine Bundesregierung stürzen kann, hätte es auch jede neue Regierung schwerer als ihre Vorgängerin.

Es kommt also jetzt darauf an, die Dynamik der Bewegung zu erhalten. Da sehe ich vor allem drei große Aufgabenblöcke:

- Es gibt ein offensichtliches Missverhältnis in der Mobilisierung im Osten und im Westen. Im Osten werden durchweg imponierende Zahlen erreicht, im Westen ist der Protest zwar jetzt in den allermeisten Städten angekommen, bleibt aber oft recht klein. Ein Wachstum muss hier dringend angestrebt werden. Dazu sollte es uns gelingen, das politische Spektrum der Beteiligten zu vergrößern. Vor allem die Gewerkschaften tun sich

schwer mit einem offenen Auftreten gegen Hartz IV - oder nehmen sie zu viel Rücksicht auf die SPD? Auch Wohlfahrtsverbände, die Billigjobs schaffen, sind nicht besonders glaubwürdig in ihrem Protest. Da ist die Klarheit im Osten größer.

- Im Osten könnte es wichtig sein, bald zu einer zusammenfassenden Großaktion zu kommen. Auch über Aktionsformen, die den Zorn der Menschen aufnehmen und verdeutlichen, wie existenziell wichtig diese Frage für sie ist, müsste offen beraten werden. Eine Großdemonstration z.B. am 2. Oktober in Berlin mit einer Blockadeaktion auf der Autobahn könnte ein passender Vorschlag sein.

- Die Vielfältigkeit und lokale Gewachsenheit der Montagsaktionen sollte unbedingt erhalten werden. Dem steht nicht entgegen, dass überregionale, auch bundesweite Gespräche sinnvoll sind. Damit sie erfolgreich sein können, darf es kein Dominanzverhalten einzelner geben. Das schließt eine Rolle von Politsekten wie der MLPD oder von rechten Nationalisten ebenso aus, wie es die Benutzung der Aktionen zu Wahlkampfzwecken obsolet macht. Mit der Bearbeitung dieses Problems entstehen zuweilen öffentliche Widersprüche, die unschön sind, aber ausgehalten werden müssen.

Es gibt über diese ganz aktuellen Aufgaben hinaus einige Gelegenheiten, konkrete Perspektiven für den gesamten Herbst zu entwickeln. Bundesweite Vernetzungstreffen am 11.9. in Leipzig (Montagsdemos) und am 18./19.9. in Frankfurt/Main (Herbstaktionen) sollten einige Übereinstimmung möglich machen. Es gibt auch schon ältere Überlegungen und Vorschläge, so denjenigen, am 17. November einen bundesweiten Protesttag als "Tag der Wiederaneignung" durchzuführen. Am dem Tag ist Buß- und Bettag, der als Feiertag abgeschafft wurde um den Arbeitgeberanteil der Pflegeversicherung zu finanzieren. attac schlägt vor: Holen wir uns den Tag als Protest- und Aktionstag wieder.

Werner Rätz, Mitglied im Koordinierungskreis

von attac Deutschland und Informationsstelle Lateinamerika Bonn

32. "Anything but Bush"

Eine Reportage aus New York nach der "Invasion" der Republikaner

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:32

Eine heiße Demowoche versprachen die Proteste gegen die Republican National Convention in der Demokraten-Hochburg New York zu werden. Doch entgegen der Hetze in den Massenmedien und der Abwiegelungsversuche ex-linker BedenkenträgerInnen kam es nicht zu Straßenschlachten, die die Republikaner medial für ihre Zwecke hätten nutzen können.

Die Begriffe "Protest" und "Terroristen" fanden sich Tage vor der Republican National Convention verdächtig oft in ein und demselben Absatz, wenn sich die Massenmedien über die Vorbereitungen für die Demonstrationen ausließen. Der rechten Boulevardzeitung New York Post zufolge hatten sich Altkader des Weather Underground konspirativ zur Initiierung von Straßenschlachten verabredet. Die liberale New York Times glaubte, die guten New Yorker vor dem Ansturm einer "schattenhaften Gruppe" und vor "Steinewerfern" warnen zu müssen. Die Daily News titelte "Anarchists hot for mayhem" (Anarchisten heiß auf Chaos), und zu akademischen Ehren gelangte Ex-Linke wie der ehemalige SDS-Vorsitzende Todd Gitlin, eine amerikanische Cohn-Bendit-Version, schlugen die Hände über dem Kopf zusammen: Was, wenn die Proteste ausufern und damit das brave WechselwählerInnenspektrum den Republikanern und Bush in die Hände treiben?

Doch es flogen weder Steine (die in der Asphaltwüste von Manhattan so oder so nicht existieren) noch Flaschen (außer in den Abfalleimer), noch gab es seitens der "Anarchisten" überhaupt irgendwelche Pläne, mit den Cops die Konfrontation zu suchen. Selbst die Schaufenster blieben ausnahmslos heil, Sachbeschädigungen wurden nicht bekannt. Was Manhattan dagegen fünf Tage lang dominierte, war die Präsenz Zehntausender von Menschen auf Straßen, in Kirchen, Galerien, Museen, Restaurants und Bars, die ihrer Gegnerschaft zur Bush-Regierung öffentlich Ausdruck verliehen - trotz einer im Wortsinn einzigartigen Präsenz des Repressionsapparates.

Proteste in Manhattans Asphaltwüste

Der größte Aufmarsch von Sicherheitskräften in der Geschichte amerikanischer Conventions umfasste neben der Mobilisierung der 37.000 Mitglieder der New Yorker Polizei sämtliche Polizeien und Geheimdienstabteilungen auf Bundes-, Staats- und Stadtebene zu Land, Wasser und in der Luft, und darüber hinaus "Projekte" des Heimatschutzministeriums wie Minikameras auf Polizeihelmen oder die Raumüberwachung mit Hilfe eines Tag und Nacht am Himmel schwebenden Zeppelins. Der Secret Service hatte sich schon vor mehr als einem Jahr mit Hunderten von BeamtInnen auf die Proteste und den Personenschutz vorbereitet.

Das Problem, mit dem die Polizeieinheiten zu kämpfen hatten, war der individuelle Schutz der mehr als 5.000 Republikaner-Delegierten, die sich tagsüber in der Stadt bewegten, dann zum Convention-Ort Madison Square Garden gebracht werden mussten und sich abends zu Dutzenden von Galas, Broadway-Vorstellungen, Geschäftsessen und Lobbyisten-Treffen verabredeten. Von vielen dieser illustren Meetings hatten die Bush-GegnerInnen Wind bekommen. Eine entsprechende Liste war im Internet veröffentlicht worden.

Sonntag, 29. August; Tag der Großdemonstration "No to the Bush Agenda": Dem Aufruf des größten Bündnisses der US-Friedensbewegung United for Peace and Justice, gegen die Convention unter dem breitestmöglichen Motto "No to the Bush Agenda" auf die Straßen zu gehen, folgen rund eine halbe Million Menschen. Nachdem sich die Stadt in wochenlangen Verhandlungen geweigert hat, den Central Park als Ort für eine Abschlusskundgebung zur Verfügung zu stellen und dazu das fadenscheinige Argument herhalten muss, der Rasen würde zerstört werden, ziehen Hunderttausende auf einer Strecke von dreieinhalb Kilometern sechs Stunden lang durch Manhattan und zerstreuen sich am legendären Union Square. Hunderte - und damit weniger als erwartet - ziehen trotzdem zum Central Park und lassen sich, von der Polizei unbehelligt, grüppchenweise nieder. Die Demo bietet allen Raum, die irgendwie gegen Bush sind. Von den Müttern für John Kerry über die Billionaires for Bush, Tausende von GewerkschafterInnen, GlobalisierungskritikerInnen und KriegsveteranInnen bis zu radikalen Linken kommunistischer, trotzkistischer und anarchistischer Tradition ist ausnahmslos das gesamte Spektrum links der Bush-Regierung vertreten. Die

Demonstration wird zum großen PR-Erfolg. Am kommenden Tag, Eröffnung der Convention, ziert das Bild vom Massenaufmarsch gegen Bush die Zeitungen. Selbst die TV-Networks berichten - und nicht immer unfair.

Dienstag, 31. August; "A31" mit dezentralen Aktionen und Massenfestnahmen: "A31" soll der Tag der gezielten Regelverstöße in maximaler Nähe zum hermetisch abgeriegelten Madison Square Garden werden. Das Konzept, das die affinity groups nach einer monatelangen Vorbereitungszeit (vermeintlich klandestin, in Wirklichkeit aber Gruppe um Gruppe von der Polizei unterwandert) entwickelt haben, besteht darin, nach unangemeldeten Protestkundgebungen und Umzügen in der Stadt am Abend möglichst nahe an die Convention heranzukommen und vor den Polizeiabsperrungen medienwirksam den Verkehr zum Erliegen zu bringen: civil disobedience in "bester amerikanischer Tradition". Mehreren Tausend vor allem jungen Bush-GegnerInnen, die aus den gesamten USA nach New York gereist sind, in ihrer Mehrzahl aber New Yorkern, schwebt dabei "Seattle 1999" vor, jene sagenumwobene Blockade der Stadt an der Westküste vor fünf Jahren, als ein falsch kalkulierter Polizeieinsatz die Innenstadt mit ihren Hotels stundenlang den Anti-WTO-DemonstrantInnen überlassen hat und erst später mit massiven Tränengas- und Knüppeleinsätzen "crowd control" geübt wird. Doch die Rechnung geht nicht auf.

No to the Bush Agenda

Vormittags finden an mehreren Stellen gut besuchte Aktionen statt. Etwa, als mehr als 1.000 Johnny-Cash-Fans in einem "Man-in-black"-Block (1) vor dem Auktionshaus Sothebys, wo zu Ehren von Republikaner-Delegierten Devotionalien des verstorbenen Countrystars versteigert werden sollen, Musik machen und mit ohrenbetäubend lauten Sprechchören ("Republicans, go fuck yourselves") in direkten Augenkontakt mit gut betuchten Herren und Damen kommen. Oder als die Billionaires for Bush, in Smokings, Fracks und Cocktailkleidern mit Sekt in der Hand, vor Hunderten von erstaunten Passanten die öffentliche Bibliothek "versteigern" und dann zum "Schaufensterbummel auf der 5th Avenue" einladen.

Doch an mehreren Stellen macht schon morgens die Polizei deutlich, dass eine rabiate "Zero-Tolerance"-Politik durchgesetzt wird. Zum wiederholten Mal in dieser Woche wird ein mehrere Hundert Bush-GegnerInnen umfassender Fahrradfahrerblock von Cops auf Mopeds in Teile getrennt und festgesetzt. Am Ground Zero, wo die altehrwürdige War Resisters League eine Kundgebung abhält, werden rund 200 Menschen, die zum Madison Square Garden weiterziehen wollen, beim Gehen auf dem Bürgersteig mit orangefarbenen Plastikfangnetzen umzäunt und festgenommen. Jede Gruppe, jedes Grüppchen, das durch die Stadt zieht, hat innerhalb von Minuten Zivilbullen auf den Fersen. Einen Häuserblock vom Madison Square Garden entfernt mischen sich trotzdem bis zum späten Abend Hunderte unter die PassantInnen und halten Bush-kritische Schilder in die Luft. Äußerst medienwirksam ist dabei eine Aktion von fünf AktivistInnen, die sich an einer Polizeiabsperrung anketten, die berüchtigten Abu-Ghreib-Masken (schwarzes Tuch über dem Kopf, Folterdrähte von den Armen hängend) zeigend. Doch die Polizei duldet keinerlei Regelverstöße. 1.187 Menschen werden festgenommen, größtenteils nach bewusst begangenen Ordnungswidrigkeiten wie "Betreten der Straße" oder "Behinderung des Straßenverkehrs", zum kleineren Teil einfach PassantInnen, die mit eingesackt werden.

Die beiden letzten Convention-Tage Mittwoch und Donnerstag stehen unter dem Eindruck der Festnahmen (fast 1.900 seit Sonntag, wie sich später herausstellt). Die "jail solidarity" funktioniert. Mit Unterstützung der Anwaltsvereinigung National Lawyers Guild versammeln sich innerhalb weniger Stunden DemonstrantInnen vor dem zum Massengefängnis umfunktionierten ausrangierten Busbahnhof Pier 57. Viele werden über die rechtliche Obergrenze von 24 Stunden hinaus festgehalten. Die Massenfestnahmen werden ein Nachspiel haben: Sammelklagen gegen die New Yorker Stadtverwaltung und Bürgermeister Michael Bloomberg, einem Republikaner. Dessen Rolle bestand darin, vor den Convention-TeilnehmerInnen den roten Teppich auszurollen.

Polizei verhindert zweites Seattle

Die Großdemonstration am Sonntag wird als eindeutiger politischer Erfolg gewertet. Als reine Anti-Bush-Demonstration, die von Linken um die KP-Abspaltung Comitees of Correspondence und United for Peace and Justice organisiert worden war, bot sie braven MittelschichtsbürgerInnen - die die große Mehrheit stellten - eine Möglichkeit, ihre Opposition gegen die Bush-Regierung auf die Straße zu tragen. "Es muss daran erinnert werden", hieß es dazu in der linken Wochenzeitung The Nation, "dass - egal ob es Anarchisten

oder Sozialisten sind - oft die radikale Linke die Mainstream-Werte Amerikas am effektivsten verteidigt: Werte wie Demokratie, Meinungsfreiheit und Vielfalt." Über "A31" war dagegen zu lesen: "Es war nicht immer deutlich, welch taktischen Sinn das Ganze hatte." Vielen Republikaner-Delegierten - einige wanderten tatsächlich mit Texashüten und Cowboystiefeln durch die Stadt - wird die New Yorker Convention jedenfalls lange in Erinnerung bleiben. Pfiffe und "Go-home"-Rufe in der ganzen Stadt und ein gelegentlich auf ihren Bussen gelandetes Ei machte klar, dass sie auch weiterhin in der Ostküstenmetropole unerwünscht sind.

Donnerstag, 9. September: Der Wahlkonvent der Republikaner ist vorbei und vergessen. Ebenso verpufft ist, schneller als erwartet, der Zuspruch der WählerInnen für die Bush-Regierung, die einen Tag nach der Convention in Umfragen einen schlagartigen Schub, den traditionellen "convention bounce", erfahren und die Demokraten um John Kerry um 11 Prozentpunkte hinter sich stehen gelassen hatte. Kerry hat kurz nach dem Wahlkonvent endlich und zum ersten Mal anständig zurückgekoffert: Er habe es satt, beleidigt zu werden von Leuten, die "sich weigerten in der Armee zu dienen, als sie es konnten, und die Amerika in den Irak ver-führten". Die magische Zahl 1.000 - die höchste Zahl toter GIs seit dem Vietnamkrieg - tat Mitte dieser Woche das ihre dazu, die Erfolgsmeldungen Washingtons bezüglich des Irak in den Massenmedien recht schwach aussehen zu lassen. Die New York Times veröffentlichte am heutigen Donnerstag neben einer dreiseitigen Reportage über Familien getöteter GIs eine ganze Doppelseite mit Porträtfotos und Namen der mehr als 1.000 Getöteten.

Nach der Convention ist alles wie zuvor

Inzwischen herrscht zwischen Bush und Kerry wieder das seit Monaten bestehende Umfragepatt. Falls Osama bin Laden nicht rechtzeitig gefasst und den US-WählerInnen von der Bush-Administration vorgeführt wird (2) und sich keine außergewöhnlichen "Ereignisse" (neue Terrorwarnungen des "Heimatschutzministeriums" oder Attentate, Anschläge etc. - im von Vielen erwarteten "schmutzigsten Wahlkampf der US-Geschichte" ist die Palette der Möglichkeiten längst nicht ausgereizt) ergeben, werden sich die Wahlen in den drei "swing states" Ohio, Florida und Pennsylvania entscheiden. Denn mehr als 95 Prozent derjenigen, die am 2. November erklärtermaßen wählen gehen werden, haben sich bereits fest für Bush oder Kerry entschieden. Die Grünen und Linken - bis hin zur radikalen Linken, die vor vier Jahren Al Gore und George Bush als unwählbare Zwillinge ein und desselben Systems bezeichnet hatte - setzen indes ganz realpolitisch auf John Kerry: "Anything but Bush."

Max Böhnel, New York

Anmerkungen:

1) www.defendjohnnycash.org

2) Öffentlich wird das Szenario nicht diskutiert, aber in Privatgesprächen bei Liberalen und Linken seit Wochen als Möglichkeit erörtert: dass bin Laden entweder längst in US-Gewahrsam ist oder vor den Wahlen dank der Beharrlichkeit des Präsidenten und der Jungs draußen plötzlich "gefasst" wird.

33. Analyse und Theorie

Ein interdisziplinäres Forum: die Zeitschrift für Genozidforschung

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:33

Seit 1999 publiziert das 1994 gegründete Institut für Diaspora- und Genozidforschung an der Ruhr-Uni Bochum die Zeitschrift für Genozidforschung. In zwei umfangreichen Ausgaben pro Jahr finden sich "internationale, interdisziplinäre Beiträge zur Genozidforschung ... mit neueren Forschungsansätzen zur komparativen Genozidforschung, zu Einzelereignissen kollektiver Gewalt, zum Kontext von Genozid und Nation, Gewalt und Identität, Ideologie und Krieg".

So steht es im Editorial des ersten Heftes (Nr. 1/1999). In einem längeren Beitrag erläutert Mihran Dabag, Direktor des Instituts und Mitherausgeber der Zeitschrift, das Forschungs- und Veröffentlichungsprogramm. "Genozidforschung: Leitfragen, Kontroversen, Überlieferung" ist sein Aufsatz überschrieben. Darin wird deutlich, dass es eine zu 100 Prozent eindeutige Definition von Genozid nicht geben kann. So zitiert Dabag neben anderen die sicher nicht falsche, aber auch ziemlich allgemeine Formel der kanadischen Genozidforscher Frank Chalk und Kurt Jonassohn: "Genozid ist eine Form einseitiger Massentötung, in welcher ein Staat oder eine Autorität eine Gruppe zu zerstören beabsichtigt, nachdem diese Gruppe und die Mitgliedschaft in ihr durch den Täter definiert wurde."

Im Abschnitt "Genozid und Nation" wählt Dabag dann die Formulierung: "Genozid ist eine Möglichkeit zur Verwirklichung einer homogenen Nationenbildung in kürzester Frist." Beispiele dafür sieht er im Völkermord an den Armeniern und in der Shoah. In beiden Fällen hätten die Täter ihre Genozidpolitik auch als "gestalterische Arbeit" gesehen und bei allem Hass das "Gefühl der Erfüllung einer nationalen, einer möglicherweise auch als schwer empfundenen Pflicht (gehabt): der Befolgung einer wichtigen, ehrenvollen Aufgabe, dem Handeln für einen Neubeginn, einem Aufbruch in die Moderne, unter dem Eindruck einer Gefahr, einer Bedrohung des eigenen ‚Volkskörpers`".

Eine Theorie des Völkermordes müsse immer ausgehen von Einzelanalysen, schreibt Dabag; Dabei könne kein Völkermord auf nur eine Ursache zurückgeführt werden. Für unverzichtbar hält er dabei die Einbeziehung der Opferperspektive.

Im Editorial des gerade erschienenen aktuellen Hefts (Nr. 1/2004) wird zunächst auf die aktuelle Situation im Sudan eingegangen. Zwar wird die Verfolgung der schwarzen Bevölkerung in der Region Darfur nicht explizit als Genozid bezeichnet. Problematisch aber erscheint die etwas kryptische Abgrenzung von einer Debatte, "wo das Recht zur ‚humanitären Intervention` kontrovers diskutiert wird, anstatt es als einzige unbestreitbare Pflicht internationaler Politik als höchste Aufgabe zu setzen". Das kann auch als Forderung verstanden werden, aktuell im Sudan und demnächst an beliebigen anderen Orten militärisch zu intervenieren.

Die bei der Gründung der Zeitschrift versprochene breite Themenpalette wird auch im aktuellen Heft wieder deutlich. Josias Semujanga beschreibt, wie die Ermordung der Tutsi in Ruanda durch jahrelange rassistische Propaganda vorbereitet wurde; der Völkermord selbst vollzog sich auf dem Land dann gemäß den "ritualisierten Handlungsabläufen der traditionellen Jagd". Über "Sexualisierte Gewalt im Kontext nationalsozialistischer Verfolgung" schreiben Helga Amesberger, Katrin Auer und Brigitte Halbmayr. Sie zeigen die "Schnittpunkte von Frauenfeindlichkeit mit Rassismus, Antisemitismus, klassenspezifischer Benachteiligung und Heterosexismus". Ihr Resümee: "Der Unterschied der sexualisierten Gewalt während des Nationalsozialismus zu jener in unserer heutigen Gesellschaft liegt in erster Linie im Ausmaß der Gewaltakte, in ihrer Radikalität, in den Formen und den Zielsetzungen."

Weitere Themen des Heftes sind die Spuren, die der Genozid in der modernen armenischen Literatur hinterlassen hat, und Russlands Kriege in Tschetschenien. Letzteres ist Gegenstand eines Beitrages in der Rubrik "Fokus", wo in jedem Heft eine aktuelle Streitfrage behandelt wird. Es folgt der ebenfalls übliche längere Anhang mit Rezensionen und einer umfangreichen Forschungsbibliographie.

Wer sich mit Völkermord und kollektiver Gewalt ernsthaft auseinander setzen will, kommt um die Zeitschrift für Genozidforschung nicht herum; auch wenn die Lektüre wegen des Themas - und zusätzlich wegen des mitunter schwer verdaulichen akademischen Jargons - nicht eben leicht fällt.

Js.

Zeitschrift für Genozidforschung. Strukturen, Folgen, Gegenwart kollektiver Gewalt. Zeitschrift des Instituts für Diaspora- und Genozidforschung an der Ruhr-Universität Bochum, D-44780 Bochum, idg@ruhr-ini-bochum.de, Jahresbezugspreis für zwei Hefte mit ca. 300 Seiten 34,90 EUR, Studierende 27,90, Einzelheft 21 EUR

34. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:34

TV-Revolution

Venezuela 2002 - Präsident Chavez regiert seit vier Jahren und verspricht mehr Demokratie, mehr Bildung, eine Landreform und die Umverteilung der Gewinne des viertgrößten Ölexporteurs der Welt zu Gunsten der armen Bevölkerung. Aber er hat starke Gegner in der Wirtschaftselite und so kommt es am 11. April 2002 zum Putsch. Chavez wird verschleppt, der Kampf um die Macht entbrennt. Durch einen Zufall ist ein Filmteam genau zu diesem Zeitpunkt im belagerten Präsidentenpalast und dokumentiert die Ereignisse. Der vielfach ausgezeichnete Film "The revolution will not be televised." (Irland 2002, 74min, englisch) stellt mit seiner "Heldenerzählung" auch die Frage nach der Objektivität der Kamera: Welche Wirklichkeit bildet sie ab?

Duisburg, 21.9., 20.30 Uhr im Djäzz, Börsenstr.11

Auslieferung

Der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein lädt zu einer Podiumsdiskussion ein: "Auslieferung in Zukunft noch leichter gemacht - mit dem Europäischen Haftbefehl". Im August ist in Deutschland das Europäische Haftbefehlsgesetz in Kraft getreten, das keine Überprüfung eines Auslieferungsersuchens mehr vorsieht. Gabriele Kanze wurde im Januar 2003 von der Schweiz nach Spanien ausgeliefert. Ihr wird Unterstützung der ETA vorgeworfen sowie Waffen- und Sprengstoffbesitz. Ihre belastenden Aussagen sind möglicherweise unter Folter zu Stande gekommen. Außerdem sind die in Deutschland geführten Ermittlungen wegen Waffen- und Sprengstoffbesitzes mangels Tatverdacht eingestellt wurden. Ähnlich erging es Paolo Elkoro, der von Deutschland an Spanien ausgeliefert wurde. Es diskutieren Petra Schlagenhauf, Verteidigerin von Gabriele Kanze in Berlin, und Marcel Bosonnet, ihr Verteidiger in Zürich, sowie Wolfgang Bendler, der Verteidiger von Paolo Elkoro.

Berlin, 24.9., 19 Uhr, im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4

Arbeit ohne Ende

Das Gewerkschaftliche Zukunftsforum Karlsruhe organisiert eine Veranstaltung mit dem Titel "Arbeitslos oder Arbeiten ohne Ende: ... 35 ... 38,5 ... 40 ... 41 ... 42 ... 48 ... Der Kampf um die Verteilung der Arbeit". Tom Adler (Betriebsrat Daimler Chrysler, IG Metall) setzt sich mit den Auswirkungen der aktuellen Vereinbarungen bei Siemens und Daimler Chrysler in der BRD und anderen europäischen Ländern wie z.B. Frankreich auseinander und beleuchtet die aktuellen Aufgaben der Gewerkschaften.

Karlsruhe, 28.9., 19.30 Uhr im DGB-Haus (Großer Saal), Ettlingerstr. 3a

Aktive Sozialpolitik

In der Reihe "Soziale Konflikte in Europa", die das Büro für angenehme Lebensweisen und das Rosa-Luxemburg-Bildungswerk veranstalten, hält Erling Frederiksen aus Kopenhagen (Gislinge), Sprecher der Landesorganisation der Erwerbslosen in Dänemark, einen Vortrag: "Von Dänemark lernen? Faulenzerdebatte, Hartz und die dänische ‚aktive Sozialpolitik`". Die bundesdeutsche Arbeitsmarktpolitik hat sich schon seit vielen Jahren die dänischen "Aktivierungsprogramme" zum Vorbild genommen. Es heißt, dass sie erfolgreich und sogar "emanzipatorisch" seien. Dabei handelt es sich allerdings eher um nordische Mythologie als um Tatsachen.

Hamburg, 30.9., 19.30 Uhr, in der GWA St. Pauli, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12

Die wilden 60er!?

Das Friedensmuseum Nürnberg eröffnet die multimediale Ausstellung zur Friedensbewegung der 60er Jahre: "Vom Ostermarsch zur Vietnamdemo". Die Ausstellung bietet auch ein reichhaltiges Begleitprogramm - zweimal im Monat gibt es Veranstaltungen, Literaturlesungen, Streitgespräche, Work-Shops und Filmabende. (Näheres auf der Website www.friedensmuseum.odn.de)

Nürnberg, ab 1.10., 19 Uhr, im Friedensmuseum, Kaulbachstr. 2

Berufsverbot

Seit 25 Jahren wurde in Deutschland kein Berufsverbot mehr auf Grundlage des "Radikalenerlasses" verhängt - jetzt ist es wieder so weit. Auf Weisung des Innenministeriums des Landes Baden-Württemberg wird seit Beginn dieses Jahres dem Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkóczy wegen seines Engagements für die Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD) die Einstellung in den Schuldienst verweigert. Die Antifa Freiburg organisiert zusammen mit der Roten Hilfe Freiburg eine Informationsveranstaltung, mit der auch zu der Demonstration gegen Berufsverbote mobilisiert werden soll, die am 23. Oktober in Heidelberg stattfindet.

Michael Csaszkóczy wird den aktuellen Stand seines Falles schildern. Hanjo Glatting aus Freiburg berichtet über seinem Weg vom Berufsverbot in den 1970er Jahren wegen Mitgliedschaft in der DKP bis zu seiner heutigen Lehrtätigkeit an der Hebelschule. Der Anwalt Michael Moos aus Freiburg beleuchtet verschiedene Berufsverbotsverfahren und deren politische Dimension.

Freiburg, 13.10., um 20 Uhr in der KTS Freiburg, Baslerstraße 103

Aktionismus und Kunst

Die theoretische und praktische Auseinandersetzung innerhalb der Kunstwelt mit Illegalität zieht sich wie ein roter Faden durch die Kunstströmungen des 20. Jahrhunderts: vom Futurismus, Dadaismus, den Situationisten, Fluxus, Konzeptkunst, bis zur Gegenwart. Die Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK) e.V. stellt Aktionen von KünstlerInnen vor, bei denen die Grenzen zwischen künstlerischer Inszenierung und politischer Tat verschwinden, bei denen das Symbolische in Aktionismus, Illegalität oder gar Kriminalität mündet. Das Projekt "Legal/Illegal. Grenzgänge zwischen politischem Aktionismus und Kunst" zeigt Arbeiten von etwa 30 KünstlerInnen aus Deutschland, Großbritannien, Italien, der Schweiz und den USA. Eine kleine, repräsentative Auswahl von Materialien wird historische Positionen (Arthur Cravan, Franz Jung, bis George Maciunas) vergegenwärtigen.

Berlin, 15. 10., 19 Uhr, bis 28.11., täglich 12 bis 18.30 Uhr, in der NGBK, Oranienstr. 25

35. Marx' Gespenster in der Debatte um die "Autonomie der Migration"

Eine Erwiderung auf Tobias Pieper in ak 485

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:35

Vor zwei Ausgaben befasste sich Tobias Pieper kritisch mit der von Kanak Attak - u.a. in Fantômas - vertretenen These von der "Autonomie der Migration". (1) Migrationsbewegungen, so Pieper, seien nicht autonom, sondern "letztlich durch die Aneignungsgesetze des Kapitals" bestimmt. Die widersprüchlichen Momente der kapitalistischen Mehrwertaneignung, die durchaus auch unkontrollierbare Migrationsbewegungen hervorrufen, würden zusammengehalten durch die "ideologische Funktion" von Rassismus und Sexismus. Der folgende Beitrag nimmt die Diskussion am letzten Punkt auf. Effi Panagiotidis und Ulas Sener plädieren am Beispiel historischer feministischer Kämpfe für ein nicht auf "kapitalistische Aneignungsgesetze" fokussiertes Politikverständnis und dafür, das Ausmaß der "postfordistischen" Transformation in den Formen der Analyse wie der Organisierung zu berücksichtigen.

Ein Gespenst geht um in der Welt, verbreitet Schrecken, hinterlässt hier und da seine Spuren, entwischt den Kontrollen, stellt eine große Herausforderung dar. Gäbe es nicht dieses Gespenst, wie Tobias Pieper in seinem Artikel "Weder Gespenst noch autonom" postuliert, löste sich in der Tat der ganze Spuk auf.

Die alte magische Formel eines bestimmten Marxismus ist auch in Piepers Artikel wieder am Werk: Ursache der Mobilität ist demnach keine andere als die Verwertungsdynamik des allumfassenden Kapitals, dessen funktionelles Element die Migration sei. Es ist kaum verwunderlich, dass aus dieser Perspektive der Zusammenhang von Rassismus und Sexismus lediglich als eine Art ideologischer Konstante gesehen wird: Die Grundmechanik der kapitalistischen Ex- und Inklusion folgt demnach allein den Bewegungsgesetzen der Zirkulation der Ware Arbeitskraft.

Ein solch anachronistisch anmutendes Remake einer werttheoretischen Interpretation der Migrationsbewegungen wird in der kritischen Rassismusanalyse schon seit Jahrzehnten als Reduktionismus attackiert und hat keinen Begriff für das subjektive Gesicht der Migration und ihre gespenstischen Kämpfe. Der politische Widerstand erfolgt aus der Sicht von Tobias Pieper nämlich durch die "kollektive Inbesitznahme der Fabrik". Im Mittelpunkt dieser Argumentation steht damit der offenbar unsterbliche Typus des/der LohnarbeiterIn.

Piepers Beitrag steht exemplarisch für eine bestimmte neu-altlinke Konzeption von Migration. Die kritische Auseinandersetzung mit der "Autonomie der Migration", die der Artikel von Tobias Pieper zwar verspricht, aber nicht einlöst, demonstriert die Engpässe einer Kritikform, die sich nach wie vor der Herausforderung der migrantischen und feministischen Kämpfe und ihrer Kritik an der Zentralität des Klassensubjekts verweigert.

Wir favorisieren demgegenüber einen anderen Typus von Kritik und einen anderen Typus von Politik. Beides wollen wir im Folgenden durch zwei Bezugnahmen skizzieren: auf die feministischen Kämpfe um Lohn für Hausarbeit einerseits, auf eine "Politik der Multituden", die ohne vereinheitlichende oder reduzierende Figuren auskommt, andererseits. Beide Bezugnahmen sind Markierungspunkte in dem Feld, in dem sich die Bewegungen und Kämpfe einer "Autonomie der Migration" situieren.

Eine, zwei, drei Autonomien

Der Perspektivwechsel, den Vertreterinnen der "Lohn-für-Hausarbeit"-Debatte in den 1970er Jahren einläuteten, bestand darin, mit Blick auf die gesellschaftlich notwendige Arbeit von Frauen die herrschende Vorstellung von (Lohn-) Arbeit zu kritisieren. Die Aktivistinnen kämpften damals gegen den fordistischen Klassen/Geschlechter-Kompromiss, der Hausarbeit als Frauenarbeit zu Hause in die abgetrennte Privatsphäre verbannte. Sie verlangten für ihre Arbeit Geld vom Staat, um ihr Leben unabhängig organisieren zu können. Indem sie sich weigerten, als einzige Alternative die Vergesellschaftung durch die Arbeit in der Fabrik zu akzeptieren, erweiterten sie zugleich den politischen Handlungsspielraum auch der Linken.

Diese Kämpfe befriedete der fordistische Wohlfahrtsstaat auf Kosten der unbezahlten Hausarbeit und durch die Konsolidierung der rassistischen Arbeitsteilung. (2) Heute findet Arbeit im Reproduktionsbereich meist

unter entgarantierten, deregulierten, flexibilisierten, kurz: prekären Bedingungen statt und umfasst neue Formen mehr oder wenig freiwilliger Selbständigkeit - Leiharbeit, Zeitarbeit, Mini- oder Projektjobs bis hin zu Schwarzarbeit. Bezahlte Hausarbeit, überwiegend erledigt von MigrantInnen mit illegalisiertem Aufenthaltstatus, ist die konkrete Antwort auf das Problem, wie die zwei als getrennt betrachteten Sphären Beruf und Familie komplementär vereinbart werden sollen. Diese Tätigkeiten sind schon längst "Gestalten der neuen Normalität der Ausbeutungsverhältnisse". (3)

Piepers Beharren darauf, die Befreiungskämpfe in die "Fabrik" zu zwängen, rekurriert auf eine patriarchale orthodox-marxistische Analyse, die ihre Radikalität aus der dialektischen Logik der Erlösung am fernen Ende der Geschichte schöpft und die starre Trennung zwischen Produktion und Reproduktion sowie zwischen privat und öffentlich als zentrale Analyse-Kriterien reproduziert.

Weder reformistisch noch radikal

Die Vertreterinnen der Lohnforderung hatten in der Auseinandersetzung um unbezahlte Hausarbeit betont, dass diese Kämpfe in Verbindung stehen mit der Arbeit außerhalb des Hauses, der Vergesellschaftung der Dienstleistungen und der Problematik der Gesamtbedingungen der menschlichen Reproduktion und der Sexualität. Davon ausgehend verwiesen die Aktivistinnen auf zwei häufige Fehler innerhalb der feministischen Argumentation. Der eine Fehler, die "reformistische Schwäche", lag demnach darin zu glauben, dass aus den verschiedenen genannten Bereichen sich eine "befreiende Alternative" herauslösen lasse. Der zweite Fehler, die "radikale Schwäche", lag in der Vorstellung, unterschiedliche Themen und deren Kampfziele könnten getrennt und unabhängig voneinander angegangen werden - nach dem Motto, Erfolg ist, wenn frau irgendwo wenigstens Teilforderungen durchsetzt.

Die Lohn-für-Hausarbeit-Aktivistinnen sahen demgegenüber das Ziel der Frauenbewegung darin, ein Machtinstrument zu schaffen, das die Frauen nicht vor schlechte Alternativen stellt. Dieses sollte dazu beitragen, von einer offensiven Position aus Verhandlungen über die verschiedenen feministischen Anliegen und ihre materielle Umsetzung zu führen. Eine Strategie, die bloß ein Befreiungsbewusstsein über die "weibliche Rolle" herbeiführen will und somit die herkömmliche Ideologie durch eine andere ersetzt, lehnten die Aktivistinnen ab: "Wir müssen alles daransetzen, die materiellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich das Leben aller Frauen ändern kann ... Wir wollen durch unseren Kampf in eine Position kommen, die es uns erlaubt, etwas abzulehnen, das schlimmer ist als das, was wir jetzt haben." (4)

"Lohn für Hausarbeit" beanspruchte somit den Platz einer internationalen "strategischen Kernforderung" für die gesamte ArbeiterInnenklasse überhaupt, denn unabhängig von der Höhe der "weiblichen" Berufstätigkeit wurde und wird die Tätigkeit von Frauen überall diskriminiert, solange sie nach wie vor in allen Ländern unbezahlte Hausarbeit zu leisten haben. Eine Änderung dieser Verhältnisse, so die Aktivistinnen, könne jedoch nur durch die Organisierung der unbezahlt reproduktiv arbeitenden Frauen erreicht werden.

Dieses historische Beispiel ist insofern anschließbar an den Begriff einer "Autonomie der Migration", als es auch diesem darum geht, zu ermöglichen, von einer erkämpften Position der Stärke aus in konjunkturell vorhandene Kräfteverhältnisse einzugreifen. Voraussetzung dafür ist jedoch zu verstehen, wie Migration heute organisiert wird, d.h. es geht darum, die Konturen der postfordistischen Klassen- bzw. Geschlechter-Kompromisse aufzuzeigen: Diese zeichnen sich durch Illegalisierung (5) und Vergeschlechtlichung aus, wie das Beispiel bezahlter Hausarbeit durch illegalisierte MigrantInnen zeigt. Um diese Konturen zu erfassen, braucht es jedoch anderer Begriffe als solche, die die Trennung zwischen "privat" und "öffentlich" reproduzieren und letztlich immer auf die Figur des/der LohnarbeiterIn zurückführen. Und es braucht ein Verständnis von Organisierung, das der Heterogenität und Prekarität der gesellschaftlichen Arbeitsformen, Subjektivitäten und Positionen Rechnung trägt.

Widerständige ProduzentInnen

In der Gesellschaft für Legalisierung fand der erste Schritt in diese Richtung statt, als sich die verschiedenen Gruppen und AkteurInnen im gemeinsamen Kampf für ein "No Integration! Für ein Recht auf Legalisierung" vernetzten. Gerade aber weil diese Vernetzung nicht als Vereinheitlichung funktioniert, werden die Beteiligten mit untereinander äußerst heterogenen materiellen Bedingungen und divergierenden politischen Orientierungen konfrontiert. Die Gesellschaft für Legalisierung ist kein basisdemokratisch strukturiertes breites Bündnis, das unterschiedlichen Positionen eine gleichberechtigte Vertretung gewährt. Vielmehr ist sie eine

Möglichkeit der Begegnung, in der die Teilnehmenden um ihre Positionen streiten - und sich verändern können sollen, ohne sich anzugleichen. Die Kraft liegt nicht in der massenhaften Beteiligung, sondern in der Fülle von Gesprächen, Veranstaltungen und unzähligen formlosen Treffen, die Räume eröffnen und organisierend wirken. Die Differenzen und Konflikte dieser Diskussionen werden nicht nur als ideologisch entgegengesetzte Positionen verstanden, sondern vor allem als für den Prozess von Organisierung konstitutive Momente.

Es geht dabei gerade nicht darum, das "Gemeinsame in der Differenz" zu suchen. Treffender wäre es, von einer "offenen Kohärenz" zu sprechen. Judith Revel weist darauf hin, dass es um den Prozess des "Werdens" geht als eine "Produktion von Differenzen", die nicht mit Identifikation, Imitation oder Ähnlichkeit gleichgesetzt werden kann. Dieses Konzept des "Werdens" in seiner politischen Reformulierung zu begreifen heißt, vom Gemeinsamen auszugehen "als Schaffung neuer Arrangements von Differenzen. Das Gemeinsame, Commune, ist nicht das Ende der Differenz, es ist ihre Produktion". (6)

Eine so verstandene Politik der Multitude beruht nicht auf dem Konzept einer Gegenmacht, die sich aus dem uniformen Zusammenschluss von MigrantInnen mit und ohne Papieren speist, welche gegen den Strom der gewaltförmigen Zwangsmobilität des Kapitals migrieren. Wenn die "immateriellen ArbeiterInnen" heute Güter, Dienstleistungen, Informationen, Affekte, Körper, Sexualität produzieren, dann liegt die Herausforderung der Multitude in der Erfindung einer "Sprache" des Widerstands, die in einem inneren Verhältnis zu dieser Form der Produktion steht - ohne sie zu verklären. Denn: "Die prekäre Existenz kreist nicht um das Individuum, sondern um eine Vielzahl von Verbindungen, von Kooperationen und Interdependenzen. Das schließt Unterdrückung und Leid ebenso ein wie Perspektiven der Befreiung, der freien Assoziation." (7)

Das Produzieren einer gemeinsamen Sprache zielt nicht auf Integration und Verständnis. Es will vielmehr das Neuartige in dem Zusammenhang zwischen Migration und Arbeit offen legen - und verweist auf eine Praxis des Widersetzens, die den Kampf gegen Rechtlosigkeit und für soziale Rechte stärkt.

Efthimia Panagiotidis, Ulas Sener

Kanak Attak, Gesellschaft für Legalisierung

Anmerkungen:

1) Tobias Pieper: Weder Gespenst noch autonom. Eine kritische Auseinandersetzung mit der "Autonomie der Migration", in: ak 485

2) Zum fordistischen "Gastarbeiter"-System vgl. S. Karakayal, V. Tsianos: Migrationsregimes in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Verhältnis von Staatlichkeit und Rassismus, in: A. Demirovic, M. Bojadzijev: Konjunkturen des Rassismus, Münster 2002

3) Thomas Atzert: EUROMAYDAY 004. Risquons-nous à penser, 2004, in: http://www.kein.org/keinwiki/PrekarisierungUndSozialeK_e4mpfe

4) Frauen in der Offensive (Hrsg.): Lohn für die Hausarbeit oder: Auch Berufstätigkeit macht nicht frei, München 1974

5) vgl. M. Bojadzijev, S. Karakayal, V. Tsianos: Das Rätsel der Ankunft. Von Lagern und Gespenstern. Arbeit und Migration, in: Kurswechsel 3/2003

6) Judith Revel: Devenir-femme der Politik, in: Atzert, Thomas /Müller, Jost (Hrsg.): Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität, Münster 2004, S. 255-262

7) vgl. Thomas Atzert 2004

36. Stelldichein der linken Bewegung

Im Oktober findet das Europäische Sozialforum in London statt

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:36

Nun steht es schon zum dritten Mal ins Haus: das Europäische Sozialforum (ESF), das vom 14. bis 17. Oktober 2004 in London tagt. Man mag die ewig gleichen Beschreibungen des ESF nicht mehr hören: linker Jahrmarkt, Flickenteppich, buntes Sammelsurium _ doch anstatt die Vorstellung von der substanzlosen Politrevue zu pflegen, empfehlen wir: hinfahren! Nur eine internationale Perspektive führt aus der Defensive! Und die Institutionalisierung transnationaler linker Debatte ist ein Sprung nach vorn.

Zunächst: Die peinlichen Zerrbilder sind berechtigt. Das Lob des Pluralismus dient oft genug dem Zweck, ein eitles Stelldichein der Linken schönzureden. Aber der Rummelcharakter hat auch seine guten Seiten. Aus einer Befragung von TeilnehmerInnen des ersten ESF in Florenz ging hervor, dass viele sich vor allem ein Erlebnis linker Identität erhofften ("Ich will ein Wir-Gefühl"). Es ist ein leichtes, über die sich darin offenbarende politische Einsamkeit zu spötteln. Doch eine Demo - genau wie ein Kongress - war und ist stets auch ein kulturelles Ereignis: Es ist ein nachvollziehbares Anliegen in solch relativ bewegungsarmen Zeiten wie diesen, mal aus dem heimischen Ghetto mit seiner häufig frustrierenden personellen Übersichtlichkeit herauszukommen. Dem erhofften Massen-Flair wird die zentrale Ausrichtung des Londoner ESF zuträglich sein - anders als in Paris, wo zwischen etlichen Unterzentren hin und hergependelt werden musste und man stets das Gefühl hatte, das Wichtigste zu verpassen.

"Ich will ein Wir-Gefühl!"

Das ESF ist aber nicht nur linke Seelenmassage, sondern nebenbei noch hoch informativ. Gerade für jüngere TeilnehmerInnen bietet das bunte Nebeneinanderher auch Erkenntnisgewinn, der sich sozusagen en passant einstellt: Die Beschäftigung mit der politischen Arbeit in anderen Ländern wird zumeist auch den kritischen Blick für die eigene schärfen. Eine Ahnung von einer Widerstandskultur, die etwa bei den Anti-Hartz-Demos in Deutschland so schmerzlich fehlt, kann derzeit ohnehin nur im internationalen Austausch erfahren werden.

Und was spricht eigentlich generell gegen die Masse und Fülle, das angebliche Überangebot? In keinem anderen Rahmen ist es möglich, solch eine Vielfalt an Veranstaltungen und Diskussionen zu erleben. Wann kommt Toni Negri schon nach Bielefeld? Wann war Naomi Klein das letzte Mal in Darmstadt? Zum ESF kommen sie alle.

Wer das als "Promigucken" verspottet, verkennt das Bedürfnis nach Auseinandersetzung mit den von den Bewegungspromis vertretenen Positionen. Ein Bedürfnis, das auch auf Schärfung des eigenen Standpunkts in der Auseinandersetzung mit anderen zielt. Beispiel: In Paris kam es zum Streitgespräch zwischen Antonio Negri (Postoperaisten/Italien) und Alex Callinicos (SWP - Socialist Workers Party/England) über die Tauglichkeit der Kategorie Multitude. Für ersteren handelt es sich um die überfällige Neukonzeption des Klassenbegriffs, für zweiteren um einen poetisch verbrämten Angriff auf die Instrumente marxistischer Klassenanalyse. Der angemietete Saal platzte aus allen Nähten, kurzerhand wurde das Streitgespräch nach draußen verlegt. Dadurch durchmischten sich die Gruppen der angereisten "Schlachtenbummler". Aus Applaus und Buhrufen, mit denen die Anhänger ihr jeweils eigenes Lager zu unterstützen und das gegnerische zu entmutigen suchten, wurden schnell Diskussionsherde im Publikum, die das Podiumsgespräch bald übertönten. Das hat zwar Stadion-Atmosphäre, ist aber mitreißend und lebendig. Für die subjektive Begriffs- und Standpunktklärung wirkt solch ein Szenario vermutlich nachhaltiger als jedes Wochenend-Theorieseminar.

In der Jungle World (12.11.2003) wird die Pluralität des ESF mutig als antiamerikanische und eurochauvinistische Heißmangel entlarvt - das Sozialforum quasi eine zivile Vorfeldorganisation der EU-Armee. Neben solchen pauschalen Fehltritten gibt es jedoch auch berechtigte Kritik seitens linker und linksradikaler Gruppen. Das Nordic Anticapitalist Network (ehemals Nordic PGA) etwa bezeichnet die Organisation der Sozialforen als undurchsichtig und undemokratisch. Es sei gar nicht möglich, auf die Agenda Einfluss zu nehmen, es gebe keine Repräsentation der Aktiven selbst. Eine ähnliche Kritik kommt aus der "Prekarisiertenbewegung": Die von Prekarisierung am meisten Betroffenen seien nicht in der Lage, sich an solchen Treffen zu beteiligen. Vernetzung und Organisation auf lokalem Niveau sei notwendig - und kein aufgeblähtes ESF, auf dem sich eh nur die privilegierten Apparatschiks tummelten.

Auch die Zentriertheit auf Westeuropa wurde häufig berechtigterweise kritisiert. Hier hat sich jedoch einiges getan. Es gibt dieses Jahr eine vergleichsweise breite Beteiligung auch von polnischen, baltischen, rumänischen AktivistInnen. Besonders der Vorwurf, MigrantInnengruppen würden ausgeschlossen, wird gegen das ESF in Stellung gebracht. Doch sowohl in Paris als auch in Florenz waren MigrantInnen sehr wohl Teil des Forums und der Demo. Die Behauptung, das ESF sei eine weiße Veranstaltung, wie sie u.a. in ak 479 vertreten wurde, ist so gesehen falsch.

Die Bewegungs-Promis kommen

Nach den Erfahrungen vom letzten Jahr steht eher zu befürchten, dass das ESF eine christlich-islamische Veranstaltung sein könnte. Neben einem Vorfall auf dem ESF, der für Furore sorgte, stach vor allem die enorme Anzahl palästinensischer Fahnen auf der Abschlussdemonstration ins Auge. Solidaritätsbekundungen mit der palästinensischen Intifada waren keine Ausnahme. Auch wenn der Bezug auf palästinensische Nationalsymbole in den meisten Fällen als Protest gegen die Besetzungspolitik der Regierung Scharon zu verstehen ist, bleibt ein schaler Beigeschmack. Eine Israelfahne hätte auf dieser Demo garantiert niemand gefahrlos schwenken können. Ein Depp mit Pappmaché-Bombengürtel wäre hingegen in weiten Teilen vermutlich kaum negativ aufgefallen. Dies stellt die radikale Linke vor eine Herausforderung: So unsinnig es wäre, dem Forum pauschal Antisemitismus vorzuwerfen, so unerträglich ist doch die Vorstellung, auf einer Demo zu laufen, auf der sich Israelis oder Menschen jüdischen Glaubens bedroht fühlen müssen. Beim Londoner ESF muss die Auseinandersetzung mit entsprechenden Positionen also verstärkt werden. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass solche Antisemitismus-Diskussionen auf internationaler Ebene sehr schwierig sind - aber nicht zwangsläufig zum Scheitern verurteilt.

Derweil läuft die Vorbereitung für die Londoner Veranstaltung auf Hochtouren. Erstes Ärgernis ist die Höhe des zu zahlenden Eintritts: 30 Pfund soll er pro Person betragen, ermäßigt 20. Der Preis ergibt sich aus den hohen Kosten für die Veranstaltung des Spektakels. Räume sind teuer in London, und die Übersetzung in sechs Sprachen, die eine Verständigung bei größeren Seminaren gewährleisten soll, hat die Summe weiter in die Höhe getrieben.

Für Ärger im Vorfeld hat vor allem die Vergabe des Internetauftritts an eine kommerzielle Agentur gesorgt. Ein tiefer Riss ging durch den Vorbereitungskreis, da viele den Selbstorganisierungscharakter des ESF in Gefahr sahen. Doch durch die frühzeitig gut funktionierende Homepage war eine Transparenz über den Stand der Vorbereitung gegeben, der eine Beteiligung auch für Außenstehende erleichterte.

Besondere Kritik im Vorfeld mussten auch die AktivistInnen der SWP einstecken - ihr dominantes Auftreten wurde vielfach moniert. Augenfälliger wird es aber noch während des Forums sein. Die ohnehin marktschreierischen SWP-Anhänger werden dem Straßenbild Londons gehörig ihren Stempel bzw. ihr Pappschild aufdrücken. Von einer vollständigen Dominanz der Vorbereitung durch die trotzkistische Gruppierung kann trotzdem nicht die Rede sein. Vielmehr waren die VeranstalterInnen sichtlich bemüht, eine Abspaltung der radikalen Linken zu verhindern. Teile der autonomen und anarchistischen Szene hatten letztes Jahr in Paris - zeitlich parallel, aber räumlich und logistisch getrennt vom großen Forum - ihr eigenes Süppchen gekocht. In London werden die Aktivitäten des "Autonomous Space" nun auch im offiziellen Programm gleichberechtigt mit aufgeführt. Die Anmeldung von Veranstaltungen durch linksradikale Gruppen war zudem problemlos möglich. Das sollte unbedingt als positive Entwicklung verbucht werden, auch wenn die derart wohlwollend Umarmten schon Vereinnahmung wittern. Allerdings wurde, pünktlich zum Beginn der Planung des Autonomous Space das Ex-Grand Banks Social Centre geräumt, in dem die meisten Aktivitäten stattfinden sollten. Man darf gespannt sein, ob diese nun doch Asyl in den offiziellen ESF-Gebäuden finden oder ob geeignete Räume alternativ gesucht werden müssen.

Radikale Positionen sichtbar machen!

Seit es das ESF gibt, findet ein Kampf um die Sichtbarkeit von Positionen und Theorien statt. Um sich dort erkennbar zu machen, muss viel Arbeit aufgewendet werden. Umso wichtiger wäre es für die undogmatische antikapitalistische Linke, sich als Fraktion stärker aufeinander zu beziehen und die Forums-Aktivitäten schon im Vorfeld abzustimmen. Dann wäre sie personell und strukturell durchaus in der Lage, als Strömung sichtbar zu sein.

Bei einer solch bombastischen Veranstaltung wie der in London ist die Gefahr jedoch groß, im Angebot unterzugehen. Radikal linken Seminaren droht stets auch die räumliche Verdrängung an den Rand der Ereignisse - so geschehen letztes Jahr in Paris mit dem Workshop der Berliner Gruppen FelS (Für eine linke Strömung) und ALB (Antifaschistische Linke Berlin). Dennoch war das Seminar einer der interessanteren Anlaufpunkte. Es war ein erster Versuch, eine strategische Debatte über Chancen und Grenzen des sozialen Ungehorsams (der "Disobedience") zu führen und deren Alltagstauglichkeit zu prüfen sowie die Möglichkeiten einer vertieften internationalen Vernetzung auszuloten. Dieser Workshop hatte als gemeinsame Hausaufgabe aufgegeben zu untersuchen, mit welchen Methoden, Parolen und Aktionsformen die radikale Linke bei den europaweiten Sozialprotesten in Erscheinung treten könnte. Auf die Fortsetzung des "Meetings" darf also mit Spannung gewartet werden. Dem Wirken einiger Gruppen aus diesem Verbund ist es jedenfalls zu verdanken, dass es einen eigenen antikapitalistischen Block mit Beschallung und Entertainment auf der Abschlusskundgebung geben wird.

Stefan Müller

Stefan Müller ist aktiv bei Avanti - Projekt undogmatische Linke. Die Gruppe Avanti bietet auf dem Forum einen Workshop zum Thema "Antisemitismus und Neonazis in der globalisierungskritischen Bewegung" an. Derzeit bastelt Avanti an einer vierteiligen Radiosendung zum ESF, die im Vorfeld beim Hamburger freien senderkombinat (fsk) zu hören sein wird.

Anmeldung zum ESF: www.fse-esf.org

Weitere Informationen: www.esf2004.net, www.dsf-gsf.org, www.avanti-projekt.de, www.antifa.de, www.wombles.org.uk

37. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:37

Schadenfreude ist nicht angesagt, wenn wieder mal eine linke Zeitung in die Krise gerät. Selbst dann nicht, wenn es sich dabei um die Berliner Wochenzeitung Jungle World handelt, die derzeit mit dramatischen Worten um Hilfe ruft. "Jungle in Not!" und "Es geht um alles!" schallt es der schrumpfenden Leserschaft entgegen; 500 neue AbonnentInnen sollen geworben werden, um den Fortbestand der Zeitung zu sichern. Da kann man nur viel Glück wünschen.

Was allerdings kritische Kommentierung herausfordert, ist die Darstellung der Jungle-Redaktion und ihrer UnterstützerInnen, worauf denn die Misere zurückzuführen sei: Die Zeitung ist aus der Sicht ihrer MacherInnen einfach zu gut, nämlich zu unabhängig, die Linke aber zu borniert, um diese herausragende Qualität zu würdigen: "Die Jungle World hat sich dem antiamerikanischen Mainstream, der von der NPD über die Repräsentanten des Alten Europas bis zur jungen Welt reicht, verweigert", schreibt der Jungle-Solikreis Berlin. Den "Vorwurf des Bellizismus" findet man in diesem Kreis irgendwie ungerecht. Und war die Kritik der Jungle World an der Friedensbewegung, der globalisierungskritischen Bewegung oder den Sozialprotesten nicht so hämisch und vernichtend gemeint, wie sie formuliert war? Der Solikreis jedenfalls wirft denen, "die sich in den linken Schützengräben und Elfenbeintürmen eingerichtet haben", vor, sie hätten notwendige Kritik als "Störung neuer linker Kuschelbündnisse" übel genommen. Dieses simple Weltbild wurde inzwischen auch in der taz (8.9.) reproduziert, die einen weitgehend unkritischen Artikel über die Jungle-Krise mit der Dachzeile einleitete: "Weil der Dogmatismus um sich greift, gerät die Jungle World ins Abseits".

Ohne Dogmatismus und Sendungsbewusstsein, auch ohne jede Illusion, "Kuschelbündnisse" vorzufinden oder gründen zu können, rufen wir dazu auf, in die laufenden Sozialproteste von links einzugreifen. Unsere redaktionelle Erklärung "Dazwischen gehen!" leitet erneut einen Schwerpunkt zu diesem Thema ein. In der Rubrik Linke finden sich weitere Berichte und Meinungsäußerungen zum Stand der Bewegung, außerdem ein Rückblick auf die Aneignungsbewegung der 1980er Jahre.

Bei allem Aktivismus versäumen wir auch diesmal nicht den Blick über den Tellerrand: Frankreich, Tschetschenien, Venezuela und die USA sind nur einige der konfliktreichen Schauplätze, die wir unter die Lupe nehmen. Auch mit Geschichte beschäftigen wir uns - zumal damit höchst aktuelle Politik betrieben wird. So ist die ausführlich vorgestellte Genozidforschung ebenso geschichtspolitisch relevant wie Bernd Eichingers Film über Hitlers "Untergang" - ein neuer Versuch, das deutsche Täterkollektiv als von einem "irren Verbrecher" missbraucht zu entlasten.

Dass wir trotz heißem Bemüh'n offensichtlich immer noch manches falsch machen, zeigt uns das Kündigungsschreiben eines langjährigen Abonnenten, der uns "zu liberal" findet. Insbesondere vermisst er klare Aussagen über "unser Ziel" radikaler Gesellschaftsveränderung, das ihn seinerzeit in die Reihen des Kommunistischen Bundes geführt hatte. Der Klarheit und der Wahrheit wegen (alter Arbeiterkampf-Werbeslogan) wiederholen wir gern, was vor 30 Jahren genauso richtig war wie heute: Der Kapitalismus hat keine Fehler - er ist der Fehler! Es wird Zeit, ihn abzuschaffen.

ak-Redaktion

38. Alter Wein in alten Schläuchen

Die Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit wird ihrem Namen voll gerecht

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:38

Der SPD laufen die Mitglieder und WählerInnen davon. Die Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit will die Abtrünnigen sammeln. Scheinbar eine einfach Sache. Doch aller Anfang ist schwer: Vor der für November geplanten Parteigründung müssen noch wichtige Entscheidungen gefällt werden. Will man SPD-Unterstützer-Wahlverein werden oder eigenständige, systemoppositionelle Partei links von der Sozialdemokratie?

Abwegig ist der Gedanke einer Parteigründung links von der Sozialdemokratie angesichts der momentanen Lage nicht. Mit ihrer euphemistisch als Reformpolitik bezeichneten Politik des Sozialabbaus hat die SPD Teile ihrer StammwählerInnen düpiert und abgeschreckt. Die Anzeichen mehren sich, dass dies nicht nur eine zwischenzeitliche Mobilisierungsschwäche der SPD ist, sondern eine substanzielle Entkoppelung. Der Göttinger Parteienforscher Franz Walther geht jedenfalls davon aus, dass die "unterschichtige Arbeiterklasse" von der SPD nicht mehr im politischen System repräsentiert wird. (Süddeutsche Zeitung, 12.8.04) Wenn dem so wäre, dann hätte die Schröder-Müntefering-SPD objektiv im bundesdeutschen Parteiensystems den Platz für eine linke Partei frei gemacht.

Eines ist sicher: Bei wachsender sozialer Ungleichheit, verschärfter Konkurrenz der Individuen gegeneinander und zunehmender ökonomischer Existenzangst herrscht in den Parlamenten eine Einheitsideologie, nach der alles und nur das gut ist, was dem Kapital nutzt. Diese Diskrepanz zwischen sozialer Wirklichkeit und parlamentarischer Repräsentanz wirkt sich in Parteienverdrossenheit, im allgemeinen Ansehensverlust "der PolitikerInnen" und in Wahlabstinenz aus. Die letzten Wahlgänge in Kommunen, Ländern und zum Europaparlament zeigen dies deutlich. Die Zahl derjenigen, die an den Wahlen gar nicht mehr teilnehmen, nimmt beständig zu. Sie stellen zur Zeit die Mehrheit der StaatsbürgerInnen. Dass man gar nicht mehr zur Wahl geht, ist momentan die vorherrschende Reaktion auf die Delegitimierung der politischen Institutionen und Vermittlungsmechanismen der alten BRD. In dieses Vakuum wollen nun die Gründer einer neuen Linkspartei stoßen - was ja erstmal gut und nicht schlecht ist. Vor allem könnte eine linke Wahlalternative der Gefahr vorbeugen, dass sich die Empörung über soziale Ungerechtigkeit in der Wahl von Rechtspopulisten und Rechtsextremisten ausdrückt. Dass diese Gefahr - zumal in Deutschland - besteht, hat die Wahl im Saarland gezeigt.

Dürftige Programmatik

Knapp 700 TeilnehmerInnen kamen am 20. Juli in Berlin zum ersten bundesweiten Kongress der Initiative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit (ASG) und der Wahlalternative 2006 zusammen. Der Kongress war noch allein von der Wahlalternative 2006 initiiert worden. Doch wie fast alle lokalen und regionalen Treffen war auch der Berliner Bundeskongress bereits eine gemeinsame Sache von ASG und Wahlalternative, die zeitgleich und unabhängig von einander entstanden waren. Anfang Juli dann wurde aus beiden Initiativen der Verein Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit (WASG), dessen Mitglieder innerhalb von sechs Monaten über die Gründung einer Partei entscheiden sollen. Über 4.000 Mitglieder sind seitdem der Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit beigetreten, erste Landesverbände gegründet und regionale Gruppen in allen Bundesländern entstanden. Allerdings existiert ein deutliches Ost-West-Gefälle: In den neuen Bundesländern gibt es nur geringe Resonanz. Ganz anders sieht es dagegen im Westen aus. Es sind vor allem GewerkschafterInnen und enttäuschte SPD- und PDS-Mitglieder, linke HochschulprofessorInnen und attac-AktivistInnen, die es in die Reihen der WASG zieht. Rebellen, die "gespalten und überfordert" seien, nennt sie der Spiegel, die FAZ machte aus ihnen "orthodoxe Marxisten", "Marxisten" oder wenigstens "Schüler des marxistischen Wirtschaftsprofessors Schui". Ihr größter gemeinsamer Nenner: Protest gegen den rot-grünen Sozialabbau, vor allem gegen die Agenda 2010.

Flirt mit Gysi und Lafontaine

Konsequent konzentriert sich die politische Botschaft der WASG fast ausschließlich auf die Themen Beschäftigung und Verteidigung des Sozialstaats. Im ersten Eckpunkteprogramm sind die Überlegungen an den Beispielen Steuern, Renten, Gesundheit und Tarifautonomie ausgeführt. Unverkennbar ist dabei die

gewerkschaftliche Handschrift. Offenbar ist man der Meinung, dass die "gut entwickelte, von den meisten Linken anerkannte Positionen z.B. der Memorandum-Gruppe und der Abteilung Wirtschaftspolitik bei der ver.di-Bundesverwaltung die programmatische Grundlage einer Wahlkandidatur bilden könnte", wie es Florian Weiß ausdrückte. (vgl. rls standpunkte 10/2004) Ob man mit dieser programmatischen Beschränkung das Ziel "einer Erneuerung des Sozialstaates" erfolgreich umsetzen kann, scheint fraglich.

"Ein gewerkschaftliches Programm für Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit dürfte zu schmal sein, um den Aufbruch in eine neue Zukunft zu signalisieren", warnt beispielsweise der ehemalige IG-Medien-Vorsitzende Detlef Hensche und gibt zu bedenken: "Es hat ja Gründe und ist nicht nur das Werk neoliberaler Teufelei, dass die Gewerkschaften, die Anwälte des Sozialstaats, derzeit programmatisch in der Defensive stecken." (Sozialismus, 6/04) Florian Weis argumentiert ähnlich: "Vor allem aber hätte ein solchermaßen begrenztes politisch-kulturelles Projekt es schwer, auch solche Menschen ... zu begeistern, die zwar grundsätzlich sozial orientiert sind, aber klassischen Antworten misstrauen und große individuelle Freiräume wollen." (s.o.)

Mit der bislang vorgelegten Ausrichtung erweist sich die WASG als Fleisch vom Fleische der Sozialdemokratie. Antworten auf die grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen dürften damit schwer fallen. Bislang jedenfalls vermisst man die Bereitschaft, sich auch anderen programmatischen Impulsen zu öffnen, so als habe es z.B. keine Diskussion um soziale Grundsicherungsmodelle gegeben, die auch die Interessen prekär Beschäftigter berücksichtigt, oder um die Frage, wie statusunabhängige Mindestrechte z.B. für "illegale" MigrantInnen garantiert werden könnten.

In den ersten Überlegungen zu einer Wahlalternative war eine solche Offenheit zumindest noch andeutungsweise zu finden. So etwa im erweiterten Entwurf "Für eine wahlpolitische Alternative 2006". Da heißt es, man wolle der sich "entwickelnden sozialen Bewegungen und außerparlamentarischen Opposition" eine "parlamentarisch-politische Repräsentanz" sein. Programmatisch sollten neben "Gegenpositionen und Alternativen zur Politik des neoliberalen Gesellschaftsumbaus, des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben" auch "die üblichen Positionen des ‚linken Mainstreams`, die zentralen Anliegen der demokratischen Bewegungen (v.a. Frieden, Ökologie, Frauen, Globalisierungskritik, Interessen der MigrantInnen) im Mittelpunkt" stehen.

Das kann man als Erweiterung eines engen gewerkschaftlichen Bezugsrahmen lesen und als Bereitschaft, auf die TrägerInnen solcher Positionen zuzugehen. Mittlerweile hat es jedoch den Anschein, dass man so viel Offenheit nicht will. Denn inhaltlich würden solche Punkte wohl nur zum Tragen kommen, wenn man ernsthaft auf die jeweiligen Akteure in diesen Politikbereichen zugehen würde. Ein Aspekt des Konflikts in Berlin zumindest zeigt, wie schwer sich die InitiatorInnen der WASG damit tun. In der Hauptstadt hat der Bundesvorstand als Landeskoordinator den IG-BAU-Bezirkschef Lothar Nätebusch eingesetzt, und damit AktivistInnen des Volksbegehrens gegen den rot-roten Senat und der Berliner Wahlalternative düpiert, die sich seit Sommer 2003 um den Aufbau einer landesweiten Wahlliste bemühen. Sie werfen dem Bundesvorstand nun vor, sich mit seiner Entscheidung "ohne Not" an den autoritären Elementen der deutschen Gewerkschaftstradition zu orientieren, was dem eigenen Anspruch widerspräche, die Erfahrungen der neuen sozialen Bewegungen in das neue Projekt einbringen zu wollen.

Natürlich steckt dahinter noch ein anderer Konflikt. Die WASG ist als Initiative auf Bundesebene angelegt. Sind ihr deshalb Kandidaturen zu Landtagswahlen sowieso suspekt, kommt in Berlin der Sonderfaktor PDS hinzu. Ein Teil der Berliner AktivistInnen spricht sich explizit gegen die neoliberale PDS-Politik in der Hauptstadt aus und zielt mit seinem Volksbegehren ja auch auf die Abwahl des rot-roten Senats. Solche Aktivitäten können natürlich störend sein, wenn es um Überlegungen geht, wie man eine Konkurrenzkandidatur zwischen PDS und neuer Linkspartei bei den nächsten Bundestagswahlen verhindern kann.

Linke Alternative oder diffuse Protestpartei?

Die anfängliche schroffe Abgrenzung der ASG-Initatoren um Klaus Ernst, jetzt Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der WASG, gegenüber der PDS hat sich mittlerweile merklich abgeschwächt. Eine Listenverbindung mit der PDS zur Bundestagswahl wird jedenfalls nicht mehr ausgeschlossen. Diese Entwicklung kann nicht überraschen. Thomas Händel - zusammen mit Klaus Ernst, Herbert Schui, Anny Heike, Peter Vetter, Gerd Loboda und Günther Schachner Initiator der Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit und 1. Bevollmächtigter der IG-Metall-Verwaltungsstelle Fürth - hatte sie bereits im April angedeutet. "Die hohe Zahl

der (hoffentlich nicht völlig resignierten) Nicht- und Nichtmehr-Wähler wieder für politisches Handeln zu gewinnen, ist unsere Absicht", schrieb er in Sozialismus (04/2004). "Damit hoffen wir, die Linke im deutschen Bundestag zu stärken und eine Mehrheit gegen die verheerenden Konzepte von Schwarz/Gelb zu schaffen. Anders formuliert: Verschwindet dieser stille Protest in resigniertem Nichtwählen, sind absolute Mehrheiten für Schwarz/Gelb oder gar Schwarz alleine aus wahlarithmetischen Gründen vorprogrammiert."

Die Linke im Bundestag zu stärken und eine Mehrheit gegen eine CDU-geführte Bundesregierung zu schaffen? Mit anderen Worten: Anscheinend optieren maßgebliche Kräfte auf die Unterstützung einer SPD-geführten Bundesregierung. Der Flirt mit Oskar Lafontaine und die immer wieder aufkommenden Spekulationen, Lafontaine und Gysi könnten Frontmänner der neuen Wahlpartei werden, kann unter diesen Umständen dann kaum mehr überraschen. Fakt ist jedenfalls, dass es seit längerem "informelle Kontakte" mit Lafontaine gibt, wie Händel gegenüber den Nürnberger Nachrichten einräumte.

Ob man mit dem Gestus der Retter des Sozialstaats wirklich auf der Höhe der Zeit ist, darf getrost bezweifelt werden. Während Hunderttausende gegen Hartz IV auf die Straße gehen und gegen dessen Einführung demonstrieren, wird auf Veranstaltungen der WASG darüber diskutiert, dass man sich für eine 20-prozentige Erhöhung der Sozialhilfe einsetzen soll. Soll das die Aufgabe einer linken Wahlalternative sein? Wer sich solche Selbstbeschränkungen auferlegt, wird leicht zum Spielball anderer. Kein Wunder, dass man in Hamburg durch das Ansinnen von Parteigängern Schills, sich in der WASG zu engagieren, in Bedrängnis kam und sich nicht so richtig entscheiden kann, wie man sich dazu verhalten soll. Zwar will man einen organisierten Übertritt von Schillianern verhindern, doch gegen einzelne Eintritte hat der Hamburg-Koordinator Joachim Bischoff nichts einzuwenden, das sei nicht unbedingt problematisch. (Hamburger Abendblatt, 4.8.04) In einem solchen Verhalten spiegelt sich auch die unsägliche Debatte wieder, ob man nun eine linke Partei oder eine Protestpartei gründen soll. Als würde nicht die Krise der SPD deutlich zeigen, dass die lange für tot erklärte Links-Rechts-Achse der Politik nach wie vor existiert.

Heute, in einer Situation zunehmender sozialer Spaltung in Reich und Arm, in Gewinner und Verlierer, tritt sie deutlich zu Tage. Eine wählbare linke Alternative wäre da wirklich nicht das Schlechteste.

mb.

39. "Die Armen essen ihre Häuser"

Mike Davis' Analyse der "Geburt der Dritten Welt"

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:39

Bekannt geworden ist Mike Davis hier zu Lande mit seinen bahnbrechenden Studien über Los Angeles und den amerikanischen Südwesten ("City of Quarz", "Casino-Zombies", "Ökologie der Angst"). In seinem neuesten Buch widmet sich der amerikanische Soziologe und Historiker der politischen Ökologie des Hungers. Seine These: In den Hungerkatastrophen des viktorianischen Zeitalters liegt die eigentliche Geburtsstunde der so genannten Dritten Welt.

Die "Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter" beginnt mit einer Reise: Ulisses S. Grant, Kriegsheld des amerikanischen Bürgerkrieges und gerade zurückgetretener Präsident der Vereinigten Staaten, macht Familienurlaub. Von 1877 bis 1878 bereisen die Grants Europa, Ägypten, Indien China und Japan. Doch spätestens nachdem der Tross den Nil erreicht hat, wird der Urlaub zum Höllentrip: Das nordöstliche Afrika, Indien und China sind Hungergebiete. Sie sind es seit 1876 und werden es lange bleiben.

Wo die Grants auch hinkommen - zumindest sobald sie die Paläste der britischen Kolonialherren und einheimischen Potentaten verlassen -, säumen Leichen ihren Weg. Zeitgenössische Beobachter malen Bilder apokalyptischer Gräuel. Nach unterschiedlichen Schätzungen sterben in den drei Jahren zwischen 1876 und 1879 allein in Indien zwischen 6,1 und 10,3 Mio. Menschen. Für China variieren die Zahlen zwischen 9,5 und 20 Mio. Und kaum 16 Jahre später, von 1896 bis 1900, sind es wiederum Millionen, die weltweit an Hunger sterben: zwischen 6,1 und 19 Mio. in Indien, 10 Mio. in China, 2 Mio. in Brasilien. Auch in weiten Teilen Nordost- und Südafrikas und in Südostasien war die "Herrschaft der Hölle" angebrochen. Allein in Äthiopien und dem Sudan ist ein Drittel der gesamten Bevölkerung vom Hunger hingerafft worden. Das Schlimmste, was EuropäerInnen bis dahin gekannt haben, war die große Hungersnot in Irland. Von 1845 bis 1847 kostete sie eine Million Menschen das Leben.

Aber was ist eine "Hungerkatastrophe"? Was ist eine "Dürre"? Das, was bis heute gerne als katastrophische Laune der Natur dargestellt wird, dechiffriert Mike Davis bis ins letzte schaurige Detail als imperialistischen Angriff auf die Subsistenzökonomien der damaligen kolonialen und halbkolonialen Regionen. Eine Dürre ist eben nicht nur die Folge eines ausgeblieben Monsunregens. Sie ist auch die Folge zerstörter lokaler Bewässerungssysteme und einer privatisierten, profitorientierten Wasserversorgung.

Genauso ist "Hunger" nicht einfach das Resultat von Missernten. "Hunger" ist die Folge erzwungener Monokulturen von weltmarktfähigen Cash-Crops und von blutigen Enteignungsmaßnahmen gegen gemeinschaftliche Nutzungen von Brunnen, Wäldern und Weiden. Und Hunger ist die Folge eines drakonischen und mit allen militärischen Mitteln durchgesetzten Freihandelsregimes: Konfiszierung und Besteuerung von Getreidevorräten für den Export statt für die hungernde Bevölkerung, schwindelerregende Preissteigerungen, Verbot jeglicher Hungerhilfe.

Reise in ein Dante'sches Inferno

In seinen Fallstudien zu Indien, China und dem Nordosten Brasiliens zeichnet Davis diese politische Ökologie des Hungers am eindrücklichsten nach. Hier entwickelt er auch seine These von der "Geburt der Dritten Welt". Denn erst jetzt, im Zuge dieser mörderischen Hungerjahre, werden die lokalen Subsistenzökonomien endgültig zerstört und über den Weizenzyklus in die brutale Gewalt des Weltmarktes hineingezwungen. Noch bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts ging es einem Arbeiter oder einer Bäuerin in Indien oder China materiell keineswegs schlechter als ihren KlassengenossInnen in Europa, die Kluft zwischen Metropole und Trikont innerhalb der ausgebeuteten Klassen war kaum existent. Die Massenvernichtung in den letzten 30 Jahren des Jahrhunderts änderte dies grundlegend. Denn - auch das zeigt Davis sehr deutlich - unter dem Diktat des Imoperialismus bedeutete die Liquidierung der Subsistenz eben nicht eine eigenständige lokale kapitalistische Akkumulationsdynamik, sondern dauerhafte furchtbare Massenarmut auf der einen Seite und Wucher, Spekulations- und Rentierskapitalismus auf der anderen.

Es ist, als wolle Davis die Leserin bei diesen Schilderungen teilhaben lassen an der Horrorfahrt des Ulisses S. Grant. Doch irgendwann verschwimmen die Zahlen, wiederholen sich die Bilder, der Schrecken verliert seine aufwühlende Schärfe. Was zunächst unter die Haut geht, wird nach der -zigsten Wiederholung blass. Die eine oder andere Kürzung hätte dem Buch hier sicher gut getan.

Modernisierung der Armut

Davis beschreibt den Horror der Hungerjahrzehnte im viktorianischen Zeitalter auch als Resultat eines "Hungerklimas". Die betroffenen Regionen liegen in den so genannten "El-Niño"-Zonen und sind in der Tat höchst anfällig gegenüber starken periodischen Klimaschwankungen. Davis erläutert diese klimatischen Hintergründe für schwankende Monsunregen, Trockenheitsperioden oder auch Überschwemmungsphasen en Detail.

Sein Versuch, die politische Ökologie des Hungers mit den naturwissenschaftlichen Grundlagen der "El-Niño"-Forschung zu verbinden, hat unübersehbare Schwachstellen. Zum einen gelingt die allgemein verständliche Einführung in dieses Gebiet der Klimatologie nur bedingt. Zum anderen aber ist es nicht wirklich erkennbar, wofür der Hinweis auf "El Niño" als Ursache für die klimatischen Störungen in den subtropischen Zonen des Trikont wichtig wäre. Das starke Argument der gesellschaftlichen und politischen Ursachen für Hunger und Verelendung wird dadurch eher abgeschwächt. Die Faszination für "El Niño" treibt Davis ein ums andere Mal in eine gefährliche Nähe einer "Klimatheorie" des Hungers.

Bei allen Einschränkungen: Mike Davis ist ein begnadeter Erzähler, und die "Die Geburt der Dritten Welt" ist ein spannendes Buch. Es wirft nicht nur im historischen Rückblick ein enorm scharfes und gnadenloses Licht auf das Wesen imperialistischer Weltmarktherrschaft, nämlich Gewalt, Mord und Massenvernichtung.

Dirk Hauer

Mike Davis: "Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter", Berlin/Hamburg/Göttingen (Assoziation A) 2004, S. 464, 29,50 Euro

40. Dazwischen gehen!

Wie es mit den Sozialprotesten weitergeht, hängt auch von der Linken ab

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:40

Lange hat die Linke, auch wir, den Sozialprotest in Deutschland herbeigewünscht und herbeigeschrieben, nun ist er da. In ihrer ganzen Widersprüchlichkeit sind die Montagsdemonstrationen mehr noch als die Großdemos vom 1.11.2003 und vom 3.4.2004 die Art und Weise, wie sich der Protest von unten gegen Hartz IV und Agenda 2010 artikuliert. Lange vor und vor allem unabhängig von den klassischen linken Bewegungs- und Vermittlungsformen von Parteien und Gewerkschaften ist der Protest auf die Straße gegangen, weitgehend autonom und selbstorganisiert.

Gerade der Umstand, dass die Montagsdemonstrationen zumindest zu Beginn so völlig unabhängig von dem klassischen linken Protestmuster abgelaufen sind, hat ihre politische Brisanz für die Politische Klasse in diesem Land ausgemacht. Man muss basisdemokratische Formen wie die "offenen Mikros", die teilweise völlig unbekannten und unbedarften OrganisatorInnen oder die Vielzahl öffentlicher Statements von "ganz normalen" Bürgerinnen und Bürgern nicht überbewerten. Aber diese neuen politischen Akteure sind und waren für die routinierte Politmaschinerie unbekannt und unkalkulierbar. Sowohl das erhebliche Medieninteresse als auch die hektische Betriebsamkeit auf Seiten der Bundesregierung und der SPD als unmittelbare Antwort auf die Montagsdemos kontrastiert auffällig mit der betonten Nonchalance und Nichtbeachtung, mit der auf die gewerkschaftlichen Großdemonstrationen im Frühjahr reagiert wurde.

Krise der Repräsentanz

Auch wenn seit dem 2. August in Magdeburg inzwischen montags in über 200 Städten Deutschlands gegen Hartz IV und die Agenda 2010 demonstriert wird, so ist das Bild dieser Demos doch sehr unterschiedlich und in sich widersprüchlich. Die Montagsdemos haben sich offensichtlich als spezifisch ostdeutsche Protestform etabliert, deren Formen im Westen nur übernommen worden sind, ohne dass sich aber der Kontext übertragen ließe. Die Montagsdemos im Osten können an die Sprache, Symbolik und Erfahrung der basisdemokratischen Massenproteste in der Endphase der DDR anknüpfen - eine politische Erfahrung, die im Westen völlig fehlt.

Die Montagsdemos in Ostdeutschland haben zudem im Vergleich zum Westen einen sehr viel ausgeprägteren Subtext. Sie richten sich eben nicht nur gegen Hartz IV und die Agenda 2010, sondern auch gegen die Erfahrung von westlicher Arroganz, gegen das Gefühl, von der Politischen Klasse missachtet, gedemütigt und dominiert zu werden. Nicht nur im Osten, aber hier besonders massiv, sind die Montagsdemonstrationen also auch Ausdruck einer Krise der politischen Repräsentanz; eine Krise, die mit "Politikverdrossenheit" nur unzureichend beschrieben ist und die auf tief gehende Risse in den gesellschaftlichen Vermittlungsmechanismen hinweist.

Ob und in welche Richtung sich diese Risse im Gebälk des autoritären Neoliberalismus vertiefen, ist durchaus offen. Es muss mehr als misstrauisch stimmen, wenn ausgerechnet die Schröders, Merkels und Fischers den MontagsdemonstrantInnen "Populismus" und "Dummheit" vorwerfen. Hier gilt es, die Montagsdemos genauso in Schutz zu nehmen wie vor dem unsäglichen Vorwurf, das hehre Freiheitsideal der "alten" Montagsdemos nunmehr für schnöde "Besitzstandswahrung" zu missbrauchen. Aber umgekehrt wäre es in der Tat naiv, wenn man die Gefahr einer massenwirksamen rechtspopulistischen und faschistischen Antwort auf die soziale und politische Krise ignorieren würde. Der Erfolg der Schill-Partei 2001 in Hamburg hat überdeutlich gemacht, dass der Verlust sozialer Sicherheiten, die Bedrohung ganzer Lebensentwürfe und die gleichzeitige Wut und Enttäuschung über ein politisches System, das wahlweise "versagt" hat oder "korrupt" ist, auf breiter Front Andockmöglichkeiten für rechtspopulistisch-autoritäre Antworten bietet. Und auch die kommenden Landtagswahlen lassen in dieser Beziehung Böses ahnen.

So richtig die Forderung ist, auf den Montagsdemos keine Nazis mitlaufen oder gar reden zu lassen, so unzureichend ist diese Parole aber auch. Denn die Stärke rechtsradikaler Orientierungen in den real existierenden Sozialprotesten ist immer auch die Schwäche linker Intervention und Verankerung. Nicht nur, aber auch wegen der Gefahr von rechts ist die Linke aufgefordert, sich in die momentanen Sozialproteste einzumischen. Ein reines naserümpfendes Kommentieren reicht genauso wenig wie eine blasiert-arrogante

Denunziation des Protestes als "nationalsozial". Die Linke kann sich den sicheren KommentatorInnensessel nicht erlauben, dazwischen gehen ist angesagt.

Krise der politischen Repräsentanz heißt zunehmend auch Krise der gewerkschaftlichen Vermittlung. Vor allem zu Beginn der Demos in Ostdeutschland richtete sich der Unmut über ParteienvertreterInnen auch gegen GewerkschafterInnen, ein Indiz dafür, wie weit die Gewerkschaften zumindest im Osten als Teil der Politischen Klasse wahrgenommen werden. Auch im Westen sind die Erfahrungen von Basisinitiativen und außerparlamentarischen Gruppierungen mit den Gewerkschaftsapparaten nicht die besten. Nicht nur, weil GewerkschafterInnen den Hartz-Prozess bis zum bitteren Ende mitgestaltet haben, sind sie in Sachen Anti-Hartz-Proteste wenig glaubwürdig. Die Erfahrungen, die die Anti-Hartz-Bündnisse und Sozialforen im April in der Zusammenarbeit mit dem DGB gemacht haben, sind da nur ein weiterer Mosaikstein in einer unendlichen Geschichte gewerkschaftlicher Dominanz und Kontrolle autonomer Bewegungen. Das Misstrauen gegenüber offiziellen Gewerkschaftsverlautbarungen und -handeln ist also mehr als berechtigt.

Sozialprotest und Gewerkschaften

Dennoch kann man erfreut zur Kenntnis nehmen, dass es in vielen Städten aktive GewerkschafterInnen sind, die die Proteste mit anderen gleichberechtigt organisieren. Damit befinden sie sich im deutlichen Widerspruch zur offiziellen DGB-Linie. Insbesondere die Beschlusslage des DGB auf Bundesebene, nicht zu den Montagsdemonstrationen aufzurufen, es aber den regionalen Gliederungen freizustellen, zeigt den momentanen Eiertanz des DGB. Ein Teil der Aktiven handelt einfach - unabhängig von der Beschlusslage. Anderseits nützt es auch wenig, wenn ver.di offiziell zu den Montagsdemonstrationen aufruft: Manche Bezirke sind in diesem Sinne aktiv, andere nicht. Die Gewerkschaftslandschaft sortiert sich zur Zeit neu, ohne dass dies organisatorische Auswirkungen hätte. Hier die konstruktive Zusammenarbeit zu suchen und die vorhandenen Widersprüche im DGB und den Einzelgewerkschaften zu forcieren, ist sinnvoll und notwendig.

Zumindest im Westen werden die Sozialproteste ohne breite gewerkschaftliche Unterstützung sehr schnell an ihre Grenze kommen. Bei aller politisch-inhaltlichen Schwäche sind die Gewerkschaften weit aus mobilisierungsfähiger als die verschiedenen Sozialbündnisse. Wenn die Sozialproteste also zumindest zahlenmäßig an Kraft gewinnen sollen, dann wird kein Weg an einer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften vorbei führen. Eine solche Zusammenarbeit birgt logischerweise Risiken. Zum einen ist eine Kultur des "Bündnisses auf gleicher Augenhöhe" in den Apparaten der DGB-Gewerkschaften wenig ausgeprägt. Zum zweiten gibt es deutliche politische Unterschiede und Interessen zwischen Gewerkschaften, Sozialforen, Initiativen u.a.. Und drittens bedeutet ein starker gewerkschaftlicher Einfluss auf die Proteste auch, dass diese ein Stück ihrer bisherigen Unwägbarkeit verlieren und in die altbekannten wie politisch zahnlosen Protestrituale verfallen.

Interessanterweise wird in ähnlicher Art und Weise von hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären argumentiert, insbesondere von denjenigen, die immer noch das Parteibuch der SPD besitzen. Allerdings dient der Verweis auf die eigene Mobilisierungsfähigkeit hier dazu, vor der Zusammenarbeit mit den nichtgewerkschaftlichen Kräften und möglichen radikalen Aktionen zu warnen. Es wird vor diesem Hintergrund sehr auf das aktive Handeln der Gewerkschafts- und Betriebslinken und die Eigenständigkeit einzelner Gewerkschaftsbezirke ankommen. Möglichkeiten dazu gibt es zur Zeit viele.

Die bisherigen Montagsdemonstrationen und Sozialproteste folgen häufig nicht den üblichen linken Denk- und Verhaltensschemata. In vieler Hinsicht sind sie auch beschränkt. Dennoch kann es der Linken nicht egal sein, ob und wie sie sich weiter entwickeln. Sie müssen weitergehen, und bei der Frage nach dem Wie besteht für die Linke sowohl eine Interventionsnotwendigkeit wie auch eine Interventionspflicht. Denn es wird vor allem entscheidend sein, ob es gelingt, die von oben verordnete Spaltung der verschiedenen Betroffenen des momentanen Armutsprogramms zurückzuweisen: Erwerbslose verlieren nicht nur Lohnersatzansprüche, sondern jede Menge Rechte. Sie werden ebenso wie jetzige SozialhilfeempfängerInnen in Zwangsarbeitsmaßnahmen gesteckt, während Beschäftigte mit exzessivem Lohndumping konfrontiert werden. Arbeitslose Flüchtlinge rutschen vom Arbeitslosengeld direkt ins Asylbewerberleistungsgesetz. Und unter der Hand werden auch die Geschlechterverhältnisse neu sortiert: Vor allem Frauen werden in Niedriglohnjobs gedrängt, während gerade sie zumeist die staatliche Kürzung von Kinderbetreuung und Pflege unbezahlt auffangen.

Mittendrin statt nur dabei

Nicht nur im nationalen Rahmen, sondern weltweit werden Menschen beim Verkauf ihrer Arbeitskraft zueinander in Konkurrenz gesetzt - und damit gegeneinander ausgespielt. Zentrales Ziel derzeitiger und zukünftiger Proteste muss sein, diese Spaltungslinien zu überwinden. Alle, die es betrifft, müssen im Kampf gegen die staatlich verordnete Armut hör- und sichtbar sein. Auf der Straße, aber auch z.B. auf Betriebs- und Personalversammlungen sollten Flüchtlinge, MigrantInnen, Erwerbslose und ZwangsdienstlerInnen eingeladen werden, das Wort zu ergreifen.

Widersprüchliche Menschen machen widersprüchliche Bewegungen. Eine Intervention von links bedeutet daher auch, sich diesen Widersprüchlichkeiten auszusetzen, sie auszuhalten und in sie einzugreifen. Nicht zuletzt auch deswegen, weil es das ureigenste Interesse emanzipatorischer Politik sein muss, die Risse im neoliberalen Gebälk von links aus zu verbreitern. Eine solche Intervention bezieht sich auf die Inhalte der Sozialproteste genauso wie auf die Aktionsformen. So richtig es ist, auf den Demonstrationen mit eigenen Blocks aufzutreten, so wichtig wird es auch sein, mit den neuen Formen wie z.B. dem offenen Mikro umgehen zu lernen. Gleichzeitig muss es auch darum gehen, neben und zusätzlich zur traditionellen Bündnisarbeit mit Sozialforen, Gewerkschaften und sozialen Initiativen, die "Kreuzbravheit" (Peter Grottian) der bisherigen Protestformen in Frage zu stellen. Das Feld der gezielten Regelverletzungen ist weit und offen. Es muss nur neu besetzt werden.

ak-Redaktion

41. Der Gipfel der Bescheidenheit

Für Flüchtlinge ist weniger ... noch weniger

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:41

Hartz IV ist ein Verarmungsprogramm. Hierauf haben sich zumindest die TeilnehmerInnen der Montagsdemos zu Recht geeinigt. Was bisher häufig übersehen wird: Für viele Flüchtlinge und MigrantInnen bedeutet der neueste Reformschritt noch einmal 30 Prozent weniger als das gesetzliche Existenzminimum, das für deutsche Staatsangehörige festgelegt ist.

Hartz IV trifft Nichtdeutsche härter als Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft. Diese Erkenntnis ist so richtig wie banal. Bundesweit sind etwa doppelt so viele Nichtdeutsche erwerbslos wie Deutsche, die "Ausländerarbeitslosigkeit" liegt bei ca. 20 Prozent (nicht mitgezählt sind hier die MigrantInnen, denen der Zugang zum Arbeitsmarkt gesetzlich verwehrt wird). Mit anderen Worten: Für Nichtdeutsche ist überall Ostdeutschland. Verschärfungen der Arbeitsmarktgesetze, Zwangsmaßnahmen und Leistungskürzungen werden sie also relativ öfter und härter treffen.

Doch damit nicht genug. Das neue Gesetz hält noch einige weitere schlechte Überraschungen bereit. Um zu verstehen, was sich im Zuge der Arbeitsmarktreform für die mit unterschiedlichen Aufenthaltstiteln in Deutschland lebenden Flüchtlinge und MigrantInnen ändert, muss man sich in Erinnerung rufen, was bisher an Diskriminierung in diesem Bereich existiert.

Wer als AsylbewerberIn nach Deutschland kommt, unterliegt im ersten Jahr des Aufenthalts einem absoluten Arbeitsverbot. Erst danach kann eine eingeschränkte Arbeitserlaubnis beantragt werden. Für AsylbewerberInnen wie auch für ausländische StaatsbürgerInnen mit Aufenthaltserlaubnis gilt auch bislang ein so genannter nachrangiger Arbeitsmarktzugang. Das heißt: Zunächst wird geprüft, ob eine freie Stelle nicht mit deutschen Arbeitssuchenden besetzt werden kann. Wenn das nicht möglich (oder nicht zumutbar) ist, kann die freie Stelle an Nichtdeutsche vergeben werden. Gleichrangiger Arbeitsmarktzugang ist erst nach sechs Jahren ununterbrochenen Aufenthalts in Deutschland bzw. nach fünf Jahren Erwerbstätigkeit möglich.

Maximal 225 Euro im Monat

Immerhin: Bisher galt für alle, die ein Jahr lang sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, ein Anspruch auf Leistungen des Arbeitsamtes (neuerdings der Arbeitsagentur). Nach einem Jahr regulärer Lohnarbeit konnten also auch AsylbewerberInnen zunächst Arbeitslosengeld, dann Arbeitslosenhilfe beziehen. Das soll nun anders werden. Vor allem die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum neuen Arbeitslosengeld II (Alg II) bringt Änderungen mit sich.

Keinen Anspruch auf das neue Alg II haben laut Gesetzestext "Leistungsberechtigte nach §1 des Asylbewerberleistungsgesetzes" (kurz: AsylbLG). Sie müssen mit den Leistungen des rassistischen Sondergesetzes, das für Flüchtlinge seit 1993 gilt, vorlieb nehmen. Und die liegen noch mal rund 30 Prozent unter denen des Alg II - das ja zumindest für Deutsche das offizielle Existenzminimum markiert. Mit allem Drum und Dran gibt es maximal 225 Euro pro Monat - und die werden zumindest in den ersten drei Jahren in aller Regel nicht in Geld- sondern in Sachform ausbezahlt. Zudem gilt: ohne Alg II keine Fördermaßnahmen.

Betroffen sind vor allem AsylbewerberInnen und Geduldete sowie deren Angehörige. Auch diejenigen, deren Duldung nach 18 Monaten in eine befristete Aufenthaltserlaubnis umgewandelt wird, müssen künftig auf Alg II verzichten. Und auch Flüchtlinge mit Aufenthaltsbefugnis nach Altfallregelung fallen bald wieder unter das AsylbLG. Laut Pressestelle der Integrationsbeauftragten betrifft das 53.000 Personen. Zumindest die letztgenannte Gruppe soll nach Auskunft des Amtes von der Neuregelung wieder ausgenommen werden.

Auch die Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln für alle Arbeitssuchenden werden Nichtdeutsche zu spüren bekommen. Die Tatsache, dass für Scheißjobs nun auch Deutsche herangezogen werden können, wird die wirtschaftliche Lage vieler Nichtdeutscher verschärfen.

Im Extremfall droht Ausweisung

Hinzu kommt, dass Alg-II-Bezug auch noch eine Bedrohung für den Aufenthaltsstatus von Nichtdeutschen darstellt. Die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis nämlich ist an die Bedingung geknüpft, dass

die betreffende Person für ihren eigenen Lebensunterhalt aufkommen kann. Galt Arbeitslosenhilfe noch als eigener Beitrag zur Sicherung des Lebensunterhalts, so ist das neue Alg II eine steuerfinanzierte Leistung, keine selbst erbrachte. Für Alg-II-BezieherInnen kommt eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis also nicht in Frage. Im schlimmsten Fall droht sogar die Ausweisung. Die Ausländerbehörde kann eine "Ermessensausweisung" veranlassen, wenn jemand für sich oder Familienangehörige Sozialhilfe in Anspruch nimmt. Und als solche müsste das - steuerfinanzierte - Alg II nach bisheriger Rechtslage gelten.

Der Weg durch den deutschen Ämterdschungel könnte künftig so aussehen: Eine Asylbewerberin bekommt nach einjährigem Arbeitsverbot und Sachleistungsbezug eine sozialversicherungspflichtige Arbeit. Nach 13 Monaten ist Schluss. Weil die Jobs, die sie vorher haben konnte, nun auch für Deutsche zumutbar sind, muss sie die nächsten Monate vom Arbeitslosengeld leben. Danach gibt's kein Alg II sondern wieder Sachleistungen in Höhe von bis zu 225 Euro.

Die Botschaft heißt: Bei der Vermittlung deutscher Erwerbsloser in den Arbeitsmarkt sollen AusländerInnen nicht stören. Der Nebeneffekt: Die Arbeitslosenzahlen werden gleich noch um die rausgeworfenen Nichtdeutschen bereinigt. Wenn es deutschen Arbeitslosen künftig schlechter geht, so die Logik, dann sollen es Nichtdeutsche noch schwerer haben. Die hiermit vollzogene Spaltung ist rassistisch und durch nichts zu begründen. Daran, dass sie diese Spaltung zurückweisen und stattdessen das gleiche Recht für alle hier lebenden Menschen fordern, müssen sich auch die Sozialproteste messen lassen.

pp.

42. Die Opposition im virtuellen Niemandsland

Venezuela nach dem Referendum

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:42

Die Situation in Venezuela ist nicht nur politisch brisant, sie gibt auch medientheoretisch Einiges her. In dem südamerikanischen Land scheint Baudrillards Satz von den Bildern, die nur noch auf sich selbst verweisen, Wirklichkeit geworden zu sein. Die Berichterstattung der privaten Medien hat sich losgelöst von der Realität, wie sie die Bevölkerungsmehrheit erlebt und wie sie auf der Straße zu beobachten ist.

Anders als bei Baudrillard sind der Virtualität jedoch enge Grenzen gesetzt. Immerhin sind die Wohlstandsenklaven, in denen die venezolanischen Eliten leben und die in mancher Hinsicht an Disneyland erinnern, ökonomisch ja weiterhin von jener dunkelhäutigen, irgendwie schmutzigen Gesellschaft abhängig, zu der man eigentlich nicht dazu gehören möchte. Die völlige Selbstreferenzialität medialer Bilderwelten wird auf Dauer zum Problem, denn deren Produktion findet in einer ganz realen Gesellschaft mit handfesten sozialen Konflikten statt.

Tatsächlich erinnert die Berichterstattung der venezolanischen Medien auch vier Wochen nach dem gescheiterten Referendum gegen Präsident Chávez am 15. August immer noch an eine absurde Fassung von "Matrix". Weil die Wahlen mit 59,25% Zustimmung für den Präsidenten aus Sicht der bürgerlichen Opposition katastrophal ausgegangen sind, verweigert diese schlichtweg die Wahrnehmung der Realität. Das Ergebnis wird als gefälscht bezeichnet; die automatischen Wahlmaschinen, die erstmals eingesetzt wurden, um Manipulationen bei Stimmabgabe und Auszählung zu verhindern, seien, so die Oppositionsführer, manipuliert worden. Da es neben dem elektronischen Zählverfahren auch einen Kontrollmechanismus mit Stimmzetteln gab, die die Wähler ausgedruckt bekamen und in die Wahlurnen werfen mussten, behaupten die Bürgerlichen ergänzend, Tausende von Urnen seien ausgetauscht worden. Und weil dies wiederum von den Wahlbeobachtern der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und des Carter Centers, die der Regierung Chávez bis dato nicht gerade wohlgesonnenen gegenüberstanden, für unmöglich gehalten wird, wirft die Opposition den beiden internationalen Einrichtungen vor, mit dem Präsidenten unter einer Decke zu stecken.

Von Manipulation kann keine Rede sein

Diese eigenwillige Argumentationskette stützt sich auf eine einzige Grundlage: die Meinungsumfragen der oppositionellen Initiative Súmate. Das aus den USA finanzierte Kampagnenbüro zählte am 15. August eine Ablehnung von 59 Prozent der Bevölkerung gegen den Präsidenten. Wenn das Wahlergebnis nun genau anders herum aussehe, so die Opposition, könne es sich nur um einen Betrug handeln. Was für eine Logik: Die Wirklichkeit - das sind die Fernsehberichte, Meinungsumfragen und Zeitungsartikel. Alles, was davon abweicht, ist "Manipulation" oder gar - wie ein oppositionsnaher Leitartikel in der spanischen Tageszeitung ABC im August verlautbarte - "virtuelle Realität". Absurder geht es kaum.

Die wichtigste Erkenntnis nach dem Referendum dürfte damit darin bestehen, dass Venezuela in den vergangenen Jahren keineswegs, wie in den Medien stereotyp verbreitet wird, in erster Linie von Präsident Chávez polarisiert worden ist. Der soziale Bruch der venezolanischen Gesellschaft reicht mindestens zwei Jahrzehnte weiter zurück, und auch für die politische Eskalation ist die Opposition ungleich stärker verantwortlich als der häufig demagogisch auftretende Präsident. Seit 1999 verteufeln die Bürgerlichen eine von fast 90 Prozent der WählerInnen bestätigte Verfassungsreform, die immerhin die Mitbestimmungsmöglichkeiten stark erweitert hat, als "undemokratisch". 2001 riefen sie zum Generalstreik gegen eine Landreform auf, die brachliegenden Großgrundbesitz in die Hände von Kleinbauern überführen soll. Wenige Monate später inszenierte sie einen Putschversuch, nachdem die Umstrukturierung des staatlichen Erdölunternehmens PDVSA angekündigt worden war. Als dieser scheiterte, versuchte sie zur Jahreswende 2002/2003 mit Sabotageakten und Aussperrungen den Zusammenbruch der Regierung herbeizuführen. Der innenpolitische Konflikt in Venezuela hat eine sehr schlichte Ursache: Eine ökonomisch privilegierte Minderheit will nicht zulassen, dass eine in jeder Hinsicht demokratisch legitimierte Regierung an der Macht- und Reichtumsverteilung im Land rüttelt.

Dass Präsident Chávez das Referendum so deutlich gewinnen konnte, hatte vor allem mit den Misiones, den Sozialprogrammen der Regierung, zu tun. Die Erfolge der Kampagnen sind bemerkenswert. Innerhalb weniger

Monate sind Hunderte von Gesundheitsposten, Schulen und Mercal-Läden (zur Verteilung subventionierter Grundprodukte) neu entstanden. Überall im Land trifft man auf Klassen von Erwachsenen, die im Rahmen der Misiones Robinson und Ribas Lesen und Schreiben lernen oder den Schulabschluss nachholen. Mehr als 10.000 kubanische ÄrztInnen sind mit dem Programm Barrio Adentro in die Armenviertel gegangen und gewährleisten dort die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung.

Das Hervorhebenswerteste an diesen Programmen ist, dass die Misiones nicht einfach als paternalistische Sozialmaßnahmen des Staates daherkommen. In vielen Stadtteilen und Dörfern ergänzen sich Selbstorganisierungsbemühungen und Unterstützung durch die Regierung auf ziemlich produktive Weise. Dass die Misiones wesentlich von Nachbarschaftsorganisationen getragen werden, dürfte mit zwei Ursachen zu tun haben: zum einen mit der Unfähigkeit der Staatsbürokratie und dem Fehlen einer klassischen linken Avantgardepartei, die den sozialen Bewegungen einen enormen Raum verschaffen. So ist das venezolanische Transformationsprojekt bislang im besten Sinne von Improvisation geprägt.

Zum anderen ist für die Rolle der Basisorganisationen aber durchaus auch ein politisches Konzept verantwortlich. Die "bolivarianische Verfassung" von 1999 sieht den Übergang von einer repräsentativen zu einer "partizipatorischen, protagonistischen Demokratie" vor. Tatsächlich werden Bürgerbeteiligung und Selbstverwaltung auf allen Ebenen gefördert. Diese Idee - also das Konzept, politische Repräsentation durch Formen der Selbstregierung zu ersetzen - unterscheidet die Entwicklung in Venezuela auch grundlegend von den Prozessen in Nicaragua, El Salvador oder Kuba, wo in der Vergangenheit zwar auch viel von poder popular (Volksmacht) die Rede war, diese Macht aber wesentlich von linken Parteien und ihren sozialen Unterabteilungen ausgeübt wurde. Eher als am sandinistischen Nicaragua oder am staatssozialistischen Kuba orientiert sich das venezolanische Projekt, zumindest bislang, an Bewegungserfahrungen. Die neu gegründeten Consejos de Planificación Local (Lokale Planungsräte) etwa haben die Bürgermitverwaltung der Kommunalhaushalte im südbrasilianischem Rio Grande do Sul zum Vorbild. Und die nach wie vor überaus dynamische Stadtteilbewegung Venezuelas ähnelt in ihrer horizontalen Struktur viel eher der brasilianischen Landlosen-Bewegung als den nicaraguanischen oder kubanischen Komitees zur Verteidigung der Revolution.

Basisbewegungen tragen die Sozialprogramme

Ganz materiell sichtbar wird diese Entwicklung in La Vega, einem im Südwesten von Caracas gelegenen Barrio mit etwa 150.000 Einwohnern. Allein im oberen Teil des Viertels hat die Regierung im Jahr 2004 sechs Gesundheitsposten und drei Lebensmittelläden errichtet. Dass man sich hier besonders stark engagierte, wird damit erklärt, dass La Vega als besonders organisierter Stadtteil gilt. Vernünftigerweise geht man nämlich davon aus, dass die Misiones nur dort Erfolg haben können, wo Nachbarschaftsversammlungen die Bildung von Schulklassen und Kooperativen, die Einrichtung von Armenküchen oder das Funktionieren der Gesundheitsposten gewährleisten. In La Vega haben sich um jeden Gesundheitsposten herum Freiwilligengruppen von 10 bis 20 Personen gegründet, die die kubanischen ÄrztInnen bei ihrer Arbeit unterstützen. Auf diese Weise hat sich das Nachbarschaftsnetzwerk von La Vega, dessen AktivistInnen sich selbst als "Ungehorsame" bezeichnen, in den vergangenen zwei Jahren dank der Rückendeckung durch die staatlichen Programme zu einem dichten Geflecht entwickeln können: Freiwilligenzirkel der Alphabetisierungs- und Bildungskampagnen, Kleinkooperativen zur Hinterhoflandwirtschaft, Komitees für die Legalisierung städtischer Landbesetzungen, lokale Planungsräte, Armenküchen und so genannte soziokulturelle Netzwerke. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Präsident Chávez, der - was das wichtigste Argument gegen den Vorwurf des Populismus sein dürfte - die Bevölkerung immer wieder zur Selbstorganisierung aufruft, selbst die Kampagne zum Referendum in die Hände solcher Netzwerke gelegt hat. Ausdrücklich rief er die Bevölkerung im Sommer 2004 dazu auf, nicht auf die politischen Parteien zu warten, sondern sich selbstständig als Initiativen für das Nein zu konstituieren. So waren nach Schätzungen der Nachbarschaftsorganisationen allein im Barrio La Vega diesen Sommer 7.000 Menschen in irgendeiner Form organisiert - ohne Bevormundung durch politische Apparate oder Regierungsfunktionäre.

Genau dieser euphorisch stimmende Trend zur Basisorganisierung weist jedoch auch auf mögliche Bruchlinien innerhalb der "bolivarianischen Revolution" hin. Bislang ist das venezolanische Projekt eine bunte Mischung aus Denkansätzen. Was Bildungswesen und Antiimperialismus angeht, orientiert man sich an Kuba. Hinsichtlich der kommunalen Selbstverwaltung blickt man nach Brasilien, bei der Kritik des Neoliberalismus zitiert man gern die linkskeynesianischen Redakteure von Le Monde Diplomatique. Symbolik und Diskurs der "Revolution" schließlich schöpfen gleichermaßen aus dem christlichen Messianismus, der Tradition der

Guerillagruppen der 1960er und 1970er Jahre sowie den von der französischen Revolution beeinflussten Protagonisten der antikolonialen Befreiungskriege des frühen 19. Jahrhunderts.

Von einem theoretischen Standpunkt aus betrachtet muss ein solches Projekt eigentlich eher mittel- als langfristig an seiner Heterogenität zerbrechen. Doch glücklicherweise haben gesellschaftliche Veränderungen mit Theorie in der Regel wenig zu tun. Unmittelbar vor dem Referendum äußerte Gonzálo Gómez, einer der linken Wortführer und Medienaktivist beim Nachrichtenportal www.aporrea.org, die Ansicht, es werde nach dem Referendum zu einer Klärung des politischen Projekts kommen. Gómez unterschied dabei ganz klassisch zwischen denen, die gewisse Reformen, und jenen, die eine radikale Veränderung der Gesellschaft anstreben. Doch bei genauerer Betrachtung erweist sich die Angelegenheit als weitaus komplizierter. Immerhin scheiden sich die Geister nicht nur an der Frage, ob man neben Reformen für Verteilungsgerechtigkeit auch eine Umgestaltung von Arbeit und Wirtschaft anstrebt, sondern auch daran, welche Rolle Basisorganisationen respektive politischen Repräsentationen dabei zukommt.

Bisher gibt es keine eindeutigen politischen Lager, in denen sich die AnhängerInnen der jeweiligen Optionen sammeln könnten. Mit den Parteien und vielen Politikern um Chávez ist auch das Gros der Chávez-WählerInnen unzufrieden. Man weiß zu gut, wie schnell sich politische Eliten verselbstständigen, wenn sie nicht permanenter sozialer Kontrolle und Mitbestimmung unterworfen sind. Auch für viele Führer der Regierungsparteien dürfte diese Art der demokratischen Aneignung von unten unangenehm werden. Dementsprechend groß ist das Konfliktpotenzial. Paradoxerweise ist der Erfolg der Demokratisierungsbewegung wesentlich von einer Person abhängig: Chávez. An sich müsste er, der in der Bewegung die unangefochtene Rolle des Heroen einnimmt, einer solchen Entwicklung ebenfalls mit geteilten Gefühlen gegenüber stehen. Doch andererseits hat er sich seit dem Putschversuch im April 2002 - wohl auch aus Ernüchterung über die ihn stützende Parteienkoalition - immer deutlicher für die Stärkung der Bewegungen ausgesprochen.

Venezuela bleibt für Überraschungen gut. Hoffentlich auch weiterhin für erfreuliche.

Raul Zelik

43. das thema: Montagsdemonstrationen

CD-Datei: daten/aksuche/ak487/thema.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:487:thema

Montag für Montag demonstrieren über hunderttausend Menschen gegen Hartz IV und die Auswirkungen. Von den Medien zunächst interessiert aufgegriffen, werden die Proteste fast schon wieder totgeschwiegen, oder man ergeht sich in Spekulationen darüber, wie lange sie noch anhalten. Sicherlich bietet die aktuelle Protestbewegung jede Menge Diskussionsstoff, doch an Stelle verbreiteter Kommentierung von außen oder abwartender Beobachtung plädieren wir für eine klare Intervention von links in die Sozialproteste.

In dem ersten Beitrag des Themenschwerpunktes "Montagsdemonstrationen" begründen wir diesen Vorschlag genauer. Anschließend analysiert Christian Grüner die spezifisch ostdeutschen Besonderheiten der Montagsdemonstrationen. Für eher lokale Aktionen, die die örtlichen Entscheidungsträger unter Druck setzen, plädiert der Artikel aus dem Umfeld der bundesweiten Erwerbslosenzeitung quer. Und zum Schluss greift Werner Rätz aus dem attac-Koordinierungskreis noch einmal den Vorschlag auf, sich in die Sozialproteste einzumischen.